98-84478-5

Wirth, Max

Die Quellen des Reichtums

Köln

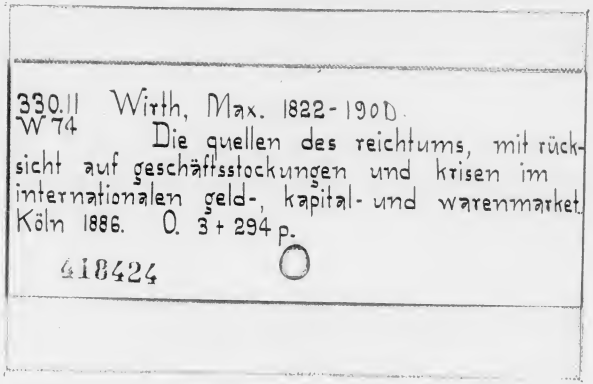
1886

98-84478-5
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

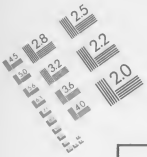
FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: //:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 12/3/98 INITIALS: N.V.

TRACKING #: 33637

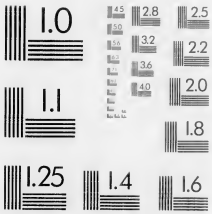
FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC



150 mm

100 mm



ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

2.5 mm

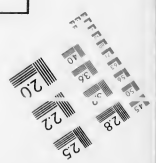
1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

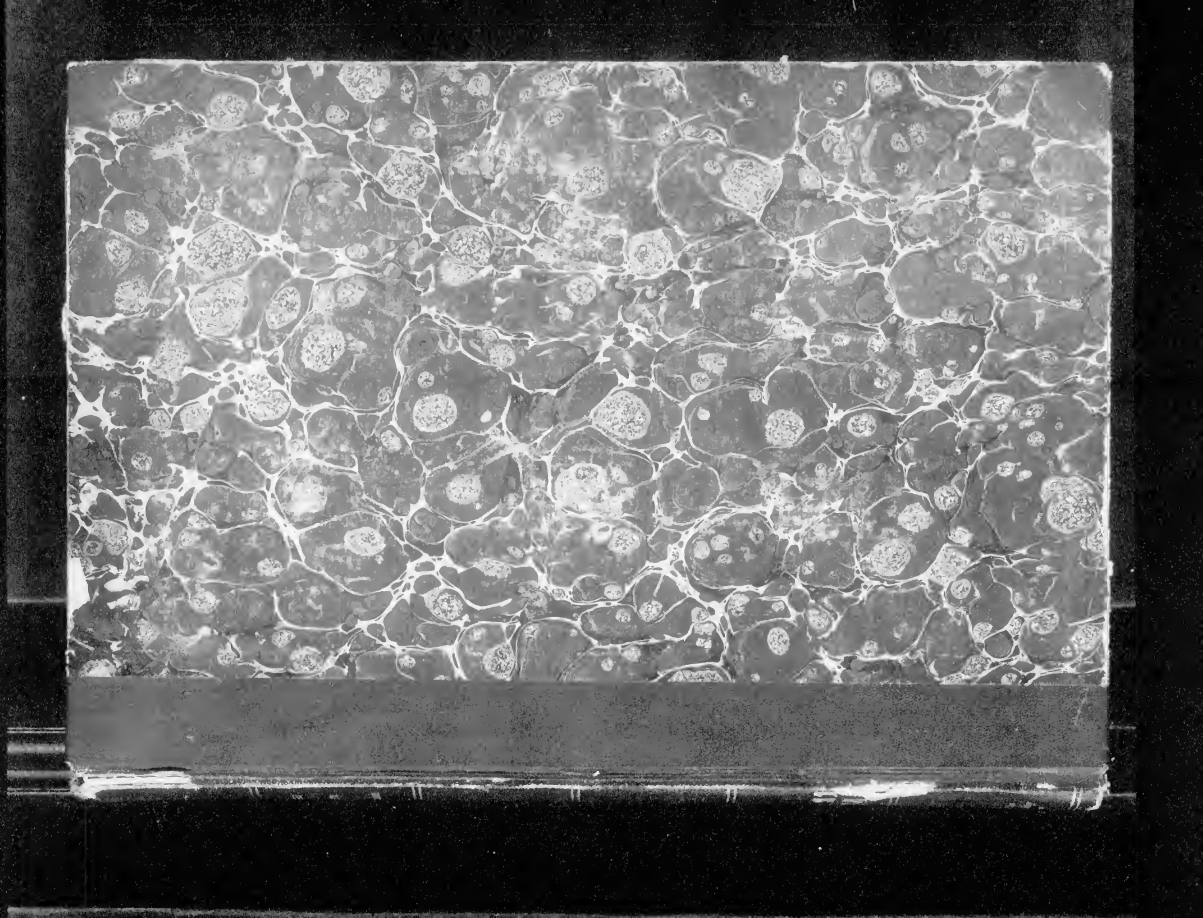
A5

A4



PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425



330.11 W74

Columbia University
in the City of New York
Library

Special Fund
1898
Given anonymously

Die

Quellen des Reichtums

mit Rücksicht auf

Geschäftsstockungen und Krisen

im

internationalen Geld-, Kapital- und Warenmarkt, sowie auf die Agrar-, Kolonial- und Arbeiterfrage

von

Max Wirth.

Köln, 1886.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Druck von M. DuMont-Schauberg.

Alle Rechte vorbehalten.

Inhalts-Übersicht.

	Seite
Einleitung	1
Die Grundbedingungen des Gleichgewichts der Wirtschaft	35
Faktoren der Gütererzeugung	40
Vervielfältigung der Beschäftigungsarten	48
Die Agrarfrage	54
Das wirtschaftliche Gleichgewicht im Ackerbau	93
Die Frage der Kolonieen	109
Die Industrie und die Gesellschaft	113
Bergbau und Hüttenwesen	122
Fabrikindustrie	126
Handwerk, Kunstgewerbe und Hausindustrie	135
Die Transportmittel	137
Währung und Umlaufsmittel	142
Internationaler Geld- und Kapitalmarkt	150
Die Entwicklung des Welthandels	163
Der auswärtige Handel Großbritanniens	165
Der auswärtige Handel der Vereinigten Staaten	185
Der auswärtige Handel Frankreichs	197
Der auswärtige Handel des Deutschen Reiches	202
Der internationale Schuldausgleich	221
Versicherungswesen	232
Lohn und Sparpfennig	236
Die Verteilung der Güter und die unbemittelten arbeitenden Klassen	242
Verlorene Posten der Volkswirtschaft	248
Die Wissenschaft im Dienste der Gütererzeugung	251
Wirtschaftspolitik	254
Glück und Geschick	270
Die ausgleichende Gerechtigkeit	283
Neue Erwerbszweige und Aussichten in die Zukunft	291

249369

Einleitung.

Ursachen der Geschäftsstockung und Mittel zur Abhülfe.

Nach reichen Ernten diesseit und jenseit des Ozeans wurde die Erwerbsfähigkeit der arbeitenden Klassen des größten Teils von Europa in den Jahren von 1884—1886 von einer Prüfung heimgesucht, wie sie kaum härter empfunden zu werden pflegt während eines Krieges, einer Revolution, nach einer Mißernte, einer Handelskrisis oder einem andern gesellschaftlichen oder Natur-Ereignis, welche starke Schädigungen an Kapital und Arbeit zur Folge haben. Und doch erinnern wir uns kaum einer Zeit seit dem Wiener Kongreß, in welcher die Repräsentanten der tonangebenden Großmächte Europas in gleichem Maße nicht bloß von Friedensversicherungen überflossen, sondern den Völkern auch noch Bürgschaften ihrer friedlichen Gesinnung gaben. Und doch ist der letzte Krieg, der überdies nur an der Südostgrenze Europas spielte, hinter uns, die Epidemie, welche einen Teil des südwestlichen Kontinents heimsuchte, im Absterben begriffen und nirgends ist ein Anzeichen von irgend einer Störung wahrzunehmen, welche der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Weltteils drohen könnte. Die große Handelskrisis ist bereits zwölf Jahre hinter uns und ihre Nachwehen sind längst verschmerzt. In den Ziffern des internationalen Handels ist mit Ausnahme der beiden letzten Jahre und Großbritanniens im allgemeinen eine fortschreitende Richtung wahrzunehmen. Deren Wirkungen werden aber aufgehoben durch ein anhaltendes Sinken

des Preises der Rohprodukte und der tonangebenden Stapelartikel des Weltmarkts. Sowohl in England wie in Frankreich, in Österreich wie in Rußland, im Deutschen Reiche wie in den kleinern europäischen Staaten wurde während der Winter 1884—86 über den Stillstand der Geschäfte geklagt, in dessen Folge die Landwirte Mühe hatten, ihr Getreide zu niedrigem Preise abzusetzen, in den Gewerben viele Tausende von Arbeitern ohne Beschäftigung sind und mit den Tagelöhnern um die Wette ihre Hände zu den niedrigsten Handlangerdiensten anbieten. Über mehrere Zweige der Großindustrie, welche über viele Millionen gebieten und während des letzten Jahrzehnts üppige Gewinste einstrichen, ist plötzlich das Verderben hereingebrochen, sodaß in Österreich und in Deutschland viele Zuckerfabriken die Zahlungen eingestellt haben und die Arbeiter der englischen und schottischen Schiffsbaudistrikte buchstäblich am Hungertuch nagen mußten. Diese Ausnahme-Erscheinungen treffen — was noch merkwürdiger ist — zusammen mit einer seltenen Kapitalfülle und, wenige Fluktuationen abgerechnet, mit einer andauernden Niedrigkeit des Zinsfußes, von der wir in der Finanzgeschichte kein Beispiel kennen, verbunden mit einem beispiellosen Kredit der zivilisirten Staaten und einem entsprechend hohen Preise der soliden Wertpapiere. Obgleich diese Fülle des Kapitals in logischem Zusammenhang mit der Geschäftsstille und der Stagnation des Unternehmungsgeistes steht, so befindet sie sich doch nicht im Einklang mit den übrigen Faktoren, welche für das Gedeihen der Wirtschaft von Bedeutung zu sein pflegen — d. h. mit dem herrschenden tiefen Frieden, mit dem unablässigen Fortschritt in den Transport- und Verkehrsanstalten, mit dem rastlosen Erfindungsgeist und den niedrigen Preisen der Rohstoffe und Lebensmittel. Während man es als ein wirtschaftliches Axiom zu betrachten pflegt, daß niedrige Preise und billiges Kapital die Kauflust, den Verbrauch und die Spekulation für Anhäufung von Vorräten reizen müssen, bleibt der Markt seit einer längern Periode, als man sich aus frühern Zeiten erinnern kann, unbelebt und gedrückt. Nirgends, selbst nicht in den Ländern, welche an der Spitze der internationalen Wirtschaftsbewegung stehen und die viele ausgezeichnete Männer besitzen, welche die Ursachen der volkswirtschaftlichen Bewegung und des Geschäftsganges zu beobachten und zu studiren pflegen, herrscht eine Übereinstimmung über die Ursachen dieses Zustandes. Das englische Parlament hat eine eigene Kommission zur Ergründung der

Ursachen der Geschäftsstockung niedergesetzt, aber mit welchem Erfolg? Nirgends ist bis jetzt ein klärender Aufschluß in der Diagnose wahrzunehmen, ohne welche es vergeblich wäre, nach den Heilmitteln zu suchen. Der Grund dieser Ratlosigkeit scheint uns hauptsächlich in dem allgemeinen menschlichen Fehler des Generalisirens zu liegen, indem zwar der eine diese Thatsache, der andere jenes Verhältnis, der dritte einen andern Umstand als Ursache des Darniederliegens der Geschäfte angibt, allein indem ein jeder doch nur stets eine Ursache sucht, wie auch die sozialistischen Parteien die Universalheilmittel zu preisen lieben. Das Generalisiren muß aber stets zum Irrtum führen. Namentlich in volkswirtschaftlichen Fragen verhindert das Verallgemeinern die richtige Erkenntnis der Übel, und wo die Diagnose fehlt, ist auch die Heilung unmöglich. Die schlimmsten Folgen hat das Generalisiren im Munde von Autoritäten, weil dann der Irrtum epidemisch um sich greift. So geschieht es wieder mit der Frage über die gegenwärtige Geschäftsstockung. Da wurde von Robert Giffen, dem Direktor des Statistischen Bureaus des englischen Handelsamts, der Beweis zu führen gesucht, daß der gegenwärtige tiefe Stand des Preises der meisten Waren von einer Steigerung des Goldwertes herrühre.

Obgleich dieser Beweis nicht gelungen ist und jene Hypothese, wiewohl von Fürst Bismarck durch das geflügelte Wort von „der kurzen Decke“ unterstützt, überdies in der Londoner Statistischen Gesellschaft widerlegt wurde, so ist er doch von den Bimetallisten und deutschen Agrariern gierig aufgegriffen worden, um, gestützt darauf, die Wieder-Einführung des Silbers als Währungsgeld, d. h. die unbegrenzte Ausprägung des Silbers für Privatrechnung neben dem Golde, für den europäischen und den amerikanischen Kontinent zu verlangen, nachdem die Hoffnung, auch Großbritannien zum Aufgeben der reinen Goldwährung zu bewegen, als gescheitert zu betrachten ist. Daß jene Ansicht irrig ist, ergibt sich aus einer Prüfung der Preise der Waren und Wertpapiere sowohl wie der Goldproduktion.

Erstens ist der Fall des Silberpreises nicht mit dem Sinken des Warenwertes zusammenzuwerfen, weil der erstere schon mit dem Jahre 1872 begann, während der Preissturz der Waren und Effekten erst nach dem Ausbruche der Handelskrisis von 1873, also zwei Jahre später, anhob. Zweitens wurden die Kurse der Wertpapiere nicht gleichmäßig betroffen, sondern Spekulations- und Industriepapiere

sowie die Effekten halb bankerotter Staaten fielen ganz enorm, während die soliden Staatspapiere infolge der Handelskrisis nur wenig im Preise einbüßten. Drittens verfolgten die letztern sehr bald eine der Mehrzahl der Waren entgegengesetzte Tendenz, indem namentlich die Obligationen der kreditwürdigsten Staaten, z. B. Englands, Nordamerikas und des Deutschen Reiches, eine ganz unerhörte Preissteigerung erfuhren. Viertens, um zu beweisen, daß der gegenwärtige Preisfall der Waren von einem Steigen des Goldwertes herrühre, demnach ein Übel sei, welches durch eine Reform der Münzgesetzgebung behoben werden könne, müßte der Preisfall sich über alle Waren gleichmäßig erstrecken, d. h. es müßte, nachdem alle politischen oder wirtschaftlichen Ursachen, welche eine Änderung des Preises der verschiedensten Waren bedingen könnten, untersucht und berücksichtigt sind, noch ein gewisser Durchschnitts-Prozentsatz übrig bleiben, um welchen der Preis aller Waren gesunken wäre. Ein solcher ist aber nicht zu finden, denn es gibt kaum zwei Waren, deren Preis sich gleichmäßig verändert hat; der Wert der einen ist um 5, der zweiten um 10, der dritten um 20, der vierten um 50 Prozent gesunken, während der Preis anderer Waren sogar gestiegen ist. Wir können z. B. Ochsenfleisch, Bier, überseeische Lammwolle, Bauholz aus den Tropen, Indigo ꝛc. anführen, welche gestiegen sind, während Palmöl nach vielen Schwankungen, welche auch unter den andern Waren vorgekommen sind, trotz der Vermehrung des Handels mit Afrika 1885 denselben Preis notirt wie 1869. Während unter Fleischwaren Ochsen- und Hammelfleisch gestiegen, ist Schweinefleisch gegen 1869 im Preise gesunken. Nimmt man sich die Mühe, die Ursachen der Preisänderung bei den einzelnen Waren zu untersuchen, so findet man sehr bald, daß überall spezielle wirtschaftliche Gründe vorliegen, welche zur Erklärung der Preisermäßigung vollständig ausreichen, z. B. beim Eisen die Überproduktion infolge der Leichtigkeit der Vermehrung und Erweiterung der Hütten und der Verbesserung des Gußstahlprozesses, beim Getreide infolge der überseeischen Konkurrenz, beim Zucker infolge von Überspekulation, beim Petroleum infolge der Überproduktion in Amerika und des Hinzutrittes des russischen Naphthagebiets. Aus der neuesten Handelsrückschau des Londoner Economist, welche die Fortsetzung der obigen Preisangaben von 47 Hauptartikeln des Weltmarktes bringt und einen Zeitraum von 40 Jahren, von 1845—1885, umfaßt, geht

nicht minder hervor, daß die meisten dieser Waren gegen den Durchschnitt der Jahre 1845 bis 1850 zwar einen Rückgang erfahren haben, daß aber manche Waren gestiegen sind, z. B. Käse um 12 Prozent, Fleisch um 30 Prozent, Zinn um 13 Prozent, Indigo um mehr als 50 Prozent und Tabak sogar um etwa 120 Prozent. Dabei ist, wie gesagt, bei keiner einzigen Ware und in keinem einzigen Jahre eine Übereinstimmung des Preisfalles, sondern es herrscht eine so gründliche Verschiedenheit der Bewegung, daß man auf den ersten Blick sieht, es müssen Produktions- und Absatzverhältnisse und nicht eine Umwälzung im Werte des Tauschmittels die Ursache der Preisschwankungen sein. Es sind in der genannten 40jährigen Periode allerdings zwei einschneidende Preisänderungen der Edelmetalle vorgekommen, nämlich zuerst ein Sinken des Goldes infolge der Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldlager, welches aber vom Jahre 1855 bis 1865 nicht einmal 3 Prozent betrug. Trotzdem strömte das Silber in solcher Menge aus Europa und namentlich aus Frankreich, wo am meisten Gold für Privatrechnung geprägt wurde, nach Indien, daß Frankreich durch den Abschluß des Lateinischen Münzbundes dieser Kalamität zu steuern suchte. Die andere wichtige Preisbewegung ist der Rückgang des Silbers seit 1873, welches heute bis auf 44 3/4 Pence per Unze fein Silber oder gegen 1872 um circa 26 % im Preise gesunken ist. Überwiegend größern Einfluß auf die Preisschwankungen als die Bewegung des Wertes der Edelmetalle aber haben die drei allgemeinen Handelskrisen von 1847, 1857 und 1873 hervorgebracht, zu denen sich auch noch die lokalen Krisen 1866 in London, 1868 in New-York und 1882 in Paris gesellten. Betrachten wir aufs Geratewohl die Preisbewegung einzelner Artikel, indem wir den Durchschnitt der Jahre 1845 bis 1850 zu 100 annehmen, so finden wir z. B., daß Kaffee am 1. Juli 1857 151 notirt. Wenn nicht schon damals nachgewiesen worden wäre, daß die außerordentliche Goldvermehrung wohl den Unternehmungsgeist erhöht, aber keinen fühlbaren Einfluß auf die Preise bis dahin gehabt habe, so könnte man einen Augenblick glauben, jene Preissteigerung sei auf die Vermehrung des Goldes zurückzuführen; allein ein halbes Jahr darauf, am 1. Januar 1858, das ist nach dem Ausbruche der Krisis, war der Preis schon wieder auf 114 gesunken. Am 1. Januar 1874 war er sogar bis 233 gestiegen, und im Jahre 1876, wo das Silber den bis vor wenigen Jahren tiefsten Fall erfuhr, wo also nach jener

Annahme die Werterhöhung des Goldes bereits wirken sollte, schwankte er immer noch um 180, stand am 1. Januar 1878 noch auf 183, am 1. Januar 1880 noch auf 151; 1881, zu einer Zeit, wo die Theorie der Goldverteurung und das geflügelte Wort der „kurzen Decke“ bereits in die Welt gesetzt war, noch auf 122 und hat erst 1883 den Rückgang unter jene Durchschnittsnotirung von 100 bis auf 82 angetreten, wobei indessen am 1. Januar 1884 noch eine Notirung von 106 vorkam. Eine ganz andere Bewegung haben Zucker und Weizen durchgemacht, welche eine bedeutende Preisreduktion, ersterer bis über die Hälfte, letzterer bis fast zur Hälfte, aufweisen. Bei diesen Artikeln liegt die Ursache der Bewegung aber in den notorischen Produktionsverhältnissen, welche wir nicht weiter zu erörtern brauchen. Von Kupfer, Eisen und Blei läßt sich dasselbe sagen, während Fleisch und Tabak die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen haben und gestiegen sind. Die größten Preisschwankungen in jener Periode zeigt Baumwolle, und zwar zwischen 73 und 383, aus der leicht begreiflichen Ursache, daß infolge des amerikanischen Bürgerkrieges die Baumwollenkultur in den Jahren von 1863 bis 1871 sehr vernachlässigt war. Kurz, so kritisch wir auch die Preisliste durchmustern, so finden wir, daß die Schwankungen unter den 47 Hauptwaren so verschieden, so groß und so plötzlich sind, daß sie unmöglich aus einer Wertveränderung der Umlaufsmittel zu erklären, sondern auf eine Umwälzung in den Produktions- und Absatzverhältnissen zurückzuführen sind. Wenn in irgend einer Periode der Handelsgeschichte eine Revolution in den Preisen infolge plötzlicher Änderungen im Edelmetallvorrate vorkommen könnte, so hätte dies entweder vom Jahre 1855 bis 1875 geschehen müssen, in welcher Periode der Goldvorrat von rund 15 Milliarden Mark sich ungefähr auf 30 Milliarden Mark gesteigert hatte. Von 1850 bis 1880 hatte sich der Goldstock infolge der neuen Produktionsquellen um 17 240 Millionen Mark vergrößert, während der stärkere Gebrauch von Gold durch die bedeutenden Prägungen Frankreichs und Großbritanniens, die Wiederherstellung der Valuta in den Vereinigten Staaten und Italien und die Einführung der Goldwährung im Deutschen Reiche und Skandinavien nur auf rund 11 000 Millionen Mark zu schätzen ist. Mehr als 6000 Millionen Mark sind also großenteils von der Industrie aufgenommen worden. Eine der beliebten Behauptungen der Bimetallisten geht dahin, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn eine Wertsteigerung

des Goldes eingetreten, da die Produktion des Goldes in Abnahme begriffen sei. Schon Bamberger hat dieser eigentlich kindischen Behauptung gegenüber auf die Thatsache hingewiesen, daß in den letzten 35 Jahren mehr Gold gewonnen sei, als vorher in 350 Jahren. Wie kann man nüchternen Sinnes verlangen, daß eine so ungeheure Produktion, wie von 1855 bis zum Jahre 1873, in demselben Maße fortdauern könne. Die Goldausbeute betrug von 1857 bis 1873 jährlich zwischen 500 bis 600 Millionen Mark; sie hat von 1874 bis 1877 durchschnittlich 470 Millionen Mark, von 1878 bis 1880 durchschnittlich 420 Millionen Mark betragen und ist in den Jahren 1881 bis 1884 auf 400, 380, 360, 350 Millionen Mark gesunken. Sie hat also seit 1880 bis Ende 1884 wieder 1500 Millionen Mark dem allgemeinen Vorrat beigefügt. In der handelsgeschichtlichen Übersicht des Economist wird der Goldertrag des Jahres 1884 höher, nämlich auf 400 Millionen Mark, geschätzt. Wie kann man bei der jährlichen Vermehrung des Goldvorrats um eine solche Summe von einem unzureichenden Vorrat an Gold reden! Wie kann man solchen Thatsachen gegenüber die enormen und in den verschiedensten Abstufungen eingetretene Preisreduktion der Waren von 10 bis 60 Prozent, welcher eine Preissteigerung anderer Artikel gegenübersteht, der Wertsteigerung des Goldes beimessen! Hingegen ließe sich recht gut der Preisfall des Silbers allein aus der enormen Vermehrung der Produktion in Amerika, welche 1882 47, 1883 46, 1884 49, 1885 45 Millionen Dollars betragen hat, aus der Einstellung der Silberprägungen in den Staaten des Lateinischen Münzbundes und dem Minderbedarf Indiens erklären, gegen welche Beträge das bei der deutschen Münzreform verkaufte Silber im Betrage von ungefähr 600 Millionen Mark doch kaum in Betracht kommt. Fünftens: Eine entscheidende Analogie, nur in umgekehrter Richtung, bietet die Periode von der Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldlager bis zur Krisis von 1857, deren wirtschaftliche Elemente in der bahnbrechenden „Geschichte der Preise“ von Tooke und Newmarch einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden sind. Dieselben waren zu dem Resultat gekommen, daß man den gesamten Goldvorrat, welcher 1848 in Europa und Amerika vorhanden war, auf 560 Millionen Pfund Sterling und den Silbervorrat auf 800 Millionen Pfund Sterling schätzen könne. Von da bis einschließlich 1856 seien 174 Millionen Pfund Sterling in Gold

aus Kalifornien und Australien zugekommen oder 27 Prozent innerhalb neun Jahren. Dadurch sei der Edelmetallvorrat in den Vereinigten Staaten, in England und Frankreich um ein Drittel vermehrt worden. Die Verfasser waren trotzdem nach eingehender Prüfung sämtlicher Waren zu der bestimmt ausgesprochenen Überzeugung gelangt, daß diese Vermehrung des Metallgeldes keinen Einfluß auf eine Steigerung der Preise gemacht hat, daß zwar der Preis der Rohmaterialien und derjenigen Produkte, bei denen keine rasche Vermehrung der Produktion möglich ist, um 20 bis 50 Prozent gestiegen war, daß aber bei jeder einzelnen Ware die Ursache von einer Änderung im Verhältnis zwischen Vorrat und Nachfrage und nicht in einer Entwertung des Geldes lag. Auch die Löhne waren um 15 bis 20 Prozent gestiegen; die Kolonialwaren hatten aber fast gar keine Preisänderung erlitten! Kurz, der ganze nachweisbare Einfluß war auf die Kapitalsvermehrung zurückzuführen, welche durch das neue Gold bewirkt worden war. Diese plötzliche Vermehrung des beweglichen Kapitals hatte dem Handel und der Industrie einen ungeheuren Impuls gegeben, so daß eine Menge neuer Unternehmungen begründet wurde, deren Überproduktion die Krisis von 1857 herbeiführte. In den vorhergegangenen Jahren hatte jene große Unternehmungslust durch außerordentliche Nachfrage nach Rohstoffen und Arbeitern jene Erhöhung der Löhne und Preise herbeigeführt. Infolge der Vermehrung der Geschäfte war zu den verstärkten Umsätzen auch eine höhere Summe von Umlaufsmitteln erforderlich, so daß das neue Gold auch in seiner Eigenschaft als Münze eine Zeitlang vom Verkehr aufgesogen wurde, ohne einen Einfluß auf den Silberpreis, geschweige denn auf den Wert der Waren auszuüben. Allein schon fast zwei Jahre vor Ausbruch der Krisis von 1857, als der Goldpreis nur um einen Bruchteil gesunken war, fingen die Silberthaler an, aus Frankreich, welches in jener Periode für über fünf Milliarden Franken Goldmünzen geprägt hatte, nach Indien auszuwandern. Damals schrieb dieselbe Kategorie von Leuten, welche heute die Geschäftsstockung der Verteurung des Goldes beimißt, die Handelskrisis von 1857 dem Silber zu, welches, weil es wertvoller geworden war, in solchen Massen aus Frankreich ausströmte, daß z. B. die Frankfurter Bank Ende der 1850er Jahre mehr als die Hälfte ihres Silbers in Fünffrankenthalern eingekellert hatte. Milliarden Silber flossen nach Indien ab. Die Goldproduktion dauerte aber nach dieser

Zeit in wenig vermindertem Umfange bis 1865 fort, wo Frankreich sich veranlaßt sah, den Lateinischen Münzbund zu gründen, um dem Abflusse des Silbers ein Ziel zu setzen.

In den Jahren 1855 bis 1857 waren in den Vereinigten Staaten allein jährlich 55 Millionen Dollars Gold gewonnen worden. Nach einigen Schwankungen bis auf 40 Millionen herunter war die Ausbeute 1865 und 1866 noch über je 53 Millionen Dollars gegangen, um nachher zwischen 51 und 33 bis 1882 zu variiren, wo die Produktion 31½ Millionen Dollars Gold betrug. Es war natürlich, daß die enorme Ausbeute der ersten Jahre nicht fortdauern konnte, weil nach Erschöpfung der Alluvial-Lager zur Ausbeutung der Quarzschichten geschritten werden mußte, welche größere technische und Kapitalskräfte erfordern. Allein es darf nicht übersehen werden, daß die Goldproduktion dadurch beständiger wird und daß der regelmäßige jährliche Zuwachs von 20 bis 25 Millionen Pfund Sterling in den Vereinigten Staaten, Australien und Rußland sowie in den übrigen Staaten den Vorrat, welcher im Jahre 1856 für einen hohen Stand der Betriebsamkeit vollkommen genügte, bis Ende 1884 um 685½ Millionen Pfund Sterling vermehrt hat. Während sich die Ausbeute auch in Australien aus dem angegebenen Grunde verminderte, hat sich die Rußlands seit 1871 um jährlich eine Million Pfund Sterling vermehrt. Bis zum Jahre 1860 war die Silberproduktion Nordamerikas kaum erwähnenswert. Vom Jahre 1861 an, wo die Silberminen in Newada erschlossen wurden, begann eine ungewöhnlich bedeutende Silbergewinnung, welche 1864 bereits 11 Millionen, 1870 16 Millionen, 1872 29 Millionen, 1874 37 Millionen, 1878 45 Millionen Dollars überstieg und seitdem zwischen 40 und 45 Millionen schwankte. In dieser Weise ist durch die Silberausbeute der Vereinigten Staaten der allgemeine Silbervorrat bis Ende 1884 um 600 Millionen Dollars oder rund 2500 Millionen Mark vermehrt worden. Es liegt auf flacher Hand, daß die Silberausbeute Amerikas einen mehr als doppelt so starken Einfluß auf das Sinken des Silberpreises haben mußte wie die Münzreform im Deutschen Reiche, durch welche wenig über 600 Millionen Mark auf den internationalen Markt geworfen wurden. Daß auch die Abnahme des Silberbedarfs Indiens und der Staaten der Lateinischen Münzkonvention seit der Einstellung der Prägungen allein einen viel größern Einfluß auf den Silbermarkt geübt, ist längst erwiesen.

Trotz des starken Abflusses des Silbers nach Asien wird dessen Vorrat im Abendlande nach der neuesten Berechnung des Münzdirektors in Washington auf 735 214 000 Pfund Sterling geschätzt. Dieser Summe steht aber ein Goldvorrat von 866 343 000 Pfund Sterling gegenüber. Das Gold steht also dem Silber gegenüber wie 54:46 Prozent. Wir können aus den obigen Thatsachen den Endschluß ziehen, daß auch heute noch die Theorie der „kurzen Decke“ falsch ist. Daraus folgt, daß die Hoffnung der Agrarier, durch freie Ausmünzung des Silbers den Geldvorrat des Deutschen Reichs zu vermehren und dadurch den Preis der Grundstücke und Produkte zu erhöhen, eitel ist. Abgesehen davon, daß gerade der hohe Preis der Grundstücke im Vergleich zu Amerika und Ungarn die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft beeinträchtigt, würde der vermehrte Geldvorrat gar nicht im Lande bleiben, sondern das im Werte sinkende Metall, das heißt das Silber, würde mehr oder weniger die Goldmünzen aus dem Lande drängen, genau in dem Verhältnis, als zu viel Silber geprägt würde. Um eine wirkliche Inflation durchzusetzen, wie die Agrarier in Nordamerika und Deutschland sie anstreben, dazu bedarf man einer Entwertung der Valuta, und was diese für die reelle Erhöhung des Preises bedeutet, davon haben bis vor kurzem Nordamerika und Italien und heute noch Rußland und Österreich-Ungarn den thatsächlichen Beweis zur Hand.

Den Bimetallisten und Agrariern muß die Erinnerung an die Periode 1855—65 gänzlich aus dem Gedächtnis entschwunden sein. Damals hat doch eine ganz geringe Erhöhung des Silberpreises um kaum 2 Prozent und eine noch unbedeutendere Reduktion des Goldkurses, also eine Schwankung von im ganzen kaum 3 Prozent zwischen beiden Edelmetallen, dahin geführt, daß das Silber in solchen Massen aus den Staaten der Doppelwährung strömte, daß infolge dessen, wie erwähnt, der Lateinische Münzvertrag abgeschlossen wurde, um dieser Bewegung entgegenzutreten. Das gleiche würde jetzt mit dem Golde eintreten, wenn die lateinischen Staaten und Deutschland anfangen würden, Silber gleich dem Golde wieder unbeschränkt für Privatrechnung prägen zu lassen. Man muß, um sich vor Irrtum zu bewahren, sich den Charakter der Funktionen des Geldes vergegenwärtigen, der niemals mehr verkannt worden ist als gerade in der gegenwärtigen Periode. Das Geld hat drei Funktionen: als Tauschmittel, als Wertmesser und als ein Teil und Repräsentant des Kapitals. Als Tauschmittel

kann man nicht bloß die beiden Edelmetalle, sondern auch Nickel und Kupfer verwenden. Als Wertmesser kann aber nur ein Metall dienen, und zwar dasjenige, welches den wenigsten Schwankungen in der Produktion ausgesetzt ist, und dies ist seit der ausreichenden Vermehrung dieses Münzmaterials infolge des Aufschlusses der kalifornischen, australischen und russischen Alluvial- und Quarzschichten — das Gold, welches auch schon wegen seines hohen Wertes weniger ein Nachlassen des Bergbaues zu befürchten hat und leichter und billiger im Welthandel umläuft. Hat auch die Goldausbeute in Amerika und Australien, seitdem die Alluvialschichten erschöpft waren und der rationelle Bergbau in den Quarzgängen begonnen werden mußte, nachgelassen, so kommen doch in neuester Zeit neue ergiebige Goldgruben in West-Australien, Indien, Österreich und Südungarn hinzu, welches letztere namentlich bei einer zweckmäßigen Reform der Berggesetzgebung nach den neuesten Forschungen und Versuchen größere Ausbeute verspricht, als man bis vor kurzem angenommen hat. Insbesondere gibt es ansehnliche Quarzgänge im schlesischen Gesenke, in den Alpen und in Südungarn, von denen viele nicht aus Armut des Metalls, sondern während der Protestantenverfolgung zu Anfang des 17. Jahrhunderts verlassen wurden, viele aber heute noch mit unzureichenden Mitteln betrieben werden. Würde man nach dem Beispiel von Nevada die Schächte und Stollen tiefer treiben, so würde unter Anwendung hinreichenden Kapitals und der außerordentlichen Verbesserungen der heutigen Sprengtechnik nicht bloß der Unternehmungsgeist in dieser Richtung ein lohnendes Gebiet erhalten, sondern auch die Besorgnis vor einem Schwinden der Goldproduktion würde hinfällig werden.

Als Tauschmittel betrachtet kann das Geld nicht willkürlich vermehrt werden. Denn sein Betrag ist an den Umfang und die Häufigkeit der Umsätze gebunden. Überdies hat die Entwicklung des Umsatzverkehrs in der neuen Zeit Institute und Vorkehrungen geschaffen, durch welche der Bedarf an Metallgeld in den hochentwickelten Kulturstaaten des Westens bedeutend verringert worden ist. Durch den Giro- und Kontokurrentverkehr der Banken, durch den Gebrauch des Wechsels und der Anweisungen oder Checks sowie endlich durch die Errichtung der Clearinghäuser oder Kompensationsbörsen wird eine ungeheure Summe von Transaktionen ohne klingende Münze oder nur durch einen sehr kleinen Prozentsatz solcher ausgeglichen. So wurden z. B. im Jahre

1880 in New-York 38614 Millionen Dollars durch Kompensation gedeckt mit Ausnahme von 4 Prozent (genau 4,04 Prozent), welche in klingender Münze gezahlt wurden. Im Londoner Clearinghaus wurden 1881/1882 6382 Millionen Pfund Sterling nur unter Beihilfe von 5 Prozent Noten und Münzen kompensirt. Diese Kompensationsanstalten sind bis jetzt nur in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten großartig ausgebildet, am europäischen Kontinent finden sich in Paris, Wien, Berlin, Frankfurt und Hamburg erst schwache Anfänge. Die Ersparung an klingender Münze ist daselbst noch sehr großer Ausdehnung fähig. In der Hauptsache richtet sich der Münzbedarf, wie gesagt, nach dem Umfang und der Häufigkeit der Umsätze. Die Häufigkeit derselben wechselt je nach dem Charakter der Geschäfte. Der Bäcker setzt seine Produkte in einem oder wenigen Tagen um, der Juwelier muß mit seinen Produkten oft jahrelang feilhalten; der Fleischhauer hat viele und kurze Umsätze, der Landwirt kauft und verkauft in der Regel in jährlichen Perioden. Außerdem gibt es regelmäßige und unregelmäßige Perioden, in welchen die Umsätze zu- und abnehmen. Nach der Jahresernte folgt in der Regel eine sehr starke Geschäftsthätigkeit, welche in der Periode vor der Ernte wieder nachläßt. Es gibt auf- und absteigende Perioden in der Wirtschaft überhaupt, in welchen eine größere oder geringere Menge von Umsatzmitteln erforderlich ist. In normalen Staaten ist der Bedarf an Umsatzmitteln ein steigender, infolge der Vermehrung der Bevölkerung und des Aufblühens der Geschäfte. Der Bedarf an Umlaufsmitteln mag nun je nach dem Charakter einer Wirtschaftseinheit sein, welcher er wolle, stets muß die Menge des Münzgeldes sich nach dem Umfang der Umsätze richten. In einem normalen Lande wird die Aufgabe der Adaptirung des Münzvorrats an den Bedarf dem freien Verkehr überlassen. In England und im Deutschen Reiche z. B. prägt die Münzstätte unbeschränkt für Rechnung des Publikums und, um Zeit zu sparen, sind auch die Zentralbanken gehalten, Goldbarren zu einem bestimmten Preise mit Noten zu kaufen. Bei Vermehrung der Umsätze werden mehr Münzen oder Banknoten von den Geschäftsleuten in Anspruch genommen; sind aber Kauf und Verkauf im Sinken begriffen, dann findet diese Bewegung sehr bald ihren Ausdruck im Wechselkurs und das Arbitragegeschäft sorgt rasch dafür, daß Gold ins Ausland geschickt wird, an Plätze, wo es besser verwertet werden kann. Unter der

Herrschaft der reinen Goldwährung vollzieht sich dieser Ausgleich sehr einfach, da das Gold eben gegenwärtig das am wenigsten im Wert schwankende und ein auf der ganzen Erde beliebtes Schmuck- und Zahlungsmittel ist. Das Silber und die Halbedelmetalle, wie Kupfer und Nickel, werden zu Teil- und Scheidemünzen verwendet, dem laufenden Bedürfnis der Bevölkerung angepaßt und vom Staate geprägt, welcher sie minderwertig schlägt, um die Ausfuhr absolut zu verhindern. Unter der Herrschaft der reinen Silberwährung verhält sich die Sache anders. Da werden nur die kleinern Silberteilmünzen, die Scheide- und Kupfermünzen, unterwertig geprägt, die Goldmünzen dienen aber als Handelstauschware, welche gleich jeder andern Ware im Preise schwankt. Unter der Herrschaft der Doppelwährung, d. h. in einem Staate, wo sowohl Gold- als Silbermünzen unbeschränkt für Privatzwecke geprägt werden müssen, tritt nur solange keine Störung ein, als die Produktion und Konsumtion der beiden Edelmetalle keine Schwankungen aufweist. Sobald hingegen Variationen in dem Vorrat und Preise des einen oder andern Edelmetalls eintreten, dann geht der Handel und die Spekulation ihrem gewöhnlichen Berufe nach, d. h. jeder, der größere Zahlungen zu machen hat, kauft sich am Zentralmarkt London das wohlfeilere Edelmetall und läßt es ausprägen; die Arbitrageure aber machen daraus ein vollkommenes Geschäft, und auf diese Weise werden die Münzen aus dem teurern Metall aus dem Lande getrieben. So geschah es in den 50er und 60er Jahren mit dem Silber und seit den 70er Jahren mit dem Golde. Hätten die Staaten der Lateinischen Münzkonvention nicht die Silberprägung eingestellt, es wäre heute kein Goldstück mehr bei ihnen im Verkehr. Diese Bewegung ist so unaufhaltsam, daß in Frankreich sogar in der Periode vor 1850, wo die Produktion der beiden Edelmetalle gar keine Sprünge aufwies, trotz der seit 1803 herrschenden Doppelwährung für 20 Frankenstücke beim Begehr ein kleines Agio gezahlt werden mußte. In den Vereinigten Staaten, welche einen unterwertigen Silberthaler gleichberechtigt mit der Goldmünze prägen, ist zwar heute der definitive Abfluß des Goldes noch nicht eingetreten, der Grund liegt aber darin, daß die seit 1878 geprägte Summe an Währungs-Silberdollars noch nicht den Bedarf überschreitet, indem einer Summe von rund 250 Millionen Silbermünzen noch rund 590 Millionen Goldmünzen gegenüberstehen und überdies unter der Renitenz des

Publikums der größte Teil der Silberthaler in der Bundeskasse sich aufspeichert, welche einen großen Teil davon in Gestalt von Silberzertifikaten in den Verkehr gebracht hat. Trotzdem läßt sich der Augenblick genau voraussehen, wo bei einer Fortdauer der Silberprägungen das Gold seinen Marsch nach Europa antreten wird. Genau ebenso würde es gehen, wenn das Deutsche Reich sein Münzgesetz ändern und zur Doppelwährung übergehen würde. Seine Gesetzgeber würden dann nur Wasser auf die Mühle der Arbitrageure und der amerikanischen Silberbergwerksbesitzer treiben; die Preise würden vorläufig nicht um ein Prozent steigen, mit der Wiederaufnahme der Prägung von Silberthalern würde Gold aus dem Lande fließen, bis zu dem Augenblick, wo auswärtige Gläubiger nicht mehr in Gold gezahlt werden könnten. Von da an würde das Goldagio sich einstellen, dann würden die Preise um den Betrag dieses Agios steigen und die Valuta würde in gleichem Maße sich verschlechtern, gerade wie wenn man statt Silber zu viel Papiergeld ausgegeben hätte. Auch bei derart gestiegenen Preisen der Produkte und des Bodens würden die Landwirte statt Vorteil nur Schaden haben, weil sie zu dem Goldagio noch eine Prämie für die Gefahr der Schwankungen desselben entrichten müßten. Nur einer kleinern Zahl rücksichtsloser Spekulanten würde für kurze Zeit durch eine solche Umwälzung gedient sein. Würde aber selbst das Unmögliche eintreten und die Preise in ganz Europa steigen, dann würden auch die Bodenpreise sich heben und dadurch die europäischen Landwirte gegenüber den billigern Ländereien der überseeischen Reiche wieder in Nachteil versetzt sein.

Angesichts der Krisis in der Zuckerindustrie Österreichs und Deutschlands, im Hinblick auf den Niedergang der Handelsflotte der Vereinigten Staaten erklären die Freihändler die Reaktion in der Handelspolitik für die Ursache der Geschäftslähmung, da ein Staat dem andern gegen den Abzug seiner Waren die Grenze sperrt und so das Gleichgewicht der Konsumtion mit der Produktion gestört werde. Diesen Stimmen gegenüber versicherte Fürst Bismarck im deutschen Reichstage, Deutschland sei durch seine Erhöhung des Zolltarifs aus seiner „Blutarmut" gerissen worden, indem er für den Augenblick die französischen Milliarden vergißt, mit Hülfe deren Deutschland den Rest seiner Staatsschulden abgetragen hat, d. h. in die glückliche Lage gekommen ist, daß der Ertrag seines Vermögens einschließlich der Eisenbahnen das

Zinserfordernis seiner noch bestehenden Staatsschulden übersteigt. Abgesehen von der Unstichhaltigkeit jener Behauptung an und für sich, könnte man mit mehr Recht behaupten, daß Deutschland bei seinen unaufhörlich steigenden Militärausgaben ohne die französischen Milliarden blutarm geworden wäre.

An dritter Stelle schreibt man die Ursachen der Geschäftslähmung in Europa der Konkurrenz der überseeischen Getreideproduktion zu, welche neuerdings aus den Vereinigten Staaten und aus Indien den europäischen Markt plötzlich und massenhaft mit ihren unter den billigern Bedingungen erzeugten Getreiden überführen, und unter dem Hinzukommen guter europäischer Ernten die Preise drücken und die landwirtschaftliche Bevölkerung dadurch der Mittel berauben, neue Anschaffungen zu machen, so daß die Hauptkundschaft der gewerblichen Produktion versiegt und rückwirkend auch der Handel lahmgelegt wird. Während die einen darin eine Umwälzung im Welthandel überhaupt erblicken — welche in diesem Sinne übrigens in Wirklichkeit schon vor 40 Jahren durch den Aufschluß der russischen Kornkammern infolge der großen Ausdehnung der Dampfschiffahrt und der Ausbreitung der Eisenbahnen begonnen hat — und die nur durch allmähliche Änderungen und Reformen in dem Wirtschaftssystem bekämpft werden kann, sehen sich die andern auch dieser Verlegenheit gegenüber wieder nach noch höhern Schutzzöllen, dem einzigen Hülfsmittel ihrer schöpferischen Phantasie, um.

Von fernerer Seite wird auf Hülfe durch eine Änderung der Agrargesetzgebung gehofft, wobei die verschiedensten Parteien einander bekämpfen, indem die einen sich auf das Prinzip der freien Teilbarkeit des Grundeigentums stellen und die Aufhebung aller Schranken, welche dieser noch entgegenstehen, verlangen, insbesondere die Beseitigung der Fideikommisse, der in Sitten und Gebräuchen trotz gesetzlicher Feststellung der Teilbarkeit noch bestehenden Übertragung der Bauernhöfe an ein Kind, sowie Schutz gegen das Überhandnehmen der Latifundienwirtschaft fordern, die andern dagegen die allgemeine Einführung des Anerbenrechtes anstreben, weil sie aus der freien Teilbarkeit der Grundstücke die Vermehrung des außerhalb des Familienverbandes stehenden Proletariats fürchten. Die dritten verlangen gar die Übertragung des Privat-Grundeigentums auf den Staat, wodurch unter der Maske der Neuerung eine zweite Auflage des alten Lehnssystems oder des

Agrarsystems der germanischen Urzeit und des heutigen Rußlands wieder veranstaltet würde.

Bei fast allen Parteien und Erwerbsschichten ist es nachgerade Mode geworden, in Verlegenheiten nach der Hülfe des Staates zu rufen, als ob dieser seine Mittel aus Goldbergwerken im Monde, statt aus der Tasche der Steuerpflichtigen bezöge. Mit dem übelsten Beispiele gehen in dieser Hinsicht fast immer die Reichen vor und zwar in gleichmäßiger Weise sowohl im Ackerbau wie im Gewerbe und Handel. Die Großgrundbesitzer, Fabrikanten und die Großhändler und Banken sind es, welche den Staat durch ihren großen Einfluß am meisten ausbeuten und die anmaßendsten Forderungen zu stellen und durchzusetzen pflegen. Kein Wunder, daß dieses Beispiel an den armen arbeitenden Klassen nicht spurlos vorübergeht und daß diese für die Verbesserung ihrer Lage ebenfalls die Mittel des Staates beanspruchen, freilich nicht in der praktischen Weise wie die Reichen, weil sie zu wenig Geschäftserfahrung, Menschenkenntnis, Bildung und Einfluß besitzen und daher meist von fanatischen, unklaren oder selbstsüchtigen und ehrgeizigen Führern mißbraucht und irregeleitet werden. Die Thatsache, daß die Bevölkerung Großbritanniens ein halbes Jahrhundert lang durch 10 000 Großgrundbesitzer mittels des ungeheuern Kornzolles ausgebeutet werden konnte, — die Thatsache, daß die österreichischen Zuckerfabriken, welche infolge der technischen Verbesserungen enorme Gewinste gemacht hatten, unter den Folgen der Überproduktion nebst den ihnen beispringenden Banken die Hülfe der Regierung anriefen, sollte in der Wirtschaftsgeschichte auf ehernen Tafeln eingegraben werden, zur Warnung und zur Erinnerung, damit man, wenn einst die Drachensaat aufgehen sollte, daran denke, daß die Reichen es waren, welche das üble Beispiel gegeben! Wie will man es schon heute den Kleingewerbetreibenden und den Krämern verargen, wenn sie mit thörichten Wünschen an die Regierung und an die Obrigkeit herantreten, nachdem man von oben herab mit so üblem Beispiel vorangegangen ist!

Kurz gefaßt läßt sich die Lage dahin charakterisiren, daß überall über Geschäftslosigkeit geklagt wird, daß die Richtigkeit dieser Klage auch durch die Niedrigkeit der Preise bewiesen wird, aber daß weder die gesetzgebenden Faktoren, noch die Regierungen, noch die Geschäftsleute selbst über die Ursachen dieser Erscheinung einig oder klar sind.

Darüber wäre wohl eine Übereinstimmung der Meinungen zu erzielen, daß die Geschäftslähmung von einer Verschiebung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion herrührt; allein welcher Ursache die letztere beizumessen ist, darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Wir glauben nach einer Prüfung des Zustandes der verschiedenen Länder die Überzeugung aussprechen zu dürfen, daß zwar allgemeine Ursachen in Wirkung sind, welche im Verkehr aller oder der meisten Länder sich bemerklich machen, daß aber in jedem einzelnen Lande noch lokale Ursachen hinzukommen, durch deren zufällig gleichzeitiges Zusammentreffen die Kalamität einen so allgemeinen Charakter annehmen konnte.

Unter den allgemeinen Ursachen ist hervorzuheben: 1. die handelspolitische Reaktion; 2. das Sinken des Silberpreises und die daraus hervorgegangene Unsicherheit in den Währungsverhältnissen verschiedener Länder; 3. die Nachwehen der Handelskrisis und die dadurch erzwungene Einschränkung des Konsums; 4. die Vermehrung der Konkurrenz der amerikanischen und indischen Getreideproduzenten in Verbindung mit reichen europäischen Ernten; 5. die orientalischen Wirren; 6. der Bankrott vieler überseeischen Staaten und Eisenbahnen; 7. die Abnahme des Eisenbahnbaues in Europa; 8. die umfassenden Konversionen und Zinsreduktionen; 9. Überproduktion; 10. sinkende Güterpreise.

Die Geschichte der neuern Volkswirtschaft kennt kein für den heutigen Stand unserer Kultur beschämenderes Ereignis, als die handelspolitische Reaktion, welche nach einem zehnjährigen Aufschwung des internationalen Handels, der ohnegleichen genannt werden darf, infolge der Handelskrisis von 1873 zunächst über Deutschland und Österreich-Ungarn hereinbrach, deren Beispiel auch andere Länder folgten. Zwar hatte auch Frankreich während der von ihm ausgegangenen Ära der Handelsverträge nicht gänzlich mit dem Schutzzollsystem gebrochen. Von Rußland war man nichts anderes gewohnt, als daß es mittels der Staatsprotektion auf seinem weiten Gebiete inländische Industrieen züchten will. In den Vereinigten Staaten, wo die Reaktion schon mit dem Jahre 1863 anhob, zu einer Zeit, als man in Europa zum erstenmal frei aufzuatmen begann, hatte man wenigstens die Entschuldigung der Notwendigkeit, die Mittel zur Dämpfung des Bürgerkrieges herbeizuschaffen, wobei man freilich nicht voraussehen konnte, daß es den Sonderinteressen gelingen würde, die Konsumenten noch

Jahrzehnte nach Beendigung des Bürgerkrieges auszubeuten. In Deutschland aber traten die Schutzzöllner mit dem faulsten Vorwand auf, welcher je einer ungerechten Sache zur Larve gedient hat — mit der alten Irrlehre des Merkantilsystems, daß ein Land arm werde, wenn es mehr Waren ein- als ausführe. Im Deutschen Reich sowohl als in Österreich griffen die Wortführer schutzzöllnerischer Fabrikanten in ihren Petitionen, mit welchen sie die Parlamente bestürmten, die Jahre 1871—1873, in welchen die Einfuhr die Warenausfuhr um außerordentliche Summen überschritten hatte, zum Ausgangspunkt der Behauptung auf, daß bei einer Fortdauer dieser Bewegung die Industrie dieser Länder zugrunde gehen müsse. Als wir diesen Vorspiegelungen mit dem Einwand öffentlich entgegentraten, daß die außerordentliche Wareneinfuhr nur vorübergehend, weil sie in Deutschland nichts als die Folge der Abtragung der französischen Kriegsschuld sei und in Österreich mit der Anlegung riesiger ausländischer Kapitalien für den vermehrten Eisenbahnbau zusammenhänge, da wurde solcher Einwand von jener Seite totgeschwiegen, weil man diese Wahrheit nicht zu widerlegen vermochte. Es ist daher wahrhaft beschämend, daß auf diesen nichtigen Vorwand hin und trotz der auch prinzipiell entscheidenden Thatsache, daß im reichsten Lande der Erde, in Großbritannien, die Wareneinfuhr die Ausfuhr seit Dezennien bedeutend und seit dem letzten Jahrzehnt um 2000 Millionen Mark jährlich überschreitet, die Revision des Zolltarifs im schutzzöllnerischen Sinne zu wiederholten Malen die Billigung der Gesetzgebung fand. Gerade der letztere Umstand, die fortwährende Gefahr neuer Tarifänderungen, welche aus der Unersättlichkeit der schutzzöllnerischen Interessenten hervorgeht, schadet der Entwicklung des internationalen Handels mehr als die einmalige Tariferhöhung. Denn während sie die Nachbarstaaten zur Nachahmung und Retorsion veranlaßt, beunruhigt sie den Großhändler, den Hauptträger umfassender Unternehmungen. Spekulationen, welche zu ihrer Realisirung lange Zeit erfordern, werden aus Mangel an Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der Zollpolitik unterlassen, und damit versiegt eine Hauptnahrungsquelle des internationalen Handels und rückwirkend der großen exportfähigen Industriezweige. Der Urheber der gegenwärtigen deutschen Zollpolitik gibt sich einem gefährlichen Irrtum hin, wenn er der erst seit wenigen Jahren geltenden Zollerhöhung so große Wirkungen zu gunsten der Erwerbskraft des Landes

zuschreibt. Denn abgesehen von dem bereits erwähnten Vermögenszuwachs von fast sechs Milliarden Franken in den Jahren 1871—1874 ist die Erweiterung der ausländischen Kundschaft der deutschen Industrie und des Handelsstandes lediglich eine Wirkung des gehobenen Ansehens infolge der großen Siege. Vor 1870 wäre es keiner fremden Regierung eingefallen, auf deutschen Werften Kriegsschiffe zu bestellen, während in den letzten Jahren sogar China Panzerschiffe in Stettin und Kiel bauen ließ. Krupp versorgt heute die ganze Erde mit Gußstahl-Kanonen, die Ausfuhr an Stahlschienen und Eisenbahnwagen aus Deutschland ist im Wachsen begriffen und wieviel von der Zunahme des Absatzes der Solinger Klingen- und Remscheider Werkzeugindustrie, der Nürnberger Waren und vieler andern Erzeugnisse des deutschen Gewerbfleißes namentlich unter den halbzivilisirten Völkerschaften anderer Weltteile auf Rechnung des gestiegenen politischen Einflusses des Deutschen Reichs zu schreiben ist, das vermag man erst recht zu beurteilen, wenn man den Charakter dieser Völkerschaften bedenkt, denen der Erfolg Alles ist.

Der zweite Faktor, welcher einen ungünstigen Einfluß in dem gegenwärtigen Stadium der Unentschiedenheit ausübt ist das Fallen des Silberpreises, solange die Staaten des Abendlandes sich noch nicht sämtlich vom Silber als Währungsmetall losgesagt haben. Dieser Preissturz wurde hervorgebracht durch das gleichzeitige Zusammentreffen mehrerer Umstände: der verminderte Bedarf Indiens, die außerordentliche Vermehrung der amerikanischen Silberproduktion, und der Übergang des Deutschen Reiches und Skandinaviens zur reinen Goldwährung. Der durch diese Ereignisse herbeigeführten Preisverringerung wurde ein dauernder Druck noch auferlegt durch die Suspension der Silberprägungen der Staaten des Lateinischen Münzbundes, welche geeignet war, auf den Silbermarkt einen noch größern Eindruck auszuüben als die deutschen Silberverkäufe. Zwar wurde durch jene Maßregel in den Staaten der Doppelwährung eine gewisse Beruhigung herbeigeführt, da in deren Geschäftsumsätzen faktisch die Goldwährung maßgebend ist und die Verluste an Goldagio vermieden werden, durch welche Länder der Silberwährung, wie Indien, Rußland und Österreich-Ungarn, Schaden erleiden. Allein die Unentschiedenheit, welche in einem großen Teile Europas und in den Vereinigten Staaten noch wegen ihrer hinkenden Währung besteht, hat eine Unruhe im Geldmarkte

zur Folge, die nicht ohne Nachteil ist und namentlich weitsichtigen Unternehmungen hindernd im Wege steht.

Eine dritte allgemeine Ursache der Geschäftslähmung des Abendlandes ist das anhaltend tiefe Sinken des Getreidepreises infolge reicher Ernten im Zusammenhang mit der in jüngerer Zeit riesig vermehrten Konkurrenz der Getreideproduzenten der Vereinigten Staaten und der erst in den letzten Jahren hinzugetretenen Bewerbung Indiens. Der Preis des Weizens ist dadurch auf einen Standpunkt herabgedrückt worden, wie er seit Jahrzehnten nicht vorgekommen war, und wenn man im Verhältnis zum heutigen Reichtum und zur gegenwärtigen Erwerbsfähigkeit rechnen will, kaum je so andauernd und allgemein wenigstens seit den 20er Jahren nicht vorgekommen ist. Allerdings gilt es als ein wirtschaftlicher Erfahrungssatz, daß niedrige Preise der Lebensmittel und Rohstoffe, wie sie gegenwärtig herrschen, zur Ansammlung von Vorräten und zu neuen Unternehmungen reizen müssen. Allein bis diese Bewegung in Gang kommt, dauert es in der Regel längere Zeit, die überdies in unserer Periode mit Hülfe des größern Kapitalreichtums und des leichtern Kredits stark hinausgedehnt werden kann, weil die Landwirte durch die letztern in den Stand gesetzt werden, ihre Vorräte in der Erwartung besserer Preise zurückzuhalten.

Während unseres ganzen Jahrhunderts ist keine Periode zu finden, in welcher die großen Schichten der Bevölkerung so lange zu äußerster Einschränkung des Verbrauchs gezwungen wurden. Zuerst kam der deutsch-französische Krieg, dessen Ausgang wenigstens das französische Volk für mehr als ein Jahrzehnt zur äußersten Sparsamkeit zwang. Dann folgte der Ausbruch der Handelskrisis von 1873, infolge deren eine Menge von Erwerbsanstalten in Europa und Amerika in ihrer Produktion eingeschränkt oder gar geschlossen werden mußten. Für viele Jahre hinaus mußten Hunderte von Millionen Menschen sich mit dem notdürftigsten begnügen und namentlich die Luxusindustrieen litten und leiden unsäglich. Auch Massenartikel wurden trotz sinkender Preise weniger gesucht, weil die Kaufleute und großen Industriellen ihre Vorräte nicht im normalen Maße mehr erneuern, sei es, weil sie eine Verminderung des Absatzes befürchten, oder auf ein noch tieferes Sinken des Preises hoffen, oder durch die Reaktion in der Handelspolitik, oder durch die Wirren in der Währung in Besorgnisse geraten sind.

Dazu kommt das Leiden der Landwirtschaft unter der überseeischen Konkurrenz, welche auch die vielen Millionen des Landvolks verhindert, ihre gewohnten Anschaffungen für Kleidung, Geräte, Werkzeuge, Genußartikel zu machen, und sie zwingt, mit den alten Artikeln noch eine Weile zu hausen. Dadurch wurden auch die Handel- und Gewerbetreibenden in Mitleidenschaft gezogen und mußten ihrerseits weiter sparen. Vergessen wir nicht, daß der Eisenbahnbau anfing, geringere Dimensionen anzunehmen nicht bloß infolge der Handelskrisis, sondern auch, weil das europäische Netz sich allmählich dem Ausbau nähert.

Endlich — last not least — haben auch die zahlreichen Bankrotte von überseeischen Banken und Eisenbahnen und die vielen Konversionen von Staatsanleihen und Prioritäten mit Zinsreduktionen große Kreise des Mittelstandes, Witwen und Waisen, welche ganz oder zum großen Teil von ihren Zinsen zu leben gewohnt sind, eines Teils ihrer regelmäßigen Einkünfte beraubt, dessen Betrag durch Sparen eingebracht werden muß. Auch dieser Posten muß im Volkshaushalt fühlbar sein und zur Verschiebung des Gleichgewichts beitragen.

Eine letzte, den Gang der internationalen Geschäfte ungünstig beeinflussende Ursache sind die Wirren im Orient, welche durch die Unabsehbarkeit ihrer befriedigenden Beilegung Unternehmungen hindern, deren Vollzug nur in längerer Zeit bewirkt werden kann.

Zu diesen allgemeinen Ursachen des gegenwärtigen Niederganges der Geschäfte kommen in einzelnen Ländern noch lokale Einflüsse hinzu, welche die schon im allgemeinen gedrückte Lage verschlimmern.

Betrachten wir zunächst Frankreich, so hat dieses von der Natur gesegnete Land sich, wie schon erwähnt, in so kurzer Zeit finanziell von den auf gegen 10 Milliarden geschätzten Schäden seines Krieges mit Deutschland erholt, daß die Unerschöpflichkeit seiner Hülfsquellen eine zeitlang sprichwörtlich geworden war und das verlorene militärische Prestige durch die Achtung der Welt über seine wirtschaftliche Gediegenheit gewissermaßen ersetzt wurde. Als nach Abzahlung der Kriegsschuld die Nationalversammlung organische Beschlüsse faßte, durch welche die Erwerbsfähigkeit des Volks im großen gesteigert werden sollte, insbesondere zum Ausbau der Eisenbahnen, zur Regulirung der Flüsse und zur Rekonstruktion des Kanalnetzes in großem Stil sich entschloß, da kannte die Bewunderung fast keine Grenzen. Allein bald mußte man sich sagen, daß auf die Jahre ungeheurer Anspannung,

welche 1882 überdies mit einer Krisis endigten, doch eine innere Erschlaffung um sich zu greifen begonnen hatte. Die Deckung der Kriegsschäden hatte die Zinsen für die Staatsschuld um eine riesige Summe jährlich vermehrt und die ungeheuren Mittel, welche für die Befestigung der neuen Grenze sowie für die Wiederinstandsetzung des Heeres ausgegeben wurden und jährlich verwendet werden, haben die jährlichen Staatsausgaben auf über 3000 Millionen Franken gesteigert. Diesen großen Erfordernissen kann nur durch die äußerste Sparsamkeit begegnet werden, da die Erwerbsfähigkeit des Volks sich nicht vermehrt, sondern eher vermindert hat. In dieser Hinsicht kommen zunächst die Verheerungen der Phylloxera in Betracht, welche den Ertrag des Weinbaues um durchschnittlich ein Dritteil vermindert haben; denn rechnet man den Ernteverlust auf 20 Millionen Hektoliter und den Preis des Hektoliter Wein nur auf 50 Franken, so stellt sich ein jährlicher Verlust von 1000 Millionen Franken heraus. Sehr bedeutend ist auch der Schaden, den die französische, insbesondere die Lyoner Seidenindustrie teils durch Einschränkung des Konsums in Frankreich wegen der Kriegsschäden, in den übrigen Ländern wegen der Folgen der Krisis von 1873, teils durch ausländische Konkurrenz erfahren hat.

Ein anderer zum Teil selbst verschuldeter Nachteil ist die der eigentlichen Pariser Industrie entstandene fremde Mitbewerbung. Infolge der Austreibung der Deutschen aus Frankreich während des Krieges wurde eine große Anzahl deutscher Arbeiter gezwungen, sich in der Heimat oder in England niederzulassen, welche dadurch insbesondere jene Kunst- und Luxusgewerbe befruchteten, die bis dahin gewissermaßen ein Monopol der Pariser waren. Sowohl dadurch wie durch die chauvinistischen Hetzereien der Pariser Parteipresse wurde der Absatz der Pariser Artikel ungeheuer geschädigt. Denn die Deutschen, welche Paris in Scharen zu Tausenden während des Winters zu besuchen und bedeutende Einkäufe zu machen pflegten, wurden von den französischen Chauvinisten förmlich gezwungen, wegzubleiben. Dieser Schaden ist ein bleibender, weil mittlerweile sowohl in Berlin wie in Wien die Kunstindustrie in höherm Maße gepflegt wird und mit der Pariser auch am internationalen Markte zu wetteifern beginnt.

Wenden wir uns nach Großbritannien, so hat dieses nach den letzten Schlägen der großen Handelskrisis Ende 1878 an dem Agrarkampf mit Irland und an drei oder vier aufeinanderfolgenden schlechten

Ernten zu leiden, während dessen Landwirtschaft gleichzeitig unter dem gegenwärtigen Freihandelssystem infolge des leichten direkten Seeverkehrs noch mehr von der amerikanischen und indischen Konkurrenz zu erdulden hat als der Kontinent. Kenner der Verhältnisse der britischen Landwirtschaft versichern, daß die Pächter seit dem Fehljahre von 1879, mit welchem die schlimme Zeit begann, ihr Betriebskapital haben angreifen müssen und daß gegenwärtig keine Aussicht sei, den Verlust wieder zu ersetzen. Nachdem die neue Agrargesetzgebung in Irland den irischen Pächtern die Möglichkeit geboten hat, sich mit Hülfe von Staatsvorschüssen Land käuflich zu erwerben, dadurch zu freien Bauern sich zu erheben, kann den englischen und schottischen Pächtern die gleiche Wohlthat, mit Hülfe deren sie sich von der Latifundienwirtschaft emanzipiren, nicht mehr vorenthalten werden. Auch in Großbritannien ist daher die Agrarreform unvermeidlich. Als ein Beispiel, wie unerträglich der gegenwärtige Zustand geworden, führt das Parlamentsmitglied James E. Thorold Rogers die Thatsache an, daß im Monat Dezember 1884 ein mit der Prüfung des Zustandes der Armen beschäftigtes Komité im Süden Londons zweihundert ländliche Arbeiter gefunden hat, welche der Mangel an Beschäftigung in die Hauptstadt getrieben, die zwölf Stunden keine Nahrung genossen hatten und nicht die Mittel besaßen, ihr Nachtquartier zu bezahlen. Auch im britischen Handel ist im allgemeinen im letzten Jahre ein Rückgang wahrzunehmen, der sich durch den niedrigen Preis noch verschlimmert. Die Industrie ist verhältnismäßig am wenigsten bedrängt, weil sie sich des größten Kapitals erfreut. In betreff derselben ist aber wieder ein Umstand zu beachten, welcher oft die größten allgemeinen Gefahren birgt und eigentlich auch mit als eine allgemeine Ursache der zeitweisen Verlegenheiten und Krisen des Handels betrachtet werden kann. Wir meinen die Gefahr der Überproduktion, welche durch den hohen Stand der neuern Technik den steigenden Vorrat an beweglichem Kapital in höherm Maße als früher erleichtert und die insbesondere durch die psychologische Erscheinung genährt wird, daß in den modernen Kulturstaaten mit dem zunehmenden Reichtum auch die Habsucht wächst. Die Sucht nach Vergrößerung des Erwerbs ist bei den Fabrikanten der modernen Industriestaaten zu einer verderblichen Leidenschaft angewachsen. Jede vorübergehende gute Preis- und Absatzkonjunktur wird von jenen Zweigen der Großindustrie, welche leicht über Roh-

stoffe gebieten und in kürzester Zeit neue Arbeiter auf ihre Maschinen einüben können, wie die Eisen- und Stahlhütten, die Spinnereien u. s. w., zur Vergrößerung der bestehenden Anstalten sowie zur Gründung neuer Fabriken benutzt. Bevor noch für die derart vermehrten Produkte der Absatz geordnet und die regelmäßige Kundschaft erlangt ist, tritt eine natürliche oder zufällige Reaktion ein, der Absatz stockt, die Preise sinken, die vorher durch hohen Lohn aus ihren Beschäftigungen gelockten Arbeiter müssen auf halbe Zeit gesetzt oder ganz entlassen werden und sind das unschuldige Opfer habsüchtiger Spekulation. So ist es anfangs dieses Jahrzehnts wieder mit der Eisenindustrie ergangen, so geschah es im Schiffbau, welcher beim Übergang von der Konstruktion von Eisen- zu Stahlschiffen eine Reihe glänzender Jahre hatte, aber im Herbst und Winter 1884—85 plötzlich aus Mangel an Aufträgen zusammenbrach, sodaß die betreffende Arbeiterbevölkerung im Glasgower Bezirk geradezu einer Hungersnot preisgegeben war. Eine ähnliche Überproduktion ist von der Wollenmanufaktur zu befürchten, welche auf Grund der ungemessenen Quantitäten des Rohstoffes, den Australien von seinen 70—80 Millionen Schafen liefert, ihre Werke fortwährend ausdehnt.

Es muß dabei noch hervorgehoben werden, daß die englischen Großindustrieen infolge der neuern Erhöhung der Eingangszölle in den verschiedenen Staaten des Kontinents sowie auch durch beginnende Konkurrenz europäischer und indischer Fabriken in Großbritannien selbst veranlaßt werden, durch Ermäßigung der Produktionskosten über die Schlagbäume hinweg sich den Weg zu bahnen oder sonst zu helfen. Diese Ermäßigung der Produktionskosten wird aber wieder meistens durch Vergrößerung des Betriebes erzielt, wodurch abermals das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion gestört zu werden droht. In dieser Richtung kann die Wirtschaft leicht in einen vitiösen Zirkel geraten. Während wir auf der einen Seite sehen, daß es den englischen Tuchfabriken trotz neuerer mehrfacher Erhöhung der Eingangszölle gelingt, in verstärktem Maße nach Österreich-Ungarn zu dringen, fangen die Inhaber gewisser Industriezweige in England selbst an, über deutsche Konkurrenz zu klagen, und unter dem Ruf nach fair trade hat sich im Mutterlande des Freihandels selbst wieder eine Schutzzollpartei gebildet, welche angesichts des vermehrten Ausschlusses englischer Waren durch die Tariferhöhungen am Kontinent Retorsionsmaßregeln im Vereinigten Königreich fordert.

Eine ähnliche Erscheinung haben wir in den Vereinigten Staaten, welche freilich, in der günstigen Lage, fast keine Militärlast zu tragen, imstande sind, ihre Bundesschuld rasch zurückzuzahlen und dadurch Kapital für die Volkswirtschaft zu erübrigen. Dort hat sich die Überproduktion in ihren hervorragendsten Erscheinungen außer der riesigen Ausdehnung des Bodenbaues und des Produktenhandels sowie des Bankwesens, welches gegenwärtig nicht weniger als gegen 3000 Institute aufweist, hauptsächlich auf den Bau von Eisenbahnen geworfen. In den Jahren 1880—82 wurde darin das in der Verkehrswelt bisher unerhörte Ergebnis zustande gebracht, daß sämtliche in 1873 steckengebliebene Bahnen wieder aufgegriffen und ausgebaut und so viel neue Linien unternommen wurden, daß innerhalb dieser drei Jahre das amerikanische Eisenbahnnetz um 25 000 englische Meilen vergrößert oder doch zu diesem Zweck in Angriff genommen wurde und heute das europäische an Meilenzahl übertrifft. Kein Wunder, daß auf diese Überanstrengung eine neue Reaktion erfolgte, von der man sich aber dank der außerordentlichen Hülfsquellen des Landes wieder zu erholen beginnt, obgleich der noch bestehende hohe Schutzzoll durch die Verteuerung der Löhne und Preise die amerikanische Industrie fast gänzlich exportunfähig gemacht hat.

In Mitteleuropa treten bei verschiedenen Ländern ebenfalls zu den allgemeinen Leiden noch Spezialursachen hinzu. In Rußland liegt die Industrie gänzlich darnieder und es wird über große Not unter den Arbeitern geklagt, obgleich dieses Reich seine hohen Schutzzölle im Laufe des letzten Jahrzehnts dreimal ungeheuer verschärft hat. Der Zweck, durch das Protektionssystem eine einheimische große Industrie zu schaffen, ist trotz jahrzehntelanger Bemühungen nicht gelungen. Es hat sich da noch kläglicher als in den Vereinigten Staaten die Verkehrtheit des Unterfangens gezeigt, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen, d. h. mit Staatshülfe Großindustrieen erziehen zu wollen, bevor die Bodenproduktion eine solche Kraft der Entwicklung erreicht hat, daß sie Überschüsse erzielt, mit denen die gewerbliche Thätigkeit gespeist werden kann. Dem Hochschutzzollsystem ist es nicht einmal gelungen, eine genügende Anzahl fremder gewerblicher Unternehmer ins Land zu ziehen, wie dies in manchen andern Ländern der Fall war. Übrigens scheint Rußland auch noch an den Nachwehen des Orientkrieges zu leiden, an der durch die nihilistische Verschwörung hervorgerufenen Vertrauenslosigkeit sowie an der durch die neue Zoll- und

Eisenbahntarifpolitik im Deutschen Reich entstandenen Erschwerung seiner Produktenausfuhr.

Das letztere gilt auch von Österreich-Ungarn, wo namentlich die urwüchsige Industrie der Dampfmühlen, in deren Einrichtung Budapest in der ganzen Welt tonangebend ist, durch jene Erhöhung empfindlichen Schaden erlitten hat. Aktien-Dampfmühlen, welche vor 1880 25—40% Dividende verteilt haben, und zwar ohne Schutzzoll oder sonstige Staatshülfe zu genießen, sind seitdem in ihrem Reineinkommen bedeutend geschmälert worden. Sowohl in Österreich-Ungarn wie im Deutschen Reich hat aber gerade das schon erwähnte Schoßkind des Staates in unserm Jahrhundert infolge des seit Ende 1883 eingetretenen Preisfalles des Zuckers einen derartigen Schlag erlitten, daß eine förmliche Krisis in der Zuckerindustrie ausgebrochen ist. Der Fall ist so außerordentlich, daß ihm eine besondere Tafel in der Handelsgeschichte gebührt. Die Rübenzuckerindustrie, bekanntlich ein Kind der Kontinentalsperre, hat ihr Dasein nur dem hohen Schutzzoll zu verdanken, der die Konkurrenz des Rohzuckers ausschließt, welcher unter günstigern Bedingungen der Natur gedeiht. Infolge fortgesetzter technischer Verbesserungen, welche den Zuckerfabrikanten unerwarteten steigenden Gewinn brachten, sah sich der Staat veranlaßt, die Zuckerproduktion mit einer inländischen Tare zu belegen, welcher eine Prämie für den exportirten Zucker an die Seite gestellt wurde. Diese Exportprämie gab im letzten Jahrzehnt zu einer seltsamen Ausbeutung des Staates Anlaß, bei welcher den Fabrikanten nicht einmal eine fraudulöse Gebarung zur Last gelegt werden kann. Der Maßstab, nach welchem die Inlandsteuer erhoben und die Ausfuhrprämie gezahlt wurde, war nach der Basis eingerichtet, auf welcher sich die Technik der Fabrikation zu Anfang der 1860er Jahre befand. Seitdem sind wiederholt so enorme Fortschritte gemacht worden, daß bedeutend mehr Prozente des Rübengehalts verwertet werden als zur Zeit der gesetzlichen Bemessung des Steuerausmaßes und der Reingewinn fast verdoppelt wurde. Dieser Reingewinn stieg so enorm, daß die Zuckerfabriken rasch vergrößert und vervielfältigt wurden. In Österreich stieg die Produktion derart, daß die Ausfuhrprämie einen immer größern Teil der Rübensteuer absorbirte und sie in 1876 fast ganz verschlang. Dies war das merkwürdige Jahr, wo nach den Büchern der österreichischen Steuerverwaltung eigentlich kaum ein einziger Zentner

Zucker in den Konsum einer Bevölkerung von 37 Millionen übergegangen sein müßte. Die ganze Steuer, welche durchschnittlich 6 Millionen Gulden betragen hatte, war als Ausfuhrprämie in die Kassen der Fabrikanten zurückgewandert. Es war gerade während der Nachwehen der Handelskrisis von 1873, daß die Rübenzuckerindustrie gewissermaßen ihre Orgien feierte. Der Staat, welcher eine kaum zu ermittelnde Summe, die gewiß nicht auf weniger als 20 Millionen zu veranschlagen ist, eingebüßt hatte, machte der Ausbeutung in Österreich ein Ende, indem noch vor der Auffindung eines auf gerechterer Basis ruhenden neuen Steuergesetzes ein progressiver Pauschalbetrag festgesetzt wurde, welcher bis auf rund 11 Millionen gestiegen ist. Auch im Deutschen Reich hat der Gesetzgeber die Notwendigkeit einer Reform der Zuckerbesteurung erkannt. Da kam das Mißverhältnis zwischen der Inlandsteuer und der Exportprämie zwar an keinem so grellen Beispiel an den Tag, indessen war das enorme Steigen des Reingewinnes dieser Industrie noch klarer durch die zahlreichen Aktiengesellschaften erwiesen worden, die in ihren mit größerer Strenge publizirten Jahresabschlüssen Dividenden von 20, 25, 30, ja, nicht selten sogar von 40 und 60% aufwiesen. Diese riesigen Reinerträge brachten eine wahre Unternehmungsmanie hervor, sodaß während des letzten Jahrzehnts die Zuckerfabriken wie die Pilze aus der Erde schossen und in einem einzigen Jahre über 200 neue Unternehmungen gegründet wurden. Die Folgen dieser Überproduktion konnten nicht ausbleiben. Die Ausfuhr aus Österreich und Deutschland stieg in unerhörter Weise, bedrängte sogar die Zuckerproduktion Frankreichs, des Mutterlandes der Rübenzuckerindustrie, weil man sich dort nicht so rasch die Verbesserungen angeeignet hatte, überschwemmte Großbritannien und den ganzen internationalen Markt. Im Laufe des Jahres 1883 waren die überall aufgestapelten Vorräte so groß geworden, daß der Preis zu weichen begann und, obgleich viele, namentlich österreichische Fabrikanten ihre Vorräte zurückhielten und bis zum Augenblick, wo wir dieses schreiben, so unaufhaltsam zu fallen fortfuhr, daß er über 30% einbüßte und bald die tiefste Stufe einnahm, die jemals notirt wurde. Infolge dessen sind zahlreiche Fabriken sowohl in Österreich wie in Deutschland bankrott geworden und Banken, welche sie zu schützen suchten, mit ihnen. Außer der Überproduktion an sich lag die Hauptursache dieses Sturzes einesteils in dem Leichtsinn der Fabrikanten,

welche, statt die sieben fetten Jahre zur Auffammlung eines Notpfennigs zu benutzen, sich in neue unabsehbare Unternehmungen stürzten und sogar das Börsenspiel nicht verschmähten; anderenteils in dem Zurückhalten der Vorräte. Gleich beim Beginn des Preisrückganges sagte mir einer der größten Unternehmer Österreichs (Baron Louis v. Haber-Linsberg), der mehrere Zuckerfabriken besitzt, daß er gar nicht aufspeichern werde. Als ich mein Erstaunen darüber ausdrückte, da er ja ausreichende Mittel besitze, um seine Vorräte jahrelang zurückzuhalten, erwiderte er mir: „Es ist gegen das geschäftliche Prinzip; ich verkaufe alles, was produzirt wird, wenn auch mit positivem Verlust. Vom Fett der verflossenen Jahre können wir noch lange zehren.“ Glücklicherweise gibt es in diesem Geschäftszweige noch viele so kluge Leute und die Unklugen sind in der Minorität. Es bedarf keiner nähern Erklärung, daß die Verluste in dieser partiellen Industriekrisis auch auf den allgemeinen Geschäftsgang lähmend einwirkten. Eine unvergeßliche Lehre wird es aber sein, daß diese außerordentlich heftige Katastrophe gerade in dem vom Staate am höchsten geschützten Industriezweig ausgebrochen ist.

Fassen wir die gegenwärtige Situation in großen Zügen zusammen, so erhalten wir folgendes Bild: Seit 1870 waren in dem Zeitraum von wenigen Jahren so viele erschütternde politische und wirtschaftliche Weltereignisse zusammengetroffen, wie kaum ein ähnliches Beispiel in der Geschichte aufzufinden ist: der deutsch-französische Krieg, das gewaltigste Schlachtenereignis, welches in kurzer Frist je vorgekommen ist, die größte internationale Krise in der Handelsgeschichte mit den empfindlichsten und längsten Nachwehen, der plötzliche Bankrott vieler überseeischen Staaten und Eisenbahnen, bahnbrechende Erfindungen, ein beispiellos starkes und anhaltendes Sinken der Preise der meisten Waren, insbesondere der großen Stapelartikel, Getreide, Eisen und Silber, das anhaltende Sinken des Zinsfußes und das permanente Steigen der soliden Wertpapiere sowie die außerordentliche Konkurrenz der überseeischen Getreideproduzenten und die allgemeine Reaktion in der Handels- und Eisenbahntarifpolitik. Nach dem Ausbruch der Handelskrisis von 1873 erfuhr zunächst die Eisenindustrie einen ungeheuren Preisfall, sodaß Hunderte von Hochöfen ausgeblasen und manche Gewerke geschlossen, viele eingeschränkt werden mußten. Die Reduktion erstreckte sich auch auf viele andere Zweige der Großindustrie, sodaß Hunderttausende von Arbeitern entlassen wurden, welche ihr Brot wieder bei

der Landwirtschaft suchen mußten. In den Vereinigten Staaten war diese Bewegung so stark, daß in den Jahren 1874—1878 gegen eine Million aus dem Osten in das Innere des Kontinents wanderte, um in den nordwestlichen Staaten und Territorien den Getreidebau im großen Maßstab einzuführen. Die Krisis wurde noch verlängert durch den Umstand, daß manche der reichern Fabrikunternehmer nicht frühzeitig sich in die geänderte Lage hineinfinden wollten, sondern im gewohnten Maßstabe fortarbeiten ließen und ungeheure Vorräte aufstapelten, die zuletzt, als die Situation nicht mehr zu halten war, zu noch ungünstigerer Zeit losgeschlagen werden mußten und die Preise noch mehr drückten.

Diese Gefahr wird noch vergrößert durch die schon erwähnte Leichtigkeit der Ausdehnung der mechanischen Werkstätten und großen, mit Fabrikationsmaschinen ausgerüsteten Etablissements. Das wirtschaftliche Gleichgewicht kann leicht in kurzer Zeit gestört werden, wenn solche Anstalten imstande sind, in der kurzen Frist von ein oder zwei Jahren ihre Erzeugnisse zu verdoppeln und zu verdreifachen, während die Konsumtion unmöglich in diesem Maßstab folgen kann, weil ja auch in den blühendsten Ländern die Bevölkerung sich nur um jährlich ein Prozent vermehrt. Diese Erscheinung ist eine Gefahr für das Gleichgewicht der Wirtschaft, welche kaum durch die Gesetzgebung zu verhüten ist. Denn wollte man die Errichtung neuer Fabriken durch den Konzessionszwang bezw. durch Wiedereinführung des Konzessionswesens zu hemmen suchen, so würde das Übel noch vermehrt werden, weil dann das Publikum, von dessen Ersparnissen die neuen Anlagen geschaffen werden, sich auf die Vormundschaft der Regierung verläßt, statt mit den eignen Augen zu prüfen. Es gibt nur zwei wirksame Mittel, um die Gefahr der Überproduktion, die so häufig Krisen herbeigeführt, wenigstens zu mindern: das eine ist die vollständige wirtschaftliche Freiheit, in welcher die Kapitalisten und Unternehmer die Verantwortlichkeit ausschließlich auf ihre Schultern nehmen und daher von selbst gedrängt werden, die jeweilige Lage und Konjunktur scharf zu prüfen; das zweite Mittel ist die Übernahme einer Anzahl großer Verkehrsanstalten, insbesondere Eisenbahnen, Bergwerke, durch den Staat. Diejenigen Staaten, welche von vornherein die Eisenbahnen für sich reservirt, sind von den verheerenden Krisen verschont geblieben, von denen zu wiederholten Malen Großbritannien und die Vereinigten Staaten heimgesucht worden sind. Beim Staatsbahnsystem wird der Überschuß der guten Linien zur

Deckung des Ausfalls der ungünstiger gelegenen aber doch notwendigen Bahnen verwendet, während beim Privatbau die günstig gelegenen Bahnen das Fett abschöpfen und es dem Staat überlassen, die Linien, welche durch weniger bevölkerte Distrikte laufen, entweder selbst zu bauen oder durch Subventionen zu sichern. Beim Staatsbahnsystem wird der Verlust an überflüssigen Konkurrenzlinien, die Ausgabe für die kostspieligen Verwaltungsräte gespart und überhaupt durch die Administration größerer Komplexe eine größere Ökonomie in der Verwaltung eingeführt. Bergbau in Händen des Staates verhindert den Raubbau, welcher letztere die Folge hat, daß die Bergwerksbevölkerung nach einer Reihe von Jahren ihre Beschäftigung verliert, so daß der Staat häufig gezwungen ist, mit großen Opfern Armenunterstützung zu gewähren und neue Industriezweige einzuführen.

Die Schläge, von denen die Kapitalisten der Weststaaten, besonders durch den Bankrott der Türkei, Ägyptens, Perus, Bolivias und zahlreicher amerikanischer Eisenbahnen, betroffen worden sind, haben zweierlei Folgen gehabt, deren Endresultat dieselbe Notwendigkeit des Sparens war, welche durch den Ausbruch der Krisis dem größten Teil der handel- und gewerbetreibenden Bevölkerung auferlegt worden war. Denn dem direkten Verlust einer ungeheuren Summe jährlicher Zinsen gesellte sich die vermehrte Schwierigkeit der sichern Anlage neuer Ersparnisse. Auf diese Ursache ist die außerordentliche Besserung des Staatskredits Österreichs und Ungarns zurückzuführen. Das Kapital, welches sich infolge der Krisis sowie der wiederholten Erhöhung der Eingangszölle in den meisten Staaten aus Mißtrauen gegen neue unter solchen Umständen unberechenbare Unternehmungen an die Effektenbörse zurückzog, bewirkte jene außerordentliche Preissteigerung der soliden Wertpapiere, welche wieder den Mut zu einer allgemeinen Konversionsbewegung gab, die in solcher Ausdehnung noch nie vorgekommen war. Die damit verknüpfte Zinsreduktion sowie das Steigen des Kurses der Wertpapiere, welche ebenfalls einer Interessenverminderung gleichkommt, haben den Kapitalisten des westlichen und mittlern Europas Opfer auferlegt, welche dieselben durch sparsamere Lebensweise wieder einzubringen suchen. Müssen die Kapitalisten aus diesem Grunde sparen, so darben die Arbeiter und Gewerbetreibenden aus Mangel an genügender Beschäftigung. Dieser Mangel ist außer den beiden genannten Gründen, der Erschlaffung des Unternehmungsgeistes infolge der Krisis

und des Mißtrauens der Spekulanten gegen die Reaktion in der Handelspolitik, in hohem Grade auch dadurch entstanden, daß die zahlreichste Volksklasse Europas, die der Landwirte, infolge des Zusammentreffens günstiger Ernten mit einer plötzlich erstandenen großen überseeischen Konkurrenz unter einem fast beispiellos niedrigen Getreidepreis leidet, welcher sie hindert, die gewohnten Neuanschaffungen und Reparaturen vorzunehmen. Zu dieser durch die Not gebotenen allgemeinen abnormalen Sparsamkeit tritt auch noch der Umstand, daß die größere Zahl der Kaufleute und Spekulanten zögern, ihre Vorräte zu erneuern, weil sie auf ein noch tieferes Fallen der Preise hoffen, während Fabrikanten und andere Vorrat haltende Gewerbetreibende infolge der gedrückten Lage der Geschäfte und der Unsicherheit der Wirtschaftspolitik ihre Magazine nur notdürftig ergänzen. Unlust und Mißtrauen zu neuen Unternehmungen einerseits und abnormales Sparen in weiten Schichten der Bevölkerung andererseits, in diese allgemeinen Begriffe lassen sich die verschiedenen Ursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockung zusammenfassen. Die Entwertung des Silbers spielt dabei an und für sich keine größere Rolle als die einer andern ebenso allgemein im Gebrauch befindlichen Ware, denn im Verkehr des Abendlandes, ja, sogar des Weltmarktes überhaupt, ist das Gold bereits der Wertmesser geworden und die Staaten der Silberwährung müssen im Welthandel Agio zahlen. Nur insofern spielt das Silber noch eine weitere Rolle, als die bimetallistische Agitation in Amerika eine Klärung des Währungsverhältnisses verhindert und im Deutschen Reich eine Reaktion herbeizuführen sucht. Die Ansicht, daß eine latente Steigerung des Goldwertes an dem Preisfall schuld sei, ist aus den oben beigebrachten Gründen völlig zu verwerfen. Es bleibt uns hier noch zu prüfen, ob und welche Mittel es gibt, um bei dem völligen Mangel des Vertrauens und der Unternehmungslust die Wirtschaftsmaschine aus dem toten Punkte zu erlösen, in den sie verfallen ist. Wir sind der Überzeugung, daß es ein solches Mittel gibt und daß dessen Anwendung in doppelter Beziehung Nutzen schaffen würde: wir meinen die Veranstaltung öffentlicher Bauten und Arbeiten in mehr als gewöhnlichem Umfange. Sowohl Staaten als staatliche Korporationen und Gesellschaften haben eine Anzahl periodischer Arbeiten oder Werke zu vollführen, welche zwar zeitweise aufgeschoben werden können, aber doch endlich besorgt werden müßten. Nun liegt es aber schon im

fiskalischen Interesse, daß man diese Arbeiten vorzugsweise und in größerm Maßstabe in Zeiten vornimmt, wo Kapital am leichtesten und billigsten zu haben, die Preise der Waren am niedrigsten und die Löhne am mäßigsten sind. In der gegenwärtigen Periode können Staaten, Provinzen, Gemeinden, Gesellschaften und Vermögensverwaltungen der toten Hand u. s. w. Häuserbauten, Verkehrsanstalten, wie Eisenbahnen, Stadtbahnen, Kanäle, Flußregulirungen, Wasserwerke, Entsumpfung und Entwässerung von Ländereien, Beforstung öder Gebirge, Gasheizungseinrichtungen, elektrische Beleuchtungsanstalten, hydraulische, pneumatische, elektrische und Dampfkraft-Transmissionen, die Errichtung und Vermehrung von Dampfschifflinien, den Aufschluß neuer Bergwerke, Steinölbrunnen, Steinbrüche, Torfgruben u. s. w., sowie die Erneuerung ihrer Betriebsmittel zu einem so billigen Preise herstellen, wie es zu keiner Zeit dieses Jahrhunderts möglich war und wahrscheinlich nur selten möglich wird. Würden sich diese Verwaltungen dazu entschließen, solche Werke baldigst in Angriff zu nehmen, so würden sie nicht bloß den eignen fiskalischen Nutzen fördern, sondern sie würden auch den toten Punkt überwinden. Schon die größere Nachfrage nach den Erzeugnissen der Werkzeug- und Maschinenfabriken allein kann den Anstoß geben, daß die Bewegung sich in die übrigen Geschäfte fortsetzt, indem ein Steigen des Preises der betreffenden Waren und des Lohnes in den einschlagenden Zweigen gleichzeitig zu erwarten sein würde. Ist das Gleichgewicht in der Wirtschaft wieder hergestellt und Zins, Preis und Lohn wieder im Steigen begriffen, dann können jene Verwaltungen selbstverständlich ihre Arbeiten wieder vertagen oder einschränken.

Wir haben die abnormale Geschäftslage in den Jahren 1884—86 als Beispiel und Ausgangspunkt gewählt, um zu zeigen, daß gegenüber der Ratlosigkeit, welche die leitenden Kreise bei dieser Gelegenheit an den Tag legten, es geboten erscheint, die Gesetze, die Organisation und die praktische Wechselwirkung der Wirtschaft aufs neue zu prüfen, in ihrem internationalen Zusammenhang zu überschauen und daraus die Grundsätze zu ziehen, nach welchen die Handels- und Finanzpolitik und überhaupt die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung der Staaten im Zusammenhang des Erwerbs mit der gerechten Verteilung, also auch im Hinblick auf die soziale Frage, eingerichtet werden sollen. Zur Lösung dieser Aufgabe werden wir in den nachfolgenden Untersuchungen beizutragen uns bemühen.

Fassen wir zusammen, so sind die allgemeinen Ursachen der andauernden Geschäftslähmung folgende:

1. Allgemeine Überproduktion und verwegene Gründungsspekulation vor dem Ausbruch der Handelskrisis von 1873 und Fortdauer der Überproduktion und Überspekulation in einzelnen Industriezweigen, wie der Zucker-, Eisen- und Silber-Erzeugung. 2. Nachwehen dieser Krisis samt dem damit zusammenhängenden Sturz der Preise, welch letzterer durch andere hinzukommende Ursachen noch verlängert und verschlimmert wurde. 3. Sinken des Silberpreises und die daraus hervorgegangene Unsicherheit in den Währungsverhältnissen verschiedener Länder. 4. Die handelspolitische Reaktion. 5. Vermehrung der überseeischen Konkurrenz im Getreide. 6. Der Bankrott vieler überseeischen Staaten und Eisenbahnen. 7. Die Abnahme des Eisenbahnbaues in Europa. 8. Die umfassenden Konversionen und Zinsreduktionen. 9. Das Steigen des Preises sämtlicher solider Wertpapiere und die daraus hervorgehende Schmälerung des Zinses und Einkommens aller nicht ständigen Besitzer. 10. Das Mißtrauen der Unternehmer, welches durch die sozialistische Agitation, durch unzeitgemäße Arbeitseinstellungen (Ausstände), durch Arbeiteraufstände und die steigende Unbotmäßigkeit und Unbildung zahlreicher Arbeiter genährt wird. 11. Die Unsicherheit spekulativer Berechnungen wegen der unaufhörlichen Schwankungen der Eisenbahntarife. 12. Die Furcht vor der immer näher rückenden Gefahr eines Weltkampfes um den Besitz von Konstantinopel und die Unsicherheit der Politik Rußlands und Frankreichs.

Das normale Heilmittel gegen das durch diese Umstände herbeigeführte und unterhaltene Übel besteht in dem natürlichen Verlauf, d. h. was die wirtschaftlichen Faktoren betrifft, in der mit der Zeit eintretenden Erschöpfung der Vorräte und der Rückkehr des Vertrauens der Unternehmer.

Da die außerordentliche Geschäftsstockung aber ungewöhnliches Elend über die arbeitende Bevölkerung verhängt, so ist doch die Anwendung bestimmter Hülfsmittel zu empfehlen, durch welche diese Übergangsperiode abgekürzt werden kann:

1. Zeitweise Vermehrung der öffentlichen Arbeiten, soweit es sich mit dem fiskalischen Interesse verträgt, wogegen auch die Gegner der Staatshülfe nichts einzuwenden haben können. 2. Insbesondere Bau von Kanälen, durch welche die Donau bei Ulm einerseits mit dem

Bodensee und mit dem Neckar bei Eßlingen, andererseits mit der Elbe, Oder und Weichsel verbunden und so ein zusammenhängendes Netz europäischer Binnenwasserstraßen hergestellt wird, — ein Werk, welches nach dem Vorbilde Nordamerikas, Frankreichs und Chinas früher oder später doch durchgeführt werden muß. 3. Kartellverträge unter den führenden Industriezweigen zur Vermeidung der Überproduktion. 4. Übergang der Vereinigten Staaten, Österreich-Ungarns, Rußlands und Hollands zur reinen Goldwährung. 5. Verlassen der Schutzzollpolitik oder doch vertragsmäßige Festklammerung der internationalen Zolltarife auf längere Perioden von wenigstens 10 Jahren. 6. Längere Dauer der Eisenbahntarife.

Die Grundbedingungen des Gleichgewichts der Wirtschaft.

Zur Erforschung der Mittel und Wege, durch welche die Bedürfnisse der Menschen, der menschlichen Gesellschaft am besten und gerechtesten befriedigt werden können, müssen wir die Verhältnisse der Produktion, der Verteilung und der Konsumtion der Güter prüfen. Die Gütererzeugung oder die Produktion erfolgt in dem heutigen Zustande der Gesellschaft durch die Naturkräfte, durch menschliche Arbeit und durch Kapital. Unter dem letztern muß Vorrat an Gütern im engern und weitern Sinne verstanden werden. Im weitern Sinne besitzt die menschliche Gesellschaft eine Summe geistigen Kapitals, d. h. einen Vorrat an Wissen, welcher durch vermehrte Kenntnis der Kräfte der Natur und ihrer Anwendung die Schaffung und den Erwerb von Gütern erleichtert, indem bei gleicher Anstrengung eine steigende Summe von Naturkräften bei der Erzeugung von Gütern in den Dienst der Menschen gebracht wird. Gegenüber dem wilden Sohn der Natur, welcher höchstens die Arbeit eines Haustieres zu Hülfe zu nehmen vermag, erreicht die Arbeitskraft eines Bewohners der zivilisirten Länder, per Kopf repartirt, dank der klug benutzten Kraft des Wassers, der Luft, des Dampfes, des Gases, der Elektrizität u. s. w., das zwanzig-, ja, das fünfzigfache jener ersten Potenz.

Auch das Kapital im engern Sinne, d. h. der Vorrat an Lebensmitteln, Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen, Geld und andern Tauschmitteln, trägt wesentlich zur Stärkung der Produktionskraft bei. Je mehr solches Kapital in einem Lande aufgehäuft ist, zu desto günstigern Bedingungen steht es dem Unternehmer zur Verfügung, desto stärker kann die Betriebsamkeit genährt, desto ständiger und reichlicher können die arbeitenden Klassen in Beschäftigung erhalten werden.

Die Produktion ist aber nur regelmäßig in gesunder, normaler Wirksamkeit, wenn ihr die entsprechende Konsumtion gegenübersteht. Die regelmäßige Organisation des Verbrauchs der Güter ist aus zwei Fundamentalgründen notwendig: einmal, um das Leben des bestehenden Geschlechts zu fristen, und sodann, um den vorhandenen Kapitalstock gleich „eisern Vieh“ zu behaupten und womöglich zu vermehren. Die Güter nehmen eine unendliche Stufenleiter ein, welche in der vorliegenden Hinsicht besonders wegen der Verschiedenheit ihrer Dauer von Bedeutung ist. Es gibt Nahrungsmittel, welche, wie z. B. Milch, täglich verzehrt oder, wenn sie nicht zugrunde gehen sollen, sofort in eine andere Gestalt verwandelt werden müssen, die ihnen eine längere Dauer verspricht. In dem genannten Falle kann es geschehen, indem überschüssige Milch zur Bereitung von Butter und Käse oder zur Aufzucht von Jungvieh verwendet wird. Auf der andern Seite gibt es Güter, welche erst in Jahrtausenden verbraucht werden, wie z. B. Bau- und Kunstwerke. Betrachten wir die wichtigsten Nahrungsmittel, welche das Produkt der regelmäßigen Ernten sind, das Getreide, die Knollengewächse, das Obst, so kann als Regel aufgestellt werden, daß sie bis zum Einbringen der nächsten Ernte in der Hauptsache verzehrt sein sollen, so daß nur ein kleiner Vorratsüberschuß für Notfälle d. i. für den Fall von Mißernten übrig bleibt. Grade das Verhältnis dieser Früchte, welche in den vorzugsweise der gemäßigten Zone angehörenden Kulturstaaten jährlich nur einmal gewonnen werden, ist am besten geeignet, die Wichtigkeit des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion zu erläutern. In dieser Hinsicht sind in unserm Jahrhundert infolge der Einführung der Dampfschiffahrt und der Eisenbahnen solche Fortschritte in der Herstellung eines internationalen Gleichgewichts gemacht worden, daß neuerdings vorübergehend sogar der Gegensatz erreicht, d. h. durch die Erleichterung des Verkehrs eine vorübergehende Störung durch momentane Überproduktion und Überführung des Marktes hervorgerufen wurde. Vor unserm Zeitalter des Dampfes wurde das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion des Getreides außer durch den Wechsel der Ernten durch den Mangel an guten und raschen Transportmitteln gestört. Denn da die Steinstraßen erst um die Wende des Jahrhunderts eingeführt wurden, so konnte der Getreidetransport im großen nur auf dem Wasserwege bewirkt werden, welcher im Binnenlande überdies im

Winter verschlossen war. So kam es im Mittelalter sehr häufig vor, daß die Getreidepreise zwischen zwei Provinzen eines und desselben Landes, welche in einiger Entfernung voneinander lagen, um das fünfundzwanzigfache differirten, daß in dem einen Teile eines und desselben Staates das Getreide an das Rindvieh verfüttert, ja, den Schweinen vorgeworfen werden mußte, während in dem andern Teile die Bevölkerung von der Hungersnot heimgesucht und hingerafft wurde. Noch erinnern sich unsere Greise des Hungerjahres 1816/17, wo die Hülfe aus Rußland, das mit einer reichen Ernte gesegnet war, zu spät anlangte, d. h. nachdem die neue Ernte bereits eingebracht war. Diesem furchtbaren Mißstand ist durch die Einführung der neuen Transportmittel im Abendlande radikale Abhülfe bereitet worden. Ähnliche Kalamitäten ereignen sich nur noch in Asien, wo zunächst die Engländer in Indien ebenfalls durch den Bau von Eisenbahnen, die Errichtung von Dampfschifflinien und die jährliche Zurücklegung eines Notpfennigs, welcher heute schon die Summe von mehr als 30 Millionen Mark erreicht hat, der Wiederholung der Hungersnot mit Erfolg entgegenwirken. Heute ist es bereits dahin gekommen, daß Indien einen Überschuß an Weizen nach Europa abgibt und nächst Amerika, Rußland und Ungarn den Landwirten des westlichen Europa eine Konkurrenz bereitet, welche diese zu einer Änderung ihrer Wirtschaftsmethode zwingt, da die zeitweilig versuchten Palliativmittel wie Schutzzölle, einesteils eine Ungerechtigkeit gegen die Konsumenten bergen, anderneils den beabsichtigten Zweck nicht erreichen.

Wir kehren zu unserer Gedankenfolge zurück.

In dem normalen Wirtschaftsprozeß muß jahraus jahrein so viel produzirt werden, daß erstens die vorhandene Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in genügendem Maße findet, daß zweitens das zur Produktion bestimmte Kapital bezw. dessen Bruchteil reproduzirt wird, drittens, daß ein Überschuß an Lebensmitteln für den Zuwachs der Bevölkerung gewonnen wird, viertens Vorräte an Rohstoffen und Lebensmitteln für unvorhergesehene Fälle gesammelt und fünftens Kapitalüberschuß angehäuft wird, infolge dessen neue Erfindungen ins Leben geführt, Verbesserungen der Transportanstalten und der Produktionsmittel bewerkstelligt, der Vorrat an Werkzeugen und Werkzeugmaschinen vergrößert und verbessert wird. Soll die Produktion in regelmäßiger Weise sich entwickeln, so müssen die Produkte in solcher

angemessenen Zeit verzehrt werden, daß der volle Wert wieder hergestellt wird, unter Hinzurechnung jenes angemessenen Überschusses für die wachsende Bevölkerung, ohne welchen die Wirtschaft in Verfall geraten würde. Um nun das notwendige Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion herzustellen, müssen die Produzenten und Konsumenten sich entweder möglichst nahe bei einander befinden oder doch mit möglichst wenigen Kosten miteinander verkehren und ihre Werte gegenseitig austauschen können. Je weniger Hindernisse diesem Austausch der gegenseitigen Werte entgegenstehen, desto richtiger wird das Gleichgewicht aufrecht erhalten werden. Je besser daher ein Land mit guten und billigen Eisenbahnen, Schiffahrtslinien, Straßen und andern Transportanstalten ausgerüstet ist, je sorgfältiger es seinen Verkehr mit Kommunikationsmitteln, wie Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr, ausstattet, je zweckmäßiger die Organisation seiner Verkehrsmittel, der Währung, des Geldes, der Noten, der Wechsel, der Wertpapiere, der Banken, der Börse, der Kompensationshäuser, des Kredits, der Hypothekenordnung, der Wechsel- und Handelsgesetzgebung, desto sicherer und geordneter kann das Gleichgewicht der Wirtschaft aufrecht erhalten werden. Alles, was den Austausch der Produkte erleichtert, ist daher geeignet, das Gleichgewicht der Wirtschaft zu fördern. Dieses Gleichgewicht kann gestört werden entweder durch die Produktion oder durch die Konsumtion, und zwar entweder durch abnormale Vermehrung oder Verminderung derselben. Auf Seite der Gütererzeugung kann das Gleichgewicht einerseits gestört werden durch Überproduktion und ungewöhnlich fruchtbare Ernten, durch Änderung der Mode oder neue Erfindungen und Entdeckungen, welche den Unternehmungsgeist ungewöhnlich anspornen und neue Bahnen eröffnen, alte schließen. Auf der andern Seite kann die Produktion durch Schmälerung gestört werden, und zwar infolge von Naturereignissen, wie Überschwemmungen ꝛc., durch Krieg, Seuchen, bürgerliche Unruhen, Handelskrisen, Steuerdruck, schlechte Gesetzgebung sowie ungerechte und ungeordnete Verwaltung.

Ihrerseits kann die Konsumtion geschmälert werden durch Steigerung der Preise, Verminderung der Erwerbsgelegenheit infolge von Krisen und Krieg, drückenden Steuern und allgemeiner Unsicherheit sowie durch übertriebene Schutzzölle und Mißtrauen, das den Unternehmungsgeist lähmt, kurz, durch alle Ereignisse und Staatsmaßregeln, welche eine

Steigerung der Preise oder Verminderung der Erwerbsgelegenheit zur Folge haben. Auch die Konsumtion kann so übermäßig ausgedehnt werden, daß sie an Verschwendung streift und den Kapitalstock schädigt.

Jede Störung des Gleichgewichts hat eine Schädigung des Kapitals zur Folge. Denn geschieht die Störung durch überwiegende Produktion, so sinken die Preise und die Produzenten büßen an Gewinn ein, oder geschieht die Störung durch Überhandnahme des Verbrauchs, so steigen die Preise, die Konsumenten müssen größern Aufwand machen und es bleiben ihnen daher weniger Mittel zu Kapitalersparnissen übrig. Daher ist ein möglichst ständiges Gleichgewicht in der Erzeugung und Verzehrung der Güter das oberste Axiom einer gedeihlichen Wirtschaft.

Aus diesem obersten Satze folgt mit logischer Notwendigkeit, daß die Gesetzgebung weder die Produktion noch die Konsumtion künstlich reizen darf, damit das Gleichgewicht nicht gestört werde. Am allerwenigsten aber darf sie einzelnen Produktionsklassen besondere Begünstigungen auf Kosten des Ganzen zuweisen, weil dadurch leicht Überproduktion hervorgerufen, das Gleichgewicht gestört, der Preis der betreffenden Güter geworfen, Industrie und Handel eine Zeitlang gelähmt und weite Kreise in Mitleidenschaft gezogen und in ihrem Erwerb geschmälert werden.

Faktoren der Gütererzeugung.

Die Elemente der Wertschaffung, die Quellen des Reichtums sind im weitesten Sinn: die Natur und die Menschenarbeit, im konkreten Sinn aber und in der modernen Gesellschaft: der Boden, das Meer und die Naturkräfte, die Arbeit des Menschen, das geistige und materielle Kapital. Der Boden wird als Faktor der Gütererzeugung benutzt in der Form des Ackerbaues und der Viehzucht, des Wein- und Obstbaues, der Gewinnung von Handelsgewächsen, in der Form der Forstwirtschaft und des Bergbaues, das Meer und die Wasserläufe zum Fischfang, Transport, als Triebkraft und Befruchtungsmittel. Die Arbeit der Tiere kann unter die Kategorie der Naturkräfte oder des Kapitals eingestellt werden. Da wo jene durch sinnreiche Maschinen in den Dienst der Menschen und seiner Wirtschaft eingefangen werden, um produktive Aufgaben zu erfüllen, müssen sie unter die Kategorie des Kapitals gestellt werden. Die Arbeit des Menschen ist entweder eine vorwiegend mechanische oder eine vorwiegend geistige. Wir sagen „vorwiegend", weil die erstere ohne ein wenn auch geringes Maß geistiger Thätigkeit nicht auszuüben ist, und weil die letztere ohne gewisse körperliche Hülfen nicht funktioniren kann. Das Kapital aber ist in materiellen und geistigen Vorrat zu teilen, indem der letztere das durch Geschichte und Tradition überlieferte Wissen der Menschheit darstellt, — ihre Erfahrungen, von einer Generation auf die andere übermachten Gewohnheiten, Sitten, Traditionen, Geschicklichkeiten. Ein solches geistiges Kapital bildet in erster Linie die Sprache. Die Muttersprache wird ohne besondere Anstrengung in der Familie erlernt und stellt das mächtige Bindemittel mit der Kultur dar, durch welches die solidarische Bildung übertragen wird. Von Geburt einer Sprache angehören, welche von einem großen Volke gesprochen und geschrieben wird, ist an sich schon ein großer Vorzug, ähnlich den mit der Geburt erlangten Anlagen oder den Ansprüchen auf die Pflege in einer wohlhabenden Familie. Denn durch die Beherrschung der Sprache eines großen Volksgebietes erweitert sich die Arbeitsgelegenheit und steigert sich der Lohn. Ein engbegrenztes Machtgebiet kann nur schwer eine große Litteratur erzeugen, weil die Schriftsteller nicht genug Leser und Absatz für ihre Werke finden. Denn die Schriftsteller, welche von Haus aus wohlhabend genug sind, um des Honorars entbehren zu können, sind selten. Die Sprache ist der Träger der Wissenschaft, durch welche der Mensch die Natur und ihre Kräfte kennen und zu seinem Vorteil benutzen lernt. Unter das geistige Kapital sind auch die von einer Generation auf die andere durch Überlieferung übertragene Erfahrung, Geschicklichkeit, Geschmack, Kunstfertigkeit zu zählen; der Inhalt der Bibliotheken, Museen und anderer Sammlungen, die technischen und künstlerischen Vorbilder der Vorzeit, die Werkzeuge, Maschinen und Arbeitsmethoden, in welchen das Resultat einer frühern genialen Geistesproduktion fortarbeitet. Auch der gute Ruf, welcher ausgebreitete Kundschaft bedingt, ist ein geistiges Kapital, sowie die gute litterarische und technische Erziehung der Völker, vor allem aber die daraus hervorgehenden Erfindungen, durch welche die Produktionskraft gesteigert wird.

Unter das materielle Kapital ist zu zählen: der Boden und dessen Gewässer, die Gebäude, Bergwerke, Bodenprodukte, Mineralien, Rohstoffe, Lebensmittel, Kleidungsstoffe, Haustiere, Werkzeuge, Maschinen, Gerätschaften, Transportmittel, Verkehrsmittel, Geld.

Die Wertpapiere, welche für das Individuum Kapital vorstellen, sind nationalwirtschaftlich nur Schuldscheine für ein in irgend einem realen Unternehmen investirtes Kapital oder bei Staatsschulden für ein bereits produktiv oder unproduktiv ausgegebenes Vermögen.

Jene Faktoren der Gütererzeugung unterliegen quantitativen und qualitativen Abstufungen. Die Naturgesetze sind zwar überall gleich, allein die Beschaffenheit des Bodens und das Klima der verschiedenen Zonen zeigt vielfache Abwechslungen. Es gibt ergiebigen und mageren Boden, fruchtbares und unfruchtbares Klima, hohe und tiefe Lagen, hohe und niedrige Bodenpreise.

Auch die Quantität und Qualität der menschlichen Arbeit, welche zur Verfügung steht, ist nicht stets und überall dieselbe.

Der Vorrat an geistigem und materiellem Kapital ist aber überaus verschieden. Je mehr geistiges und materielles Kapital in einem Lande vorhanden ist, je geschickter seine Arbeiter sind, um so fruchtbringender ist seine Produktion; denn mit Hülfe des Kapitals wird die Schaffungskraft des Arbeiters vervielfältigt, je mehr ihm kraft des Kapitals arbeit- und zeitsparende Maschinen, Werkzeuge und Produktionsmethoden zur Verfügung stehen. So sehen wir auf der einen Seite Länder, wo die Gütererzeugung so reich ist, daß Kapitalüberfluß aufgespürt wird, der an andere Länder geborgt werden kann und durch deren Zinszahlungen das Einkommen des reichen Staates vermehrt wird.

Wir wollen nun einen Überblick auf die Hauptklassen der Produktion werfen, um zu zeigen, daß es überall wichtig ist, bei der Einrichtung der verschiedenen Erwerbsthätigkeiten von wissenschaftlichen und rationellen Grundsätzen auszugehen. Um nicht Bekanntes zu wiederholen, werden wir uns auf die notwendigsten Winke beschränken.

Was die Grundlage der Gütererzeugung, die Bodenproduktion, betrifft, so ist von vornherein zu beachten, daß nicht jedes Land von der Natur gleichmäßig mit Vorteilen bedacht ist. Schon die geographische Lage kann dem einen Lande günstig, dem andern nachteilig sein. Ein rings vom Meer umgebenes Reich hat große Vorteile vor einem Staate, der mitten im Kontinent von Gebirgen umgeben liegt; also z. B Großbritannien vor der Schweiz und dem Königreich Sachsen. In dem letztern sind seit Jahrhunderten alle Entscheidungsschlachten Europas geschlagen und sein Wohlstand oftmals zerrüttet, seine Bevölkerung dezimirt worden, während England seit der Eroberung durch die Normannen keinen feindlichen Einfall mehr erfahren hat. Vor der Schweiz hat es die billigen Transportkosten auf dem Meere voraus, während das Alpenland doppelte Fracht zu zahlen hat für die Rohstoffe, welche es einführt, und die Fabrikate, welche es exportirt. Wenn die beiden kleinen Länder gleichwohl an Wohlhabenheit nicht viel zurückstehen, so ist das neben dem Fleiße und der Geschicklichkeit ihrer Arbeiter auch der außerordentlichen Genügsamkeit und Sparsamkeit ihrer Bevölkerung zu verdanken. In England — um weiter an diesen außerordentlich günstig situirten Reiche zu exemplifiziren — gedeihen zwar nicht Wein und Südfrüchte, allein ein sehr mäßiges

Klima, welches die scharfen Extreme von Hitze und Kälte ausschließt — so daß die großen Brauereien (Barclay & Perkins) nicht einmal Keller besitzen, sondern ihr Bier in Schuppen oberhalb der Erde lagern, wobei freilich die Bevölkerung Englands gezwungen ist, im Sommer warmes Bier zu trinken, wenn sich nicht jemand den besondern Luxus des Eises gönnen will —, ist dem Ackerbau und der Viehzucht sehr förderlich, so daß dieselben dort die höchste Stufe der Entwicklung erreicht haben. Der Umstand, daß reiche Kohlenlager neben Eisenstein vorkommen, und zwar auch Kohlen, welche zum Gebrauch im Hochofenprozeß nicht vorher verkokt werden müssen, haben die Entfaltung einer ungeheuren Eisen- und Stahlindustrie gefördert und England einen Vorsprung vor den übrigen Ländern verschafft. Bei Zeiten politisch geeinigt, ist Großbritannien seit 200 Jahren innerhalb seiner Grenzen von Krieg oder bürgerlichen Unruhen nicht mehr heimgesucht worden. Durch angemessene Gesetzgebung wurde seit der Mitte des 18. Jahrhunderts der Erfindungsgeist mächtig angeregt, und da die Bevölkerung von der Wehrpflicht frei ist, so konnte sie all ihr Augenmerk, alle ihre Kräfte auf die Verbesserung des Ackerbaues, der Viehzucht, des Bergbaues, des Handels, der Schiffahrt und der Industrie richten, welche mit Hülfe bahnbrechender mechanischer Erfindungen: der Dampfmaschine, des Dampfhammer, der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt, der Werkzeug- und Fabrikationsmaschinen, die Gütererzeugung auf eine früher ungeahnte Stufe emporhoben, deren Erklimmung die übrigen Kulturvölker erst später nachzuahmen sich anschickten.

Andere Vorteile zeichnen Kolonialländer mit großen Strecken jungfräulichen Bodens vor den alten Staaten aus, wo der Boden bereits in Privatbesitz übergegangen ist. Wir werden auf diesen Punkt weiter unten zurückkommen. Bei der Organisation des Bodenbaues sind die allgemeinen den Privatinteressen voranzustellen und dem Grundeigentum angemessene Beschränkungen aufzuerlegen. Dies gilt in erster Linie für das Forstwesen. Es ist bekannt, daß die Schonung eines mäßigen Waldbestandes notwendig ist, um einer Gegend die zu ihrer Fruchtbarkeit erforderliche Feuchtigkeit zu erhalten und jene vor Überschwemmungen und Verheerungen durch die Gewässer zu bewahren. Da die Gefahr der Raubwirtschaft beim Staate nicht so nahe liegt als bei den Privaten, weil der Staat, wie die Dinge heute stehen, sich viel leichter anderweit Kredit verschaffen kann, während der Privat-

mann in Versuchung geführt wird, durch Holzschlagen aus einer vorübergehenden Not sich zu helfen oder den Lockungen eines Holzhändlers nachzugeben, — so ist es dem Staatswohl angemessen, wenn so viel Forst wie möglich Eigentum des Staates ist. Da aber, wo beträchtliche Waldkomplexe noch in Händen von Gemeinden und Privaten sich befinden, sollte ein strenges Forstgesetz die willkürliche Abholzung verbieten, d. h. Gemeinden und Privateigentümer sollten nicht ohne Genehmigung der Forstbehörde schlagen dürfen und zu regelmäßiger Aufforstung abgeholzter Flächen angehalten werden.

Zu dem gleichen Zweck der Verhütung von Überschwemmungen sollte der Staat Fürsorge treffen, daß die Schluchten der Hochgebirge verbaut werden, um das Geschiebe des verwitternden Gesteins zurückzuhalten, bevor es die Thäler verschüttet. Es sollten Flußregulirungen regelmäßig und rechtzeitig vorgenommen werden, um Millionen zu sparen, welche nachträglich ausgegeben werden müssen, wenn das Unglück bereits geschehen ist.

Der Staat sollte der Entwässerung und Drainirung versumpfter Landstrecken und der Errichtung von Bewässerungswerken große Sorgfalt zuwenden, weil dadurch nicht bloß Boden zur Ernährung einer größern Zahl der einheimischen wehrfähigen Bevölkerung gewonnen, sondern auch das Klima verbessert wird. So ist es z. B. nicht zu begreifen, wie die italienische Regierung Millionen und Tausende von Menschen in der ostafrikanischen Wüste durch die Besetzung von Massauah nutzlos opfern konnte, statt die römische Kampagna zu kanalisiren und mit Gewächsen zu bepflanzen, welche die Fieberstoffe aufzusaugen und dieses ehemalig blühende Gelände einer frühern Bestimmung zurückzuführen geeignet wären. Auch dem Kanalbau ist sowohl zu obigem Zweck als zur Schiffahrt und zur Gewinnung von Wassertriebkräften eine große Pflege zuzuwenden. Der letztere Punkt hat in neuester Zeit größere Bedeutung gewonnen, weil durch Fortschritte in der Elektrotechnik die Übertragung der elektrischen Kraft und der elektrischen Lichter auf weite Entfernungen ohne starken Verlust von großen Zentralstationen aus möglich geworden ist und dadurch die bisher ungenützte Triebkraft von Wasserfällen und reißenden Bächen ausgebeutet werden kann.

Was nun die Agrarfrage betrifft, so läßt sich dieselbe nicht überall in gleicher Weise ordnen. Abgesehen von der Ungleichheit der historischen Entwicklung des Grundeigentums in den verschiedenen Ländern haben

manche schon nach ihrer geographischen Lage größere Sorgen als andere, welche auch der Wirtschaftspolitik eine andere Richtung geben müssen. Die Grenzen Englands und Nordamerikas sind durch das Meer, die Vereinigten Staaten überdies durch die Ohnmacht ihrer Nachbarn geschützt. Sie sind also nicht genötigt, der Erhaltung ihrer Wehrkraft eine so peinliche Sorge zuzuwenden wie die Staaten des europäischen Kontinents, deren Frieden häufig durch die Angriffe eroberungslustiger Mächte gestört wurde. In den Vereinigten Staaten bleibt die Auswanderung innerhalb der Union und die neuen Ansiedler helfen die Macht und den Reichtum derselben vermehren; ja, es kommen noch jährlich Hunderttausende bemittelter Einwanderer aus Europa hinzu. Die Auswanderer, welche Großbritannien verlassen, wenden sich zum großen Teil in die Kolonieen und werden dem Reiche erhalten oder verlieren wenigstens ihre Nationalität nicht, da sie in den Vereinigten Staaten die gleiche Staatssprache wie zu Hause vorfinden. Die Auswanderer aus dem größten Teile des europäischen Kontinents dagegen müssen sich im Neulande einer fremden Sprache und einer bereits fertigen Nationalität anschließen. Statt das Mutterland zu stärken, helfen sie dasselbe durch die Vermehrung der überseeischen Konkurrenz schwächen, nachdem sie es bereits ihrer Arbeitskraft und ihres Kapitals beraubt haben. In Nordamerika können die Landgüter und Höfe ungeteilt vererbt werden, weil die überzähligen Kinder sich mit Ersparnissen der Eltern leicht neue Ansiedlungen gründen können. Da kann also der wirtschaftliche Normalumfang der Höfe erhalten werden, was einem großen ökonomischen Ersparnis gleichkommt. In Europa aber liegt die Frage unter dem doppelten Gesichtspunkte des Interesses des Staates und der Privatwirtschaft anders. Dem Staate muß daran liegen, die Auswanderung zu mäßigen und eine zahlreiche kräftige Bevölkerung zu erhalten, durch welche die Wehrkraft behauptet und gesteigert wird. Dieser Beweggrund, auf welchen es in Nordamerika gar nicht und in Großbritannien nur wenig ankommt, muß die Agrargesetzgebung des Kontinents bedingen.

Von diesem Standpunkt aus ist die Latifundienwirtschaft in jeder Gestalt verwerflich, und zwar sowohl das englische als das italienische System, weil sie beide zur Bildung eines ländlichen Proletariats geführt haben, welches in Italien durch hungernde Zwergpächter, in Großbritannien durch besitzlose, in Scharen wandernde Tagelöhner

verreten ist. Das wünschenswerteste und wirtschaftlich vorteilhafteste Maß des Grundeigentums ist das mittlere, innerhalb dessen aber noch große Abstufungen bestehen dürfen, je nach der Beschaffenheit des Klimas, des Bodens, der Kulturart und der Entfernung vom Markte. Gärtnerei in der Nähe von Städten oder durch Wasserwege und Eisenbahn dem Markt nahegerückt, Wein-, Obst- und Hopfenbau bedürfen eines geringern Normalumfanges des zu bearbeitenden Bodens als Getreidebau und Viehzucht. Ob und welche Mittel der Staat durch seine Gesetzgebung in Händen hat, dieses je nach solchen Umständen modifizirte Mittelmaß der Wirtschaftseinheiten zu erhalten und anzustreben, ist eine Frage, deren richtige Beantwortung ungemeine Schwierigkeiten darbietet, ja, die wahrscheinlich gar nicht allgemein, sondern nur im konkreten Falle beantwortet werden kann. Denn sucht der Staat durch freie Teilbarkeit oder durch Geschlossenheit der Güter, durch Fideikommisse, Anerbenrecht oder andere Begünstigungen der Erhaltung und Zusammenlegung der Grundstücke oder Erschwerungen des Zerschlagens der Höfe zu helfen, so sind solche gesetzliche Maßregeln auf beiden Seiten mit Übelständen verknüpft, welche meist nur im konkreten Falle gemildert werden können. Doch davon weiter unten.

Was den zweiten Faktor der Gütererzeugung betrifft — die menschliche Arbeit —, so ist von der Thatsache auszugehen, daß der geschichtliche Entwicklungsgang aus der Unfreiheit in die Freiheit gerichtet ist und war. Während der Zeit der Sklaverei, Leibeigenschaft und Hörigkeit hatten die Grundherren neben dem Recht auf die Arbeit ihrer Leute auch die Pflicht, sie in Zeiten des Mißwachses und anderer Unfälle zu unterstützen, umsomehr als dies in ihrem eigenen Interesse lag. Seit der vollständigen Befreiung der Arbeiter sind dieselben in Gefahr, aus Unvorsichtigkeit bei unerwarteten Unfällen oder außergewöhnlicher Geschäftsstockung erwerbslos zu werden und zugrunde zu gehen. Die neue Zeit der Ungebundenheit an der Schwelle der Gewerbe- und Verkehrsfreiheit — soweit heutigestags noch von letzterer die Rede sein kann — hat daher neue Pflichten gegenüber dem zweiten Faktor der Gütererzeugung zu erfüllen. Dazu zählen wir gute Volkserziehung, Gesundheitspflege, Pflege der gewerblichen, technischen und wissenschaftlichen Facherziehung sowie Anlegung von Pflanzstätten der Bildung und Mustersammlungen für die Gütererzeugung; ferner prophylaktische Pflege der Arbeiter durch Versicherungsanstalten und

Kassen gegen Krankheiten, Unfälle, Erwerbslosigkeit und gegen Invalidität.

Für die Erhaltung und Pflege des dritten Faktors — des Kapitals — im engern Sinne, d. h. des beweglichen Kapitals, dient vornehmlich die Aufrechthaltung des Friedens, bürgerlicher Sicherheit, sorgfältige Gesetze zur Sicherung des Geldumlaufs und des Kredits, gute Wechsel- und Hypothekar-Ordnungen, rasches und billiges Rechtsverfahren und guter Staatskredit, welcher auf der Basis einer geordneten Verwaltung beruht.

Vervielfältigung der Beschäftigungsarten.

Es ist als Lehrsatz festgestellt, daß die Teilung der Arbeit das vornehmste Mittel zum Kulturfortschritt ist, der sich in der Erziehung des Menschen zu höherer physischer und geistiger Leistungsfähigkeit, in der Ansammlung materiellen und geistigen Kapitals manifestirt. Erst von dem Zeitpunkt an, wo die Gesellschaft vom tropischen Naturmenschen, der von den Früchten der Bäume, von den Beeren des Waldes lebt, vom Zustand des Jägers in den des Hirten und Ackerbauers übergeht, kommt auch bald der Handwerker und der Händler, welche es durch Spezialisirung ihrer Beschäftigungen besser verstehen, die Bedürfnisse des Hirten und Bauern zu befriedigen. Ihnen folgt dann der Gelehrte und der Künstler nach, von welchen der erstere die Geheimnisse der Natur erlauscht und ihre mächtigen verborgenen Kräfte in den Dienst des Menschen zieht, so daß Dampf und Elektrizität die Arbeit von Millionen von Haustieren verrichten, während der letztere die Anschauungen und Sitten des Menschen zu veredeln, seinen Geschmack zu läutern und ihn reinern Genüssen entgegenzuführen bestimmt ist.

Je weiter daher die Teilung der Arbeit, die Vervielfältigung der Beschäftigungsarten fortschreitet, je größer die Auswahl der Erwerbsarten wird, denen sich die heranwachsende Generation widmen kann, desto leichter und mannigfaltiger ist die Erwerbsgelegenheit, desto höher der Arbeitsertrag wegen verringerter Konkurrenz, desto mehr ist der Arbeiter auf ein Spezialfeld angewiesen, weitere Fortschritte in der Kunstfertigkeit zu machen, schönere, bessere, brauchbarere, gesuchtere und gut bezahlte Produkte zu erzeugen. Dieser Vorgang ist das Geheimnis, warum in dicht bevölkerten industriellen Gegenden und

Ländern, in Großstädten, wo die Arbeitsteilung sehr weit gediehen ist, die Erwerbsgelegenheit größer und der Verdienst höher ist als in kleinern Orten und auf dem flachen Lande.

Die Wissenschaft ist es besonders, welche in diesem natürlichen und in normalen Kulturstaaten unaufhaltsamen Entwicklungsgang mit gutem Beispiel vorangeht, insbesondere die exakte Wissenschaft. Exakte, skrupulöse, gewissenhafte, unermüdliche, mit dem Aufwand alles Scharfsinnes und aller Geisteskräfte anhaltend betriebene Arbeit, tiefes Denken, vielseitiges Experimentiren sind die Bedingungen, durch welche die in unzählige Spezialzweige zerfallende exakte Wissenschaft ihre großen Fortschritte macht, — Fortschritte, welche nicht gleich der Theologie und Politik sich im Kreise drehen, sondern die den wahren Kulturfortschritt der Menschheit begründen, den einzigen, bei dem man keinen Rückfall in die Barberei früherer Jahrhunderte zu fürchten braucht. Die großen Erfindungen unseres Zeitalters, — die Dampfmaschine, die Eisenbahnen, der elektrische Telegraph, das Telephon, das elektrische Licht, die Spektralanalyse, werden uns nicht mehr entrissen werden, wenn auch noch oft verirrte Fanatiker das Bild der Bauernkriege wieder heraufzubeschwören, hierarchische und feudale Egoisten uns in das Mittelalter zurückschrauben möchten. Der Geist des Menschen, auf einen Gegenstand konzentrirt, vermag das Wesen desselben viel tiefer und vielseitiger zu erfassen, dessen Eigenschaften zu erkennen und zu neuen Anwendungen zu formen. Durch solche spezialisirte Erforschung der Natur und ihrer Kräfte sowie der Gesetze, nach welchen dieselben sich bewegen, haben Physiker und Chemiker, Geologen und Bergleute, Mechaniker und Künstler neue wertvolle Produkte und arbeitsparende Maschinen, Werkzeuge, Geräte und Prozesse gefunden, durch welche die Gütererzeugung wunderbar vermehrt worden ist. Diese anhaltende Steigerung der Erwerbskraft hat zweierlei Folgen, — eine dauernd wohlthätige und eine vorübergehend einzelnen Schichten der Bevölkerung schädliche. Die erstere besteht in der dauernden Verbesserung und Verwohlfeilerung vieler Waren des allgemeinen Verbrauchs, in einer Vermehrung des allgemeinen Kapitalvorrats und einer Herabsetzung des Zinsfußes, wodurch neue Mittel zur Steigerung der Produktion gesammelt und neue Unternehmungen begünstigt werden, welche die Nachfrage nach Arbeiten und den Lohn steigern und infolge deren auch die Zahl der zum allgemeinen wohlfeilern oder sogar unentgeltlichen Gebrauch ver-

wendbaren Güter sich vermehrt. Zu solchen Produktions- und Konsumtionsverbesserungen sind zu zählen die Erweiterung des Anbaues von Nahrungsmitteln und von Rohstoffen für die Bekleidungs- und Wohnungs-Industrieen, z. B. die Ausdehnung des Getreidebaues, der Baumwollenkultur, der Kaffee-, Thee- und Zuckererzeugung, der Erschluß neuer Bergwerke; ferner rechnen wir dazu die Vervollkommnung und Verbreitung sowie die Erfindung neuer Maschinen, Werkzeuge, Gerätschaften, Apparate, welche ihre Haupterfolge der Teilung der Arbeit und Spezialisirung zu danken haben. Dazu sind namentlich auch zu zählen die öffentlichen Kultureinrichtungen, welche wachsende Bildung, vermehrter Reichtum, namentlich in den Städten, anhäufen und die auch den armen Klassen daselbst wohlfeile oder ganz unentgeltliche Genüsse zuführen, welche die Landbevölkerung in der Regel entbehren muß. Dazu zählen wir Theater, Museen, Bildergallerieen, Konzerte und öffentliche Schauspiele verschiedenster Art. Unter den Produktionsmitteln ist namentlich auch der Fortschritt in den Verkehrsanstalten zu rechnen, welcher mit Hülfe des technischen Erfindungsgeistes und ersparten Kapitals uns mit der Dampfschiffahrt, den Eisenbahnen, elektrischen Telegraphen, Telephonen, Trinkwasserleitungen, Tramways und vielen andern Gütern bereichert hat.

Das einzige Übel, welches mit diesem steten Fortschritt zuweilen verkettet ist, ist der Umstand, daß durch neue nützliche Erfindungen nicht immer neue Güter geschaffen werden, welche dem bestehenden Erwerbfleiß nicht zu nahe treten, sondern daß häufig von alters her bestehende Hantirungen oder Erwerbsarten durch die Erfindung einer Maschine oder einer neuern zweckmäßigern Methode außer Dienst gesetzt werden. So ist es z. B. mit einer Hauptbeschäftigung der Frauen und der tausendjährigen Winterbeschäftigung des Landvolkes, mit dem Spinnen und Stricken, geschehen. Infolge der Erfindung der Spinnmaschine hat das Handspinnen während des laufenden Jahrhunderts sein Ende erreicht, weil die großen Fabriken vermöge des Einkaufs des Rohstoffes im großen und der sinnreichen Fabrikationsmaschine das fertige Garn billiger zu verkaufen vermochten, als der Rohstoff die Spinnerinnen kostete. Diese und andere häusliche Beschäftigungen, insbesondere auch die Anfertigung der Kleider, welche in frühern Jahrhunderten und Jahrtausenden fast ausschließlich von den Frauen hergestellt wurden, wovon Homer und das Nibelungenlied ein so

beredtes Zeugnis ablegen, ist ihren emsigen Händen gänzlich entrissen worden. Die Aufgabe der neuen Kultur-Ära ist es, Ersatz für diese nützliche Beschäftigungsart der Frauen, insbesondere auf dem Lande zu schaffen. In dieser Hinsicht stiften diejenigen keinen Nutzen, welche sich gegen solchen Ersatz stemmen und die Frauen nur auf die Besorgung des Hauswesens verweisen. In vielen neuern Gewerbegesetzgebungen hat sich glücklicherweise ein gesunderer Sinn und mehr Weisheit Bahn gebrochen, da die Gewerbefreiheit auch auf die Frauen ausgedehnt wurde. Jener ungerechtfertigte Widerstand steht nicht bloß mit der tausendjährigen Entwicklung im Widerspruch, in welcher den Frauen ein so großer Anteil an der Erzeugung der zum Leben notwendigen Güter eingeräumt wurde; jene Richtung versündigt sich an jenem Teil der weiblichen Bevölkerung, dem es nicht vergönnt ist, ein Ehebündnis einzugehen oder sein Leben in einer Familie zuzubringen. Die Aufgabe der praktischen Volkswirte, Staatsmänner und gewerblichen Lehrer soll es vielmehr sein, hinreichenden Ersatz für jene verlorene Beschäftigung aufzufinden und unter der ländlichen Bevölkerung zu verbreiten. In dieser Hinsicht sind zuerst in Frankreich, dann in Österreich und neuerdings auch in Deutschland und Ungarn sehr beachtenswerte Hülfsmittel in Gestalt ländlicher Fachschulen ins Leben gerufen worden, denen eine Anzahl von Hausindustrieen entsprossen sind, welche die Kerne zu einer gedeihlichen Entwicklung bilden. Speziell ist namentlich die Renaissance in der Anfertigung der venetianischen Spitzen in Österreich, unter Leitung des Hofrats Stork, sowie die Kunststickerei, Arbeiten aus Glasperlen, Stroh- und Korbflechterei, Knopfarbeiten, Mal- und Dekorationsarbeiten u. s. w. hervorzuheben. Für die männliche Bevölkerung haben die Anstalten, in denen die Kunsttischlerei gepflegt wird, insbesondere die Anfertigung von Möbeln im Stile der gotischen Renaissance, die Einlege-Arbeit, die Holzschnitzereien, die Anfertigung von Marmorgegenständen bedeutende Erfolge aufzuweisen. Ein wahres Musterland neuer Hausindustrieen ist die Schweiz, wo auf den häuslichen Gewerbefleiß große Exportunternehmungen begründet sind, wie z. B. die Anfertigung von Taschenuhren, die Seidenindustrie, die Maschinenstickerei, Holzschnitzerei, Stroh- und Roßhaarflechterei, bei deren Arbeiten sämtliche Mitglieder einer Familie sich bethätigen. So ist das rauhe Hochgebirge des Jura, auf welchem kaum der Hafer und die Kartoffel gedeiht und

die Bodenwirtschaft sich hauptsächlich auf die Viehzucht beschränkt, mittels der in den Bauernhäusern betriebenen Verfertigung von Uhrenbestandteilen ein wohlhabender Landstrich geworden, der eine dichtere Bevölkerung nährt als viele Distrikte der Ebene. Wir haben 1876 bei dem letzten internationalen statistischen Kongreß in Budapest darauf aufmerksam gemacht, daß es ein Unternehmen von allgemein wohlthätigen Folgen sein würde, eine internationale Statistik sämtlicher in den verschiedenen Ländern Europas betriebenen Zweige der Hausindustrie zu erheben. Denn durch eine solche Vorarbeit würden die Regierungen mancher Länder die Kenntnis von Erwerbsarten erlangen, durch deren Einführung sie in manchen Teilen des Landes an der Stelle der Not Wohlstand verbreiten könnten.

Überhaupt sind alle Bemühungen, welche den natürlichen Entwicklungsgang der Vervielfältigung der Beschäftigungsarten unterstützen, bei Entwicklung der wahren Wohlfahrt weit dienlicher als alle Theorieen, von den Hirngespinsten der Fanatiker nicht zu sprechen. Würden die Arbeiter die Hand dazu bieten, um den blauen Montag abzuschaffen, und der Einsicht sich nicht verschließen wollen, daß in Zeiten, wo die Unternehmer ihre Geschäfte mit Schaden betreiben, Lohnerhöhungen nicht möglich sind und daß ein Fortschritt des Verdienstes nur durch exakte, geschickte Arbeit, durch Vervielfältigung und Spezialisirung der Beschäftigungsarten, durch Verbesserung des Geschmacks erzielt werden kann, dann würden sie sicherere und ersprießlichere Erfolge erzielen, als mit sozialistischen Verschwörungen, kommunistischen Aufständen und unzeitgemäßen Arbeitseinstellungen.

Meistens dauern jene Übergangsperioden nicht sehr lange, weil die neuen Erwerbszweige ebenfalls bald eine große Anzahl von Arbeitern aufnehmen und weil ein Teil wieder in die Landwirtschaft zurückkehrt, welcher mit der Ära der Eisenbahnen eine solche Menge von Kräften entzogen worden, daß Jahrzehnte hindurch die Klage über Mangel an ländlichen Arbeitern allgemein war.

Bei der Einführung der Eisenbahnen fürchteten alle Fuhrleute und Lohnkutscher ihre Beschäftigung zu verlieren. Mit manchen der ersteren war das allerdings der Fall, dafür wurden Hunderttausende neuer Stellen geschaffen. Der elektrische Telegraph und das Telephon haben Massen neuer Erwerbsgelegenheiten hervorgerufen.

Durch die Erleichterung der Produktion infolge neuer Erfindungen,

die Einführung zeitsparender Maschinen und Werkzeuge wird mit der gleichen Anstrengung mehr produzirt. Diese Bewegung ist nicht in der Regel von einem Fallen des Preises der betreffenden Produkte begleitet, weil die neuen Erzeugnisse im Gegenteil wegen ihrer Neuheit höhere Preise lösen. Auch der Lohn muß nicht infolge der Arbeitsersparung sinken, weil der Unternehmungsgeist angeregt wird und die Nachfrage nach Arbeitern bei der Einführung neuer Erwerbszweige steigt.

In normalen Kulturländern, welche naturgemäß an geistigem und materiellem Kapital sowie an Zahl und Geschicklichkeit der Arbeiter wachsen — da ein Geschlecht auf den Schultern des andern steht und das nachgeborene mit den vom vorhergegangenen errungenen und angesammelten Produktionsmitteln seine Arbeit beginnt —, vermehrt sich der Betrag der Ersparnisse, die Mittel zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse schneller als die Zahl der Bevölkerung. Es fragt sich nun, ob und in welchem Maße auch die unbemittelten, unselbständig thätigen Arbeiter an dieser Vermehrung der Güter verhältnismäßig teilnehmen, — ob die Volkszustände derart sind, daß eine ausgleichende Gerechtigkeit waltet. Die Sozialisten der Marxschen Schule leugnen dies.

Wir werden diese Frage weiter unten untersuchen.

Die Agrarfrage.

Die Agrarfrage bildete zu allen Zeiten eine der wichtigsten und zugleich am schwierigsten zu lösenden Aufgaben der Staatskunst. Sie hat nicht bloß ihre rein ökonomische, sondern auch ihre staatswirtschaftliche, neben der gesellschaftlichen auch ihre politische Bedeutung. Von der Art ihrer Lösung hängt nicht bloß das materielle Wohl des größern Teils der Bevölkerung der meisten Staaten ab, sondern auch die politische Sicherheit und Unabhängigkeit dieser Staaten selbst. Die Geschichte der verflossenen Jahrhunderte liefert uns schlagende Beweise dieser Wahrnehmung, und wenn wir auch die Erfahrungen des Altertums und des Mittelalters nicht unbedingt als einen Maßstab für die Gestaltung unserer Verhältnisse betrachten können, weil in jenen Zeitalern die Landwirtschaft auf der Arbeit der Sklaven, der Leibeigenen und der an die Scholle gebundenen Hörigen beruhte, so können uns jene Erfahrungen doch über die Wirkung der verschiedenen zur Geltung gelangten Wirtschaftssysteme wichtige Aufklärungen bieten. Als entscheidend sind diese erst zu betrachten, wenn sie mit den Erfahrungen der neuern, auf der Basis der Gleichberechtigung der Menschen begründeten Gesetze und Organisationen übereinstimmen.

Es läßt sich in der Kulturgeschichte bezüglich des Eigentumsrechts ein gewisser Kreislauf beobachten. Zuerst begegnet man der Gemeinschaft des Grundeigentums im Besitze der Gemeinde, welcher Zustand noch in Rußland herrscht, wo der Besitz alle 6, 10 oder 15 Jahre an die Mitglieder verteilt wird und wovon sich auch im westlichen Europa Spuren bis auf den heutigen Tag erhalten haben. Davon zeugen nicht bloß die jetzt noch bestehenden Almenden, Gemeindeweiden und Waldungen, Gemeinde-Almen, sondern auch mehrere Ortschaften des

Kantons Bern, wo sogar das Ackerland alle 10 oder 30 Jahre frisch unter die Bürger verteilt wird.

Nachdem sich im Fortgang der Kulturbewegung die Wirtschaftsmittel vermehrt und der Drang nach persönlicher Ausbeutung derselben die Oberhand gewonnen, bildete sich, unterstützt zugleich durch Eroberkriege, das persönliche Eigentum; die Teilung des Bodens unter Privateigentümern trat in Kraft. Unter ihrer Herrschaft macht sich der natürliche Trieb der Menschen nach dem Erwerb von Gütern in zweierlei Richtung geltend.

Der Grundeigentümer hat den Wunsch, seinen Besitz zu vergrößern; seine Kinder und jeder Volksgenosse überhaupt haben den Drang, über ein Stück Land zu verfügen, auf dem sie ihre unabhängige Nahrung finden können. Der erstere Drang führt zur Latifundienwirtschaft, der letztere zur Güterzersplitterung. Diese beiden Systeme aber führen erfahrungsmäßig, konsequent durchgeführt, volkswirtschaftlichen und politischen Nachteil, unter Umständen sogar den Ruin herbei. Die Folgen der Latifundienwirtschaft liegen klar zutage! Sie hat nicht wenig zum einstigen Untergang des Römerreichs beigetragen, sie hat die heutigen Wirren Irlands herbeigeführt, ihr ist der verkümmerte Zustand der Landbevölkerung Italiens und Mecklenburgs sowie teilweise auch Englands und Schottlands beizumessen.

Über das System der Güterzersplitterung liegen noch keine so ausgedehnte Erfahrungen vor, da dasselbe erst seit kaum 100 Jahren in einigen Ländern Europas zur Geltung gelangt ist, in welchen zugleich eine hohe industrielle Entwicklung Platz gegriffen hat, welche die wirtschaftliche Wirkung des Systems einigermaßen verhüllen mag.

Eine Beobachtung aber kann als sicher angenommen werden: daß in den Ländern, wo der Grund und Boden so ungehindert den Eigentümer wechseln kann wie das bewegliche Vermögen, wo der Zersplitterung des Bodens also keine Schranke gesetzt ist, auch die Latifundienwirtschaft wieder leichter Platz greifen kann. Wird diese nicht durch Fideikommisse geschützt, so führt sie, teils durch Erbfolge, teils durch die Verschwendung der Nachkommen wieder zur Zertrümmerung. Auch wo Fideikommisse bestehen, kann die Latifundienwirtschaft zur gleichen Wirkung wie die Bodenzersplitterung ausarten durch das Umsichgreifen der Zwergpachtungen, wovon Irland und Italien ein solch abschreckendes Beispiel liefern.

Um nun die Frage zu entscheiden, in welcher Weise das zweckmäßigste Wirtschaftsmaß der Bodeneinteilung erzielt werden kann, ob

durch völlig freie Bewegung oder durch prophylaktische Vorkehrungen der Gesetzgebung, — müssen wir erst die wirtschaftlichen und politischen Wirkungen der beiden entgegengesetzten Wirtschaftssysteme betrachten.

Was das Latifundiensystem betrifft, so ist es wirtschaftlich eigentlich nur durch Beforstung oder durch Viehzucht mit Weidewirtschaft in seiner Reinheit durchzuführen. Im Ackerbau steht demselben ein natürliches räumliches Hindernis im Wege, denn nur solche Güter und Höfe können mit Vorteil bewirtschaftet werden, deren Bebauer mit der Lokomotion so wenig als möglich Zeit verlieren. Zur nähern Verdeutlichung dieses Umstandes brauchen wir nur auf die Thünensche Theorie zu verweisen und an das bekannte Beispiel zu erinnern, daß ein Bauer, der unternehmen wollte, einen zwei Meilen von seinem Hofe entfernten Acker zu pflügen, diese Arbeit gar nicht verrichten könnte, weil er den ganzen Tag zur Hin- und Heimfahrt verwenden müßte. Daraus geht hervor, daß das Normalmaß der Wirtschaftseinheiten des Grundeigentums, bei welchem die vorteilhaftesten Ergebnisse erzielt werden, aus arrondirten Höfen von mittlerm Umfang besteht, bei welchen die Wirtschaftsgebäude sich im Mittelpunkte der Grundstücke befinden sollten. Dieses Normalmaß der Wirtschaftseinheiten wechselt natürlich je nach der Lage des Grundstücks, indem kälteres Klima, große Entfernung vom Markte größern Umfang bedingen, während Grundstücke in fruchtbarem Klima und in der Nähe von Städten auch bei geringerm Umfang sich mit Vorteil bebauen lassen. Unter der Beobachtung eines solchen Normalmaßes der Wirtschaftseinheiten läßt sich der ökonomische Nachteil der Latifundienwirtschaft allerdings bedeutend mildern, wie dies z. B. in England und in einem Teil von Schottland in der That wahrgenommen werden kann. Damit sind aber die politischen Nachteile dieses Wirtschaftssystems noch nicht gebannt, wie solche überhaupt mit jeder Oligarchie verknüpft sind. Da wo die Latifundienwirtschaft nicht in Zwergpacht ausartet, welche schlimmer wirkt als die Bodenzersplitterung, da entsteht neben den Grundherren ein Stand wohlhabender Pächter von beschränkter Zahl. So kamen z. B. nach der Volkszählung 1871 in England und Wales auf eine Bevölkerung von 23 Millionen nur 250 000 Pächter. Die Hauptmasse der landwirtschaftlichen Bevölkerung bestand aus besitzlosen Arbeitern, von denen sich ein großer Teil, insbesondere während

der Ernte, im Scharenwandern ernährt. Diese Leute, für welche die heimatliche Scholle keinen Reiz bietet, liefern das Hauptkontingent zu der riesigen Auswanderung aus Großbritannien nach den Vereinigten Staaten und Kanada, welche nur durch die Kosten der Überfahrt gehemmt ist und in Zukunft noch größere Dimensionen annehmen wird, im Verhältnis wie die Transportkosten sich vermindern, die ländlichen Arbeiter sich an das Sparen gewöhnen und ihr Reisegeld anzulegen lernen. Denn bereits steht es in jedes Tagelöhners Macht, durch arbeitsames und sparsames Leben in wenigen Jahren, mittels Auswanderung, selbständiger Grundeigentümer zu werden, da das neue Landgesetz Kanadas unglaubliche Vorteile bietet. Jeder britische Staatsbürger von gutem Ruf hat Anspruch auf die unmittelbare Anweisung von 160 Acker (1 acre = 0,40 ha) Land, unter der Bedingung, innerhalb drei Jahren ein Wirtschaftsgebäude darauf zu errichten und einen kleinen Teil zu bewirtschaften. Hat er diese Bedingung erfüllt, so steht ihm ein weiteres anstoßendes Stück von 160 Acker zu einem Dollar per Acker zu Gebote und ein weiterer anstoßender Komplex von 320 Acker steht dem Ansiedler für den Fall zur Verfügung, daß er sich entschließt, 10 Acker von je 160 mit Wald zu bepflanzen, wovon er die Hälfte wiederum umsonst, die andere zum Preis von einem Dollar per Acker erhält. Dieses Gesetz besteht gerade in dem Staate Manitoba, welcher sich in den letzten Jahren als ein wahres Weizen-Eldorado enthüllt hat. In rein ökonomischer Beziehung muß also die Auswanderung sowie die Konkurrenz der Fabriken im steigenden Maße die Kosten für den Arbeitslohn erhöhen; in politischer Hinsicht muß die Wehrkraft bedeutend geschmälert werden. Es läßt sich daher mit Bestimmtheit behaupten, daß Großbritannien sein heutiges Agrarsystem nur vermöge seiner Inselllage aufrecht zu erhalten vermochte.

Ohnedies muß durch die Lösung der irischen Frage ein Umschwung auch in Großbritannien herbeigeführt werden. Denn das englische und schottische Landvolk kann doch nicht auf die Dauer den aufrührerischen Iren nachgestellt werden!

Während Irland schon seit einigen Jahren die Früchte einer sehr liberalen Agrar-Reform genießt, erträgt die Landbevölkerung Großbritanniens heute noch geduldig die Unbilden einer Agrarverfassung, welche ihren Ursprung aus der Feudalzeit herleitet. Da das irländische Landvolk den Bruch mit dem alten System, infolge dessen Bresche in

das Latifundiensystem gelegt, ein Teil des rückständigen Pachtzinses erlassen, die Pachtrente bedeutend ermäßigt und dem kleinen Pächter die Möglichkeit geboten wurde, mit Hülfe von Vorschüssen aus öffentlichen Mitteln Grundeigentümer zu werden, eigentlich einer aufrührerischen Bewegung verdankt, so bildet dies ein gefährliches Präjudiz für das jetzt noch in Geduld harrende englische und schottische Landvolk. Allerdings waren die irischen Pächter lange Zeit arg mißhandelt worden. Das Verhältnis mit den Grundherren, welche ihre Rente in der Regel in London oder im Auslande verzehrten, war in Zwergpacht ausgeartet. Nach der Aufhebung der Korngesetze hatten es die Grundherren angesichts des feuchten Klimas der „grünen Insel“ und der auswärtigen Konkurrenz für vorteilhafter gefunden, den Getreidebau einzuschränken, zum Teil allmählich ganz aufzugeben und Gras- und Viehwirtschaft einzuführen, wodurch ein großer Teil des Ackerlandes in Selbstbewirtschaftung genommen und eine ungeheure Menge von Pächtern entlassen und verjagt wurde. Seit dieser Zeit begann daher jene völkerwanderungsähnliche Emigration nach den Vereinigten Staaten, infolge deren Irland bei jeder neuen Volkszählung eine Verminderung der Volkszahl aufweist, während dieselbe in England, Wales und Schottland trotz starker Auswanderung in bedeutender Proportion zunimmt. In Großbritannien war das Verhältnis zwischen Grundeigentümern und Pächtern ein freundlicheres geblieben; die erstern hatten nach der Abschaffung des Prohibitivzolles auf Getreide im Jahre 1846 große Investitionen, namentlich für Drainage, Verbesserung der Viehzucht und Vermehrung der Dungmittel gemacht, so daß die Pächter mit Hülfe von Bodenmeliorationen, Anschaffung arbeitsparender Maschinen und andern Fortschritten in den Stand gesetzt wurden, der ausländischen Konkurrenz die Stirn zu bieten. Jetzt aber befinden sie sich nach einer vierjährigen Periode von Mißernten und zwei fruchtbaren Jahren, welch' den Getreidepreis unerhört gedrückt haben, gegenüber der amerikanischen und indischen Konkurrenz in so bedrängter Lage, daß selbst die konservativsten Staatsmänner zur Einsicht gekommen sind, daß eine radikale Reform der Agrargesetzgebung nicht mehr aufzuschieben ist. Schon das neue auf demokratischerer Grundlage gewählte Parlament wird sich daher mit den einschlagenden Vorlagen zu beschäftigen haben. Wie in Irland und auf dem Kontinent nur in Italien und Mecklenburg, herrscht in Großbritannien das

System der Latifundien unter ganz eigentümlichen gesetzlichen Gewohnheitsformen, welche der Reform einen weiten Spielraum bieten.

Das heutige Agrarsystem Großbritanniens führt seinen Ursprung bis zur Okkupation des Landes durch die Normannen zurück. Nach der Überwältigung der Sachsen in der Schlacht von Hastings verteilte Wilhelm der Eroberer 60 000 Landlose unter seine siegreichen Krieger, mit Hülfe deren diese einen neuen Kronadel schufen. Aus den sächsischen Adalingen ging die spätere Gentry hervor. Die Gesamtzahl der Grundeigentümer mit Einschluß der letztern überstieg daher jene Ziffer um das Vielfache, denn im Jahre 1688 schätzte Gregory King die Zahl der Grundeigentümer auf ungefähr 200 000. Nach einer andern Schätzung wurden sie sogar 1876 auf 250 000 veranschlagt. Durch den großen industriellen Aufschwung, welcher seit jener Zeit infolge der Einführung der Dampfmaschinen, der Werkzeugmaschinen, der Spinn- und Webmaschinen, des Dampfhammers, der Eisenbahnen, der landwirtschaftlichen Maschinen, der Drainage und anderer Verbesserungen in Großbritannien platzgegriffen hat, ist der Bodenwert bedeutend gestiegen und der Reichtum der großen Grundeigentümer so gewachsen, daß sie die kleinern aufzusaugen begannen, die Latifundien immer mehr an Umfang wuchsen und die Zahl der Grundeigentümer sich verminderte. Der Direktor des britischen Statistischen Bureaus, der unvergeßliche William Farr, hat das Verdienst, zuerst den Finger auf diese Wunde gelegt zu haben. Er ist dafür unter dem Einflusse der Aristokratie von der Regierung mit Undank belohnt worden. Farr hat nämlich bei der Volkszählung 1861 unter die Berufsarten auch die Grundeigentümer aufgenommen und deren Zahl auf rund 30 000 (ohne Familienmitglieder) für England und Wales ermittelt. Bei einer Gesamtbevölkerung von 20 066 224 waren überhaupt 2 010 454 produktiv in der Landwirtschaft beschäftigt. Bei der Zählung von 1871, welche eine Gesamtbevölkerung von 22 712 266 Personen ergab, wovon nur noch 1 657 138 Personen im Landbau beschäftigt waren, hatte sich die Zahl der Grundeigentümer auf 26 000 vermindert. Bei der Zählung von 1881, wo die Bevölkerung von England und Wales auf 25 974 439 Personen angewachsen und der Anteil der landwirtschaftlich beschäftigten Personen auf 1 383 184 Individuen gesunken war, ist die Zahl der Grundeigentümer gar nicht mehr ermittelt worden. William Farr war mittlerweile in den Ruhestand versetzt worden. Gegen dessen Erhebungen waren nämlich aus

den Kreise der Aristokratie heftige Proteste erhoben worden, welche zuletzt dazu geführt hatten, daß das englische Parlament im Jahre 1872 auf Antrag des Earl of Derby beschloß, eine Spezialaufnahme der Zahl der Grundeigentümer im Vereinigten Königreiche machen zu lassen. Das Ergebnis dieser statistischen Erhebung ist in den 1875 erschienenen Berichten niedergelegt und enthält im Wesen nicht nur die volle Bestätigung der Ergebnisse der Volkszählung, sondern enthüllt Thatsachen, welche nicht bloß die britische Nation, sondern die ganze Welt in Erstaunen versetzen. Allerdings fanden sich mehr Grundeigentümer vor, als in den Volkszählungen angegeben waren, allein der Landadel hatte übersehen, daß die Volkszählungen nur die Hauptbeschäftigungen und Hauptlebensberufsarten verzeichnen können und die Nebenbeschäftigung und Nebensachen übergehen müssen. (Manche Länder haben in der neuesten Zeit bei der Berufszählung auch die Nebenbeschäftigung aufgenommen.) Die britische Volkszählung konnte daher nur diejenigen Grundeigentümer verzeichnen, welche ihr Haupteinkommen aus dieser Quelle beziehen. Fabrikanten, welche zufällig auch ein Landhaus besitzen oder, was im Vereinigten Königreiche nicht die Regel ist, Eigentümer des Grundes und Bodens sind, auf dem ihre Fabrik steht; Hausbesitzer, welche auch Eigentümer des Grundes sind, auf dem ihr Bau steht, was in Großbritannien die Ausnahme bildet, sind in der Volkszählung natürlich nicht als Grundeigentümer aufgezählt worden. Das neue Grundbuch, welches alle diese und andere Kategorieen in seine Erhebungen aufgenommen, hat natürlich eine weit größere Anzahl von Grundeigentümern ermittelt, die Sache, der es dienen sollte, aber um keinen Schritt gefördert. Es brachte zwar für England und Wales im ganzen 972 836 Grundeigentümer heraus, welche zusammen 33 013 514 Acker Land besaßen; allein dabei wurde Weide-, Waldland und Jagdgrund außer acht gelassen, und keine geringere Zahl als 703 289 sogenannte Grundeigentümer besaßen weniger als 1 Acker (= 0,40½ ha) und 121 983 weniger als 10 Acker. 66 Personen besitzen allein 1 917 076 Acker, 100 Personen 3 917 641 Acker; weniger als 280 Personen besitzen 5 425 764 Acker oder beinahe den sechsten Teil des wirklich angebauten Landes von England und Wales; 523 Personen besitzen ein Fünfteil von England und Wales, 7010 Personen ein Viertel. Noch ärger ist es in Schottland und Irland. In Schottland wurden allerdings 132 131 Personen für

18 946 694 Acker bebauten Landes ermittelt. Davon besaßen aber 113 005 Personen weniger als 1 Acker und 9471 weniger als 10 Acker. Ein einziger Eigentümer (Herzog von Argyll) besitzt 1 326 000 Acker in Schottland und 32 095 in England. Ein zweiter Grundherr eignet 431 000, ein dritter 424 000, ein vierter 373 000, ein fünfter 306 000 Acker. Die zwölf größten schottischen Grundherren besitzen 4 339 722 Acker oder beinahe den vierten Teil von ganz Schottland. 70 Grundeigentümer besitzen 9 400 000 Acker oder halb Schottland. Neun Zehntel von Schottland gehören nur 1700 Personen.

In Irland kommen auf ein Areal von 20 159 678 Acker bebauten Landes 68 716 Grundeigentümer. Davon besitzen 36 144 weniger als einen Acker und fast 7000 weniger als zehn. 744 Personen aber besitzen 9 612 728 Acker oder ungefähr halb Irland. Bei solchen außerordentlichen Kontrasten ist es kein Wunder, daß die Bevölkerung Großbritanniens von einer so unüberwindlichen Auswanderungslust nach neuen Ländern beseelt ist, wo sie selbständig Grundeigentum erwerben kann. Da auch die Zahl der Pächter in der Abnahme begriffen ist, so ist eine Reform nicht mehr zu verschieben. Um die Elemente derselben zu erkennen, müssen wir einen Blick auf die gesetzlichen und gewohnheitsrechtlichen Grundlagen werfen, auf denen das britische Latifundiensystem erstarkt ist.

Die Gewohnheitsrechte und Gesetze, auf Grund deren das Latifundiensystem im Vereinigten Königreich sich aufgebaut hat und noch fortwährend derart um sich greift, daß die kleinern Freihöfe allmählich verschwinden, beruht auf dem Majorat und dem unbeschränkten Verfügungsrechte des Eigentümers. Das Majorat ist aus dem Lehnsrecht überkommen. Kraft dieses durch Gesetz bestätigten Gewohnheitsrechtes tritt der erstgeborene Sohn für den Fall, daß der Vater ohne Verfügung bei Lebzeiten oder ohne Testament stirbt, allein in den Besitz des unbeweglichen Eigentums. Erst wenn keine Söhne mehr vorhanden sind, erben die Töchter gemeinsam. Die Schenkung unter Lebenden und die letztwillige Verfügung unseres gemeinen Rechtes ist in Großbritannien und Irland durch das unbedingte Verfügungsrecht des Eigentümers, unter Ausschluß des Pflichtteils, ersetzt, welches in zwei ganz eigentümlichen Formen ausgeübt wird, für die wir nicht einmal besondere Ausdrücke haben, insofern als die englischen Bezeichnungen durch unsere Sprache nicht völlig gedeckt werden. Auch

auf diese Eigentumsverfügungen hat sich das Majorat gewohnheitsrechtlich übertragen, so daß es nie umgangen wird. Die erste Form der Verfügung bei Lebzeiten besteht aus dem Akte des „entailing", das heißt der Einsetzung einer Successionsordnung, durch welche der Eigentümer nicht bloß seinen nächsten Erben für seine Liegenschaften, sondern auch den zweit- und drittnächsten für den Fall des Ablebens des ersten einsetzen kann. Dieses Recht, welches oft mit dem Majorat verwechselt wird, ist theoretisch ganz unabhängig von diesem Rechte, weil der Eigentümer gesetzlich seinen Grundbesitz ebensogut seinem jüngsten wie seinem ältesten Sohne, ja, sogar ungeborenen Enkeln übertragen darf. Das Recht der Verfügung unter Lebenden (settlement) ist theoretisch wieder verschieden von der Befugnis der Festsetzung einer Erbschaftsfolge (entailing), da es sowohl auf Personen wie auf Realitäten ausgedehnt und zum Festlegen des Bodens benutzt werden könnte, selbst wenn das Recht der Erbfolge-Ordnung (entailing) gesetzlich aufgehoben werden würde. In der Praxis sind Settlements das Mittel, durch welche die Entailing-Befugnis ausgeübt wird; sie bilden ein Bollwerk des Majorats, insofern sie aufeinanderfolgende Familienhäupter instandsetzen, das Erstgeburtsrecht auf die Lebenszeit eines ungeborenen Geschlechts zu übertragen.*) Dies geschieht in der Regel in folgender Weise: In Familien, deren Güter von einer Generation an die andere unverehrt erhalten bleiben, werden — in Ermangelung unserer Fideikommisse — in kurzen Zeiträumen von wenigen Jahren Verfügungen (settlements) zu diesem Zwecke gemacht. So wird z. B. im Falle einer Heirat dem Gatten ein Genußrecht des Gutes auf Lebenszeit erteilt; die Frau erhält ein Nadelgeld und, im Falle sie den Mann überlebt, ein Leibgedinge. Zur Erfüllung dieser Bedingung sowie der Auszahlung solcher Summen, welche als Anteile jüngerer Söhne oder der Töchter, die aus der Ehe entspringen, ausgesetzt sein mögen, ist der Majoratsherr (tenant in tail) verpflichtet. Sind alle Söhne tot, dann erben die Töchter in der Art, daß sie die gemeinsame Nutznießung der Güter haben (tenant in common in tail), bis irgend ein männlicher tenant in tail 21 Jahre alt geworden ist, der dann an ihre Stelle tritt. In der Regel werden für die jüngern Söhne und die Töchter gar keine Anteile ausbedungen und nur das

*) George C. Brodrick, law and custom of primogeniture, and Joshua Williams, on the law of real property.

mütterliche Vermögen reservirt. Für die Versorgung der jüngern Söhne besteht daher jenes ausgedehnte System von Sinekuren in der Kirche und in der Verwaltung sowohl des Vereinigten Königreichs wie Indiens, vermöge deren die reich dotirten Repräsentationsämter den Söhnen des Adels reservirt sind und die mit der wirklichen Arbeit, aber mit geringem Gehalte verbundenen Posten den Bürgerlichen zufallen.

Es muß noch beigefügt werden, daß sämtliche neuern Settlements das Recht zu Verkäufen gewähren, durch welche die Vormünder oder zeitweisen Vermögensverwalter (trustees) ermächtigt werden, mit der Zustimmung des im Besitz befindlichen Eigentümers Teile oder sogar das ganze Gut zu verkaufen und den Kaufschilling in andern Ländereien anzulegen.

Unter dieser eisernen Kette des Majoratsregiments hat sich nicht bloß die Zahl der Grundeigentümer und der landwirtschaftlichen Bevölkerung überhaupt, sondern auch der Pächter und der Arbeiter vermindert, wobei ein Teil dieser Verminderung auch auf die Wirkung der vermehrten Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen zu setzen ist. Von den Pächtern haben sich die kleinern in England und Wales vermindert, die großen vermehrt. Bei der Zählung von 1871 gab es noch 249 907 Pächter, 1881 nur noch 223 943, also 25 964 oder 10,39 Prozent weniger. Im Jahre 1871 fand man noch 962 348 ländliche Arbeiter, 1881 nur noch 870 798; die Tagelöhner im allgemeinen aber waren in dieser Periode von 506 273 auf 559 769, die der Eisenbahnarbeiter von 44 169 auf 88 847 und die der Straßenarbeiter von 8136 auf 10 947 gestiegen. Die Pächter nehmen im allgemeinen eine weit bessere Stellung in Großbritannien ein als in Irland. Sie sind keine Zwergpächter, sondern ihre Pachtungen erstrecken sich in der Regel über Höfe von mehr als 100 englischen Acker. In den zwanzig Jahren von 1851 bis 1871 war die Vermehrung der Pächter am größten bei den Gütern von mehr als 400 Acker, welche um 120, die von 400 bis 500 Acker um 92, die bis 600 um 99, bis 700 um 71, von 1000 bis 1200 um 43, die von mehr als 2000 Acker um 26 Komplexe sich vermehrt haben. Die Pächter nehmen in England also eine Stellung ein, welche äußerlich ungefähr gleich derjenigen unserer Herrschafts- und Domänenpächter ist. Diese Stellung ist aber im Grunde insofern ungünstiger, als die Zeitdauer der Pachtungen ganz von der Willkür der Eigentümer oder ihrer

Stellvertreter abhängt und als kein Gesetz besteht, welches den Pächtern eine sichere Entschädigung für ihre Meliorationen bietet. Sämtliche Berichte und Enquêten, welche in neuerer Zeit über diesen Stand der Dinge gemacht worden sind, stimmen darin überein, daß die stehende Beschwerde der Pächter gegen die kurze Dauer der Pachtperioden und gegen die willkürliche Erhöhung der Rente von seiten der Eigentümer gerichtet ist. Während die Frage einer billigen Ausmessung der Pachtrente in Irland nach dem neuen Gesetze durch eine öffentliche Kommission geregelt wird, geht noch nach den neuesten mündlichen Untersuchungen die einstimmige Klage der englischen Pächter dahin, daß sie keine Bodenmelioration durchführen können, ohne sofort in der Rente gesteigert zu werden. So oft der Grundherr auf einem Hofe eine Melioration an ihren Erfolgen wahrnimmt, versehlt er nicht, zu bemerken, daß ein so gutes Grundstück eine höhere Rente wert sei, und unterläßt nicht, den Pachtzins zu erhöhen. Der Pächter aber muß wohl oder übel einwilligen, weil ihm beim Abzuge die Vergütung seiner Investitionen nicht gesetzlich garantirt ist. Eine solche ungleiche Behandlung der aufrührerischen irischen und der loyalen britischen Pächter kann unmöglich von Dauer sein und eine Reform der Gesetzgebung ist unaufhaltsam geworden. Dabei wird aber auch die Frage der leichtern Erwerbung von Grundeigentum, deren sich die Iren bereits erfreuen, geordnet werden müssen. Abgesehen von den Hindernissen, welche in den obenerwähnten, die Erstgeburt bevorzugenden Rechten liegen, sind die Unsicherheit der Titel und die hohen Kosten der Eigentumsübertragung ein Haupthindernis. In England kostet letztere 400 Pfd. St. ohne Advokatenkosten und Stempelgebühr; so viel Schreibereien sind nötig, um alle Rechtstitel zusammenzutragen, und dennoch sind solche nicht über alle Anfechtungen erhaben. Für kleine Grundstücke können also die Kosten der Übertragung gar nicht getragen werden. In Irland sind solche Mißstände durch das neue Gesetz bereits beseitigt und mit dem selbständigen Erwerb von Grundeigentum ist bereits ein schöner Anfang gemacht worden. In der Londoner Statistischen Zeitschrift werden einige Beispiele erzählt. In der Gegend von Newry sind zwei Landkomplexe, wovon der eine den Pächtern bereits verkauft worden ist, der andere noch veräußert werden soll, da einige technische Schwierigkeiten im Wege standen. Die verkauften Ländereien umfaßten in 250 Acker, aus 21 kleinen Höfen

bestehend, welche eine Durchschnittspachtrente von 1 Pfund Sterling 4 Shilling für den Acker (= 0,40½ ha) trugen. Alle Pächter kauften diese Höfe zum vierundzwanzigfachen Betrage der Rente. Unter neun Fällen hatte der erste 20 Acker zu 516 Pfd. St. gekauft und bar bezahlt. Der Käufer war Ingenieur in der Handelsflotte gewesen, hatte dann einen kleinen Hof von 8 Acker geerbt und sodann einen anstoßenden Pächter von 12 Acker ausgekauft, wofür er 350 Pfd. St. oder das Dreißigfache der Rente zahlte. Seitdem das Gütchen abgezahlt ist, hat er Wirtschaftsgebäude im Werte von 500 Pfd. St. errichtet, den Flur des Hauses mit Ziegelboden versehen, eine treffliche Küche erbaut und einen Teil des Landes drainirt und meliorirt. Er bezeugt, daß auch die andern Pächter froh sind, Eigentümer geworden zu sein, daß aber diejenigen, welche den Kaufschilling borgen mußten, einen schweren Kampf zu bestehen haben. Ein anderes Anwesen besteht nur aus 2½ Acker, für welche eine Rente von 2 Pfd. St. 15 Shilling gezahlt wurde und welches zu 73 Pfd. St. gekauft worden war, mit einer Anzahlung von 39 Pfd. St. In diesem Falle war das Geld von verschiedenen Personen geborgt worden, wovon eine 1 Pfd. St. für ein Darlehn von 10 Pfd. St. auf 10 Monate und des Käufers Schwester 10 Shilling für ein Darlehn von 10 Pfd. St. auf ein Jahr bezogen. Der Käufer ist ein Tagelöhner und seine Frau eine Wäscherin. Beide hoffen, den ganzen Kaufschilling vor ihrem Tode abzutragen, während sie früher, wie sie versichern, nie imstande waren, zu sparen. Ein anderer Pächter, erzählt der kürzlich verstorbene Joseph Kay, kaufte einen Hof von 5½ Acker für 164 Pfd. St. Er ist 92 Jahre alt und hat neun Söhne und zwei Töchter. Sieben Söhne sind zur See und einer derselben gab das Geld zum Kaufschilling und zur Errichtung eines zweiten Wirtschaftsgebäudes her. Ein Hof von 17 Acker, von welchem ein Pachtschilling von 27 Pfd. St. zu entrichten war, wurde vom Pächter um 648 Pfd. St. gekauft mit einer Anzahlung von 226 Pfd. St. Dieses Geld war auf dem Meere verdient worden. Seit dem Kaufe sind 87 Pfd. St. für Verbesserung und Erweiterung der Gebäude verwendet worden. Der Käufer hat sieben kleine Kinder, die noch nicht helfen können, und lebt einzig von der Arbeit auf seinem Grundstücke. Ein anderer Pächter, ein tüchtiger Seemann, hat einen Hof von 10 Acker um 273 Pfd. St. mit 73 Pfd. St. Anzahlung gekauft, weil er sonst ausgetrieben worden wäre. Er

konnte noch keine Meliorationen machen, hofft aber dennoch den Kaufschilling abzutragen.

Eine Witwe mit zwei Töchtern und einem 15jährigen Sohne sollte auch ausgetrieben werden. Da kaufte sie lieber den Hof von 9½ Acker um 314 Pfd. Sterling mit einer Anzahlung von 79 Pfd. Sterling, von welchen sie 75 zu 6 Prozent aufnahm. Die Familie bestellt das Grundstück selbst und hat ohne andere Hülfsquelle bereits das ganze Kapital bis auf 15 Pfd. Sterling zurückbezahlt. Eine einzige gute Flachsernte trug einen Überschuß von 10 Pfd. Sterling ein. Noch zahlreiche ähnliche Beispiele werden aufgeführt, welche den staunenswerten Erfolg der erst ein paar Jahre alten irischen Agrarreform beweisen. Überdies hat der irische Landwirt mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen, weil die Wirtschaftsgebäude unter dem vorigen System in Verfall geraten sind und bei dem feuchten Klima für die Aufbewahrung von Getreide und Heu Feimen oder Schobern nicht verwendet werden können. In England, wo in dieser Hinsicht die gleiche Methode herrscht wie in einem Teile von Norddeutschland, von Österreich und in Ungarn und wo das Getreide auf dem Felde mit Dampfmaschinen gedroschen wird, werden bedeutende Kapitals-Investionen dadurch erspart. Eine Agrarreform sollte dort also noch bessere Früchte tragen.

Nach dem Vorstehenden ist anzunehmen, daß es einschließlich der Pächter kaum 300 000 selbständige Eigentümer und Unternehmer gibt, die in der Hauptsache vom Ertrage der Landwirtschaft leben. Die Hausbesitzer können wir nicht zu den Grundeigentümern rechnen, weil sie entweder ihre Gebäude auf fremdem Grund und Boden stehen haben oder, wenn sie letztern auch eignen, meist keine Landwirtschaft betreiben. In Großbritannien besteht nämlich der eigentümliche Brauch infolge des herrschenden Latifundiensystems, daß die Bauplätze, welche namentlich in den Städten meist großen Grundherren gehören, auf 99*) und in wenigen Grafschaften sogar auf 999 Jahre verpachtet werden. Nach dem Ablauf der Pachtfrist muß das Haus auf Rechnung des Erbauers entfernt werden oder es fällt dem Grundherrn anheim, wenn es nicht gelingt, einen neuen Vertrag abzuschließen. Dies ist die Ursache, daß in Städten, wo die kürzere Pachtfrist besteht, die Häuser sehr leicht und unansehnlich gebaut werden. Alle großen englischen

*) Der größte Teil des Baugrundes von London ist z. B. Eigentum des Marquis of Westminster und des Herzogs von Buckeugh.

Städte einschließlich London machen, da die Häuser auch meist nicht angestrichen werden und den rohen Backstein zeigen, der in wenig Monaten von Kohlenrauch geschwärzt ist, einen düstern, von der Pracht unserer kontinentalen Großstädte sehr abstechenden Eindruck. Der englische Luxus hat sich ins Innere der Häuser zurückgezogen.

Eine Ausnahme bilden natürlich die Paläste des hohen Adels, welche gleich deren Schlössern und Landhäusern auf eignem Boden gebaut sind, wo die Herren ein sehr beneidenswertes Leben führen, das grausam von dem Dasein des unselbständigen städtischen und ländlichen Arbeiters absticht. Die ländlichen selbstthätigen Arbeiter, ohne Kinder unter vierzehn Jahren, welche 1881 bis auf 870 798 gesunken waren (ohne das Hausgesinde zu rechnen, welches für Stadt und Land zusammengezählt 1881 auf 1 286 668 Personen sich erhob, unter denen die Bedienten sich zu dem weiblichen Gesinde wie 1 : 22 verhalten), wohnen in England in bloßen Hütten, die ihnen von den Grundherren und Pächtern zuweilen mit einem kleinen Stück Pflanzland überlassen werden. Kein Wunder, daß ein großer Teil der englischen Landarbeiter Scharenwerker geworden ist, das heißt, daß die Ernten durch Scharenwanderer eingeheimst werden, welche in der Zwischenzeit mit Eisenbahnbau u. dergl. sich beschäftigen, und daß, seitdem die Dampfschiffahrts-Gesellschaften den Überfahrtspreis nach Amerika auf drei Pfund Sterling und niedriger gestellt haben, die Auswanderung auch unter den Tagelöhnern überhand genommen hat. Seitdem unter ihnen ein Führer von Bedeutung und Energie, Joseph Arch, erstanden ist, der auch 600 000 Land- und Bergwerksarbeiter bei der Jahresversammlung der Trades Unions zu vertreten pflegt, haben die Arbeiter eine bedeutende Lohnerhöhung durchgesetzt. Sie werden auch in Zukunft bei den Wahlen ein starkes Wort mitsprechen und ein schweres Gewicht zu gunsten der Agrar-Reform im Parlament in die Wagschale legen. Diese Reform kann den geduldigen englischen Landleuten nicht weniger bieten als den Irländern. Unter diesen ist die Erwerbung von selbständigem Grundeigentum, die Schaffung eines unabhängigen Bauernstandes möglich, weil den Grundherren das Leben in Irland verleidet wurde, so daß sie gern verkaufen. Allein in England, wo keine nationale Spaltung zwischen Grundherren und ländlicher Bevölkerung herrscht, wird eine solche Bewegung nur möglich sein, wenn Hand an das Majoratsrecht gelegt wird. Bis sich das Ober-

haus zu einer so radikalen Reform bestimmen läßt, müßte ein furchtbarer Volkssturm sich geltend machen.

Einigermaßen abweichende Erscheinungen bietet das Latifundiensystem in Italien. Da herrscht in der Hauptsache die Zwergpacht, bei welcher indessen die Leute vermöge der Fruchtbarkeit des Bodens und des Klimas bei großer Genügsamkeit ihr leidliches Auskommen haben. Da die Industrie mit Ausnahme der Seidenproduktion und weniger sporadischer Manufakturen nur eine geringe Entwicklung hat, so bieten sich die Arbeiter zu niedrigerm Lohn an als diesseit der Alpen. In einem großen Teil Norditaliens sowie unter der italienischen Bevölkerung der Schweiz und Österreichs begegnen wir ebenfalls dem Scharenwandern. Bei der Genügsamkeit und bei der Geschicklichkeit der norditalienischen Arbeiter in Erd- und Gesteinarbeiten wird eine große Anzahl dieser Leute bei fast sämtlichen Straßen-, Eisenbahn- und Tunnelarbeiten in den Zentralalpen der Schweiz, Frankreichs und Österreichs verwendet, da unsere Arbeiter höhern Lohn fordern. Ein Vergleich des Zustandes der italienischen Zwergpächter oder Kolonen mit den Schweizern oder auch nur mit den nordtirolischen und oberbayrischen Bauern, bei welchen das Latifundiensystem nicht besteht, fordert umsomehr zum Nachdenken auf, als die erstern in demselben Verhältnis ärmer zu sein scheinen als das Land, welches sie bebauen, fruchtbarer und ihr Bewohner fleißiger und genügsamer ist. Abgesehen von der ökonomisch schlechtern Lage der unter dem Latifundiensystem lebenden Landleute kann sich unmöglich unter denselben eine solche Anhänglichkeit an den Boden und an das Land entwickeln, als unter dem System freier Bauernhöfe, deren Besitzer schon durch das Eigentum sehr an ihrem Lande hängen und für dessen Verteidigung in höherm Maße Gut und Blut einsetzen.

Ist das Latifundiensystem eine Quelle des Proletariats, so ist indessen auch das Gegenteil, die schrankenlose Bodenzersplitterung, geeignet, ähnliche Zustände herbeizuführen. Auch die Nachteile der Bodenzersplitterung lassen sich in rein wirtschaftliche und in staatliche unterscheiden. Bei ihrer Beurteilung muß ebenfalls festgehalten werden, daß der Umfang eines noch ohne ökonomischen Nachteil bestellbaren Grundstücks je nach der Beschaffenheit des Bodens, des Klimas und der Höhe des Marktes wechselt. Sobald die Teilung des Bodens unter dieses Maß hinabsteigt und zur Zersplitterung sich

gestaltet, treten folgende wirtschaftliche Nachteile ein, welche eine Verminderung des Roh- und Reinertrags sowie infolge dessen auch eine Schmälerung des Nationalwohlstandes nach sich ziehen. Die Zersplitterung führt zunächst zum Zeitverlust. Ein Landwirt kann noch Grundstücke im Normalumfang besitzen, allein dieselben sind nicht mehr arrondirt, sondern in der Gemarkung zerstreut. Derselbe ist daher genötigt, viel Zeit zu verlieren, welche erforderlich ist, um mit den Arbeitern, Zugtieren und Gerätschaften von einem Acker zum andern zu ziehen. Um die Zeit bezw. Arbeitskraft, welche bei dieser Lokomotion verloren geht, wird der Ertrag geschmälert. Die neuere Gesetzgebung hat daher in vielen Ländern die Konsolidirung oder Zusammenlegung zerstreut liegender Grundstücke eines Eigentümers erleichtert und eingeleitet. Ein anderer Nachteil der Zerstücklung ist der, daß häufig neue Wirtschaftsgebäude für Grundstücke errichtet werden müssen, welche von arrondirten Höfen getrennt worden sind, wodurch eine überflüssige Vergeudung des Wirtschaftskapitals wie des Nationalvermögens herbeigeführt wird. Ein dritter Nachteil der Zersplitterung besteht darin, daß keine Zugtiere mehr gehalten werden können und die Bearbeitung des Bodens mittels der teuren Menschenarbeit geschehen muß. Dieser Nachteil fällt nur in dem Falle hinweg, wo Grundstücke in der Nähe des Marktes zum Gartenbau verwendet werden können, weil da zugleich der erforderliche Dünger nicht auf dem Grundstücke selbst produzirt zu werden braucht, sondern in der benachbarten Stadt billig oder umsonst zu haben ist. Geht die Zersplitterung aber so weit, daß die Leute nicht einmal mehr Kühe halten können und sich auf Ziegen beschränken, dann ist bereits die Stufe des Proletariats erreicht, der Boden wird ausgesaugt, der Nationalwohlstand sinkt und die Bevölkerung selbst verkümmert aus Mangel an kräftiger Nahrung leiblich und geistig. Ein vierter Nachteil der Zersplitterung ist das Schwinden des Betriebskapitals, das Hinwegfallen arbeitsparender Maschinen, die Unterlassung von Bodenmeliorationen mittels Drainirungs- und Bewässerungsanlagen, Pflanzung edler Obstbäume, Einführung besserer Samensorten und einträglicher Handelsgewächse, Gebrauch künstlichen Düngers, der Zwang voreiligen Verschleuderns der Ernteüberschüsse u. s. w.

Es kann somit keinem Zweifel unterliegen, daß die beiden entgegengesetzten Agrarzustände, sowohl die Latifundienwirtschaft als auch das System der Bodenzersplitterung, von Übel sind, und zwar umso-

mehr, als eines aus dem andern in einem fortgesetzten Kreislaufe hervorzugehen pflegt, wofern nicht gesetzliche Schranken gezogen sind, wie dies bei dem erstern System mit Hülfe der Fideikommisse und Majorate geschieht.

Der einzige, sowohl vom Standpunkte der Land- und Privatwirtschaft wie von dem der Volks- und Staatswirtschaft vorteilhafte und heilsame Zustand ist ein solcher, in welchem die Wirtschaftseinheiten derjenige mittlere Normalmaß behaupten, bei welchem die Bewirtschaftung am vorteilhaftesten vor sich geht, d. h. alle oben aufgezählten Nachteile vermieden werden.

Nun entsteht aber die wichtige Frage, welches sind die geeigneten Mittel, um diesen mittlern Normalzustand herbeizuführen? Ist es gerechtfertigt, daß der Bodenzertrümmerung ebenso durch gesetzliche Mittel vorgebeugt werde, wie sogar das schädliche Latifundiensystem in Großbritannien, Italien und andern Ländern gesetzlich begünstigt wird, oder soll die Herstellung des richtigen Normalmaßes ausschließlich der freien wirtschaftlichen Bewegung bei gleicher Verteilung der Grundstücke unter die Intestaterben überlassen werden. Der letztere Zustand besteht in Frankreich, am linken Rheinufer in den Provinzen französischen Rechts sowie mit einigen Ausnahmen nach dem bürgerlichen Recht in Österreich, in der Schweiz und in den meisten deutschen Staaten. In Frankreich und am linken Rheinufer ist die Wirkung der Gesetzgebung über die freie Teilbarkeit des Grundeigentums sowohl bei Lebzeiten als unter den Intestaterben am reinsten zu beobachten. Dieses System liefert zwar noch immer bessere Resultate als die Latifundienwirtschaft in Großbritannien und in Italien, denn man nimmt an, daß durch die völlig freie Bewegung des Grundeigentums das Wirtschaftsobjekt doch allmählich wieder in diejenigen Hände gelangt und denjenigen Umfang erhält, in welchem es den besten Erfolg gewährt. Allein es ist andererseits nicht zu verkennen, daß infolge der Teilung der Grundstücke bei der Intestaterbfolge d. h. in den Fällen, wo der Erblasser nicht seinen Hof testamentarisch einem Erben vermacht hat, eine permanente Teilung der Güter eines größern oder geringern Teiles des Landes vor sich geht. Zwar werden die auf diese Weise gebildeten Parzellen wieder von erwerbs- und arrondirungslustigen Unternehmern und Landwirten aufgekauft und zusammengelegt, allein dieses Übergangsstadium der Trennung und Zusammenlegung führt doch viele

wirtschaftliche Nachteile und Verluste mit sich. In Frankreich wird der Wert des jährlich durch Erbteilung in andere Hände übergehenden Grundeigentums auf 1500 Millionen Franken und der Wert desjenigen Grundeigentums, welches jährlich durch Kauf den Besitzer wechselt, auf 2000 Millionen Franken geschätzt. Die bei diesen beiden Transaktionen entrichteten Gebühren erreichen die enorme Summe von 200 Millionen Franken. Diese Zahlen sind entscheidend. Da in Frankreich die Steuern nur nach fiskalischen Rücksichten bemessen werden, so ergibt sich aus der Thatsache, daß die Bodenumsätze trotz der hohen Umschreibegebühr noch eine so enorme Ziffer erreichen, daß das Bedürfnis, die durch die Erbteilung entstandene Zersplitterung wieder auszugleichen, ein ganz gewaltiges ist. Nachdem die französische Revolution den Adel seines Grundeigentums beraubt und 3 800 000 freie Bauern und Grundeigentümer geschaffen, hat auch in der freien Bewegung wieder die Bildung des Großbesitzes begonnen und es gibt gegenwärtig in Frankreich 50 000 Güter, welche mehr als 200 Hektaren umfassen, und nicht weniger als 150 000 im Umfange von mindestens 50 Hektaren. Diesen Ausnahmen steht ein ungeheuer zerstückelter Besitz gegenüber, dessen häufiger Wechsel aus der einen Hand in die andere jährlich einen bedeutenden Verlust für das Volkseinkommen repräsentirt. Wollte man auch jene enorme Gebühr von jährlich 200 Millionen Franken bedeutend reduziren, so bleibt doch eine große Summe von Einbuße, bis die erbgeteilten Grundstücke wieder in die normalwirtschaftlichen Hände zurückgekehrt sind. Die französische Landwirtschaft prosperirt zwar, aber gewiß nicht infolge dieses beständigen Besitzwechsels, sondern infolge des fruchtbaren Bodens und Klimas, der technischen Geschicklichkeit seiner Landwirte, des großen Vorrats an Umlaufskapital, des verbesserten Hypothekenkredits, der trefflichen Kommunikationsmittel zu Land und zu Wasser, des guten Marktes und der entwickelten Industrie. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die weitere Bodenzersplitterung in Frankreich wesentlich aufgehalten wird durch die fast allgemein herrschende Sitte des Zweikindersystems, infolge dessen die Bevölkerung dieses Landes mehr oder weniger stationär ist.

In den Rheinlanden, wo letztere Sitte nicht herrscht, fällt, soweit die französische Gesetzgebung oder deren Einfluß dort eingebürgert ist, die Wirkung der ungehinderten Teilung und Zersplitterung des Bodens

daher noch deutlicher in die Augen, da dieselbe seit Anfang dieses Jahrhunderts in Wirksamkeit ist. Insbesondere in der obern Rheinebene läßt sich sowohl in Baden und im Elsaß wie in der Pfalz im Sommer die weitgehende Zerstücklung des Bodens an den verschiedenen Kulturen der kleinen Parzellen auf den ersten Blick erkennen. Dort kommt es oder kam es wenigstens bis zu den neuern Konsolidirungsbemühungen häufig vor, daß Grundeigentümer 10, 20, ja 30 getrennte, in allen Teilen der Mark zerstreut liegende Äcker besitzen, bei deren Bestellung sie unendlich viel Zeit bezw. Arbeit verlieren. Von Generation zu Generation führt die natürliche Erbfolge bei gleicher Berechtigung der Leibeserben eine weitere Teilung und Zerstücklung des Bodens herbei, und wenn nicht äußere Hindernisse einträten, so ließe sich mit mathematischer Gewißheit der Zeitpunkt vorausbestimmen, an welchem der Bodenanteil jedes einzelnen Eigentümers so klein wäre, daß eine rationelle Wirtschaft nicht mehr möglich ist, daß der Viehstand dahinschwindet, der Boden ausgesogen wird und der Staat schließlich nur von einem ländlichen Proletariat bewohnt wird, zumal die ärmern Klassen stets unbesonnener in der Schließung der Ehen vorzugehen pflegen als die Mittelklassen. Die Hindernisse, welche dieser natürlichen Tendenz zum Extrem der Bodenzersplitterung entgegenstehen, bestehen erstens in der Industrie, im Handel und in den liberalen Berufsarten, welche einen Teil der überschüssigen Landbevölkerung an sich ziehen. Je entwickelter die übrigen Berufsarten in einem Lande sind, desto weniger nimmt die Gefahr der Bodenzersplitterung eine bedrohliche Gestalt an. Dieser Umstand ist es auch hauptsächlich, welcher die Anhänger der unbedingten Freiheit und Teilbarkeit des Bodens in ihrer Ansicht bestärkt und vor dem mit mathematischer Sicherheit früher oder später eintretenden Übermaß der Zersplitterung die Augen schließen läßt. Das zweite Hindernis ist die Auswanderung; das dritte der Unternehmungsgeist, die Sparsamkeit und Geschicklichkeit einzelner Spekulanten und Grundeigentümer, welche aus den Folgen der Zersplitterung Nutzen ziehen und insbesondere die Grundstücke der Auswanderer unter günstigen Bedingungen kaufen und wieder zusammenlegen. Auf diese Weise ist fast in ganz Mitteleuropa sporadisch das Latifundiensystem im Wesen wieder im Entstehen begriffen und verdient in dieser Hinsicht das Vorgehen des französischen und des deutschen hohen Adels besondere Beachtung. Ein großer Teil dieser Familien, deren Mit-

glieder sich jahrhundertelang durch ihre Verschwendung kennzeichneten, sind zu der Einsicht gelangt, daß sie ihre soziale Stellung nur dadurch behaupten, ihren Einfluß nur dadurch wieder stärken können, daß sie das verschwenderische Leben in den Hauptstädten aufgeben und haushälterisch auf ihren Gütern leben. Viele Familien bringen jetzt sogar den Winter darauf zu. Auf diese Weise werden Mittel zur Vergrößerung der Besitzungen geschaffen, und schon heute kann man auf eine große Reihe von Käufen hinweisen, aus denen das Wiederumsichgreifen des Latifundiensystems hervorgeht. In dieser Bewegung liegt sogar eine politische Gefahr; besonders da, wo nach dem bürgerlichen Rechte neben freier Bewegung des Bodens noch Fideikommisse bestehen, führt der Lauf der Dinge naturgemäß dahin, daß der mittlere Grundbesitz allmählich verschwindet und daß zuletzt nur große Grundherren und Häusler, d. h. Tagelöhner mit einer Hütte und einem Stück Land für ihre Kartoffeln und ihr Brot, bestehen.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Bewegung die kommunistische Theorie ihr Haupt erhebt und verlangt, daß der Grund und Boden überhaupt Gemeingut der Gesellschaft werden und durch den Staat und seine Diener für Rechnung sämtlicher Staatsbürger bewirtschaftet werden soll.

Eine andere Gefahr der Bodenzersplitterung liegt in der Schwächung der Familie und ihrer Traditionen. Nicht der ganze Bildungsschatz der Kultur ist in der Wissenschaft, Kunst, Technik und in deren Denkmälern, den Bibliotheken und Museen, oder in den Gesetzessammlungen aufbewahrt. Ein großer Teil des geistigen Kapitals besteht auch in Sitten, Gebräuchen, moralischen und hygieinischen Lehren, welche traditionell in den Familien von einer Generation auf die andere übertragen und vererbt werden. Kinder einer Familie, welche eine Reihe von Generationen hindurch sich eines mittlern materiellen und geistigen Wohlbefindens erfreut, besitzen in der Regel weit mehr Lebenserfahrung und Geschick, sich unter den gebildetern Ständen durchzubringen und eine angesehene Lebensstellung zu erringen, als Findelkinder, welche der Tradition der Familie entbehren. Ein Zustand, welcher bewirkt, daß in einem Lande der auf unabhängigem Grundeigentum beruhende Mittelstand ausgerottet wird, wo das Fideikommißsystem neben der sonstigen unbeschränkten Teilung des Bodens besteht, führt dahin, daß einer geringen Anzahl von alten reichen Familien ein zahlreiches Beamten- und Bauernproletariat gegen-

übersteht. Welche Gefahren solche Oligarchien bergen, hat die Geschichte gelehrt!

Die Gefahren sind denn auch gerade unter den germanischen Völkern zuerst aufs lebhafteste empfunden worden, so daß sie solchen durch gesetzliche Bestimmungen vorzubeugen suchten. Auch da, wo dieses Spezialrecht nicht kodifizirt wurde, haben sich entsprechende Bräuche erhalten. In den meisten Gebieten des rechtsrheinischen Deutschlands ist es Brauch, daß der Bauer seinen Hof dem ältesten oder jüngsten Sohn hinterläßt, welcher seine Geschwister dadurch abzufinden instandgesetzt wird, daß ihm der Preis des Hofes weit unter dem wirklichen Wert angesetzt wird. In den meisten Gegenden herrscht sogar der Brauch, daß der Vater noch bei Lebzeiten den Hof an einen Sohn abtritt und sich selbst auf ein Nebengebäude — auf den „Altenteil" zurückzieht. Dieser Brauch ist besonders in der Schweiz vorherrschend, wo die Alten das sogenannte „Stöckli" beziehen. Im Emmenthal übernimmt regelmäßig der jüngste Sohn den Hof. Zugleich hat dieser Teil des Kantons Bern, welcher dessen mannhafteste Bewohner nährt, zuerst in größerm Maßstab ein zweites, und zwar freiwilliges Hülfsmittel zur Erhaltung des bäuerlichen Mittelstandes gefunden — die Genossenschaft. Durch die Errichtung der Käsereigenossenschaften sind auch die kleinsten Bauern in den Stand gesetzt worden, eine exportfähige Käseproduktion zu betreiben, wie wir an anderer Stelle näher ausführen. Gleichzeitig haben sie darin einen vorteilhaften Ersatz für den Getreidebau gefunden, der durch die ausländische Konkurrenz zum Untergang verurteilt war. Auch sind die Folgen der Güterzersplitterung durch die Pflege der Hausindustrieen gemildert worden.

So ruft das Bedürfnis verständiger Völkerschaften Gebräuche hervor, denen zuletzt die Gesetzgebung die Sanktion nicht versagen kann, umsoweniger, als eben das berechtigte Bedürfnis den Weg zu finden weiß, um auch entgegenstehende Gesetze zu umgehen.

Die auffallendsten Vorgänge finden wir in dieser Hinsicht in Nordamerika, und zwar nicht bloß in den englischen Kolonieen, sondern auch in den Vereinigten Staaten. Sehr früh durch Erfahrung und durch die europäische Tradition der Einwanderer zu der Überzeugung von der Wichtigkeit des mittlern Grundbesitzes und den Gefahren der Bodenzersplitterung gelangt, haben die Gesetzgeber der Vereinigten Staaten schon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts Vorsorge

getroffen, einen unabhängigen landwirtschaftlichen Mittelstand zu begründen. Die Bundesländereien wurden in Lose von 640 Acker (acre = 0,40½ ha) geteilt, von welchem je ein Viertel von 160 Acker verkauft und die übrigen 3 Viertel dem Ansiedler zu seiner Arrondirung noch längere Zeit offengelassen werden. In Kanada, insbesondere in dem neuen Weizen-Eldorado, in dem Staate Manitoba, erhält jeder unbescholtene englische Staatsbürger, wie oben erwähnt, 160 eventuell 320 Acker zum Geschenk. Noch mehr! Schon vom Jahre 1814 an wurde nach und nach in fast sämtlichen Staaten der Union in der Gestalt von Exemtions- und Heimstättegesetzen für die Landwirte und Ansiedler eine Art Fideikommiß geschaffen, um dieselben vor vollständiger Verarmung durch den Konkurs zu schützen. Den Anfang machte der Staat New-York, indem er 1814 ein Bankrottgesetz erließ, durch das Witwen und Waisen gegen die Folgen der vollständigen Freiheit der Verträge, deren Erfüllung von den Gerichten erzwungen wurden, geschützt werden sollten. Die Staaten Kentucky und Alabama folgten nach, und allmählich haben 35 unter den 38 Staaten der Union Gesetze angenommen, durch welche ein Hof von größerm und geringerm Umfang nebst Schiff und Geschirr und den unentbehrlichen Vieh- und Lebensmitteln auch im Konkurs dem Eigentümer durch die Exekution nicht entrissen werden kann. Der Umfang dieser Freistätte wechselt zwischen 40 und 160 Acker und nach dem Werte zwischen 500 und 5000 Dollars. In 20 Staaten sind auch die städtischen Immobilien im Werte von 300—5000 Dollars, je nach den einzelnen Staaten, von der Exekution frei. Auch in 35 Staaten ist sogar bewegliches Eigentum vor Beschlagnahme frei, und zwar hauptsächlich Werkzeuge, Möbel, Vieh und die notwendigsten Lebensmittel im Werte von 100—2000 Dollars, je nach den einzelnen Staaten. Diese merkwürdigen Gesetze wurden durch den Umstand ermöglicht, daß die größtenteils neuen Ansiedlungen noch nicht von Hypotheken belastet waren und daß überhaupt in Amerika, wo das englische Gewohnheitsrecht herrscht, ein Hypothekenwesen im Sinne des europäischen Kontinents nicht existirt. Auf der Tabula rasa des jungfräulichen Bodens Amerikas konnten diese radikalen Gesetze, welche die Zukunft des Mittelstandes Nordamerikas sichern, ohne seinem Kredit zu schaden, durchgeführt werden. In Europa wären sie angesichts der bestehenden verbrieften Verschuldung undurchführbar.

Es ist nämlich bei dieser Gelegenheit eine andere Erfahrung gemacht worden, welche von Wichtigkeit ist und die den in Europa gang und gäben Vorstellungen von den Bedingungen des Kredits vollkommen widersprechen. Die europäische Schule geht von der Ansicht aus, daß der Kredit am besten durch strenge Gesetze zu gunsten des Gläubigers befestigt und gehoben werde. In der Schweiz geht man oder ging man wenigstens bis vor kurzem in manchen Kantonen bis zur drakonischen Strenge, ja, bis zur rücksichtslosen Willkür. In einigen Urkantonen, z. B. in Unterwalden, wurde der in Konkurs Verfallende des Landes verwiesen, trotzdem er das Bürgerrecht besaß. Dieses grausame und gegen die Nachbarkantone rücksichtslose Verfahren mußte oft durch die Bundesregierung dadurch gemildert werden, daß sie solche Unglückliche in eidgenössischen Dienst nahm. Trotz dieser Härte sind es doch nicht die Urkantone, wo der Kredit am meisten blüht, sondern die industriellen Kantone, welche weit mildere Schuldgesetze besitzen, wo aber die Kapitalbildung leichter von statten geht. So ist auch gerade in Amerika trotz der Heimstättengesetze der persönliche Kredit viel größer als in irgend einem Teil von Europa.

Treten wir nach diesen Betrachtungen der Frage näher, ob die Herbeiführung der mittlern, normalen Wirtschaftseinheit der freien Bewegung des Grundeigentums überlassen werden oder ob zweckmäßigerweise die Hülfe der Gesetzgebung und der gesellschaftlichen Thätigkeit angerufen werden soll, so müssen wir uns für das letztere entscheiden. Selbstverständlich müssen es solche Maßregeln sein, welche die Kraft der bestehenden Verträge unangetastet lassen, die bestehenden Rechte so wenig als möglich einschränken und auch nur in solchen Ländern und Landesteilen eingeführt werden, wo die Volkssitte schon vorgearbeitet hat. Die Möglichkeit der Durchführung gesetzlicher Bestimmungen und der Begünstigung gesellschaftlicher Einrichtungen zu jenem Zweck hängt genau mit den Ursachen der Verschuldung zusammen.

In Hinsicht auf Mitteleuropa dürfen wir nicht verschweigen, daß ein großer Teil der Landwirte sich an der Börsenspekulation in den Jahren 1872—73 beteiligt hatte und daß überhaupt am Schlusse jeder großen Handelskrisis auch die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen zu werden pflegt. Es genügt, einen einzigen Grund hervorzuheben. In der Zeit der Überspekulation, wo die Preise und Löhne übermäßig in die Höhe getrieben werden, steigt auch der Preis der

Immobilien über das nach wirtschaftlichem Durchschnittsstand eines Landes oder einer Gegend gültige Normalmaß hinaus. Die Preise der Häuser und Bauplätze in den großen Städten pflegen in solchen Perioden zuweilen eine schwindelhafte Höhe zu erreichen, wie dies 1873 besonders in Berlin und Wien wahrzunehmen war. Wenn nach solchen Übertreibungen der unausbleibliche Rückschlag eintritt — und zwar um so stärker, je maßloser die Überspekulation gewesen war —, dann müßten zuletzt auch die Immobiliarwerte von dem Preisfall ergriffen werden und die Landwirtschaft natürlich die Folgen der Entwertung des Grundes und Bodens empfinden. Solche Zustände sind aber nicht von Dauer, sondern ihre Nachwehen verschwinden allmählich im natürlichen Verlauf der Wirtschaft.

Wir wollen nun aber einen Blick auf die allgemeinen, dauernden Ursachen der Verschuldung des Bauernstandes werfen.

Schulden der Landwirte rühren her:

1. von Erbteilungen und Auszahlungen an die Miterben;
2. von schlechten Ernten;
3. von außerordentlichen Unglücksfällen: Hagelschlag, Überschwemmung, Brand, Erdbeben, Viehseuchen, Krankheit gewisser Pflanzen u. s. w.;
4. vom Häuserbau, von Anlegung zu kostspieliger Wohnstätten;
5. von Anschaffung von Vieh;
6. von Ankauf von Grundstücken;
7. von Bodenmeliorationen;
8. von Mangel an Vorsicht und Sparsamkeit in guten Jahren, Indolenz gegen technische Verbesserungen;
9. von Sorglosigkeit, Verschwendung und unökonomischen Gewohnheiten, indem z. B. viele Bauern das Geld verstecken, statt es verzinslich auszuleihen;
10. von der Zudringlichkeit von Händlern und Geschäftsleuten, welche den Bauern entbehrliche Waren aufschwatzen und sie zu leichtsinnigem Kreditnehmen bereden;
11. von der Prozeßwut;
12. von der Vermehrung der Produktionskosten, vom Herabkommen der Wirtschaft infolge der Bodenzersplitterung und des Sinkens des Produktenpreises durch auswärtige Konkurrenten.

Diese Ursachen der Verschuldung der mittlern Landwirte und der Bauern lassen sich in folgende Kategorieen einteilen:

a. in Unfälle, welche unabwendbar sind;
b. in Ausgaben, welche zur Verbesserung der Wirtschaft dienen und folglich mit einer Hebung des Einkommens endigen;
c. in entbehrliche oder Luxusausgaben;
d. in unabwendbare Lasten oder Nachteile, zu deren Erleichterung indessen Mittel und Wege gefunden werden können.

Wir haben es hier nur mit den beiden letztern Kategorieen zu thun. Die eine derselben, die sorglosen Luxusausgaben, werden, wie es in der Natur des Menschen liegt, von der betreffenden Erwerbsklasse nur gar zu leicht genommen. Ein sehr in die Augen fallendes Beispiel gewährt in dieser Hinsicht der Bauernstand des Kantons Bern. Wenn der Reisende diesen größten Kanton der Schweiz durchwandert, so staunt er über die durchgängige Größe, Stattlichkeit und Neuheit der bäuerlichen Wohnhäuser und schließt daraus auf außerordentliche Wohlhabenheit. Bei näherer Erkundigung erfährt er, daß es gerade die Errichtung dieser schönen Gebäude war, welche nach dem Sturz der Patrizierherrschaft und der verbesserten Organisation des Hypothekenwesens epidemieartig um sich greifend die starke Verschuldung aller dieser schönen Bauernhöfe herbeigeführt hatte. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß die hohen Überschüsse einer mit Ende der 50er Jahre beginnenden Reihe fruchtbarer Ernten in vielen Teilen Deutschlands und Österreichs selten gespart, sondern sehr häufig in Üppigkeit verpraßt wurden. Überhaupt ist die Überhandnahme verschwenderischer Gewohnheiten sowohl unter dem Bauernstande wie unter den wenig bemittelten Erwerbsklassen keine geringere Ursache der Verarmung als die Prozeßwut und die Indolenz gegen technische Verbesserungen. Was die letztere Frage betrifft, so verweise ich auf eine frühere eingehende Arbeit*) und erlaube mir, hier wieder darauf aufmerksam zu machen, daß ein Hauptmittel gegen die Übel der Bodenzersplitterung auch in der Assoziation gefunden werden muß.

Nicht bloß technische, sondern auch finanzielle Vorteile sind in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Hülfe zu erreichen. Wir denken dabei weit weniger an Krediteinrichtungen, denen zum Teil viel zu großes Gewicht beigelegt wird, weil sie ein zweischneidiges Schwert sind und die kleinen Leute häufig zum leichtsinnigen Kreditnehmen, zu unproduktiven Ausgaben verleiten. Wir denken vielmehr an Genossenschaften zum

*) Die Krisis in der Landwirtschaft, bei Fr. A. Herbig in Berlin 1881.

Behuf gemeinsamer Bewässerungsanlagen und anderer Bodenmeliorationen, zu gemeinschaftlicher Anschaffung und zum Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen oder auch zur bessern Magazinirung und Verwertung der Früchte; denn die Genossenschaft einer Anzahl kleiner Bauern oder Winzer ist imstande, sich Betriebskapital und Betriebsmittel auf Kredit zu schaffen, welche jedem einzelnen versagt wären. Das eklatanteste Beispiel bieten in dieser Hinsicht die Winzergenossenschaften Würtembergs. Bekanntlich sind die kleinen Weingartenbesitzer wegen der aleatorischen Natur des Weinbaues ein Beute-Objekt der Spekulanten. Sie sind genötigt, aus Mangel an Betriebskapital ihre Traubenernte im Herbst oft schon auf dem Stock zu verkaufen und sie erlösen dadurch durchschnittlich 30 Prozent weniger, als wenn sie imstande wären, den neuen Wein einzukellern und günstige Marktkonjunkturen abzuwarten. Wegen des häufigen Eintritts einer Reihe von Fehljahren sind sie meist verschuldet, und wenn ein fruchtbares Jahr eintritt, dann sinkt wegen der vorhandenen Fülle des Ertrages der Preis in der Regel so bedeutend, daß ihnen nach gezahlten Schulden nicht viel übrig bleibt. Durch den Zusammenschluß zu einer Genossenschaft gewinnen die Winzer sofort den Vorteil des großen Weingutsbesitzers und Weinhändlers. Sie können sich durch die Gesamtbürgschaft das erforderliche Betriebskapital auf Kredit verschaffen, um mit Hülfe desselben Kellerräume zu mieten, Fässer und andere Gerätschaften zu kaufen, vermöge des Zusammenlegens der Ernte eine bessere Auswahl der Trauben zu treffen, marktfähigere Weine in großen Quantitäten zu erzielen und dieselben solange zu lagern, bis sie am günstigsten verkauft werden können. Da beim Preise des Weines auch der gute Ruf mit in Anschlag kommt und eine Genossenschaft solchen leichter erlangen kann, so läßt sich ohne Übertreibung behaupten, daß eine Winzergenossenschaft in Verbindung mit den obigen Vorteilen das Einkommen des vereinzelten unbemittelten Winzers verdoppeln kann. Zur Förderung dieser bisher sehr vernachlässigten und nur in wenigen Typen vorhandenen Seite des Genossenschaftswesens kann der Staat wenig mehr als durch Belehrung helfen!

Ein wirksameres technisches Eingreifen zur Verminderung des Übels der Bodenzersplitterung ist ihm durch die Aufmunterung der Hausindustrie vergönnt, in welcher Richtung, z. B. in Österreich durch die Einführung von Fachschulen, bereits erfreuliche Leistungen aufzuweisen sind.

Unter allen Ursachen der Bodenzersplitterung und der daraus hervorgehenden Verarmung und Verschuldung der kleinen Bauern ist als die permanenteste und stärkste die auf Grund des bürgerlichen Rechtes bestehende gleiche Erbteilung zu betrachten.

Da, wie wir oben gesehen haben, in vielen Ländern sowohl Brauch als Gewohnheitsrecht sich gegen diese nivellirende Tendenz sträuben, so ist die Untersuchung berechtigt, ob es nicht angezeigt wäre, das, was einmal, wenn auch nicht allgemein, Brauch ist, durch das Gesetz zu sanktioniren. Wir langen somit hier bei der Frage an, ob es ratsam wäre, daß das in einzelnen Staaten beziehungsweise Provinzen des deutschen Reiches, insbesondere in Westfalen und Hannover, wieder eingeführte Höferecht, durch welches für eine gewisse Kategorie von Bauernhöfen die Einrichtung von Anerben d. h. die Vererbung von Bauernhöfen auf einen Leibeserben unter mäßiger Entschädigung der Miterben sanktionirt wird, allgemein Platz greifen soll?

Zur Begründung dieser Frage werden u. a. folgende Gründe angeführt:

1. Der Staat hat sowohl im Interesse der Volkswirtschaft wie der Wehrkraft die Pflicht, mit allen gesetzlichen Mitteln auf die Erhaltung des Mittelstandes, insbesondere in der Landwirtschaft, hinzuwirken.

2. Durch die ungehinderte Wirkung der freien Erbteilung des Grundeigentums wird der Boden mit der Zeit so zersplittert, daß dessen Fruchtbarkeit sich vermindert und der Bauernstand zum Proletariat herabsinkt.

3. Steht dieser permanenten Erbteilung auch als Hauptbindernis die Zusammenlegung infolge des freien Verkehrs in Bodenwerten entgegen, und hält sie jene Bewegung auf, so hat der fortwährende Besitzwechsel permanente wirtschaftliche Nachteile und Verluste im Gefolge, weil der zersplitterte Besitz mehr Betriebskosten verursacht und weil der ältere Eigentümer in der Regel die Bewirtschaftung seines Gutes infolge der langen Erfahrungen besser versteht als der neue. Denn die Fälle, in welchen ein tüchtiger Landwirt und Unternehmer Grundstücke aufkauft, zusammenlegt und zu höherm Ertrage führt, sind doch unter die Ausnahmen zu zählen.

4. Dem Anerbenrecht steht allerdings das dem Naturrecht entnommene Prinzip der neuen bürgerlichen Gesetzgebung entgegen, nach welchem die Intestatleibeserben gleiche Teile erhalten sollen! Allein dagegen ist zu erinnern, daß dieses Prinzip auf die Dauer gegenstandslos werden würde, wenn die Bodenzersplitterung nicht durch Auswanderung und Zusammenlegung aufgehalten und ihre Folgen durch Assoziation, Gartenbau, Hausindustrie u. dergl. gemildert würden.

5. Die Miterben haben im ganzen und großen keinen Nachteil von der Ausführung des Anerbenrechts, weil ohne dasselbe bei fortgesetzter Erbteilung nach einigen Generationen auch bei gleicher Erbteilung nicht mehr auf sie fiele, weil sie dagegen, während sie bei gleicher Erbteilung für die Zukunft auf sich selbst angewiesen sind, vom Hofe doch die Mittel erhalten, um sich einen selbständigen Erwerb zu schaffen und im Fall der Not am Hofe, dessen Erhaltung zur Festigung der Familienbande beiträgt, eine Zuflucht finden.

6. Die Hauptvorteile einer gesetzlichen Regelung des in so vielen Gegenden herrschenden Brauches des Übergangs des Bauernhofs an einen Leibeserben, sei es, daß dies geschieht

a. durch Übergabe des Hofes an den ältesten oder jüngsten Sohn bei Lebzeiten des Vaters, der sich auf den „Altenteil“ zurückzieht, sei es
b. durch letztwillige Verfügung oder
c. durch freiwillige Übereinkunft der Leibeserben auf Grund der Landessitte durch die Einführung des Anerberechtes,

bestehen außer den bereits angeführten in folgenden:

1. Eine durch das Bedürfnis in vielen Gegenden von selbst entstandene Einrichtung erhält im natürlichen Verlauf der Entwicklung die Sanktion der Gesetzgebung und wird dadurch Gemeingut.

2. Durch das Gesetz werden die Bedingungen der Spezialerbfolge allgemeinere und zweckentsprechendere, indem einesteils unter anderm durch die stärkere Bevorzugung des Anerben sowie durch die eventuelle ratenweise Auszahlung der Miterben der Fortbestand des Hofes besser gesichert wird.

3. Durch die allmähliche Auszahlung der Miterben werden die Hofbesitzer gleichzeitig zu einer guten Wirtschaft und sparsamen Haushaltung aufgemuntert.

4. Den Miterben können in den Gegenden, wo die Erwerbsgelegenheit fehlt, wo nur die Auswanderung als Zuflucht für die überschüssigen Arbeitskräfte bleibt, die Mittel zu diesem Zweck eben-

sogut vom Anerben gewährt werden, als wenn sie ihren zertrümmerten Besitz verkaufen, denn Auswanderer pflegen in dieser Hinsicht stark übervorteilt zu werden.

5. Streitigkeiten zwischen den Geschwistern und Miterben wird vorgebeugt.

6. Durch die Stärkung des bäuerlichen Mittelstandes wird das staatserhaltende Prinzip des unabhängigen Bürgertums gestärkt, die Wehrkraft gekräftigt und dem Fideikommiß-Adel ein wertvolles Gegengewicht geschaffen.

7. Wenn diese bäuerliche Erbfolge nach der Analogie der deutschen Höferechte überdies nur fakultativ errichtet wird, indem es den Eigentümern freigestellt ist, sich in die Höferolle eintragen zu lassen oder nicht, und wenn nach jenen weder der freien Bewegung des Bodens bei Lebzeiten des Eigentümers noch dem Rechte der Gläubiger zu nahe getreten wird, da ja von einer Einführung des amerikanischen Heimstättenrechtes bei der in Europa bestehenden Hypothekenbelastung keine Rede sein kann, so ist bei einer solchen Einrichtung eine Beeinträchtigung von Volksrechten nicht zu befürchten. Hingegen wo wegen der Nähe des Marktes der Gartenbau sich lohnt oder wo die Landwirtschaft durch eine blühende Hausindustrie geschützt wird, wo also die Nachteile der Bodenzersplitterung durch andere Vorteile wieder aufgewogen werden, da bewährt sich die Gerechtigkeit der fakultativen Wirkung eines solchen Gesetzes, weil die Eigentümer nicht gezwungen sind, sich in die Höferolle eintragen zu lassen.

Ein beachtenswerteres Mittel ist eine neuerdings von der preußischen Regierung in Vorschlag gebrachte, nach der Analogie des mittelalterlichen Gültenkaufs organisirte Einrichtung — die der Rentengüter, bei welchen kein Kaufpreis erlegt zu werden braucht und das Kapital allmählich mit den Zinsen amortisirt wird.

Seitdem das Lob des Mittelstandes durch Aristoteles in Beziehung auf den Ackerbau im Thünenschen Gesetze seine Kodifikation gefunden, haben in allen zivilisirten Ländern Staatsmänner und Gesetzgeber die geeigneten Mittel aufzufinden gesucht, um die mittlere Größe der Landgüter aufrecht zu erhalten und anzustreben. Sämtliche Mittel und Wege, welche dazu eingeschlagen wurden, haben aber mit Schwierigkeiten zu kämpfen, welche den gewünschten allgemeinen Normalzustand verhindern. Nur so viel kann aus der Erfahrung in Großbritannien,

Italien und Mecklenburg nachgewiesen werden, daß das größte Übel die Latifundienwirtschaft und daß die freie Beweglichkeit des Grundes und Bodens mit den geringsten Mißständen verknüpft ist. Man hat oft die Furcht gehegt, daß bei der freien Teilbarkeit des Bodens eine permanente Zerstücklung desselben vor sich geht, durch welche die Bewirtschaftung verteuert wird, allein ihr zur Seite steht eine ebenso mächtige Zusammenlegung zerstreuter kleiner Grundstücke zu wirtschaftlich arrondirten Komplexen, wie wir dies sogar in Frankreich sehen, wo die freie Beweglichkeit des Grundes und Bodens am meisten ins Fleisch und Blut der Bevölkerung übergegangen ist. An diesen flüchtigen Hinweis anknüpfend, machen wir auf eine Charaktereigentümlichkeit des Landvolkes, namentlich des deutschen Bauers, aufmerksam, welche dieses von dem rationellen Landwirt unterscheidet, daß es nämlich seine Ersparnisse lieber extensiv in der Vermehrung seines Grundbesitzes anlegt, als intensiv in Meliorationsmitteln, obgleich letztere bekanntlich den Ertrag viel mehr steigern. Durch diesen Charakterzug werden zwei Übelstände hervorgebracht, welche den europäischen Landwirt namentlich der überseeischen Konkurrenz gegenüber in Nachteil bringen: ein höherer Preis des Grundeigentums und trotzdem eine geringere Ausnützung desselben. Der große Vorteil der neuen Ansiedlungen Nordamerikas besteht gerade in diesem Punkte mehr als in der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens, welche mit wenigen Ausnahmen nach einer kurzen Reihe von Jahren erschöpft zu sein pflegt. Die Ansiedler des Westens von Nordamerika genießen den Vorteil, daß sie unbebaute Bundesländereien zu einem Dollar per Acker und Eisenbahnland zu 2 bis 4 Dollars erhalten können und daß sie in Kanada sogar einen arrondirten Landkomplex von 160 Acker umsonst erhalten unter der Bedingung, daß sie innerhalb einer bestimmten Frist eine mäßige Strecke Landes in Ackerfeld umgewandelt und eine größere beforstet haben. Dort kann daher der Ansiedler den größten Teil seines Kapitals zu Betriebs- und Meliorationsmitteln verwenden und so allmählich seinen Boden in ergiebigen Stand setzen, ohne zu Anlehen seine Zuflucht zu nehmen, die sich überdies bei Neu-Ansiedlungen von selbst verbieten. Auch ein unbemittelter Einwanderer, der sich teils zum Lebenserwerb, teils zur Erlernung der Sprache und Sitten des Landes für eine Reihe von Jahren in den Dienst anderer begeben muß, kann in dieser Frist so viel ersparen und Erfahrungen sammeln,

daß er imstande ist, eine selbständige Ansiedlung zu gründen. Dort bietet auch die Agrarfrage keine Schwierigkeit, weil die Höfe nicht unter den Kindern verteilt zu werden brauchen, sondern, solange noch Millionen Acker von freien Bundesländereien zur Verfügung sind, nur ein Sohn die Farm erhält, die andern aber sich neue Ansiedlungen gründen. In Europa ist dies anders. Da besteht je nach der Gesetzgebung entweder volle Freiheit oder Geschlossenheit des Grundeigentums. Bei dem letztern Zustande, in welchem sich auch einige Gegenden in Ländern, wo die Teilbarkeit herrscht, durch althergebrachte Sitte befinden, z. B. das Emmenthal in der Schweiz, und wo der älteste oder der jüngste Sohn den Hof erbt und seine Geschwister abfindet, ist der Eigentümer genötigt, seine Betriebsmittel zu schmälern und den Hof mit Hypothekarschulden zu belasten, um seiner Pflicht Genüge zu leisten. Der Anteil der Geschwister ist aber selten so groß, um sie zu befähigen, sich als selbständige Bauern in der Heimat niederzulassen. In den Gegenden der freien Teilbarkeit, wo die Höfe zerschlagen werden können die Kinder entweder durch Pflege der Gärtnerei und Obstzucht oder durch Zuhülfenahme von Hausindustrie sowie durch Taglohn das für den Lebensbedarf unzureichende Einkommen aus dem Grundbesitz ergänzen. In der zweiten und dritten Generation aber wird der Grundbesitz nur noch als Nebensache betrachtet werden und durch den Ausverkauf wieder die Zusammenlegung beginnen.

Von solchen Beobachtungen ausgehend hat der preußische Minister für Landwirtschaft dem Landes-Ökonomie-Kollegium, welches seit langer Zeit auch hinsichtlich der Bodenmeliorationen eine sehr nützliche Rolle gespielt hat, eine Vorlage gemacht, welche die Begründung kleiner landwirtschaftlicher Besitzungen zu erleichtern bestimmt ist, in der Weise, daß keine Kapitalzahlung eines Kaufpreises erforderlich sei, sondern diese einschließlich der Zinsen in der vertragsmäßig zugesicherten Zahlung einer Rente bestehen soll. Das Landes-Ökonomie-Kollegium hat den Vorschlägen des Ministers in der Hauptsache zugestimmt und es ist nun die Frage entstanden, ob und wie weit die bestehende Gesetzgebung dieser neuen Form des Grundeigentums im Wege steht. Nun findet sich allerdings im §. 91 des Gesetzes über die Ablösung der Reallasten vom 2. März 1850 das Verbot, Grundeigentum unter Vorbehalt unablösbarer fester Geldrenten zu veräußern oder einen höhern Ablösungsbetrag als den fünfundzwanzigfachen der Rente ver-

tragsmäßig festzusetzen. Dieses Gesetz stand schon frühern Bemühungen im Wege. Angesichts der wachsenden Auswanderung nach Amerika hatte die preußische Regierung schon vor längerer Zeit den Versuch gemacht, durch Zerschlagung von Domänen neue bäuerliche Anwesen zu gründen; allein der Versuch scheiterte an dem Umstande, daß die Kapitalanzahlungen die Mittel der Käufer erschöpften, so daß ihnen nicht Geld genug zum Betrieb übrig blieb. Durch die Gründung von Rentengütern soll dieser Übelstand beseitigt werden. Zu diesem Behuf müßte aber das in dem genannten Gesetz enthaltene Verbot aufgehoben werden. Bei der Überlassung eines Rentengutes müßte das volle Eigentum mit einigen nachgenannten Beschränkungen übertragen werden. Dieselben sind im wesentlichen in der Denkschrift des Ministers aufgeführt. Das Rentengut müßte unteilbar sein, weil der rentenberechtigte Verkäufer sich schwerlich zum Verkauf entschließen wird, wenn er Gefahr läuft, daß er es nachträglich durch Veräußerung statt mit einem mit vielen Rentenzahlern zu thun hat und den Zins bei zehn oder mehrern Personen einzutreiben hätte. Einem Rentengute dürften keine ständigen Gefälle und Reallasten auferlegt sein. Die Vertragsfreiheit müßte garantirt sein in der Art, daß auch die Ablösbarkeit der Rente festgesetzt werden kann, wobei auch die Kündigungsfrist und der Ablösungsvertrag der vertragsmäßigen Abmachung überlassen bleibt. Ist eine vertragsmäßige Bestimmung über die Ablösbarkeit der Rente nicht getroffen, so gilt dieselbe für unablösbar, natürlich innerhalb der im Kaufvertrage festgestellten Frist, für welche der Rentenkauf überhaupt festgesetzt ist.

Die Möglichkeit der Gründung von Rentengütern wäre nicht bloß zur Bildung und Erhaltung von mittlern Bauernhöfen dienlich, sondern auch zur Beteilung von Pflanzland durch größere Grundbesitzer an Tagelöhner, welche sie an ihre Gutskomplexe zu fesseln versuchen. Die ausgedehnten Moor- und Heideländereien im nordwestlichen Preußen sowie die ausgedehnten Domänen im Nordosten würden ein ungeheures Areal zur Kolonisation mit Hülfe der neuen Einrichtung darbieten. Insbesondere da, wo große Meliorationsauslagen zu machen sind, wie die Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen, die Bewirtschaftung von Torfmooren, die Urbarmachung wüster Ländereien, kurz, die Schaffung von Verbesserungen, welche sich erst in einer langen Reihe von Jahren bezahlen, würde die Ausführung mit Hülfe dieser neuen Form auch

den weniger bemittelten fleißigen Manne möglich werden. Oft kann auch durch Zeitpacht auf lange Dauer ein solcher Zweck erreicht werden, allein nicht immer, denn dem Pächter fehlt der Realkredit, welchen das Eigentum gewährt.

Die Einführung dieser neuen Art der Eigentumserwerbung dürfte auch in Österreich-Ungarn die Agrarfrage in weit organischerer Weise fördern, als die beabsichtigte Einführung des Anerbenrechts. Dieses besteht zwar in Hannover, und doch gerade von Hannover aus ist, und zwar vom langjährigen General-Sekretär des vormaligen hannoverschen Ministeriums des Innern, Dr. Bening, schon vor mehr als dreißig Jahren die erste Idee zur Gründung von Rentengütern ausgegangen. Sowohl in Ungarn als in Galizien und der Bukowina hätten Staat wie Großgrundbesitzer ein offenbares Interesse, zu einer solchen Institution die Hand zu bieten.

Mit Ausnahme Hannovers und Baierns, in welchem letztern das neuerdings eingeführte Anerbenrecht keinen Anklang fand, ist in der neuern Gesetzgebung Europas bis jetzt die Frage, ob der Normalumfang arrondirter Höfe durch den Staat begünstigt werden, ob Geschlossenheit der Güter herrschen solle, verneinend beantwortet worden. In Großbritannien hat sich der Latifundienbesitz wohl auch nur neben dem Bestand ausgedehnter, in gemäßigtem Klima liegender Kolonieen behaupten können. Da in Großbritannien kein eigentlicher Bauernstand existirt, so löste sich das Landvolk leichter von der Scholle und erwarb in Amerika und Australien fast meistens Grundeigentum in Gemeinwesen, wo es seine eigne Sprache, seine Institutionen, Rechte, Gewohnheiten und Sitten wiederfand und noch findet. Der Deutsche, welcher auswandert, muß im fremden Staatswesen untergehen, denn die neu erworbenen eigenen Kolonieen eignen sich nicht zu eigentlichen Ansiedlungen von deutschen Landwirten, sondern nur zur Plantagenwirtschaft.

Die deutschen Auswanderer, welche sich als Landbauer in Amerika ansiedeln, gehen dem Mutterlande weit mehr verloren als die englischen. Diese bethätigen sich in einem englischen Staatswesen, während Deutsche, um nicht politisch mundtot zu werden, die englische Staatssprache sich aneignen müssen. Sie gehen im fremden Staatswesen unter und machen, nachdem sie dem Mutterlande ihre Arbeit und ihr Kapital entzogen, auch noch ihren Brüdern im Mutterlande empfind-

liche Konkurrenz. Für Deutschland und Österreich-Ungarn muß deshalb die Agrarpolitik dahin gerichtet sein, die ländliche Bevölkerung in der Liebe zu ihrem Lande zu bestärken. Deshalb ist eine strenge gesetzliche Geschlossenheit der Güter nicht ratsam. Die freie Bewegung des Grundeigentums sollte nicht angetastet werden. Nur insofern kann eine Modifikation gestattet sein, daß das Streben der Familienväter in der Erhaltung mittlerer Normalhöfe begünstigt wird. Außer der Einführung des fakultativen Anerbenrechts könnte dies in solcher Art geschehen, daß Differentialtaxen eingeführt und von Erbschaften und Verkäufen bei Zerschlagung der Höfe höhere Auflagen der Eigentumsübertragung eingehoben werden, als wenn der arrondirte Besitz zusammenbleibt, höhere Übertragungsgebühren beim Zerschlagen der Güter als bei Käufen behufs der Zusammenlegung zerstreut liegender Grundstücke.

Die Agrarfrage umfaßt noch eine Menge anderer Verhältnisse, welche die Rentabilität des Landbaues bedingen. Ein zweiter Punkt ist der Preis der Grundstücke, ein dritter der Hypotheken- und Personalkredit, ein vierter die rationelle Wirtschaft mit Anwendung der richtigen Kulturarten und Methoden, der Drainirung, künstlichen Düngung, der richtigen Wahl und Abwechselung der Kulturarten, des Gebrauchs landwirtschaftlicher Maschinen u. s. w.

Es würde den uns gesetzten Umfang überschreiten, wollten wir hier auch die Frage untersuchen, wie weit die europäische Landwirtschaft durch die überseeische Konkurrenz gefährdet werden kann. Wir verweisen deshalb auf unsere Spezialarbeit.*)

Eine der Hauptursachen, welche den überseeischen Landwirten ein Übergewicht verleiht, ist der geringe Preis des jungfräulichen Bodens der Kolonieen, während der Wert des Grundes in Europa im Verhältnis zur Ausdehnung der Eisenbahnen und zu der Tendenz, die inländischen Produzenten durch Zölle und hohe Eisenbahntarife zu schützen, den Preis des Bodens künstlich steigert und die Landwirte noch mehr von der Möglichkeit der Konkurrenz entfernt.

Ein anderer Umstand, welcher die mitteleuropäischen Landwirte in Nachteil bringt, ist die Vernachlässigung der Binnenwasserstraßen,

*) Die Krisis in der Landwirtschaft, von Max Wirth, Berlin bei F. A. Herbig 1882.

welche für die Beförderung von landwirtschaftlichen Massenprodukten fast unentbehrlich sind.

Ein dritter Punkt ist die Reform des ländlichen Personal- und Hypothekarkredits. Derselbe liegt namentlich in den östlichen Staaten Europas noch sehr im argen.

Nach vielen Experimenten, mannigfachen, nicht selten auch bittern Erfahrungen während Geschäftsstockungen, Kriien und politischen Unruhen, nach mancherlei Gesetzesrevisionen hat sich in den Staaten des Abendlandes in Beziehung auf das Notenbankwesen allmählich eine gewisse Praxis herausentwickelt, bei der unter verschiedenen Formen dennoch die Idee des Vorteils der Zentralisation der Banknote zum Durchbruch gekommen ist. Andererseits hat sich das Diskonto- und Depositenbankwesen bis zu den Volksbanken herab ziemlich leidlich entwickelt. Am wenigsten Fortschritte weist noch das Hypothekenbankwesen auf, welches, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Preußen zuerst in Gestalt von Genossenschaften ins Leben geführt, befriedigende Nachahmung gefunden hat. So sind auch in Frankreich, Rußland, Österreich-Ungarn, Italien und in der Schweiz Hypothekenbanken gegründet worden, allein manche Mißbräuche, die ihnen anhaften, verhindern die an sich wohlthätigen Institute, ihre ganze Thätigkeit zu entfalten. Wir wollen diese Mängel an einem Beispiel des uns zunächstliegenden Staates erläutern. Vergleichen wir die Rechnungsausweise der deutschen, schweizerischen, österreichischen und ungarischen Hypothekenbanken sowie des Crédit Foncier in Frankreich, so finden wir, daß die deutschen und schweizerischen Institute sich in der Regel mit einer Dividende von 5 Prozent begnügen, während die österreichischen und ungarischen Hypothekenbanken und Sparkassen 13—15 Prozent Dividende verteilen. Während hingegen die deutschen Hypothekenbanken Darlehen zu 5 Prozent unter Barzahlung gewähren, der Crédit Foncier diesen Zinssatz nur vorübergehend auf 5,6 Prozent erhöht hatte, gewährt z. B. die Österreich-Ungarische Bank zu $5^1/_2$—6 Prozent gewährte Darlehen nur in Gestalt von Pfandbriefen, welche sie für Rechnung des Schuldners an der Börse veräußert, wodurch diesem der Verlust für Provision und Kourtage sowie am Nominalwert zur Last fällt. Die andern österreichischen und ungarischen Hypothekenbanken gewähren zwar ihre Darlehen zu 5—6 Prozent gegen bar, allein sie lassen sich neben der Vorausbezahlung der Zinsen auch ein

einmalige Gebühr von wenigstens 5 Prozent entrichten. Die ungarischen Sparkassen gehen aber noch weiter und verlangen neben Zinsen, die je nach dem Komitat zwischen 5 und 8 Prozent wechseln, auch noch ebenso hohe einmalige Gebühren. Sind schon so hohe Zinsen nach dem heutigen Stande des internationalen Geldmarktes bei Darlehen, für welche doppelte und dreifache Hypothek bestellt wird, nicht gerechtfertigt, so sind die Gebühren aber geradezu ein Unfug. Während die Institute durch jene hohen Dividenden ihre Aktionäre über Gebühr bereichern, werden die kreditbedürftigen Grundeigentümer dem Ruin entgegengeführt, denn dieselben können angesichts der überseeischen Konkurrenz und der hohen Grundsteuer diese hohen Lasten auf die Dauer nicht ertragen. Man bedenke nur, daß ein Grundeigentümer, der ein Hypotheken-Darlehn von 10 000 ℳ zu 5 Prozent mit 5 Prozent einmaliger Gebühr abschließt, bei der Auszahlung des Darlehns für die einjährigen, im voraus zu zahlenden Zinsen und für die Gebühren 1000 ℳ abgezogen erhält und nur 9000 ℳ bezieht. In welchem Nachteil steht er da gegen seinesgleichen in andern Ländern, der keine Gebühren und die Zinsen erst postnumerando zu zahlen hat. Wie soll ein ungarischer Bauer, der an einer Sparkasse im gleichen Fall 1600 ℳ Abzug sich gefallen lassen muß und dann je nach Ablauf jeden Jahres 800 ℳ Zinsen zu zahlen hat, auf einen grünen Zweig kommen? Die Bäuern bedienen sich der noch teurern ungarischen Sparkassen nur darum, weil die Hypothekenbanken ihren Kredit an zu viele erschwerende Bedingungen und Formalitäten knüpfen, welche ihnen bei den Sparkassen erlassen werden. Mit einer ängstlichern Klassifikation des Unterpfandes hat diese Verschiedenheit der Kreditbedingungen nichts zu thun, denn der Wert der Unterpfänder wird in der Regel nach den sehr niedrigen Kaufpreisen bemessen und dabei z. B. Weingärten gar nicht als Unterpfänder angenommen, und zwar schon zu einer Zeit, wo die Gefahr der Phylloxera noch nicht vorhanden war. Wenn diese Lage des Hypothekenkredits schon in Ungarn, wo das öffentliche Grundbuchwesen gut geordnet, und in denjenigen Kronländern Österreichs, von welchen das gleiche gilt, in mißlichem Zustande sich befindet, so herrscht aber geradezu eine öffentliche Kalamität in Kronländern wie in Tirol, wo öffentliche Grundbücher nicht bestehen und zuweilen bei verpfändeten Grundstücken eine solche Verwirrung herrscht, daß zur Erlangung eines gültigen Kaufbriefes eine gerichtliche

Zwangsversteigerung angerufen werden muß. Den Wiener Hypothekenbanken ist es statutarisch verboten, in Kronländern Darlehen zu gewähren, wo keine geordnete öffentliche Grundbucheinrichtung besteht, und da alle Versuche, die Gesetzgebung in Tirol entsprechend zu ändern, an dem Widerstande der herrschenden klerikalen Partei gescheitert sind, welche die bäuerlichen Grundeigentümer in Abhängigkeit erhalten will, so sind die Kreditsuchenden auf Privatkapitalisten oder auf die Sparkassen angewiesen. Für Südtirol bedeutet das geradezu den Ruin, denn die Innsbrucker Sparkasse, bei welcher sich die meisten Einlagen konzentriren, gewährt nach ihrer authentischen Erklärung prinzipiell keine Darlehen nach der südlichen Hälfte dieses Kronlandes, wenn sie auch 6 Prozent Zinsen genießen sollte, während sie Darlehen zu 5 Prozent sogar nach Böhmen bewilligt. Unter solchen Umständen sind die Grundeigentümer namentlich des welschen Teiles von Südtirol außerstande, ihre Grundstücke nach dem wechselnden Bedarf der Zeit zu bebauen, und die meisten derselben selbst an den von Überschwemmungen freien Gehängen des Etschthales sind trotz ihres fruchtbaren Bodens und eines paradiesischen Klimas passiv. Was dieses Land zu leisten vermag, das zeigt die Ackerbauschule und Musteranstalt zu St. Michele an der Etsch, wo auf 17 Hektaren Kulturland jahraus jahrein durchschnittlich 1000 Hektoliter vortrefflicher Wein neben köstlichem Obst gewonnen wird, während in den an den Hügeln längs der Etsch gelegenen, meist in Zwergpacht bewirtschafteten Strecken die Kultur aus Mangel an Kapital auf den Aussterbe-Etat gesetzt ist. Die erste Ursache des hereinbrechenden Ruins war bei dem Umstande, daß im untern Etschthal das Hauptgewicht auf die Seidenkultur gelegt wurde, die vor dreißig Jahren hier eingebrochene Krankheit des Seidenwurms. Durch diese sowohl wie durch die seit Eröffnung des Sueskanals vermehrte Konkurrenz Chinas und Japans ist die Seidenzucht uneinträglich geworden und die Maulbeerbäume stellen nur noch ein großes Unkraut dar, welches den Boden vollständig aussaugt, so daß den andern Pflanzen keine Nahrung mehr bleibt. So geht es den unter den Maulbeerbäumen in Zwischenräumen von 4 Metern gesetzten Reben, welche nur mehr einen so geringen quantitativen Ertrag liefern, daß es die Kosten nicht lohnt; und doch wächst gerade im Etschthal ein köstlicher Rotwein, welcher das Produkt bei Bozen und Meran bei weitem an Güte übertrifft. Kurz, das Etschthal gleicht einem zutage liegenden Goldberg-

werk, welches aus Mangel an Betriebskapital verlassen ist. Leider verstehen die Engländer und Belgier nichts vom Weinbau, sonst könnte ihnen bei ihrer fortwährenden Durchsuchung unseres Kontinents nach vorteilhaften Anlagen ihrer müßigen Kapitalien diese Gelegenheit zur Vermehrung ihrer Reichtümer nicht entgehen. Alle diese heute passiven Grundstücke liefern, wenn sie nach rheinischer oder französischer Methode als echte Weingärten neu angelegt würden, schon nach vier Jahren einen Ertrag, durch den das Anlagekapital reichlich verzinst und in kurzer Zeit ganz getilgt wird, zumal Südtirol heute noch von der Reblaus verschont ist und wegen seines eisenhaltigen Bodens vielleicht ganz verschont bleiben wird. In dieser Hinsicht ist Ungarn in noch üblerer Lage, weil die Reblaus dort wegen der Art der Erneuerung der Weingärten durch Vergrubung, wobei die Wurzeln nur 3—6 Zoll tief gehen, noch viel schneller um sich greift als in Frankreich, und weil, wie oben bemerkt, die Hypothekenbanken überhaupt auf Weingärten kein Darlehen geben. Der Weinbau Ungarns ist dadurch in große Gefahr gebracht. Bis jetzt gibt es kein anderes bewährtes Mittel gegen die Zerstörungen der Reblaus als das Pflanzen von wilden amerikanischen Reben, auf welche europäische Reiser gepfropft werden. Dieses Mittel bedingt die sofortige Neuanlage der Weingärten, welche große Auslagen erfordert. Mittels dieser Neuanlage werden die Weinberge ergiebiger als zuvor, weil die amerikanischen wilden Reben viel tiefere und ausgebreitetere Wurzeln treiben. Den meisten Grundeigentümern aber fehlt das nötige Kapital. Das einzige Mittel, dem Ruin zu steuern, besteht daher in der Errichtung von Kulturbanken oder einer zentralisirten Kulturbank, welche unter besondern Begünstigungen oder einer besondern Staatsgarantie die Umwandlung der Reblande selbst in die Hand nimmt. Wir würden uns die Prozedur so denken, daß die Kulturbank das Werk mit ihren eignen Ingenieuren durchführt, weil sie dadurch des Erfolges sicher ist, auch die erforderlichen Gärtner und Leute besser eingeschult werden, wenn sie ständig in derselben Hantirung beschäftigt sind. Die Kulturbank behält das volle Pfandrecht über das Grundstück, bis sie mit Kapital und Zins in angemessenen Annuitäten volle Entschädigung für ihre Auslagen und Bemühungen erlangt hat; — oder die Kulturgesellschaft kauft die Weingärten, richtet sie her und verkauft sie wieder, wobei dem vorherigen Eigentümer das Vorkaufsrecht zusteht. Bedient sich eine solche

Gesellschaft tüchtiger rheinischer oder südfranzösischer Weintechniker, dann könnten glänzende Geschäfte gemacht werden; denn nach den Resultaten, welche heute nur die größern Grundherren und einzelne hervorragende Weinbauer erzielen, ist der Weinbau Ungarns quantitativ und qualitativ noch eines bedeutenden Fortschritts fähig. Das beweisen sein echter Tokayer Ausbruch, seine Siebenbürgener Rieslinge und seine Meneser Rotweine.

Das wirtschaftliche Gleichgewicht im Ackerbau.

Um die Bedingungen des Gleichgewichts zwischen Konsumtion und Produktion näher festzustellen, müssen wir die Hindernisse untersuchen, welche der normalen Entwicklung der einen wie der andern sich entgegenstellen können. Im allgemeinen betrachtet kann das Gleichgewicht sowohl durch die Überproduktion als durch unzureichende Gütererzeugung, durch Übermaß, wie Knappheit der Konsumtion gestört werden! Um indessen einen klaren Einblick in die Ursachen solcher generellen Erscheinungen zu erlangen, müssen die einzelnen Produktionszweige geprüft d. h. Landwirtschaft, Bergbau und Hüttenwesen, Groß- und Kleinindustrie, Handel, Transport- und Verkehrswesen sowie die damit in Verbindung stehende Gesetzgebung untersucht werden.

Betrachten wir zunächst die Bodenproduktion, so hängt ihr Ertrag in erster Linie von den Bedingungen der Natur ab, erst in zweiter Linie kann der Verstand des Menschen die guten Einflüsse der Natur steigern oder deren üble Wirkungen abschwächen und mildern. Überproduktion erfolgt in erster Linie durch außerordentlich fruchtbare Jahre und Mangel infolge von Mißernten. Die Wirkung von fruchtbaren Jahren, ein nachteiliges Fallen der Preise kann im zivilisirten Staate gemildert werden durch entsprechenden Kapitalreichtum, indem die überschüssigen Früchte in andere Gegenstände von länger haltbarer Gestalt verwandelt werden, so daß sie bis zu weniger fruchtbaren Jahren vorhalten, während bei armen und halbbarbarischen Völkern Ernte-Überschüsse zugrunde gehen. Dieser wichtige Prozeß wird am besten durch ein Beispiel klar gemacht. Ein Überschuß an Kartoffeln, welcher weder durch Konsumtion im Inlande noch durch

Ausfuhr untergebracht werden kann, wird in der Gestalt von Spiritus, Stärke oder Zucker aufbewahrbar für eine Reihe von Jahren, so daß der Vorrat an diesen Artikeln nicht ausgeht, wenn in den darauf folgenden Jahren eine Mißernte eintritt und diese Erzeugnisse wegen der Höhe der Preise nicht produzirt werden können. Gleichzeitig wird diese Frucht auch in Gestalt von Vieh für mehrere Jahre erhalten, da mit den Spiritusbrennereien Mastanstalten verknüpft sind, welche die übrigbleibende Schlämpe verfüttern. Ein armes oder barbarisches Volk, welches diesen landwirtschaftlichen Industriezweig nicht versteht oder nicht das nötige Kapital zu den erforderlichen technischen Einrichtungen und zur Aufspeicherung dieses Produkts besitzt, erleidet einen großen Verlust. Ähnlich steht es mit dem Getreide. Ein noch belehrenderes Beispiel wäre in dieser Richtung der Wein, bei welchem die Folgen der Überproduktion bei genügendem Kapitalvorrat gänzlich abgewendet werden können, weil er jahrzehntelang ohne Schaden aufbewahrt werden kann. In Ungarn und Italien kam es in fruchtbaren Jahren nicht selten vor, daß alter Wein weggeschüttet wurde, um den besseren neuen zu fassen, weil das nötige Geschirr mangelte. Am Rhein setzte man früher in solchen Fällen den Preis des geringen Weines auf 20, ja, auf 10 Pfennig per Liter herunter, um die Trinklust der großen Menge anzueifern und die Fässer zu leeren. In Südfrankreich war es vor der Reblauszeit nach sogenannten vollen Ernten, wo es soviel Trauben gibt, als der Weinstock überhaupt zu tragen vermag, in manchen Gegenden Sitte, den Wein in Wirtshäusern und bei Selbstbauern nach der Stunde Trinkzeit zu verkaufen. Wer 5 Centimen per Stunde zahlte, konnte trinken, soviel er wollte. Mir ist ein verschuldeter toskanischer Graf bekannt, welcher alle Jahrgänge seiner ältern Weine ablaufen ließ, weil die Lese von 1868 einen quantitativ ebenso großen und qualitativ bessern Ertrag gab, und der Graf keine neue Fässer kaufen konnte. Diese Vorfälle zeigen den wirtschaftlichen Vorteil der Kapitalansammlung, weshalb der Weinbau sich nur in starken Händen befinden sollte. Der Mangel an Kapital zwingt die kleinen Weinbauern, ihr Produkt schon im Herbst zu verkaufen, wo es nur halb soviel wert ist als bei vollendeter Reife, und so kommt es, daß sie arm bleiben, während die Weinhändler sich bereichern. Die kleinen Besitzer sollten sich daher genossenschaftlich zusammenschließen, wodurch sie den nötigen Kredit erhalten würden,

um ihre Produkte gemeinsam einkellern, schulen und dann zu besserm Preise verkaufen zu können.

So wie in jener Richtung mit Hülfe von Kapital oder Kredit die Bodenprodukte vor dem Verderben, oder ihre Verwertung vor der Ausbeutung geschützt wird, so können die Landwirte auch in derselben Weise vor den meisten Schäden der Natur behütet werden. Durch rechtzeitigen und technisch richtig geleiteten Aufwand von Kapital können die Grundstücke vor Überschwemmungen bewahrt, durch Ent- und Bewässerung, reichliche Düngung und Tiefenpflügen, richtige Auswahl des Samens zu höherer Fruchtbarkeit und überhaupt zu einem so ständigen Ertrag gebracht werden, daß eigentliche Mißernten gar nicht mehr vorkommen. Wir können uns bei unserer Aufgabe in dieser Hinsicht nur auf Winke beschränken, deren fachmäßige Ausführung Sache der betreffenden Disziplinen ist.

Eine wichtige Rolle in Ansehung der landwirtschaftlichen Produktion spielt neben dem Marktpreis der Produkte und der internationalen Konkurrenz namentlich auch der Arbeitslohn und der Preis der Grundstücke, die Besteuerung, der Stand der Transportanstalten und Verkehrsmittel sowie die gewohnheitsmäßigen Lebensbedingungen des betreffenden Landes (standard of life). Hinsichtlich der erstern Bedingungen des Absatzes ist die Landwirtschaft seit fast einem Jahrzehnt in eine Krisis getreten, durch welche die seit Jahrtausenden gang und gäbe gewesenen Vorstellungen gewissermaßen auf den Kopf gestellt werden. Seit dem letzten Hungerjahre, welches das westliche Europa durchgemacht (1846/47), sind die seit Jahrtausenden bestehenden Befürchtungen der großen Massen der Bevölkerung förmlich ausgerottet worden. Von jener Zeit an war es, infolge der Vermehrung der Dampfschifffahrt, daß Rußland instandgesetzt wurde, das westliche Europa völlig vor Mangel zu schützen. Seit dem Jahr 1868 kam infolge der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes Ungarn hinzu, welches von den darauffolgenden Jahren an hauptsächlich das Korndefizit Süddeutschlands und der Schweiz gedeckt hatte. Von 1876 an aber wurde der Getreide-Import Europas in ganz enormer Weise vermehrt durch die ungeheure Ausdehnung der Weizenproduktion im nordwestlichen Amerika sowie durch das plötzliche Erscheinen und rasche Wachsen der Weizenausfuhr Ägyptens und Indiens, in welchem letztern die natürliche Fruchtbarkeit des billigen Bodens durch zahlreiche künstliche Bewässerungen

gesteigert und die mit Hülfe sehr niedrigen Arbeitslohnes gewonnenen Überschüsse mittels der täglich wachsenden Eisenbahn- und Schiffsverbindungen dem überseeischen Export zugänglich gemacht werden. Da neben diesem außerordentlichen Getreide-Import Europa auch noch einige gute Ernten einheimste, so war ein ungewöhnliches Sinken des internationalen Marktpreises die unausbleibliche Folge. Angesichts dieser Thatsachen befinden sich die westeuropäischen Landwirte in bedrängter Lage, weil sie erstens mit bedeutend höhern Bodenpreisen zu rechnen haben wie ihre Konkurrenten in Amerika, Rußland und Indien, weil sie bedeutend höhere Löhne zu zahlen haben als die beiden letztern und höhere Steuern als wenigstens die Inder. Andererseits sind auch die amerikanischen Landwirte bevorzugt durch besser ausgebildete und billigere Wasserwege im Binnenlande, wo gegenwärtig bereits Meerschiffe ihre Kornladungen in Duluth (am Obersee, Lake Superior) mitten im Kontinent aufnehmen können, während wir in Europa seit Jahrzehnten vergeblich nach einer Verbindung unserer mitteleuropäischen Wasserstraßen, ja nur der Donau und Elbe rufen.

Man darf sich übrigens von den Besorgnissen nicht bis zur Mutlosigkeit fortreißen lassen, denn die niedrigen Getreidepreise der Jahre 1884—86 waren abnormale, welche die Landwirte im Nordwesten von Amerika ebenso stark oder noch gefährlicher bedrängt haben als unsere europäischen. Nach den glaubwürdigsten Berichten, die im Frühjahr 1885 sowohl aus den Vereinigten Staaten wie aus Kanada eintrafen, klagten die dortigen Landwirte, daß sie bei den damals herrschenden Preisen nicht mehr auf ihre Kosten kämen. Da überdies die Ernte-Aussichten schlechte waren, so verließen viele ihre neu begründeten Ansiedlungen, viele belasteten ihre Grundstücke mit Hypotheken, nicht wenige aber wurden sogar insolvent, der Umfang der Weizensaaten aber verminderte sich um 25 %. Man ersieht daraus, daß unsere europäischen Landwirte immer noch nicht zu verzweifeln brauchen, sondern daß sie sich recht gut mit Besserung der Wirtschaft und mit Wechsel der Kulturen helfen können.

Je bedenklicher jene Krisis, um so gefährlicher ist es, einen Fehlgriff in der Wahl der Hülfsmittel zu machen. Nun ist es ein allgemeines menschliches Gebrechen, daß die Geschäftsleute, wenn sie von irgendeinem unvorhergesehenen Übel getroffen werden, nach der Hülfe des Staates rufen. Daß der Staat bei Unterstützungen seine Mittel

nicht aus dem Monde bezieht, sondern daß er nur in die Taschen des einen schieben muß, was er den andern genommen, das macht den Empfängern keinen Kummer, wenn nur dafür gesorgt wird, daß die Geber so wenig als möglich davon merken. Zu den beliebtesten der Staatsunterstützungen gehören namentlich in Fällen wie der vorliegende die Schutzzölle. Es kann nun hier nicht unsere Aufgabe sein, dieses jahrzehntelang behandelte und in der Ära der Handelsverträge fast in Vergessenheit geratene Thema wieder zu untersuchen. Wir wollen nur an einigen Punkten verweilen, insbesondere insoweit sie auf die Landwirtschaft Bezug haben, auf welche, seit dem großen Bruch Großbritanniens mit seinen Kornsetzen (1846), das Schutzzollsystem erst in den letzten Jahren wieder zum ersten Male in Anwendung gebracht wird. Es muß vorausgeschickt werden, daß von einer eigentlichen Durchführung des Freihandelsprinzips schon lange fast nirgends mehr die Rede war. Selbst die radikalen Freihändler haben sich zu dem Kompromiß der Beibehaltung der Grenzzölle herbeigelassen; nur verlangen sie, daß der Zolltarif nicht im Interesse wenig zahlreicher Produktionsklassen auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung gehandhabt werde. Sie haben dem Staat das Recht zur Auferlegung von Finanzzöllen zugestanden. Darunter versteht man ein solches Maß der Eingangszölle, daß dieselben nicht prohibitiv wirken, sondern dem Staate eine möglichst hohe Einnahme bringen. Dieses System ist bis jetzt von allen Staaten nur in Großbritannien und in der Schweiz durchgeführt worden. Es läßt sich auch nicht unbedingt sagen, daß dasselbe stets und unter allen Umständen das allein richtige sei. Denn der Staat könnte, wenn er dieses Steuersystem radikal, das heißt ganz ohne alle Rücksicht auf etwaige außerordentliche wirtschaftliche Ereignisse durchführen wollte, jener Frau in der Fabel gleichen, die das Huhn schlachtete, welches die goldnen Eier legte. Wir möchten daher glauben, daß es noch ein drittes System, das der Wirtschaftszölle, geben könnte, welches zwar in der Hauptsache von der Basis der Finanzzölle ausgeht, aber doch angesichts außerordentlicher wirtschaftlicher Ereignisse Ausnahmen davon statuirt, insbesondere, wenn es sich darum handelt, eine Mehrheit der Bevölkerung gegen rücksichtslose Attentate auswärtiger Spekulanten-Cliquen zu schützen, welche, wie die Rinks und Corners in den Vereinigten Staaten, durch geschickte Börsenmanöver

zeitweise auf dem internationalen Markte den Preis vorzuschreiben versuchen. Denn wenn solchen auswärtigen Spekulantenverbindungen vollständig freie Hand gelassen wird, so können leicht manche Industriezweige zugrunde gerichtet werden, während jene Spekulanten nach deren Untergang durch Preiserhöhung sich wieder erholen. Freilich muß in solchen Fällen die Tarifpolitik mit außerordentlicher Vorsicht gehandhabt werden, daß sie nicht in Schutzzollpolitik ausarte und dadurch solchen Industriezweigen oder Produktionsmethoden, welche angesichts neuer Erfindungen, Umwälzungen im Transportwesen oder in den internationalen Handelsverhältnissen auf die Dauer nicht mehr bestehen können, — eine Galgenfrist gewähren, welche die dabei beschäftigten Unternehmer und Arbeiter abhält, sich rechtzeitig nach sicherern und besser lohnenden Beschäftigungen umzusehen.

Was nun den vorliegenden Fall betrifft, so widersprechen diesem Prinzip an und für sich die in Mitteleuropa angestrebten oder durchgeführten Getreidezölle weniger als die Industrieschutzzölle, weil die landwirtschaftliche Bevölkerung im ganzen da immer noch die Mehrheit des Volkes ausmacht, also von einer Bevorzugung einzelner Klassen nicht die Rede sein kann. Von diesem Standpunkt aus könnte man einen vorübergehenden Schutzzoll für die Landwirtschaft eher rechtfertigen, vorausgesetzt, daß er bei eintretender Teurung wieder aufgehoben würde. Mit andern Worten, man könnte die bewegliche Stufenleiter einführen, nach welcher der Eingangszoll erst beim Erreichen eines gewissen niedrigen Preises erhoben würde, um die inländische Landwirtschaft gegen überseeischen Raubbau zu schützen und eine gewisse Beständigkeit des Getreidebaues und Kornpreises herzustellen. Diese Politik, welche gegenwärtig von den mitteleuropäischen Reichen befolgt wird, birgt aber eine Gefahr, die größer ist als der etwaige Nutzen, welcher für die inländische Landwirtschaft von Maßregeln der Abwehr gegen die rücksichtslose ausländische Spekulation gewonnen werden könnte. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß gerade bei keiner andern Körperschaft des Staates der Appetit so sehr während des Essens wächst, wie bei der Schutzzollpartei, und daß, sobald dieser abschüssige Weg einmal betreten ist, der Staat immer zudringlicher um weitere Begünstigungen angegangen zu werden pflegt. Sobald aber das vom Standpunkt der Finanzzölle und Wirtschaftszölle zulässige Maß überschritten wird, dann treten verschiedene Umstände ein, welche die angestrebte Wirkung

der Zölle aufheben und dazu angethan sind, die dauernde Gesundung der gefährdeten Industriezweige zu vereiteln. Wir können in dieser Beziehung auf zahlreiche Fälle in verschiedenen Zweigen der Industrie hinweisen, über welche eine ausgiebigere Erfahrung vorliegt.

Da, wo der Gesetzgeber, nur auf die Stimme der Interessenten hörend, ein rücksichtsloses Schutzzollsystem eingeführt hat, welches einzelne Klassen der Produzenten auf Kosten der Konsumenten und zum Schaden der Staatskasse bevorzugt, da treten folgende Erscheinungen einzelner und insgesamt auf:

1. Die betreffenden Industriellen, welche unter dem System der Finanzzölle durch die ausländische Konkurrenz gezwungen werden, die Interessen ihres Geschäftes mit Aufgebot aller ihrer geistigen und materiellen Kräfte wahrzunehmen, z. B. die neuesten Erfindungen und Verbesserungen in ihrem Fach aufmerksam zu verfolgen, stets auf Ersparungen in den Produktionskosten und Veredlung ihrer Erzeugnisse bedacht zu sein, den Geschmack ihrer Kunden zu studiren, die Fortschritte bei fremden Erzeugnissen sich anzueignen und den Kreis der Kundschaft auszudehnen, indem fremde Märkte gesucht werden, werden im Vertrauen auf den Staatsschutz bequemer; sie fangen an, alle jene und andere Maßregeln zur Verbesserung ihres Geschäfts zu vernachlässigen.

2. Oft werden die Sondervorteile, welche manche Klassen von Produzenten durch den Schutzzoll zu erlangen hoffen, wieder neutralisirt, wenn durch Zölle auf Halbfabrikate und Lebensmittel der Preis der Hülfsstoffe und des Arbeitslohnes gesteigert worden ist.

3. Ist der Schutzzoll sehr hoch und der von den betreffenden Produkten gewonnene Nutzen außergewöhnlich, dann kommt es auch vor, daß die Spekulation gereizt wird, die Zahl der gewerblichen Anstalten des geschützten Geschäftszweiges im Inlande dermaßen zu vermehren, daß der Zweck vereitelt und die Konkurrenz, die man abwehren wollte, im Inland erzogen wird. In sehr vielen Fällen schreiten ausländische Konkurrenten zur Errichtung von Zweiganstalten im Inlande, wie z. B. Schweizer Baumwollspinner Etablissements in Würtemberg, englische Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen solche in Österreich-Ungarn und deutsche und englische Fabrikanten solche in Rußland errichtet haben. Wir sehen also hier, wie das Übermaß sich selbst schlägt.

4. Durch den übertriebenen und künstlichen Schutz einzelner Produktionszweige wird die Spekulation gereizt und leicht Überproduktion herbeigeführt, welche verderbliche Handelskrisen hervorruft. In dieser Hinsicht liefert das Schoßkind des Staates, die Rübenzuckerindustrie, in der neuesten Zeit ein abschreckendes Beispiel.

5. Durch Hochschutzzoll gewährt der Staat eine Prämie für geringerwertige Ware. Abgesehen von dem schon oben erwähnten Grunde ist in dieser Hinsicht noch folgender Umstand zu bedenken. Man kann bei den Zollsätzen die unvermeidliche Klassifikation nie so exakt machen, daß jede einzelne Ware von ähnlicher Beschaffenheit ihren eigenen Zollsatz hat. Es wird daher eine Anzahl von Waren in dieselbe Klasse gesetzt werden müssen, die ungleichen Wert haben. Dadurch wird aber eine Prämie auf die geringwertige Ware gesetzt, und es ist für den einzelnen Produzenten von größerm Vorteil, wenn er die geringere schlechtere Arbeit macht statt der bessern.

Wird die Schutzzollpolitik auf die Landwirtschaft angewendet, so kommen außerdem noch wesentlich andere Gesichtspunkte in Betracht. Die schwierige Stellung der mittel- und westeuropäischen Landwirte gegenüber den überseeischen Bodenproduzenten kommt in erster Linie vor den höhern Bodenpreisen, in zweiter Linie im Vergleiche zu Amerika von der schlechtern Benutzung der Binnenschiffahrt, gegenüber Rußland und Indien von dem höhern Arbeitslohn. Der Schutzzoll auf Getreide wirkt aber auf eine künstliche Steigerung der Bodenpreise; der Getreidezoll verteuert die notwendigste Nahrung und muß mit der Zeit eine Erhöhung des Arbeitslohnes herbeiführen. Durch diese beiden Wirkungen aber verschlimmert sich die Lage der einheimischen Landwirte gegenüber den überseeischen Konkurrenten, und die etwaige Wirkung des Schutzzolles auf Getreide wird dadurch aufgehoben. Überhaupt wird durch das Vertrauen auf den Schutzzoll die Aufmerksamkeit des Staates und die Thätigkeit der Landwirte von jenen organischen Mitteln abgelenkt, durch welche ein dauernder Schutz der inländischen Landwirtschaft vor der überseeischen Konkurrenz herbeigeführt werden könnte. So spielt sich das Schauspiel vor unsern Augen ab, daß der Staat mit der Auferlegung und Erhöhung eines Zolles auf Getreide seine Pflicht in vollem Maße gethan zu haben glaubt und z. B. in Mitteleuropa nicht einen guten Zug thut, um die Verbindung der natürlichen Wasserstraßen herzustellen, auch nur Elbe und Donau

miteinander zu verbinden, während Nordamerika in dieser Hinsicht einen so großen Vorzug hat.

Noch größer aber ist der Nachteil, welcher daraus hervorgeht, daß die Landwirte durch solchen Staatsschutz verleitet werden, diejenigen organischen Maßregeln zu vernachlässigen, welche allein geeignet sind, auf die Dauer zu helfen. Der Zoll auf Lebensmittel kann nach der Natur der Dinge nicht stets und unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Denn da nach dem berühmten Erfahrungssatz Kings bei einem Ausfall in der Ernte der Preis in unverhältnismäßiger Progression steigt, so wird in einem Lande, welches in gewöhnlichen Zeiten seinen Bedarf nicht deckt, nach einer Mißernte Hungersnot ausbrechen, wenn nicht der Zoll zeitweise aufgehoben würde. Heute sind aber bereits viele Gegenden Mitteleuropas in die Lage versetzt, daß sie selbst mit dem gegenwärtigen Zoll beim Getreidebau nicht auf die Produktionskosten kommen. Radikale Hülfe ist da nur dadurch möglich, daß, da eine Verringerung des Bodenpreises und Arbeitslohnes weder wahrscheinlich noch wünschenswert ist, eine Änderung der Wirtschaft herbeigeführt wird, d. h. der Getreidebau überall da, wo er nicht rentirt, aufgegeben wird. Glücklicherweise geben die im ganzen großen steigenden Fleischpreise schon einen Fingerzeig darüber, was an die Stelle der aufgelassenen Getreidewirtschaft zu setzen ist. In dieser Hinsicht sind uns zwei Länder in den letzten Jahrzehnten bereits mit gutem Beispiel vorangegangen, auf welches merkwürdigerweise bei der gegenwärtigen zollpolitischen Reaktion nur wenig Rücksicht genommen worden ist. Wir meinen Großbritannien und die Schweiz. In England wurden im Jahre 1846 die sogenannten Korngesetze aufgehoben, nach welchen die Einfuhr von Weizen überhaupt verboten war, solange der Preis des Quarters (1 Quarter = 290½ Liter) nicht 80 Shilling erreicht hatte. Dann erst wurde die Einfuhr zum Zoll von 3½ Shilling zugelassen. Seit fast vierzig Jahren darf das Getreide zollfrei eingeführt werden und der Preis des Weizens steht heute auf 30 Shilling. Man wird hier vielleicht geneigt sein, auf die gegenwärtige notorische Not der englischen praktischen Landwirte, das ist der Pächter, hinzuweisen, allein dieselbe rührt von den 4—5 Fehljahren her, welche dieselben von 1879—83 zu bestehen hatten. Die Prüfung, welche die Aufhebung des Korngesetzes aufgelegt hatte, war seit Jahrzehnten glücklich überstanden. Man hatte sich im wesentlichen durch Veredlung

der Viehzucht, welche unerhörte Preise erzielt, durch Verbesserung der Molkereiwirtschaft, durch Vermehrung des Wiesenbaues und die Erhöhung des Ertrages mittels Drainirung, künstlicher Bewässerung und erhöhter Düngung sowohl infolge der Vermehrung der Viehzucht als mit Knochenmehl, Guano und Kalisalzen geholfen.

Wie in vielen Zweigen der Volkswirtschaft, z. B. durch die Einführung der Dampfmaschine, der Spinn-, Webe- und Werkzeugmaschinen, des neuen Hüttenprozesses, des Dampfhammers, der Eisenbahnen u. s. w., ist Großbritannien auch in der Veredlung der Zucht der Haustiere das tonangebende Musterland geworden. Soweit die andern Länder in der Pferdezucht das englische Voll- und Halbblut bei sich einführen sowie die Rindviehzucht nach dem englischen Vorbild vervollkommnen, erhöhen sie auch den Wert der Erzeugnisse ihrer Viehzucht. In welchem Grade dieser gesteigert werden kann, das ergibt sich aus dem Resultat der Verkäufe in der neuern Zeit. Es werden in England bei Versteigerungen von Zuchttieren Preise erzielt, bei deren Anblick man kaum seinen Augen traut.*) In Kanada ist das englische Shorthorn so trefflich geraten, daß Zuchtvieh von da nach Großbritannien zurückgeführt wird und daselbst höhere Preise erzielt als das einheimische. So fand anfangs Oktober 1877 zu Liverpool eine Versteigerung von Zuchtvieh statt, welcher alle Koryphäen der Rindviehzucht Alt-Englands beiwohnten und wo die beiden besten Vollblut-Shorthornkühe im Alter von 2 Jahren für 4300 Guineen also zu mehr als 45000 ℳ das Stück verkauft wurden. Das ist schon der Preis von sogreichen Vollblutrennern! Der Durchschnittspreis für 38 Kühe und Rinder erhob sich bei dieser nämlichen Versteigerung auf 420 £ oder 8400 ℳ das Stück und für 8 Stiere auf je 200 £ oder 4000 ℳ. Bei dem Verkauf einer berühmten englischen Herde in Dundee in Schottland im Herbst 1880 wurden für 28 Kühe 34 251 ℳ oder im Durchschnitt 1223 ℳ das Stück erlöst. Das geringste Stück war zu 16 Guineen oder 336 ℳ, eine Prachtkuh aber, der Stolz von Aberdeen, zum Preis von 270 Guineen oder 5670 ℳ verkauft worden. Auch Schweizer Zuchttiere von der Simmenthaler Rasse erzielen bis zu 1000 ℳ. Bei den in England üblichen Versteigerungen der Über-

*) Siehe auch meine „Krisis in der Landwirtschaft" (F. A. Herbig in Berlin) Seite 83 u. f. und 300 u. f.

schüsse der Ställe der großen Grundherren werden für dreijährige Vollblutpferde, die nicht für die Rennen in Aussicht genommen sind, 3000—4000 ℳ und für ausgewachsene Halbblutpferde 1600—2000 ℳ angelegt. Die letztern sind zur Verbesserung der Zucht auf dem Kontinent so gesucht, daß z. B. die Schweizer Bundesregierung große Mühe hatte, die nötige Anzahl von Halbblutpferden gegen Ende der 1860er Jahre zur Verbesserung der schweizerischen Pferdezucht zu erhalten.

In Beziehung auf die Fleischproduktion ist zwar seit einem Jahrzehnt von seiten Nordamerikas und neuerdings auch von seiten Australiens der Versuch der Einfuhr gefrorenen Fleisches gemacht worden, allein es ist bis jetzt nicht gelungen, das Fleisch ohne Ausnahme in so tadellosem Zustande nach Europa zu bringen, daß es den Preis in einer die europäischen Landwirte gefährdenden Weise gedrückt hätte.

Ein anderes Beispiel des erfolgreichen Kampfes der Landwirtschaft gegen ausländische Konkurrenz hat später die Schweiz geliefert. Für dieses kleine Gebirgsland war die Einführung der Eisenbahnen in doppelter Hinsicht ein umwälzendes Ereignis. Zuerst brachte das wachsende Netz einen solchen steigenden Fremdenzufluß, daß das Land seit einem halben Jahrhundert nicht mehr imstande war, seinen Brotbedarf aus eignem zu decken und Zufuhr zunächst aus dem benachbarten Süddeutschland, insbesondere Baiern nehmen mußte. Dazu kam noch infolge der weitern Ausdehnung des Eisenbahnnetzes die Konkurrenz des ungarischen und russischen Getreides. Bei den durchaus gedrückten Preisen konnten nur noch die Landwirte in den besten Lagen den Getreidebau mit Vorteil aufrecht erhalten. Sehr viele gingen rechtzeitig zum Grasbau und zur Molkereiwirtschaft über. Mit dem erfolgreichsten Beispiel ging in dieser Hinsicht ein Teil des Kantons Bern, insbesondere das Emmenthal voran. Die Äcker wurden in Wiesen verwandelt und um die Fruchtbarkeit des Bodens zu steigern, in vieljährigen Perioden einmal umgestürzt, um eine Kartoffel- und Kornernte daraus zu ziehen und das Grundstück dann wieder auf 10—12 Jahre zur Wiese umzuwandeln. Da die Aufzucht von Jungvieh sowie der Butter- und Milchverkauf zur gewünschten Rentabilität nicht genügten, so wurde eine wichtige Reform in der Käsebereitung durchgeführt, welche auch in andern Ländern bereits Nachahmung gefunden hat. Bis

dahin war der Schweizerkäse, wie er als Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt beliebt ist, nur im Sommer fabrizirt worden. Da die Laiber dieser Käsegattung von großem Umfang sind und oft das Gewicht eines Zentners überschreiten und doch an demselben Tage, an dem die Milch gemolken ist, verarbeitet werden muß, so reicht die Kühezahl eines einzelnen Bauern in der Regel nicht aus, um einen Käse zu bereiten. Die eigentliche Erzeugung von Schweizer-, insbesondere Emmenthalerkäse erfolgte daher auf den Alpen, welche im Sommer von dem sämtlichen Vieh bezogen werden und wo unter der Aufsicht eines sachverständigen Sennen die Milch der Kühe einer ganzen Gemeinde zusammengeworfen, zu Käse verarbeitet und dessen Erlös nach der Milcheinlage repartirt wird. Bis dahin war die Ansicht vorherrschend, daß der Schweizerkäse und insbesondere der Emmenthaler seinen aromatischen Geschmack hauptsächlich den auf den Alpen wachsenden feinen Kräutern zu verdanken habe. Spätere Erfahrung hat bewiesen, daß die Wirkung der würzigen Kräuter der Berge nicht so hoch anzuschlagen ist. Da der Grundbesitz in der Schweiz sehr geteilt ist und es nur sehr wenig Landwirte gibt, deren Grundeigentum so groß ist, daß sie für sich allein auch im Winter die Fabrikation von Schweizerkäse fortsetzen könnten, so kam man in der Zeit jenes Wendepunktes auf den Gedanken, dem Übelstand durch genossenschaftliche Organisation vorzubeugen. Es wurden Käsereien gegründet, an welchen die Bauern einer Gemeinde oder einer ganzen Thalschaft teilnahmen. Der Zusammentritt so vieler Genossen brachte den nötigen Kredit mit sich; es konnte eine gemeinschaftliche Werkstätte mit den nötigen Utensilien ausgerüstet und ein technisch geschulter Käser für gemeinschaftliche Rechnung angestellt werden, um die Käsefabrikation während des ganzen Winters auch im Thale fortzuführen. Schon die erste Erfahrung zeigte, daß das unter kundiger Hand entstandene Winter-Erzeugnis dem Sommerprodukt kaum nachstand und auf dem internationalen Markt nicht unterschieden wurde. Diese Reform hat daher rasch um sich gegriffen, und man kann behaupten, daß die Lage der schweizerischen Landwirtschaft dadurch gesichert worden ist, obgleich sie zum großen Teil mit einem rauhern Klima zu kämpfen hat, welches eine größere Quantität von Dünger erfordert, als in den meisten Gegenden Mitteleuropas.

Ein drittes Beispiel hat in der neuesten Zeit **Griechenland** gegeben, dessen Landwirte ebenfalls von der überseeischen Getreide-

konkurrenz bedrängt waren, aber sich in den letzten Jahren vollständig vom russischen, amerikanischen, ägyptischen und indischen Weizen unabhängig gemacht und sogar zu höherm Ertrag sich aufgeschwungen haben. Da hat die infolge der Phyllorera-Verheerungen in Frankreich wachsende Nachfrage nach griechischem Wein und insbesondere auch getrockneten Weinbeeren, welche als Surrogat zur Weinfabrikation schwerer Weine verwendet werden, zur Umwandlung von Kornäckern in Weingärten geführt. In Thessalien wird auch mehr Tabak gepflanzt. In welchem Maßstab dies erfolgt ist, geht aus der Vermehrung der Weizeneinfuhr hervor, welche 1883 sich bereits auf 22 451 051 Franken erhob. Im Pyräus, in Syra, in Patras und Gyttuau sind auch Dampfmühlen errichtet, in welchen ausländisches Getreide vermahlen wird. Das feinste Mehl aber wird aus Ungarn eingeführt.

Die Käserei an und für sich gewährt dem unternehmenden Landwirt auch noch einen großen Spielraum. Diese Entwicklungsfähigkeit der Molkereiprodukte muß sogar mit Ernst ins Auge gefaßt und praktisch benutzt werden, weil auch auf diesem Gebiete Amerika bereits anfängt, Europa wenigstens mit geringwertigem Käse Konkurrenz zu machen. In dieser Hinsicht hat der Wettkampf einen Fingerzeig gegeben, der schon seit mehrern Dezennien auf den internationalen Ausstellungen zwischen dem Schweizerkäse und den französischen, englischen und holländischen Tafel- und Luxuskäsen entbrannt war, welche letzteren den Sieg davon trugen, der sich auch in den höhern Preisen geltend macht. Bereits haben jene feinen Luxuskäse auch auf Gütern mancher Großgrundbesitzer in Deutschland und Österreich-Ungarn Nachahmung gefunden; denn alle Bodenprodukte, welche zu ihrer mehrfähigen Ausbildung viel Handarbeit, Erfahrung und technisches Geschick erfordern, werden sich für Mittel- und Westeuropa besser eignen als jene, worin die von Maschinen unterstützte Massenarbeit vorherrscht. Deshalb ist auch der Geflügelzucht, sowie der Vervielfältigung der Kulturarten, der Entwicklung des Obst-, Wein- und Hopfenbaues und der Pflege vieler anderer Gewächse größere Aufmerksamkeit zu widmen.*)

Wenn man allein die Fortschritte sieht, welche die Bierbrauerei in Deutschland und Österreich-Ungarn gemacht hat und welcher Aus-

*) Siehe „Krisis in der Landwirtschaft".

dehnung dieselbe noch fähig ist infolge der neuen technischen Fortschritte, mit Hülfe deren ein regelmäßiger Bierexport sogar nach Indien, Ägypten und in die Tropenländer möglich geworden ist, so kann man kaum der Übertreibung bezichtigt werden, wenn man die Vermutung ausspricht, daß es möglich wäre, den Weizenbau teilweise durch die Gerste zu ersetzen. In diesem Industriezweige hatte Großbritannien seit langer Zeit den Vorrang, sowohl bezüglich der Produktion als des überseeischen Exports. Im Jahre 1884 ist es von Deutschland darin überflügelt worden, und auch Österreich-Ungarn hat trotz seiner viel bedeutendern Weinproduktion, wenigstens nach dem Orient, eine ebenso bedeutende Bierausfuhr aufzuweisen. Im Gersten- und Hopfenbau würden also die mitteleuropäischen Landwirte von der überseeischen Konkurrenz nichts zu befürchten haben. Wenn wir nun dabei zugleich die Thatsache berücksichtigen, daß während des niedrigen Weizenpreises im Winter 1884/85 aus den Weststaaten Nordamerikas häufige Klagen laut wurden, daß sie bei den damaligen Preisen nicht auf die Selbstkosten kämen, so stellt sich die Lage der mittel- und westeuropäischen Landwirte als nicht so trostlos heraus, um die Einführung von Schutzzöllen in diesem Erwerbszweige zu rechtfertigen, welche gegenüber den arbeitenden Klassen, soweit deren Hauptnahrungsmittel verteuert werden könnte, etwas Gehässiges haben. Es kann zwar zugestanden werden, daß sich die gegenwärtige Bewegung nicht in jenen Geleisen des Prohibitivsystems bewegt, unter welchem die arbeitenden Klassen Großbritanniens vor 1846 schmachteten. Die bisherigen Tarifpositionen und Vorschläge in Deutschland, Frankreich und Österreich-Ungarn können immer noch unter die Kategorie der Finanz- und Wirtschaftszölle eingereiht werden. Allein die Gefahr liegt in der Unersättlichkeit der Interessenten, welche die Regierung auf der einmal betretenen Bahn immer weiter drängen, und, weil energischer vertreten, wie es in der Natur des Verhältnisses liegt, als die große Masse der Konsumenten —, größern Einfluß bei den maßgebenden Gewalten ausübt und die Sache auf die Spitze treibt, so daß ihre Wirkung zuletzt umschlägt. Wird dann der Preis des Bodens und der Arbeitslohn noch mehr gesteigert, dann erhöhen auch die Transportanstalten ihre Tarife, die Steuern wachsen und die Produktionskosten werden um einen viel größern Betrag erhöht, als der Preis derselben Ware durch den Schutzzoll etwa verbessert worden sein mag.

In der Industrie ist dieser Vorgang durch die Erfahrung sattsam bewiesen, oder soll es ein bloßer Zufall sein, daß die beiden Staaten, welche nur Finanzzölle erheben, nämlich die Schweiz und Großbritannien, zugleich diejenigen sind, deren Großindustrie auf den festesten Füßen steht und welche darin den verhältnismäßig bedeutendsten Welthandel besitzen, daß hingegen die Industrieartikelausfuhr von zwei der größten Reiche, welche sich mit Prohibitivzöllen umgeben — nämlich von Rußland und den Vereinigten Staaten — gleich Null ist?

Es ist auffallend, daß die Interessenten der Landwirtschaft überhaupt viel zu sanguinische Hoffnungen von dieser Maßregel hegen, die doch nichts anderes als ein Palliativmittel ist, während eingewurzelte, offen zutage liegende Schäden unbeachtet gelassen werden. Es gibt Krebsschäden, welche von jeher an der Volkswirtschaft viel versündigen, Mißbräuche, durch welche die Taschen der Konsumenten permanent geplündert werden, ohne daß an ihnen gerüttelt wird. Wie lange soll z. B. noch die Holzverwüstung fortdauern, welche durch den altväterischen Gebrauch der Kachelöfen in den Gebirgen Mitteleuropas sowie der Kamine in Frankreich und Italien verübt wird?

Man sollte doch das Beispiel Großbritanniens beachten, welches, vom Weltmeer umspült, der überseeischen Konkurrenz am leichtesten zugänglich ist — und sich dennoch beharrlich gegen die Wiedereinführung von Kornzöllen sträubt, obwohl seine Landwirte auch noch unter vier Fehljahren ärger gelitten haben als die kontinentalen.

Dagegen ist eine andere Bewegung in Großbritannien im Entstehen — die Forderung einer Reform und einer Einschränkung des Zwischenhandels, welcher sich der Preisbewegung im großen sehr rasch anschließt, wenn es zu seinen gunsten geht, und sehr langsam, wenn zu seinem Nachteil. Es herrscht allgemeine Unzufriedenheit mit dem Spezereihändler, dem Bäcker und Fleischhauer, welche fast überall, häufig durch unreelles Verfahren, die Konsumenten übervorteilen und das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion stören.

Es würde uns bei unserm Zweck zu weit führen, wollten wir alle Mißbräuche des Zwischenhandels untersuchen; wir wollen uns daher begnügen, eine gewichtige Stimme aus englischen Fachkreisen im „British trade Journal“ anzuführen. Dieses Organ nennt den Mittelsmann ein unnötiges Zwischenglied — noch mehr — ein fünftes Rad am Wagen. Solches mag unnötig sein, aber es ist damit noch keine

kostspielige, das Fortkommen hindernde Störung. Wie man sich aber ein fünftes Rad denkt, welches soviel kostet als die andern vier zusammen, dabei kaum etwas leistet und schließlich sogar darauf hinausläuft, den Wagen umzuleeren, so hat man vielleicht eine richtige Parallele von dem, was der Mittelsmann zuweilen in unserer Handelsrepublik vorstellt. Natürlich gilt dies nicht vom redlichen, mit mäßigem Gewinn zufriedenen Zwischenhändler, der in den meisten Fällen unentbehrlich ist. „Im Fischhandel", sagt das „British trade Journal", „ist der Mittelsmann noch bescheiden, aber im Fleischhandel ist diese Spezies überwuchernd. Zwischen dem darbenden Landwirt an dem einen Ende der Reihe und dem hungernden Arbeiter am andern befindet sich eine Schar jovialer und runder Mittelsmänner, welche in der Gestalt von Viehhändlern, Fleischhauern und Detailverkäufern eine glückliche Familie bilden, welche von den Verlegenheiten der Produzenten nicht betroffen werden und auf Kosten des kaufenden Publikums sich zusammenschließen."

Die Frage der Kolonieen.

In engem Zusammenhang mit dem Schicksal der Landwirtschaft in Europa steht die Frage der Kolonieen, insbesondere für diejenigen Länder, welche keine eigenen Tochterstaaten gegründet und deren Auswanderer seit Jahrhunderten nach dem Ausspruche Franz v. Löhers als „Völkerdünger" gedient haben, nämlich Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien und Schweden, Norwegen und die Schweiz. In den Vereinigten Staaten von Amerika leben gegenwärtig über 10 Millionen selbstausgewanderte oder von Ausgewanderten abstammende Deutsche, wobei wir diejenigen gar nicht rechnen wollen, welche in der englischen Nationalität untergegangen sind. In den 14 Jahren von 1871—84 sind 1 372 455 Personen aus Deutschland ausgewandert, von welchen 1 251 000 allein in die Vereinigten Staaten gegangen sind. Im Jahre 1884 gingen von 195 497 Auswanderern 190 092 allein in die Vereinigten Staaten. Diese haben nach der letzten Zählung eine Bevölkerung von rund 50 Millionen, Deutschland von 45, Großbritannien von 33 Millionen. Vergleichen wir nun den auswärtigen Handel zwischen beiden Stammländern — zu den Mutterländern kann Deutschland bis jetzt nicht gerechnet werden — und dem Tochterstaat, so finden wir für das mit dem 30. Juni 1885 geschlossene Fiskaljahr eine Wareneinfuhr aus Deutschland in die Vereinigten Staaten von 65 019 163 Dollars und eine Ausfuhr nach Deutschland von 60 603 059 Dollars, während Großbritannien und Irland eine Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von 162 549 608 Dollars und eine Einfuhr von dort von 386 238 386 Dollars aufwiesen. Dieser frappante Kontrast zwischen dem deutschen und englischen Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten kann heute nicht mehr auf die industrielle

Überlegenheit Großbritanniens zurückgeführt werden, da dieses nur noch in der Baumwollenindustrie eine Überlegenheit besitzt, von der sich die Vereinigten Staaten schon ziemlich emanzipirt haben. Überdies rührt die enorme Ziffer der Ausfuhr Amerikas nach England von dem Export von Lebensmitteln her, weil Großbritannien bei dem bedeutenden Überwiegen seiner industriellen Bevölkerung bereits den dritten Teil seiner Nahrungsmittel aus dem Ausland einführen muß und da natürlicherweise Nordamerika als seine Hauptquelle benutzt. Diese lebhafte Wechselbeziehung ist aber nicht allein auf die Bequemlichkeit und Billigkeit des Seetransports zurückzuführen, sondern auch auf die lange Gewohnheit des Verkehrs, der aus der Stammes- und Sprachgleichheit entstanden ist. Es ist zwar schon mehr als ein Jahrhundert verflossen, daß die Vereinigten Staaten sich vom englischen Mutterland unabhängig gemacht; allein es ist einleuchtend, daß die politische Trennung auf die volkswirtschaftlichen Beziehungen nicht ausgedehnt zu werden brauchte. Wenn auch nach der Unabhängigkeitserklärung andere Staaten unter den gleichen Bedingungen zum Handel zugelassen wurden, so war doch in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England die Gleichheit der Sprache ein ungeheurer Vorteil, welcher allein das Überwiegen des britischen Handels nach jener Richtung hin erklären würde. Noch auffälliger zeigt sich der Vorsprung, den Nationen mit eigenen überseeischen Besitzungen im Welthandel vor andern haben bei dem Verkehr Großbritanniens und Hollands mit ihren Kolonieen. Obgleich England andere Nationen von seinen Kolonieen nicht ausschließt, so hat es doch den Handel mit Kanada, Australien, Indien und Westindien faktisch monopolisirt. In noch weit höherm Maße findet dies zwischen den Niederlanden und seinen ostindischen Besitzungen statt. Großbritannien hat zwar seinen Kohlen- und Eisenwerken, seiner Baumwoll-, Wollen- und Maschinenindustrie sein großes Einkommen und bedeutenden Wohlstand zuzuschreiben, allein daß es das kapitalreichste Land der Erde ist, das hat es doch zum Teil dem vorteilhaften Handel mit seinen Kolonieen zu verdanken. Das beweist allein ein Blick auf Holland, welches ohne große Industrie im Kapitalreichtum gleich nach Großbritannien kommt.*)

*) Wir verweisen in dieser Beziehung auf die bekannten Werke: „Kolonieen, Kolonialpolitik und Auswanderung" von Wilhelm Roscher und „Überseeische Politik" von Hübbe-Schleiden.

Angesichts solcher Thatsachen ist die doktrinäre Hartnäckigkeit schwer zu begreifen, welche einige einflußreiche Mitglieder des deutschen Reichstags, die in andern Fragen zu den begabtesten Verfechtern des volkswirtschaftlichen Fortschritts gehören, dem Reichskanzler entgegentreten in seinem Versuch, noch in der zwölften Stunde auch für die deutsche Nation einige Landstriche zu gewinnen, welche der britische Länderhunger noch nicht verschlungen hat. Hätte Fürst Bismarck nicht rasch zugegriffen, so würde auch diese letzte Gelegenheit unbenutzt vorübergegangen sein und die Deutschen hätten dann wirklich das Los des Dichters in der Fabel geteilt. Doch wir verweisen in betreff der Rechtfertigung der Kolonialpolitik auf die ebengenannten Werke und wollen nur auf eins aufmerksam machen. Es ist nicht bloß ein nationaler Verlust, wenn alle deutschen Auswanderer, wie in Amerika, in fremden Staatswesen untergehen, sondern auch ein materieller, in Ziffern nachzuweisender Schaden. Wenn Kolonieen auch in der ersten Generation mehr Kosten verursachen als Nutzen bringen, gleich dem Baume, der auch in den ersten Jahren nach der Anpflanzung nichts trägt, so ist der Vorteil doch früher oder später unausbleiblich. Heute haben wir das Schicksal, daß tüchtige Arbeitskräfte und nicht geringes Kapital nach Nordamerika wandern und dort, im Ackerbau sich bethätigend, die Konkurrenz vermehren helfen, mit welcher die dortigen Getreideproduzenten die deutschen Landwirte bedrängen. Wir würden dies weniger beklagen, wenn diese Konkurrenz von einem deutsch-nationalen Tochterstaate käme, dessen Bevölkerung dafür unsere Industrieprodukte nähme, denn auf diese Weise könnten wir leichter die oben angedeutete Metamorphose des inländischen Landbaues vollziehen. Wie die Sachen heute stehen, hat sich der englische Stamm fast aller neuen Länder gemäßigten Klimas bemächtigt. Er herrscht in Nordamerika, in Südafrika und in Australien, dessen Kontinent er in 500 Jahren noch nicht imstande ist zu bevölkern, und für die deutsche Kolonialpolitik sind mit Ausnahme von Angra Pequena nur Landstriche der heißen Zone übriggeblieben. Vielleicht ist es aber doch möglich, auch in dieser oder in Südafrika, im südlichen Amerika oder in Afrikas Hochland ein Neu-Deutschland zu gründen, wenn die Schilderungen Stanleys von dem Gebiete der großen Seen Centralafrikas zwischen dem Kongostaat und Zanzibar nicht übertrieben sind. Dort soll auf einem Hochplateau von 3000—4000 Fuß, welches an

Ausdehnung das deutsche Reich übertrifft, ein für die deutsche Rasse zuträgliches Klima herrschen. Da dieses Gebiet wegen seiner Hochgebirge, Seen und Ströme zu den schönsten Teilen der Erde gehören soll, so ist es nur zu billigen, daß die dort erfolgte Erwerbung seitens der Ostafrikanischen Gesellschaft sofort unter den Schutz des Reichs gestellt wurde, weil sich da wahrscheinlich noch eine wirkliche Kolonie gründen läßt. Abgesehen davon sind auch die Erwerbungen in der Südsee und in Westafrika als ein nationaler Gewinn zu betrachten, weil die eingeborene Bevölkerung, welche den klimatischen Einflüssen gewachsen ist, bei guter Behandlung leicht zu lenken und mittels Gewöhnung an den Gebrauch europäischer Waren auch zur regelmäßigen Bebauung des Bodens einzuschulen ist. Die Bevölkerung des deutschen Reichs kauft jährlich für 100 Millionen Mark Kaffee. Kann nicht ein großer Teil dieses Tropen-Erzeugnisses, sowie Kakao, Thee, Tabak, Zuckerrohr ꝛc. auch in deutschen Kolonieen sogut wie auf Java erzielt und mit den Produkten des deutschen Gewerbfleißes direkt ausgetauscht werden? Auf diese Weise werden mit der Zeit einige rein deutsche Reiche, größer als das Mutterland, entstehen, welche nicht bloß dazu beitragen werden, den wirtschaftlichen Erwerb und Reichtum zu steigern, sondern auch der deutschen Litteratur und der Kunst ein größeres Gebiet zu eröffnen und überhaupt dem deutschen Unternehmungsgeist neue Bahnen in allen Richtungen zu erschließen.

Die Industrie und die Gesellschaft.

Während der Hauptcharakter des Landbaues in der Stabilität besteht, so daß der Bauernstand am zähesten die hergebrachte Ordnung festhält und nicht selten mit Recht sogar der Indolenz, des Mißtrauens und des Widerstandes gegen jeden berechtigten Fortschritt bezichtigt wird, ist in der Industrie der herrschende Zug — die Mode. Die Macht der Mode geht so weit, daß sie nicht bloß den Geschmack der Konsumenten beeinflußt, sondern auch die Richtung der Organisation der Gütererzeugung lenkt. Dies gilt namentlich von der Frage, ob große Gewerbebetriebe nur ausschließlich von Privateigentümern ausgeübt werden sollen oder ob in gewissen Fällen nicht der kollegialische Betrieb oder sogar die Ausbeutung durch Korporationen oder den Staat zulässig oder vorteilhaft sei. Im vorigen und bis ins zweite Viertel dieses Jahrhunderts wurden auf dem europäischen Kontinent mit Vorliebe Staatsindustrieen gepflegt, in welcher Beziehung Frankreich den Ton angab. Im vorigen Jahrhundert ließen viele deutsche Fürsten z. B. Porzellanfabriken nach dem Vorbild von Sèvres errichten, welche aus Mangel an Rentabilität wieder eingingen. In manchen Ländern wurden Staatsdruckereien errichtet, Glashütten, Kohlenbergwerke und Eisenhütten für Rechnung des Staates erworben und betrieben, Staatsbanken gegründet. Mit der Überhandnahme der Aktiengesellschaft, welche, obwohl in Deutschland und Österreich aus Kuxen begründete Grubengesellschaften schon im frühen Mittelalter bestanden, doch hauptsächlich von England überkommen sind, wurde es Mode, die Teilnahme des Staates an der Industrie zu perhorreszíren. Die Ansicht, der Staat dürfe keine Industrie betreiben, weil er stets teurer und mit Schaden arbeite, wurde zum Schlagwort, das heute noch in parlamentarischen Kreisen umläuft.

Die Erfahrung, welche an zahlreichen Beispielen erwiesen werden kann, zeigt auch hierin, daß die Wahrheit in der Mitte liegt. Daß der Staat in gewissen Zweigen Tüchtiges leisten, z. B. Verkehrsanstalten trefflich verwalten kann, das beweisen die Post und der Telegraph. Daß die staatliche Ausübung einer Industrie ausnahmsweise sogar die besten Privatindustriellen übertreffen kann, das beweist z. B. die Verwaltung des königl. Hofbräuhauses in München, welches seit Menschengedenken durchschnittlich das beste Bier liefert und in der ganzen Reaktionszeit des bairischen Bieres von 1847—1881, in welcher die Dunkelbrauerei aus zu stark geröstetem Malze herrschte, nicht mitgemacht hat. Das Eigentum und der Betrieb der Eisenbahnen in Händen des Staates wahren, was auch Interessenten und einzelne Doktrinäre dagegen sagen mögen, das öffentliche Interesse besser als die Privatunternehmungen, denn Eisenbahnen erfordern so viel Kapital, daß sie in der Regel von einzelnen Privaten nicht unternommen werden können. Die Verwaltung von Aktiengesellschaften hat aber keinen Vorteil vor der des Staates, weil sie ebenfalls durch Beamte ausgeübt werden muß, welche in der Regel nicht so strenge beaufsichtigt werden als Staatsbeamte und überdies wegen gewisser Vorteile, die der Staatsdienst bietet, höher besoldet werden müssen. Die Hülflosigkeit der Aktionäre und ihrer Generalversammlungen ist ja leider nur zu bekannt. Außerdem gibt es aber auch durchschlagende innere Gründe, von denen wir nur drei anführen wollen. Beim System der Privateisenbahnen werden zuerst diejenigen Linien gebaut, welche die bevölkertsten und reichsten Gegenden durchziehen und folglich den meisten Ertrag liefern. Sobald das Eisenbahnnetz aber vervollständigt werden soll, die neu zu bauenden Linien aber keinen sichern Ertrag versprechen, kann pflegen Privatgesellschaften sich erst zum Bau zu bequemen, wenn ihnen eine Subvention seitens des Staates, der Provinzen oder Adjazenten in Gestalt von Zinsengarantie, Kapitalzuschuß, Aktienbeteiligung, Landschenkung oder andern Leistungen zugesagt wird. Diese Opfer kann der Staat sich ersparen, wenn er von vornherein im Besitz der Eisenbahnen bleibt, wo er den Ausfall der schlechten Linien mit dem Überschuß der guten decken kann. Welche Wohlthat würde es z. B. für den österreichischen Staat gewesen sein, wenn er gleichzeitig Eigentümer der Westbahn und Nordbahn gewesen wäre. Der zweite Grund ist der, daß der Staat durch die Zentralisation der

Verwaltung des ganzen Netzes große Kosten am obern Verwaltungspersonal ersparen kann, da er keine dotirten Verwaltungsräte braucht. Auch wird unter dieser Verwaltung durch die zweckmäßige Einrichtung der Züge und des Tarifs nicht unbedeutend gespart, da nutzlose Konkurrenzzüge wegfallen. Drittens werden beim System der Staatsbahnen Tarifkriege und Eisenbahnkrisen verhütet, welche schon so häufig große Handelskrisen verursacht und viel Unheil angerichtet haben. Wurde doch schon in den ersten Jahren der Verstaatlichung der preußischen Bahnen das Reineinkommen um rund 20 Millionen vermehrt. Diese kurze Darlegung allein genügt, um die Oberflächlichkeit jenes Schlagwortes nachzuweisen. In England und Frankreich hatte man lange Zeit den Versuch gemacht, einen Teil des Postdienstes, nämlich die Paket- und Personenbeförderung, Privatunternehmungen zu überlassen, allein die unaufhörlichen Klagen des Publikums über schlechte Bedienung sowie das gute Beispiel der deutschen und österreichischen Einrichtungen hat endlich doch dahin geführt, daß der Staat diesen Dienst übernahm.

In einem Zweige des Verkehrs ist die Einmischung des Staates unentbehrlich, nämlich bezüglich der Zettelbanken. Unter den Sachverständigen herrscht in dieser Hinsicht keine Meinungsverschiedenheit, daß die vorteilhafteste und sicherste Einrichtung die Zentralisirung der Note ist, geschehe dies mittels einer einheitlichen Staatsbank oder der unter der Spezialaufsicht des Staates stehenden einzigen Anstalt oder in einer die Note zentralisirenden Organisation, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Daß sogar Staatszettelbanken zulässig sind, das beweist eine Anzahl von Kantonalbanken in der Schweiz sowie die Russische Reichsbank, welche bisher zu keinem Bedenken Anlaß gegeben haben. Die frühere Abneigung gegen Staatsinstitute dieser Art rührte von dem Mißbrauche her, welcher in frühern Zeiten von seiten mancher Regierungen mit der unbeschränkten Notenausgabe gemacht wurde, die jederzeit zum Zwangskurs, zur Verschlechterung der Valuta und zur Steigerung der Preise geführt hat. Seitdem hat aber die Finanzgeschichte gezeigt, daß diese Zerrüttung der Umlaufsmittel ebenso arg ohne Zentralisation des Zettelwesens bei vollständiger Bankfreiheit einreißen konnte, wozu ein Blick nach Amerika genügt. Korruption reißt leichter in Aktiengesellschaften als im Staate ein.

Den stärksten Beweis für die Fähigkeit des Staates, schwierige Einrichtungen zu organisiren und zu handhaben, liefert die Verwaltung

und Führung der Heere und der Kriegsflotte. Es gibt weder eine Wissenschaft noch eine Industrie, welche es mit so kostbarem Material zu thun hat, die so viel Opfermut, Thatkraft, Scharfsinn und Geistesgegenwart erfordert, als die Heeresleitung. Dieser Verwaltungszweig genügt allein, den Gemeinplatz, daß der Staat stets schlecht und teuer arbeite, zu widerlegen. Natürlicherweise wollen wir diese Thatsache nicht bis ins Extrem verfolgen, weil wir zuletzt am sozialistischen Staat oder an der Absurdität der Gütergemeinschaft anlangen würden. Est modus in rebus. Es gibt ein gewisses Maß in allen Dingen, welches allein das Richtige trifft. Der Staat soll mit seiner Thätigkeit nur da eingreifen, wo die Privatunternehmung unzureichend ist oder wo das Privatinteresse das Gemeinwohl schädigt. Gleichwie es in der Landwirtschaft und Industrie sowie auch im Handel eine Grenze gibt, über welche hinaus eine weitere Betriebsausdehnung zum Schaden führt, weil es der leitenden Stelle nicht mehr möglich ist, alles zu sehen und zu überwachen, so können auch dem Staate nicht mehr Geschäfte überwiesen werden, als dessen Beamte zu leisten vermögen. Die beiden diametral einander entgegenstehenden Überzeugungen des vollständigen Ausschlusses des Staates von jeder Verkehrs- oder Erwerbsleistung und der Absorbirung des Privatgeschäfts durch den sozialistischen und kommunistischen Staat sind als Extreme eine so unhaltbar als die andere.

In manchen Richtungen ist die öffentliche Aufgabe des Staates von der eigentlichen Erwerbsthätigkeit gar nicht zu trennen. Wir brauchen nur an die Forstwirtschaft zu erinnern. Es ist heute eine unangefochtene Wahrheit, daß die Pflege der Forstwirtschaft einer der wichtigsten oder vielleicht der wichtigste Faktor zur Erhaltung der Fruchtbarkeit des Landes ist. Das Schicksal der südeuropäischen und kleinasiatischen Länder hat gezeigt, daß durch die Zerstörung des Waldes die fruchtbarsten Gegenden in Wüsteneien verwandelt werden können. Denn bekanntlich hält der Wald teils die Niederschläge auf, teils absorbirt er dieselben so, daß sie einerseits langsamer und in regelmäßiger Verteilung in ihren Rinnsälen dem Meere zufließen und andernteils durch die Verdunstung und lokalen Niederschläge dem Lande Feuchtigkeit zuführen, welche die Fruchtbarkeit des Bodens nährt. Werden die Wälder hingegen verwüstet oder gänzlich ausgerodet, dann strömen die Regengüsse unaufhaltsam in die Rinnsäle mit solcher Schnelligkeit und Fülle, daß sie Erde und Gestein mit sich reißen, große Überschwemmungen verursachen und das fruchtbare Land streckenweise verwüsten. Im Hinblick auf diese betrübenden Erscheinungen ist es Pflicht jeder gewissenhaften Regierung, durch geeignete Vorsichtsmaßregeln den Eintritt solcher Katastrophen zu verhüten, und dazu gehört besonders die Pflege der Forstwirtschaft, namentlich im Gebirge, wo den Verwüstungen der atmosphärischen Niederschläge durch Thalsperren und Pflegung des Hochwaldes vorgebeugt werden muß. In diesem Sinne die Fruchtbarkeit des Landes dauernd zu erhalten, ist nur der Staat geeignet. Das Privatinteresse ist zu kurzsichtig, um seine Waldungen im öffentlichen Interesse gegenüber den Lockungen des Geldgewinnes zu erhalten, oder, wo diese fehlen, kostspielige Anlagen zur Konservirung des Forstbestandes zu machen; hier kann nur durch die Staatsgewalt geholfen werden. Am besten ist es, wo der Staat sämtliche Forsten als Eigentum behalten hat, welche er dann je nach dem Klima nach ungefähr 70—100jährigem Turnus als Hochwald bewirtschaftet. Er ist dann gleichzeitig in einer Erwerbsthätigkeit begriffen, bei welcher die letztere allerdings Nebensache, das Konserviren des Landes aber Hauptsache ist. Da aber, wo die Gemeinden, Korporationen oder Privaten einen Teil oder sämtliche Waldungen in Besitz genommen haben, muß der Staat im Interesse der Landeskultur gesetzlich ein Überwachungsrecht geltend machen, durch welches den Waldeigentümern die unbedingt freie Verfügung über ihren Besitz entzogen und das Abholzen oder Durchforsten nur unter Aufsicht und Genehmigung der Forstbehörde erfolgen darf, wie dies in allen neuern verbesserten Gesetzgebungen festgestellt ist, aber leider oft nicht streng genug gehandhabt wird.

Im engen Zusammenhang mit der Forstwirtschaft steht die Pflege des Wasserwesens, die Instandsetzung der Rinnsäle, die Regulirung der Bäche, Flüsse, Ströme, Teiche, Seen, sowohl zum Schutz gegen Überschwemmungen als zur Förderung der Binnenschiffahrt; die Anlegung von Kanälen, Be- und Entwässerungseinrichtungen, um das Netz der natürlichen Wasserstraßen zu vervollständigen und den Segen des Wassers sowohl für den Transport als für die Befruchtung des Bodens über das ganze Land zu verbreiten. Der Staat hat hier die Pflicht, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln in dieser Richtung aufmunternd zu wirken, zur Bildung von Gesellschaften anzueifern und, wo dies nicht geschieht, sogar mit eignen Mitteln Kanäle zu bauen und ödes Land durch Bewässerungsanstalten zu befruchten und an die Meistbietenden zu verkaufen.

Der Staat kann also Verkehrsanstalten und solche gewerbliche Anlagen, mit welchen keine Spekulation verknüpft ist, ebenso gut und billig wie Private und besser als Aktiengesellschaften betreiben. Nur solche Geschäfte passen nicht für ihn, bei welchen das aleatorische Element vorherrscht oder welche der Mode unterworfen sind. Post, Telegraphen, Telephone, Eisenbahnen, Kanäle, Schiffahrtslinien, Bergwerke, Kriegswerkstätten, Zettelbanken passen also sehr gut in den Bereich des Staates. Mit Landwirtschaft, Handel und Industrie dagegen sollte der Staat in der Regel sich nicht befassen. Hingegen lassen sich auch hier Fälle denken, wo es im Interesse des Gemeinwohls liegt, daß der Staat Versuchsanstalten oder Musteranstalten errichtet, welche der großen Menge der Produzenten zum Vorbild dienen. In der That sehen wir auch in den meisten Kulturstaaten außer der staatlichen Pflege der Forstwirtschaft landwirtschaftliche Versuchs- und Musteranstalten, Gestüte zur Veredlung der Pferdezucht, chemische Versuchsanstalten errichten. Namentlich hat der Staat in neuester Zeit die Initiative ergriffen, um durch Lehre und Vorbild der Hausindustrie wie dem Kunstgewerbe in namhafter Weise unter die Arme zu greifen, wovon die organischen Einrichtungen in Österreich-Ungarn, im Deutschen Reiche, in Frankreich und in England Zeugnis ablegen. In neuester Zeit hat die ungarische Regierung sogar einen Eingriff in den Handel gethan, um durch Errichtung eines Landesmusterkellers der Engherzigkeit der Weinhändler, welche Ungarweine unter fremder Etikette verkaufen, entgegenzuwirken und den gerechten Ruf der Ungarweine zu verbreiten.

Noch eine Aufgabe und Pflicht des Staates besteht endlich darin, eine angemessene Verteilung der öffentlichen Arbeiten zu bewirken, zumal durch eine solche ebensosehr das Gemeinwohl wie das Interesse des Fiskus gewahrt werden kann. In außerordentlichen Zeiten, wo infolge ungewöhnlicher Ereignisse eine starke Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten ist, die Geschäfte stocken, Arbeiter auf kurze Zeit und verkürzten Lohn gestellt werden oder sogar beschäftigungslos umherirren, ihren Notpfennig verzehren, ihre Habe verpfänden oder der Armenpflege zufallen, — da ist es Aufgabe des Staates, einen höhern Anteil als gewöhnlich an den ihm obliegenden öffentlichen Arbeiten vollführen zu lassen. Er stiftet dadurch mehrfachen Nutzen. Er gibt nicht nur mäßigen Arbeitern

lohnende Beschäftigung und entzieht sie dem Elend und der Verführung des Müßiggangs, sondern er macht auch eine nationalwirtschaftliche Ersparnis, da jene Arbeiter während der Beschäftigungslosigkeit dennoch, wenn auch zum Teil, auf öffentliche Kosten ernährt werden müssen, während sie bei öffentlichen Arbeiten ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Drittens hat die Staatskasse selbst einen Nutzen, weil in solchen Zeiten die Löhne und Preise der Materialien am niedrigsten zu sein pflegen, so daß also die Herstellung öffentlicher Arbeiten geringern Kostenaufwand verursacht, als wenn der Staat jahraus jahrein einen gleichen Teil öffentlicher Arbeiten ausführt oder gar solche in Perioden hochflutender Spekulation unternimmt, wo die Preise und Löhne am höchsten stehen. In dieser Hinsicht sind mit dem Bau von Eisenbahnen in solchen Perioden des wirtschaftlichen Aufschwungs viele Mißgriffe geschehen und die Kosten überflüssig erhöht worden. Andererseits wäre z. B. in der Epoche der Geschäftslähmung, welche im Winter 1885—86 ihren Gipfelpunkt erreichte, der richtige Moment gewesen, um zu umfassenden öffentlichen Arbeiten zu schreiten, z. B. lange vernachlässigte Strom- und Flußregulirungen vorzunehmen, den Bau von Kanälen in die Hand zu nehmen, die Verbindung der mitteleuropäischen Ströme endlich anzubahnen, durch welche allein unsere Landwirtschaft in den Transportkosten auf gleichen Fuß mit den Nordamerikanern gestellt werden kann.

In analoger Weise muß den Gemeinden ein größerer Spielraum bei der Einrichtung öffentlicher Anstalten zur Förderung des Verkehrs, des Wohlbefindens oder anderer Interessen ihrer Bevölkerung eingeräumt werden. Hätten die Gemeindeverwaltungen der europäischen Städte das Interesse ihrer Pflegebefohlenen besser zu wahren verstanden, so würde ein großer Teil der Renten, die heute in die Taschen englischer Aktionäre fließen, den städtischen Finanzen zugute kommen. Das Kapital der englischen Gasgesellschaften allein erreicht die Summe von 12 000 Millionen Mark und der Teil davon, der in Städten des Kontinents angelegt ward, hat während eines halben Jahrhunderts 10—20 % Zinsen abgeworfen, während die Bewohner der Städte genötigt waren, in der langen Zeit für das Gas den doppelten Preis dessen zu zahlen, was die Verwaltungen einzelner Städte, die klüger gewesen waren, ihren Einwohnern für diesen Beleuchtungsstoff berechnen. Heute stehen wir vor einer ähnlichen Bewegung in Hinsicht auf

das elektrische Licht. Warum sollen nur englische, belgische oder französische Gesellschaften in Deutschland und Österreich-Ungarn den Gewinn einstreichen, den die unaufhaltsam um sich greifende Einrichtung städtischer Wasserwerke, Stadtbahnen, Tramways, hydraulischer, pneumatischer oder elektrischer Triebkraftübertragungsanstalten und dergleichen in steigendem Maße bringen werden? Wenn die Verwaltungen der europäischen Städte gleich beim Beginn der Ära der neuen Erfindungen aufgeweckter gewesen wären, so hätten sie mit der Selbstregie ihrer Beleuchtungs-, Wasserversorgungs- und Lokomotionsanstalten — darauf haben wir schon vor 25 Jahren und speziell auch z. B. beim Kongreß deutscher Volkswirte 1863 zu Dresden gedrungen — einen solchen Überschuß erzielen können, daß sie heute einen großen Teil ihrer Ausgaben damit decken und die Bevölkerung von der Verzehrungssteuer, wo sie noch besteht, befreien könnten. Noch heute tragen viele Tramways 10 % Dividende; auch von jetzt an wäre es nicht zu spät, das Verlorene wieder einzuholen und von der Ausbeutung durch ausländische Gesellschaften sich zu befreien, weil wir in der städtischen und häuslichen Einrichtung einer großen und heilsamen Umwälzung entgegengehen, deren Umrisse schon an einzelnen Vorboten zu erkennen sind. Durch das Aufkommen und Umsichgreifen der elektrischen Beleuchtung fangen die Gasproduzenten schon jetzt an, nach einem Ersatz sich umzusehen, welcher in der vermehrten Anwendung des Gases als Heizmaterial und Wärmequelle im Haushalt besteht. Schon heute ist eine ganze Reihe von Apparaten konstruirt, welche geeignet sind, sowohl in der Küche wie in der Wohnung das Holz und die Kohle sowie andere Brennstoffe durch das reinliche Gas zu ersetzen, und es wird die Zeit kommen, wo in sämtlichen Städten die Heizung der Küchen und Wohnungen nur durch Gas wird bewerkstelligt werden. Dem Beispiel vieler Städte, welche sich Hochquellleitungen und andere Wasserwerke selbst beschaffen, werden allmählich sämtliche Städte Europas folgen; ebenso werden alle Städte, bis zu einer gewissen Größe herab, sich Pferdebahnen und mechanische Tramways einrichten. Bis jetzt bestehen Zentralheizungen nur in einzelnen Städten oder Stadtteilen; ebenso sind die Übertragungen von Triebkraft erst noch vereinzelt, sei es daß, wie in Schaffhausen, die Kraft des Rheinfalls, die Wasserkraft eine Stunde weit übertragen wird, sei es daß pneumatische, elektrische oder hydraulische Transmissionen angewendet werden. Die

letztere ist seit einigen Jahren in Hull in England und in neuester Zeit auch in einem Teil von London mit glänzendem Erfolg eingerichtet worden. Diese und ähnliche Einrichtungen werden mehr oder weniger in allen größern Städten sich Bahn brechen. Die städtischen Verwaltungen haben daher fortwährend vermehrte Gelegenheit, den Finanzen ihrer Geweinwesen aufzuhelfen.

Auch die ländlichen Gemeinden sind in dieser Hinsicht nicht von jeder Gelegenheit entblößt; denn sie können durch Anschaffungen und gemeinschaftliche Benutzung von Dampfdreschmaschinen und andern landwirtschaftlichen Apparaten, in Weinbaugegenden durch Erbauung gemeinsamer Gärlokalitäten und Keller sowohl ihren Angehörigen einen großen Vorteil erweisen als sich selbst eine Finanzquelle eröffnen.

Bergbau und Hüttenwesen.

Der Bergbau war schon in früherer Zeit sowohl wegen der Gewinnung der Metalle zur Bereitung der Bronze d. h. des Kupfers und des Zinnes allgemein beliebt, als auch namentlich zur Gewinnung der Edelsteine und der Edelmetalle, insbesondere des Silbers und Goldes. Obgleich gerade in der neuern Zeit die kolossalsten Funde dieser letztern Mineralien besonders in Kalifornien, Australien, Rußland und Südafrika gemacht worden sind, so sind es doch nicht gerade diese Produkte des Bergbaues, aus denen die Erwerbsthätigkeit der Menschen am meisten Nutzen zieht, sondern die Kohle und das Eisen. Wennschon der deutsche Bergbau bereits im frühen Mittelalter berühmt war und deutsche Bergleute überallhin gesucht wurden, so hatten dieselben doch gerade die Steinkohle merkwürdig vernachlässigt, und ist in dieser Hinsicht den Engländern ein Anstoß zu verdanken, welcher der ganzen zivilisirten Welt eine neue Gestalt verliehen hat. Zur Zeit, als in Großbritannien der Hochofenbetrieb bereits mittels Zylindergebläse eingerichtet, die mittelalterlichen Blasbälge verdrängt wurden, die Erfindung des Dampfhammers samt den alten Hochöfen auch die Stabhämmer absetzte und seit den 1820er Jahren ein altes Eisenwerk nach dem andern auf dem europäischen Kontinent zugrunde ging, hatten unsere Geologen und Bergleute im Lande der Entstehung ihrer Wissenschaft keine Ahnung, daß auch in Mitteleuropa noch ungeheure ungehobene Schätze an Steinkohlen sich befinden, mit welchen die Reichtümer an Eisenstein, wenn sie diesem Mineral auch gerade nicht so nahe liegen wie der Blackband in Großbritannien, in eben solchem Umfang ausgebeutet werden können, wie in jenem tonangebenden Lande. Daher dauerte es bis Anfang der 1850er Jahre, nachdem auf

dem Kontinent zuerst Belgien vorangegangen war, daß zuerst im Saargebiete, in Rheinland und Westfalen, dann in Schlesien, Böhmen, Mähren, in Ungarn und Siebenbürgen Kohlengruben, Eisenwerke und Stahlhütten nach und nach auf dem englischen Fuß gegründet wurden und zu gleicher Blüte sich emporschwangen wie der Durchschnitt der britischen Werke. Wie in dieser Beziehung große Reichtümer bis vor kurzem ungenutzt verborgen lagen, so mögen auch noch manche andere Mineralschätze der Erlösung harren. Im Verhältnis zur Verbesserung der Kommunikations- und Betriebsmittel sowie der Ausbildung des Hüttenprozesses können auch in den weniger industriellen Ländern Europas noch zahlreiche Quellen des Reichtums erschlossen werden. In den Karpathen, auf der Balkanhalbinsel, in Rußland und in den skandinavischen Gebirgen haben Geologen bereits die Spuren großer Schätze an Gold, Silber und andern seltenen Metallen gefunden, welche dem Unternehmungsgeist noch einen weiten Spielraum gewähren. Die Gebirge Amerikas und Asiens sind erst zum kleinsten Teil erschlossen, während Afrika und Neu-Guinea fast noch jungfräuliches Land in dieser Hinsicht sind. Kaum 40 Jahre sind verflossen, seitdem das Steinsalzlager bei Staßfurt erbohrt und die Gewißheit gewonnen wurde, daß in jener Gegend eine 5000 Fuß mächtige Schicht von Steinsalz und für Landwirtschaft und Industrie wichtigen Kalisalzen in einem Umfang von 25 deutschen Quadratmeilen vorhanden ist. Kaum 30 Jahre ist es her, daß die Petroleumquellen Pennsylvaniens erbohrt wurden, und welcher Umschwung hat sich seitdem in der Hausbeleuchtung vollzogen, vom Schloß bis zur ärmsten Hütte! Und doch vergingen zwei Jahrzehnte, bis man in Rußland daran dachte, die viel reichern Quellen von Baku, wo seit Jahrhunderten das „ewige Licht“ der Bekenner der Lehre Zoroasters leuchtete, nach amerikanischem Maßstabe auszubeuten. Noch heute ist die Gewinnung des Steinöles des damit reich begabten Galiziens nicht geschäftsmäßig nach jenem Vorbilde geordnet, während bereits in verschiedenen andern Gegenden Deutschlands, Österreichs und Rußlands neue Lager erschlossen werden. Im Verhältnis zum rationellen Ausbau des europäischen Fluß- und Kanalsystems, welcher gerade im Mittelpunkte der nach verschiedenen Richtungen ausmündenden Ströme fehlt, werden auch noch andere Stoffe der Erdkruste, wie Torf, Hausteine, insbesondere Marmor, Asphalt, eine immer zahlreichere Verwendung finden.

In vielen Ländern fehlt es bei der richtigen Ausbeute dieser Erwerbsquelle noch an der zweckmäßigen Berggesetzgebung, in welcher in neuerer Zeit Preußen mit gutem Beispiel vorangegangen ist.

Der Bergbau hat in der neuesten Zeit viel größere Wichtigkeit für die Volkswirtschaft im allgemeinen gewonnen, weil infolge der Fortschritte in der Chemie und Mechanik, insbesondere die bei den großen Tunnelbauten erlangten Verbesserungen in der Sprengung des Gesteins durch Diamantbohrer, pneumatische und hydraulische Triebkraft, Dynamit, verbesserte Wasserhebmaschinen und elektrische Beleuchtung das Hüttenwesen die Erzeugnisse des Bergbaues so massenhaft bearbeiten und diese Massenproduktion so rasch vermehren kann, daß es neben großen Wohlthaten auch große Gefahren mit sich bringt, welche auf der Schneide des Schwertes liegen. Kraft der neuern Vervollkommnungen des Hochofenprozesses sowie namentlich der Stahlbereitung sind die Eisenindustriellen der tonangebenden Gegenden, wie das Jahr 1872 bewiesen hat, imstande, ihre Werke und deren Erzeugung in, wie schon oben erwähnt, einem Jahr zu verdoppeln. Dadurch wird das notwendigste Hülfsmaterial aller menschlichen Erwerbsthätigkeit, Eisen und Stahl, allerdings auf einen Preis herabgedrückt, von dem man früher keine Ahnung hatte und der in grellem Kontrast steht zu dem Steigen des Preises der animalischen Lebensmittel und anderer Gegenstände zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Auf der andern Seite besteht die Gefahr, daß die Leichtigkeit der Ausdehnung des Betriebes zur Überproduktion führt, welche wieder mit Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, mit Krisis und Geschäftsstockung endet. Wegen der Leichtigkeit der Übertreibung muß der Staat sehr vorsichtig in denjenigen Gesetzen und Anordnungen sein, welche diesen Zweig der Großindustrie betreffen, und nicht durch Spezialbegünstigung die Unternehmungslust desselben aufmuntern. Namentlich sind daher in dieser Hinsicht Schutzzölle und Exportprämien von Übel. Wenn der Staat in Zeiten der Geschäftsbedrängnis ein wirtschaftlich konservativem Interesse eine Unterstützung gewähren zu müssen glaubt, so thut er dies viel zweckmäßiger, indem er Transporterleichterungen auf den Eisenbahnen erwirkt oder selbst Eisenbahnen baut oder die Frachtsätze durch Vervollkommnung der Binnenschiffahrt ermäßigt.

Beim Bergbau hängen manche Erfolge auch vom Zufall ab. Heute haben die Gold- und Silberbergwerke Kaliforniens und Australiens

keinen so großen Vorteil mehr, als am Anfang, wo sie nur die Alluvialschichten auszubeuten brauchten. Heute, wo sie mittels Tiefbaues in die Quarzschichten eindringen müssen, wo große Kapitalien zum Betrieb durch Gesellschaften aufgebracht werden müssen, haben sie keinen großen Vorsprung mehr vor den russischen und manchen europäischen Werken. In Newada sind Schachte bis zu einer Tiefe von 3000 Fuß getrieben worden. Bei einer solchen Tiefe würden auch in Europa noch viele Goldbergwerke den Abbau lohnen. In dieser Hinsicht möchten wir darauf aufmerksam machen, daß Österreich-Ungarn im Gebiete der Sudeten, Alpen und Karpathen, namentlich im Banat viele goldhaltige Quarzschichten führt, daß Gold- und Silberbergwerke schon von den Römern betrieben und durch das ganze Mittelalter erhalten wurden und viele heute noch abbauwürdige Gruben nur während der Protestantenverfolgung eingegangen sind, während heute noch 130 Gold- und 210 Silbergruben in Ungarn allein in Betrieb sind, aber nicht mit genügendem Kapital und nicht tief genug ausgebeutet werden. Für das westliche Kapital wäre daher sowohl im Bergbau auf Edelmetall wie in der rationellen Ausbeute des fruchtbaren Bodens eine ergiebige Quelle des Reichtums in Ungarn, dem nur das Betriebskapital und die Verstärkung an technischen Meistern fehlt, um es zu einer wahren Fundgrube umzugestalten.

Fabrikindustrie.

Die Gefahren der Leichtigkeit der Überproduktion, welche wir bei den Eisenwerken beobachten, wiederholen sich bei allen denjenigen Großindustrieen, welche ihren Betrieb in großen geschlossenen Anstalten mit Werkzeug-, Fabrikations- und Triebmaschinen eingerichtet haben, insofern sich die letztern leicht und rasch vermehren lassen und eine verhältnismäßig unbeschränkte Menge von Rohstoff zu Gebote steht sowie die genügende Zahl geschickter Arbeiter vorhanden ist oder neue Gehülfen nach der Natur der Fabrikation in kurzer Zeit eingeschult werden können, wie dies z. B. bei Baumwollspinnereien der Fall ist. Es gilt dies also bei Maschinenfabriken, Wagenbau-Anstalten und andern Holzbearbeitungswerkstätten, bei Zuckerfabriken, Brennereien und Bierbrauereien, bei Spinnereien und Webereien, welche mit der Verarbeitung von Baumwolle, Leinen, Jute, Seide, Ramch, Nessel oder Kokosfaser beschäftigt sind. Auch die Papierfabrikation ist, seitdem der Löwenanteil des Rohstoffes aus Holz besteht, einer fast unbegrenzten raschen Vermehrung der Produktion fähig. Dieser ganzen Kategorie der Großindustrie sind noch zwei Züge eigen, welche die natürliche Neigung zur Überproduktion nähren. Der eine besteht darin, daß die Direktion dieselbe bleibt, wenn auch der Betrieb vergrößert wird, d. h. daß auch der vermehrte Betrieb unter der gleichen geschickten und erfahrenen Oberleitung steht, oder daß da, wo es sich um die Gründung neuer Anstalten handelt, die leitenden Kräfte leicht aus den den Direktoren der ältern Werke zur Seite stehenden Stellvertretern und Gehülfen ausgehoben werden können. Die andere Eigenschaft ist die, daß die Vertreter gerade der soeben gekennzeichneten Großindustrie diejenigen sind, welche am öftersten und nachhaltigsten,

am zudringlichsten und am erfolgreichsten die Hülfe des Staates in Gestalt von Schutzzöllen zu verlangen pflegen. So oft diese Herren, welche neben den Großgrundbesitzern, den Bankiers und Großhändlern als die wohlhabendste Klasse der Bevölkerung zu betrachten sind, sich in der Auswahl bei der Einführung eines neuen Industriezweiges in einer Gegend geirrt haben, indem deren Verhältnisse nicht so günstig sind, um ihren Konkurrenten in andern Ländern und Gegenden standzuhalten, oder wenn sie, verlockt durch glänzenden Gewinn, die Produktion so vergrößert haben, daß der Absatz stockt oder der Preis sinkt, dann soll der Staat für ihre Fehler herhalten und die große Masse der Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit ärmer ist als die Fabrikanten, aus ihrer Tasche für das Defizit derselben einstehen. Dieses Verlangen ist also sowohl unbillig als unklug, weil die Volkswirtschaft des Staates auf die Dauer dadurch Schaden leidet. Warum soll der Staat oder mit andern Worten die Masse der Steuerzahlenden für die Fehler einzelner Unternehmer oder Unternehmerklassen einstehen, wenn sie nicht die Umsicht, Geschicklichkeit und Energie besitzen, um ihren Gewerbebetrieb so billig einzurichten wie ihre Konkurrenten oder ebensogute Erzeugnisse zu liefern wie das Ausland. Dieselben sind nur berechtigt, sich an den Staat zu wenden in solchen Fällen, wo die Gesetzgebung oder die Verkehrsmittel dem Inländer größere Hindernisse in den Weg legen als ihren ausländischen Konkurrenten. Wenn Unternehmer in einem kapitalarmen Lande solche Industriezweige einführen wollen, welche außergewöhnlich große Geldmittel erfordern und namentlich auf billiges Kapital gegründet werden müssen, wenn andere solche Zweige wählen, die niedrigen Arbeitslohn erfordern, in einem Lande, wo die Löhne sehr hoch stehen, wenn dritte einen Gewerbszweig einführen wollen, der außerordentlich geschickte Arbeiter und ein kunstsinniges Publikum erfordert, in einem Hirten- oder Ackerbaustaat, so müssen solche Unternehmungen zugrunde gehen, auch wenn der Staat sie durch Schutzzölle erhalten wollte. Freilich hüten sich die Unternehmer in der Regel wohl, den wirklichen Fehler einzugestehen. Gewöhnlich werden als treibendes Motiv für diese Forderungen die Arbeiter vorgeschoben. Unter diesem Schlagwort trat schon in der alten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche der Sachse Eisenstuck in einem förmlich wehklagenden, ja, heulenden Tone für das Schutzzollsystem ein. Mit solchen Redensarten wissen die Herren, welche sich

bei den maßgebenden Staatsmännern leichter Gehör zu verschaffen verstehen als die große Masse der Bevölkerung, die in ihrer Majorität der Natur noch indolent ist, die Gesetzgeber in den meisten Staaten zu gewinnen. Nur die Schweiz und Großbritannien machen eine Ausnahme; die erstere erhebt nur geringe Finanzzölle und England hat seine Zölle auf bloß acht Artikel des Konsums, die im Inlande nicht erzeugt werden, reduzirt, nämlich auf die Eingangszölle von Thee, Wein, Kaffee, welche zusammen allein fast 22 Millionen Pfund Sterling einbringen, auf Tabak, Rosinen, Trauben, Spiritus und Kakao oder Chokolade. Im Jahre 1884 betrug die Summe dieser Zölle in Verbindung mit den Verzehrungssteuern für die im Inlande erzeugten Spirituosen und Biere die Summe von 46½ Millionen Pfund. Allerdings lassen sich die englischen Zustände nicht so leicht auf andere Länder übertragen, weil solche manchmal diese Artikel selbst erzeugen und sich auch nicht so leicht gegen Schmuggel schützen können wie das meerumflossene Großbritannien. Indessen ist der jetzige rationelle Wirtschaftszustand in Großbritannien das Produkt einer langen Aufklärungsarbeit, der es gelungen war, die Majorität der Wähler auf die Dauer zu gewinnen, so daß nicht bloß die leitenden Staatsmänner die unerschütterliche Überzeugung von der Richtigkeit des jetzt herrschenden Freihandelsprinzips gefaßt haben, sondern auch die konservative Partei ihren aus dem Sonderinteresse genährten Widerstand — denn durch die Aufhebung der Kornzölle haben die Grundbesitzer große Verluste erlitten — praktisch und prinzipiell für immer aufgegeben zu haben scheint, da die Landwirte nicht einmal gegenüber der neuen wachsenden Konkurrenz der russischen, amerikanischen und indischen Weizenproduzenten, von welcher sie in erster Linie betroffen werden, die Wiedereinführung des Schutzzolles zu fordern wagen. Denn das Sonderinteresse an und für sich ist auch in England nicht ausgestorben und ruft aus dem Schoße einzelner Industriezweige heraus, denen deutsche, österreichische und schweizerische Konkurrenz auf den Leib gerückt ist, unter dem beschönigenden Sprichwort von „fair trade“ ebenfalls wieder nach Schutzzöllen.

Wir haben schon oben erklärt, daß die heutige Wirtschaftspartei weit entfernt davon ist, unter dem Freihandelsprinzip die völlige Niederreißung aller Schlagbäume zu verlangen. Selbst die radikalen Freihändler sind heute mit Finanzzöllen zufrieden. Wir haben gesagt,

nichts gegen den Bestand eigentlicher Wirtschaftszölle zu haben, bei welchen nicht der höchste finanzielle Ertrag maßgebend ist, sondern nebenbei auch die Rücksicht auf die ungestörte Dauer der inländischen Gütererzeugung angesichts wirtschaftlicher Umwälzungen oder aleatorischer Spekulationen des Auslandes. Allein bei diesem Zugeständnis muß ein strenges Maß eingehalten werden. Das ist aber gerade die große Gefahr bei allen Einräumungen an die Schutzzollpartei, daß sie, wenn sie den kleinen Finger erlangt, gleich die ganze Hand haben will, überhaupt unersättlich ist. Diese Erfahrung wird jedesmal gemacht, so oft man sich zu Transaktionen herbeigelassen hat. Der Gegenstand ist so wichtig, daß wir ihn an einigen Beispielen erläutern müssen. Vor der Einführung der Eisenbahnen bestand in Frankreich bei den Stellwagen- oder Diligencegesellschaften eine große Konkurrenz; da die Post nur die Briefe beförderte und die Briefpostkuriere nur je einen Passagier mitnahmen, so war die ganze Personen- und Paketbeförderung der Privatindustrie überlassen und bot daher dem Unternehmungsgeist ein großes Thätigkeitsgebiet. Von Zeit zu Zeit nun, so oft eine neue Gesellschaft sich aufthun oder eine alte sich vergrößern wollte, entstand ein Wettkampf um Sein oder Nichtsein, währenddessen die Fahrtaxen oft unter den Selbstkostenpreis herabgesetzt wurden, und der solange fortgesetzt wurde, bis die weniger bemittelten Gesellschaften zugrunde gerichtet waren. Sobald diese ihre Fahrten dann eingestellt, schraubten die übrigen Kompanieen ihre Taxen auf eine solche Höhe, daß sie den erlittenen Verlust wieder einbrachten. In ähnlicher Weise verfahren jetzt einige englische und amerikanische Erwerbszweige gegenüber dem europäischen Kontinent. Die englischen Kohlengruben verkauften jahrzehntelang die Tonne guter Steinkohle, deren Preis in Großbritannien auf 30 Shilling stand, in den Häfen der Ostsee um 18 Shilling, d. h. ungefähr zu den Selbstkosten, um damit die Konkurrenz der oberschlesischen Kohle, deren Qualität zur Zimmer- und Küchenheizung ersten Ranges ist, indem sie fast wie Buchenholz zu weißer Asche verbrennt, von den Ostseehäfen abzuwehren. Im Nordwesten der Vereinigten Staaten, wo sich ungeheure Strecken waldfreies Prärieland, das bei kaum 20 Zentimeter Humus sofort unter den Pflug genommen werden kann, befindet, ist die plötzliche Vermehrung des Getreidebaues so leicht, daß während des letzten Dezenniums Jahre vorgekommen sind, wo das Weizenland auf einmal um mehr als eine

Million Acres vermehrt worden ist. Vor kurzem wurde gemeldet, daß infolge des Rückganges des Preises, bei dem auch die dortigen Landwirte nicht mehr auf die Selbstkosten kommen, im Frühjahr 1885 gegen drei Millionen Acres weniger mit Weizen bestellt worden waren als im vorhergegangenen Jahre. In Dakota und Manitoba gebe es viele Tausende von enttäuschten Familien, unter denen eine wahre Rückwanderungsseuche ausgebrochen sei. Man erwartete daher, daß die Weizenernte in den Vereinigten Staaten im Jahre 1885 um 100 Millionen Bushels d. i. um ein Fünftel zurückgehen werde. In der That war dieselbe sogar um 150 Millionen Bushels geringer.

In der Großindustrie haben wir überall die Erscheinung, daß die Fabriken zweierlei Engrospreise halten, höhere für den inländischen Verbrauch und niedrige für den Export. Je mehr sogar gewisse Großindustriezweige durch hohe Eingangszölle geschützt sind, desto mehr pflegen sie mit dem Preis ihrer Ausfuhrartikel herabzugehen, um sie dann wieder zu erhöhen, wenn die ausländische Konkurrenz erdrückt ist. Unserer Überzeugung nach hat der Staat das Recht, gegen dieses Schleudern und Steigern der Preise, gegen diese plötzlichen, unvermittelten Fluktuationen Vorkehrung zu treffen. Ohne dem Freihandelsprinzip untreu zu werden, kann der Staat für solche Fälle modifizirte Finanzzölle oder, wie wir es nennen wollen, Wirtschaftszölle einführen, um größere Gleichmäßigkeit der Produktion, der Einfuhr und der Preise zu sichern. Diese Wirtschaftszölle dürfen aber keine eigentlichen Schutzzölle sein, sondern sie müssen sich auf einer Stufenleiter bewegen, welche durch das Schwanken des Preises regiert wird, mit andern Worten, im Normalzustande des Preises müssen sie als Finanzzölle wirken, sinkt der Preis aber bis auf die Produktionskosten, dann muß der Eingangszoll auf eine vorher bestimmte Höhe steigen und in dieser Richtung fortfahren im Verhältnis, wie und wenn der Preis auch unter die Selbstkosten sinken würde. Steigt der Preis dann wieder über die Selbstkosten, dann finden von selbst die schon vorher bestimmten niedern Tarife Platz bis zu dem Punkte, wo wieder der reine Finanzzoll eintritt. Durch eine solche Zolltarifeinrichtung würde ein rationelles Kompromiß zwischen den beiden großen Parteien zustande gebracht werden können. Denn die Schutzzöllner müssen allmählich überall selbst zu der Einsicht gelangen, daß die strenge Durchführung ihrer unaufhörlichen Forderungen zu allgemeiner internationaler

Geschäftsstockung führen muß, welche schon heute so tief beklagt wird. Es liegt ja auf der Hand, daß man nicht einen Geschäftszweig allein und analog nicht ein Land allein mit hohen Schutzzöllen begünstigen kann. Wenn ein Industriezweig den Schutz des Staates erlangt, so haben die andern den gleichen Anspruch auf Berücksichtigung. Dadurch steigen aber nicht bloß die Preise der Erzeugnisse der begünstigten Industriezweige, es müssen auch die Preise der Immobilien, der Hülfsstoffe, der Industrie und die Löhne steigen. Dadurch erhöhen sich aber die Selbstkosten der inländischen Industrie, so daß es mehr und mehr schwierig wird, mit den ausländischen Preisen zu konkurriren. Findet aber nun das Beispiel des eigenen Landes auch in den Nachbarstaaten Nachahmung, werden diese durch eine rücksichtslose Handelspolitik zu Retorsionsmaßregeln veranlaßt, dann erhöhen auch diese ihre Eingangszölle und der internationale Handel gleicht dann einem Wettrennen mit Hindernissen, bei dem mancher Arme und Beine und zuweilen das Genick bricht. Auf diese abschüssige Bahn sind wir in diesem Jahrzehnt gekommen, trotz der glänzenden Erfolge, die Europa in der vorhergegangenen Epoche der Handelsverträge erlebt hat. Auch ein anderes Moment pflegt von den schutzheischenden Fabrikanten zu wenig beachtet zu werden, daß sie nämlich durch zu hohe Eingangszölle die inländische Konkurrenz wachrufen, ja, sogar ihre ausländischen Mitbewerber reizen oder zwingen, Zweiganstalten und neue Etablissements im Lande zu errichten, wodurch die erstrebte Abwehr der Konkurrenz vereitelt wird.

Das abschreckendste Beispiel hat in dieser Hinsicht in der neuesten Zeit das Schoßkind des Staates, die Rübenzuckerindustrie, geboten. Wie schon erwähnt, genießt dieselbe außer einem hohen Schutzzoll auch noch eine Exportprämie d. h. die Rückvergütung der Inlandsteuer für das außer Land geführte Erzeugnis. Dieser Industriezweig hatte infolge großer technischer Verbesserungen, durch welche ein großer Teil der Steuern umgangen wurde, seit mehr als 20 Jahren eine glänzende Konjunktur. Sogar nach der Zeit der Krisis von 1873 machte dieses Gewerbe noch kolossale Gewinste. In Deutschland, wo man deren Ertrag bei den zahlreichen Aktiengesellschaften erfährt, wurden während einer Reihe von Jahren Dividenden von 25—60 Prozent verteilt. Statt von diesem riesigen Verdienst eine starke Reserve als Notpfennig zu hinterlegen, wurden mit den erübrigten Millionen immer nur

wieder neue Unternehmungen gegründet; Zuckerfabriken schossen wie die Pilze aus der Erde und so entstand jene Überproduktion, durch welche der Preis des Zuckers auf den des Brotes geworfen wurde. Diejenigen Anstalten, welche den Preis durch Aufspeichern zu halten suchten, gingen zugrunde, während nur diejenigen soliden Häuser, die ihre Ersparnisse reservirt hatten und ihre Vorräte, wenn auch mit Schaden, verkauften, sich, vom ausreichenden Speck der frühern Jahre genährt, behaupteten.

Endlich ist die Gefahr zu beachten, daß durch zu hohen Schutz eine zeitgemäße Verbesserung in der Produktionsweise und im Geschmack gewisser Artikel hintangehalten werden kann, wodurch die betreffenden Industriezweige erst recht dem Ruin entgegentreiben. Der Staatsschutz ist also in solchen Fällen nur eine Galgenfrist. Werden dagegen die Unternehmer durch die Not gezwungen, die veränderte Lage der Dinge und deren Ursachen zu studiren und die geeigneten Hülfsmittel anzuwenden, dann kann der betreffende Industriezweig nicht bloß seine Existenz retten, sondern sich zu noch höherer Blüte emporschwingen. In diese Lage können die meisten Industriezweige versetzt werden durch die Erfindung neuer Werkzeug- und Fabrikationsmaschinen, welche eine große Arbeitsersparnis herbeiführen und den Großbetrieb ermöglichen, durch die Auffindung neuer Rohstoffe, die neue Anwendung von Naturkräften. Als die Spinnmaschinen aufkamen, wurden die Frauen einer während aller frühern Jahrtausende ihnen gehörenden wichtigen Arbeit beraubt. Die höchsten Schutzzölle, selbst ein völliges Verbot des Maschinengarnes würde sie nicht geschützt haben, weil die Maschine dem Spinnrad, das seinerzeit als eine bessere Werkzeugmaschine die Kunkel verdrängt hatte, zu sehr überlegen ist. Es würden Maschinenspinnereien im Inlande errichtet worden sein, und wenn man selbst gegen diese mit einem gewaltsamen Verbot vorgegangen wäre, so würde doch der Schmuggel alle Staatsmaßregeln illusorisch gemacht haben. Alle Schutzzölle konnten nach dem Aufkommen der neuen Steinkohlen- und Eisenindustrie die Holzkohlen-Hochöfen mit den altväterischen Blasebälgen und die Stabhämmer vor dem Dampfhammer nicht in Gang erhalten. Je länger die alten Eisendistrikte der neuen Verbesserung widerstanden haben, desto unwiederbringlicher gingen sie dem Verderben entgegen, weil sie allmählich so verarmten, daß ihnen zuletzt das Kapital und der Kredit

zur Reorganisation nach dem neuen System fehlte. Die Papierindustrie hat solche Umwälzung im Laufe einer Generation zweimal durchgemacht: zuerst vom dritten Jahrzehnt und dann von der Mitte dieses Jahrhunderts an. Zuerst wurde der Handbetrieb durch die Papiermaschine verdrängt. Diejenigen Papiermacher, welche bald in die unabwendbare Neuerung sich schickten und rasch zugriffen, wurden in wenigen Jahren reich. Ihre Industrie blühte in einer Weise auf, von der ihre Voreltern keine Ahnung hatten; diejenigen aber, welche den Handbetrieb nicht aufgeben wollten, verarmten nach und nach. Eine noch glänzendere Epoche, welche freilich dem Gewerbe selbst weniger zur Ehre gereicht, führte die Einführung des Holzstoffes und anderer Surrogate an Stelle der Leinenlumpen herbei. Die Fabrikanten haben infolge der Einführung des Holzstoffes glänzende Geschäfte gemacht, insbesondere da die Preise des Fabrikats nicht im Verhältnis zur Verwohlfeilerung des Rohstoffes sanken, indem die Fabrikanten sich möglichst bemühten, die Thatsache zu verheimlichen, als sie das gewöhnliche Papier, insbesondere das Zeitungsmaterial, ausschließlich aus Holzstoff zu bereiten anfingen. So haben wir bei den Zeitungen die Erscheinung, daß das Papier in wenigen Jahren zerfällt und die Bibliotheken ihre Not haben werden, den Geschichtschreibern künftiger Jahrhunderte das nötige Zeitungsmaterial zu bewahren, da nur wenige Tagesblätter den Grundsatz beibehalten haben, nur gutes, dauerhaftes Papier zu verwenden. Übrigens müssen wir zur Beruhigung beifügen, daß die gegenwärtig noch vorherrschende Unsolidität des Holzstoffpapiers keine technische Notwendigkeit ist, sondern daß uns bereits Proben von neuen Verfahren unterbreitet worden sind, durch welches Papier, das bloß aus Holzfaser bereitet ist, fast ebenso zäh hergestellt wird, als mittels Leinenzeuges. Diese Industrie ist die einzige, zu deren Gunsten in verschiedenen Ländern Europas sogar ein Ausfuhrzoll auf ihr Rohmaterial, die Lumpen, gelegt worden ist. Diese wohlstehenden Leute schämten sich nicht, einen solchen Vorteil auf Kosten des ärmsten Teils der Bevölkerung, der Lumpensammler, zu erbetteln.

Zuweilen werden neue Konsumtionsartikel gefunden oder erfunden, die ein vorhandenes allgemeines Bedürfnis in soviel billigerer und vollkommenerer Weise befriedigen, daß die frühern Befriedigungsmittel absolut verdrängt werden. So wurden die Talglichter und Wachslichter mehr oder weniger von den Stearinkerzen, das Pflanzenöl vom

Steinöl verdrängt. Das Petroleum brennt so klar und ist so billig, daß es in den Haushaltungen sogar das Gas zu verdrängen beginnt und daß kein noch so hoher Eingangszoll das Pflanzenöl vor dem Mineralöl zu retten vermöchte. Je energischer und länger man dies versuchen würde, desto mehr würden die Landwirte Schaden leiden, weil sie dadurch abgehalten werden würden, zu einer einträglichern Kultur überzugehen.

Handwerk, Kunstgewerbe und Hausindustrie.

Infolge der großen Umwälzung, welche die Einführung der Dampf-, Werkzeug- und Fabrikationsmaschinen in den Gewerben hervorgebracht hat, indem in vielen Produktionszweigen allgemeinen Bedarfs die Handarbeit durch die Maschine ersetzt wurde, ist die Thätigkeit der Hand bedeutend eingeschränkt und die Erwerbsfähigkeit des Handwerks geschmälert worden. Indessen sind doch nur solche Handwerke betroffen worden, deren Erzeugnisse entweder eines sehr allgemeinen Verbrauchs sich erfreuen oder durch Maschinen mit bedeutend geringern Kosten hergestellt werden können. Viele andere Gewerke erlangten mit den neuern Maschinen, deren sie sich in ihrem Geschäfte bedienen konnten, eine Ermäßigung ihrer Produktionskosten, so z. B. das Tuchmachergewerbe, das Tischlergewerbe, welche imstande sind, der Wohlthat der Maschinen sich mittels Assoziation zu bedienen. Andere Gewerbe, welche nur kleine transportable Werkzeugmaschinen brauchen, wie Schneider, Schuhmacher, Blechschmiede, haben durch die neuern Fortschritte in der Mechanik ebenfalls eine leicht zu bestreitende Erleichterung erfahren. Solche Handwerker hingegen, deren Zweig durch den Großbetrieb brachgelegt worden waren, haben sich auf die Reparatur, das Zusammensetzen und den Verkauf verlegt; so die Messerschmiede und Uhrmacher, die Hutmacher, Gürtler und Sattler. Die kleinen Bierbrauer sind durch die großen Brauereien, welche dank ihren guten Einrichtungen und trefflich geschulten Technikern in der Herstellung eines guten Produkts nicht mehr vom Zufall abhängig sind, verdrängt worden und haben sich auf den Schank verlegen müssen, bei dem sie besser gedeihen als bei der Brauerei im kleinen.

Handwerken, welche sich nicht zu solchen Wandlungen darbieten, steht noch das Kunstgewerbe offen, welches nach einem mehrhundertjährigen Rückgang wieder in neuer Blüte sich zu entfalten beginnt, nachdem neuerdings Künstler angefangen haben, dem Handwerk ihren Geschmack und ihre Erfindungsgabe zu leihen. Dieser Richtung steht durch die neuere Einführung von Fachschulen und Museen mit Sammlungen von Mustern, Modellen und Vorbildern aller Art eine große Entwicklung bevor, wovon sowohl Wien wie Berlin und München innerhalb der letzten Jahrzehnte Zeugnis ablegen.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Entwicklung der Hausindustrie, welche durch neuere technische Anleitungen und Muster vielerorts gehoben wird. Die Förderung dieses Zweiges des Volksfleißes ist um so wünschenswerter, als durch die Erfindung und Einführung der Spinn-, Web- und Strickmaschinen die ländliche Bevölkerung des wesentlichen Teiles ihrer Winterarbeit beraubt worden ist. Denn die Fabriken liefern Garne, Gewebe und Strumpfwaren fast zum Detailpreis des Rohstoffes. Die Einführung von Fachschulen, in welchen Kunsttischlerei, Drechslerei, Marmorschleiferei, Holzschnitzerei, Filigranarbeit, Spitzenklöppelei und andere Erwerbsbeschäftigungen gelehrt werden, die Förderung und Verbreitung solcher Hausindustriezweige und die Unterstützung derselben durch gute Werkzeuge, Maschinen, Vorbilder, Material und Ratschläge über die neuesten Fortschritte der Technik, der Produktionsmethoden, des Geschmackes ist daher eine große öffentliche Wohlthat.

Wir hatten dem internationalen Statistischen Kongreß in Budapest (1876) eine Denkschrift unterbreitet, in welcher wir darauf aufmerksam machten, daß eine statistische Aufnahme aller solcher Hausindustrieen, ihrer Produkte, Erzeugungsmethoden und Erfolge in ganz Europa von großem allgemeinen Interesse wäre, weil manche Gegend dadurch mit Nahrungszweigen bekannt gemacht würde, deren Einführung sowie die neuerer Methoden, Formen u. s. w. als eine große Wohlthat sich erweisen würde, wenn sie entweder eine Hausindustrie ganz entbehrt oder nur eine solche besitzt, die nicht mehr lohnt. Die Mühe und die Mittel, welche der Staat zu einem solchen Zweck verwendet, würden mit der Zeit gute Früchte tragen.

Die Transportmittel.

Den amerikanischen Ansiedlern wird nachgerühmt, daß sie bei der Ansiedlung neuer Wohnplätze, bevor sie mit dem Anbau des Bodens beginnen, zuerst die Straße nach dem nächsten schiffbaren Flusse oder nach der nächsten Eisenbahnstation bauen. Dieser Vorsicht wird ein großer Teil des raschen Erfolges der nordamerikanischen Ansiedlungen, neuen Territorien und Staaten beigemessen. Dieser untersten Grundlage entsprechend hat auch das Eisenbahnnetz und die Binnenschiffahrt Nordamerikas Fortschritte gemacht, welche fast etwas Beschämendes für Europa haben; denn in beiden Beziehungen sind unsere Anstalten bereits übertroffen. Was noch auffallender, ist die Thatsache, daß das Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten, welches heute das Europas an Länge übertrifft, zum größern Teil aus europäischem Kapital gebaut wurde, und während das letztere sich heute noch dem so notwendigen Werk, nämlich der Vereinigung der mitteleuropäischen Wasserstraßen, dem Anschluß des europäischen Kontinents für die Binnenschiffahrt durch die Verbindung der Donau mit Neckar, Elbe und Oder, verschließt, ist in Nordamerika ungehinderte Schiffahrt vom Vater der Ströme bis in die nördlichen Seen und von diesen in das Atlantische Meer erschlossen. Zwischen dieser riesigen Binnenschiffahrt und den mächtigen nach Westen führenden Eisenbahnlinien wird ein unaufhörlicher, erbitterter Konkurrenzkampf geführt, und wenn auch die Schiffahrt während des vier Monate langen Winters ruht, so verzinst sich doch das vom Staat in die Kanäle gesteckte Kapital, während auch die Eisenbahnen auf ihre Kosten kommen, da sie durch Tariferhöhungen während jener Ruhepause sich von den Schleuderpreisen des Sommers wieder erholen.

Angesichts der Konkurrenz, welche den europäischen Landwirten durch die rasche und bedeutende Ausdehnung des Getreidebaues in Nordamerika und Indien erstanden ist, drängt sich der Ausbau des Netzes der mitteleuropäischen Wasserstraßen immer unwiderstehlicher auf. Die amerikanischen Landwirte haben den Vorteil ungeheuer wohlfeilen Landes, welches auf eine Reihe von Jahren nicht gedüngt zu werden braucht, und billigen Transportes bis zu den Seehäfen. Während acht Monaten des Jahres genießen die Getreide-Exporteure aus den Kornkammern des amerikanischen Kontinents sowohl mittels der Binnenschiffahrt als auf den von dieser zu Tarif-Ermäßigungen gezwungenen Eisenbahnen bis zu den Häfen des Atlantischen Meeres bedeutend niedrigere Transportkosten als die europäischen Landwirte. Hier ist der Punkt, wo der Hebel zur Hülfe angesetzt werden muß. Schutzzölle können keine dauernde Hülfe gewähren; denn wenn nach Mißjahren der Preis bedeutend steigt, müssen sie, wie es schon oft geschehen, im Interesse der armen Konsumenten wieder aufgehoben werden, und nach fruchtbaren Jahren überspringen die Importeure auch den Schutzzoll. Wird der letztere sehr hoch gegriffen, dann bringt er den Nachteil mit sich, daß der Preis des Bodens zu sehr steigt. Der hohe Preis des Getreidelandes in Europa ist aber gerade der Hauptfaktor, welcher die europäischen Landwirte gegen die amerikanischen zurücksetzt, die ein Hektar Weizenboden noch für 10—20 Mark haben können. Dem europäischen Landwirt kann nur durch intensive Kultur d. h. durch Vervielfältigung der Bodenproduktion und Veredelung der Erzeugnisse auf der einen Seite und auf der andern durch die Verbesserung der Binnenschiffahrt aufgeholfen werden. Nun werfen zwar gerade jetzt die Eisenbahninteressenten den Einwand entgegen, daß die Eisenbahnen gegenwärtig ohnehin überall mit ihrem Verkehr im Rückgang seien und dann durch den Ausbau eines vollständigen Systems der europäischen Wasserstraßen, auf welchen man unsern Kontinent von allen ihn umgebenden Meeren durchkreuzen könnte, noch mehr leiden müßten. Diese Besorgnis ist sehr übertrieben und dürfte sich annähernd überhaupt nur für eine Übergangszeit verwirklichen. Die Binnenschiffahrt dient in der Hauptsache für den Transport solcher Güter, welche die Eisenbahnen eigentlich gar nicht auf weite Entfernungen transportiren können, weil sie nicht auf ihre Kosten kämen. Bei dem deutschen sogenannten Einpfennig-Tarif arbeiten die meisten

Bahnen bereits mit Schaden.*) Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die meisten Produkte des Bergbaues, der Forst- und Landwirtschaft nur auf geringe Entfernung oder gar nicht verfrachtet werden, weil die Eisenbahntarife zu hoch und weil die Wasserläufe nicht so verbunden sind, daß die richtigen Absatzgebiete aufgesucht werden können. Man muß die Thatsache festhalten, daß die Wasserstraße um die Hälfte des niedrigsten Eisenbahn-Transportsatzes noch mit Gewinn transportiren kann. Infolge dieses außerordentlich billigen Frachtsatzes der Wasserstraßen können daher jene Produkte viel weiter verschickt werden als mittels der Eisenbahnen. Da nun mit der Entfernung vom Erzeugungsorte das Absatzgebiet in quadratischem Verhältnis wächst, so läßt sich daraus schließen, daß durch die Erweiterung der Binnenschiffahrt auch für die Eisenbahn neue Gebiete eröffnet werden, daß mit dem Aufschluß neuer Absatzmärkte für die Produkte der Bodenwirtschaft auch die Gewerbe sich ausdehnen und in Verbindung mit der Vermehrung der Bevölkerung den Eisenbahnen mehr Güter der höher tarifirten bessern Klassen zuführen werden. Während die Eisenbahnen den Personenverkehr und den Transport der Gewerbe-Erzeugnisse, der feinern Güter, aller Produkte, welche sich nicht lange aufbewahren lassen und leicht dem Verderben ausgesetzt sind, auf sich konzentriren werden, wird der Wasserweg die nicht dem Verderben ausgesetzten Güter, namentlich alle Erzeugnisse des Bodens, deren Transport keine Eile erfordert, aufnehmen und die Abfuhr vieler Massenprodukte in weite Entfernungen überhaupt erst möglich machen. In letzterer Hinsicht besitzt der Wasserweg gewissermaßen ein natürliches Monopol für den Transport von Brennholz, Torf, Bau-, Pflaster-, Chausseesteinen, von Kohlen, Erzen, Kalk, Heu, Stroh, Dünger, Eisen, Blei, Kupfer, Kartoffeln, Rüben, Getreide, Wein, Spiritus und Kolonialwaren; Bier wird dagegen wegen seiner kurzen Lagerzeit stets den Eisenbahnen zufallen, mit Ausnahme von den teuren Luxusbieren (Flaschenbieren). Durch eine Verbindung der Donau mit der Oder und Elbe allein würden neue Handelskonjunkturen geschaffen werden. Ungarisches Getreide würde besser mit dem amerikanischen und indischen und ungarischer Wein mit dem französischen an den Handelsplätzen Nord-Europas konkurriren können. Von Hamburg

*) Siehe „Die Krisis in der Landwirtschaft“ Verlag von F. A. Herbig in Berlin 1881 Seite 163 u. f. und Seite 226 u. f.

aus würden die Kolonialwaren mittels der Binnenschiffahrt in das Innere des Kontinents bis an die Wolga vordringen können. Wien und Budapest sowie die südlichern Eisenwerke würden mit billigern Kohlen aus Preußisch-Schlesien versehen und die Eisenhütten in dem letztern sich der reichen ungarischen Erze leichter bedienen, ohne die sie schon jetzt nicht mehr bestehen können. Der Ausbau der mitteleuropäischen Wasserstraßen würde eine Menge entlegener Distrikte auch den Eisenbahnen erschließen. Denn die künftige weitere Vervollständigung des Eisenbahnnetzes dürfte nicht mehr nach dem System der Parallelanlage mit den Strom- und Flußrichtungen bewerkstelligt werden, sondern nach dem Grundsatze der Lokalbahnen, welche den Hauptlinien und den großen Binnenwasserstraßen die Nahrung aus dem Innern des Landes mehr senkrecht zuführen. Eigentlich ist es nicht gut zu begreifen, warum nicht schon eine Gesellschaft englischer Kapitalisten, die heute alle Länder nach rentabeln Anlagen absuchen und die ganze Welt mit Gasanstalten versorgt haben, sich erboten hat, die für die Vervollständigung mitteleuropäischer Binnenwasserstraßen notwendigen Kanalbauten zu übernehmen, nachdem doch Frankreich sich entschlossen hat, sein Kanalsystem auf Kosten des Staates zu rekonstruiren und im Deutschen Reich an der Herstellung eines großen Kanals zwischen Ost- und Nordsee und an der Verbindung des Rheins mit Ems, Weser und Elbe sowie der Spree mit der Oder bereits gearbeitet wird. Vielleicht wäre es am besten, wenn dieses Werk von den betreffenden Staaten in die Hand genommen würde, zumal dieselben längst auch dem System der Staatsbahnen entgegentreiben. Hat der Staat einmal den Wasserweg wie den Stahlweg im Besitz, dann kann der Widerstand der Eisenbahninteressenten den Werken, welche das öffentliche Wohl erheischt, nicht mehr im Wege stehen. Für das Gemeinwohl ist es überall besser, wenn die Kommunikationsmittel überhaupt und, wie schon früher erwähnt, speziell die Eisenbahnen sich in Händen des Staates befinden, und die meisten Staaten mögen sich über den Nachteil beklagen, den sie sich dadurch zugefügt, daß sie den Eisenbahnbau nicht von vornherein in die eignen Hände genommen haben. Ist für diese Staaten auch die günstigste Zeit verpaßt, so wirken die gleichen Gründe doch immer noch gewissermaßen bezüglich der Sekundärbahnen fort, welche infolge der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung und des Gewerbefleißes künftig noch notwendig

werden. Das Staatsbahnsystem hat den Vorteil, daß das Defizit der schlechten mit dem Überschuß der guten Linien gedeckt werden kann. Unter dem System der Privatbahnen stellen sich folgende Nachteile ein. Die Privatunternehmungen bemächtigen sich zuerst der volks- und gewerbreichsten Distrikte und schöpfen so das Fett der Eisenbahnen ab. Will der Staat später auch den minder bevölkerten Distrikten Eisenbahnen zuwenden, um sie dem Weltverkehr näher zu rücken, so hat er sich stets genötigt gesehen, Privatunternehmungen mit besondern Begünstigungen anzulocken, sei es durch Zinsengarantie, Kapitalzuschuß, Landschenkungen, Steuernachlaß u. s. w. So zahlte z. B. der österreichische Staat 20 Millionen jährliche garantirte Zinsen an subventionirte Eisenbahnen, während sich die Aktionäre einer privilegirten Privatlinie der Nordbahn durch hohe Dividenden von 13—16 % bereicherten und der Preis der Aktien von 1000 auf 2700 Gulden stieg. Wie wir schon an anderer Stelle angedeutet, werden durch das System der Staatsbahnen auch jene Börsenkrisen verhütet, welche in England und Amerika schon viel Unheil angerichtet haben. Durch das Staatsbahnsystem wird auch der Kapitalverwüstung durch überflüssige Parallelbahnen vorgebeugt. Der Güterverkehr kann so gelenkt werden, daß das Netz gleichmäßiger ausgenutzt wird, und durch die Entfernung zahlreicher Verwaltungsräte und die mit der Organisation eines größern Komplexes natürlich verbundene Vereinfachung und Zentralisation der Verwaltung können bedeutende Kosten erspart werden. In dieser Hinsicht hat sich jüngst der Übergang der preußischen Bahnen in die Hände des Staates trefflich bewährt.

Währung und Umlaufsmittel.

Wir werden uns bei dieser Frage auf Lehrsätze beschränken, da wir dieselbe a. a. O. eingehend behandelt haben.*)

In jedem geordneten Gemeinwesen ist ein Währungsgesetz notwendig, weil der Staat den Gehalt und das Gewicht der Münze garantiren und das Verhältnis der Edelmetalle und Halbedelmetalle, aus welchen Geld geschlagen wird, zueinander bestimmen muß, ohne deshalb der Autorität des Marktes in der Regelung des Wertes zu nahe zu treten.

Da das Geld nicht bloß die Funktion als allgemein gültiges Tauschmittel und als Teil und Repräsentant des Kapitals, sondern auch als Wertmesser versieht, so kann nur ein Edelmetall zum eigentlichen Währungsgelde gewählt werden. Unter dem letztern wird diejenige legale Münze verstanden, deren Betrag nach dem Bedarf des Umsatzes auch für Privatrechnung vermehrt d. h. von der heimischen Münzstätte unbeschränkt geprägt werden darf bezw. muß. Die Wahl des Metalls richtet sich je nach dem Kulturstand und dem Reichtum eines Landes. Rom hatte in der ältesten Zeit Kupferwährung, dann Silber- und zuletzt Goldwährung. China besitzt heute noch Kupfer-, die übrigen Länder Asiens Silberwährung. Nur in Japan herrscht die Doppelwährung. Sehr arme Staaten besitzen noch nicht die Mittel, um eine bedeutende Summe von Edelmetall sich anzuschaffen und des

*) Man vergleiche M. Wirths Grundzüge der Nationalökonomie 1. Band 5., und 2. Band 4. Auflage, 1881 und 1882, Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung in Köln, sowie die Spezialschrift Das Geld, Geschichte der Umlaufsmittel, in der deutschen Universalbibliothek „Das Wissen der Gegenwart", Verlag von G. Freytag in Leipzig und F. Tempsky in Prag 1884.

teuersten Edelmetalls sich zu bedienen. Da die Vermehrung des Verkehrs und die Zunahme des Wohlstandes Hand in Hand zu gehen pflegen, so tritt in den Kulturstaaten der Moment ein, wo der Welthandel einen solchen Umfang erreicht hat, daß das Interesse es erheischt, sich des wertvollsten Edelmetalls als Währungszeichen zu bedienen, also des Goldes, weil mittels desselben heute ein ungefähr zwanzigmal weniger ins Gewicht fallender Münzbetrag zur Zahlung derselben Schuld verwendet werden kann und weil auch im persönlichen Verkehr d. h. in der Tasche jedes einzelnen eine entsprechende Erleichterung eintritt. Gegenwärtig sind die Staaten der drei Weltteile Europa, Amerika und Australien in das Entwicklungsstadium getreten, daß das Gold sich bereits als Wertmesser des internationalen Verkehrs aufgedrängt hat und einziges Währungsmetall zu werden beginnt. Die Staaten, in welchen die Doppelwährung besteht, kämpfen vergeblich gegen diese Richtung an. Unter der Herrschaft der Doppelwährung d. h. der gesetzlichen Berechtigung der Privaten, sich durch die Münzstätte des Staates Münzen sowohl aus Gold wie aus Silber in unbeschränktem Betrag prägen zu lassen, wird der Staatsschatz eine Beute der Arbitrageure, so oft das eine oder das andere der beiden Währungsmetalle am Markte steigt oder fällt. Da in solchen Staaten sowohl Silber- wie Goldmünzen unbeschränkt zu gesetzlichen Zahlungen angenommen werden müssen, so tritt bei Wertänderungen am Markte von selbst die Tendenz ein, mit dem billigern Metall zu zahlen. Die Arbitrageure, welche mit großen Summen manipuliren, machen aber sofort ein Geschäft daraus, das billigere Metall am Edelmetallmarkte zu London aufzukaufen, es auf der heimischen Münzstätte prägen zu lassen und damit die Münzen aus dem höher im Preise stehenden Metall einzutauschen, auszuführen und neues Münzmaterial zu kaufen. So geschah es in den Jahren von 1855—1868, in welchen in Frankreich allein um fast 6000 Millionen Fr. Gold geprägt wurden und Milliarden von Silber nach Indien strömten, obgleich der Preis des Goldes nur unbedeutend (2—3 %) gesunken war. So geschah es in viel höherm Maße in Frankreich und in den der Doppelwährung anhängenden Staaten der lateinischen Münz-Union von den Jahren 1873 bis 1878 d. h. bis zur totalen Einstellung der Silberprägungen gegenüber dem Sinken des Silberpreises. In diesen Jahren bemächtigten sich Pariser Bankhäuser und Edelmetallhändler der Staatsmünzstätte so vollständig, daß

dieselbe nur für ihre Rechnung prägen mußte. Diese Spekulanten kauften das Silber in London zu den zuletzt bis um 17 % weichenden Preisen, ließen es auf den französischen Münzen in Thaler prägen und tauschten damit Goldstücke ein. Zuletzt wurde sogar in Nevada eine geheime Münzstätte errichtet, in welcher von Silberbergwerksbesitzern französische Thaler im gleichen Schrot und Korn geprägt und nach den Staaten der lateinischen Münz-Union importirt wurden. Auf der belgischen Münzstätte wurden in dieser Zeit Hunderte von Millionen Franken Silberthaler geschlagen, bis die Regierung das Prägen für Privatrechnung einstellte und zuletzt der lateinische Münzbund überhaupt auf das fernere Prägen von Silber bis auf weiteres verzichtete. Das Gold war trotz aller gemeinsamen Abwehr einer Anzahl von Staaten unwiderstehlich zum internationalen Wertmesser und Tauschmittel geworden. Hätten die Staaten der Doppelwährung die Silberprägungen nicht eingestellt, so würde allmählich ihr ganzer Vorrat an Goldmünzen aus dem Lande gedrängt worden sein. Welcher materielle Schaden dadurch entstanden wäre, läßt sich aus der Lage der Staaten mit reiner Silberwährung berechnen, welche gegenwärtig 25 % Agio für Gold zahlen müssen. Die Staaten der Doppelwährung mit Suspension der Silberprägung genießen immer noch den Vorteil ungestörter Valuta. Auch die Vereinigten Staaten sind immer noch in dieser Lage, obgleich sie einen an Metallgehalt unterwertigen Silberdollar prägen, weil ihr Bedürfnis an Silbergeld durch die seit 1878 bestehenden gesetzlichen Prägungen von jährlich wenigstens 24 Millionen Dollars noch nicht überschritten ist und weil der größte Teil dieser Thaler in den Kellern des Bundesschatzes sich anhäuft, der sich Mühe gibt, durch besondere Erleichterungen wenigstens einen Teil des Wertes der geprägten Silberthaler in Gestalt von Silberscheinen im Umlauf zu erhalten. Allein der Tag ist nicht mehr fern, wo der Abfluß von Gold ein ständiger werden und das Goldagio erscheinen wird.

Schon aus diesen Betrachtungen ist zu entnehmen, daß die Staaten mit einziger Goldwährung einen Vorteil vor den übrigen haben. Insbesondere sind die Länder der Silberwährung im Nachteil. Sie erleiden fortwährend Schaden auch infolge der Schwankungen des Wechselkurses, welcher noch eine Prämie hervorruft über den Betrag der Differenz zwischen dem Gold- und Silberpreis als Entschädigung für die Gefahr des Verlustes bei künftig fälligen Terminzahlungen.

Eine wichtige Rolle spielen in der modernen Gesellschaft auch die Geldsurrogate. Unter diesen zählen zuerst Banknoten und Staatsnoten. Die Banknoten kamen zuerst unter der Herrschaft der Silberwährung auf, um den schwerfälligen und kostspieligen Transport großer Summen zu ersparen. Staatsnoten sind stets nur kreirt worden, um Regierungen aus Geldverlegenheiten zu ziehen. Bis zu einem gewissen Umfang ist der Gebrauch von Papiergeld nicht bloß zulässig, sondern auch wünschenswert, weil er dem Verkehr größere Bequemlichkeit und Kostenersparnis bietet und weil der in Geld repräsentirte Teil des Nationalkapitals bis zu einem gewissen Grade vermehrt werden kann, ohne daß der Wert der Umlaufsmittel darunter leidet. Eine hundertjährige Erfahrung hat z. B. gelehrt, daß solide Zettelbanken, insbesondere Zentral-Noteninstitute noch einmal so viel Noten im Umlauf erhalten können, als sie Barschaft zu deren prompter Einlösung bereit zu halten brauchen. Auf Grund dieser Erfahrung ist man vielfach noch weiter gegangen und der Grundsatz der sogenannten Drittelsdeckung ist in die Statuten vieler Notenbanken aufgenommen worden. In großen Ländern können durch diesen Gebrauch von Noten Hunderte von Millionen erspart werden, welche ohne Papiergeld durch Gold oder Silber repräsentirt sein müßten. So weit dies ohne Gefahr geschehen kann, ist also auch die Ausgabe von Banknoten und Staatspapiergeld eine Quelle des Reichtums. Unumgängliche Bedingung ist aber dabei, daß das durch den Umfang der Umsätze bedingte Maß nicht überschritten werde. Das einstige preußische Staatspapiergeld, welches samt dem der übrigen Staaten den Reichskassenscheinen Platz gemacht hat, zirkulirte zum vollen Werte selbst im Auslande, obgleich es nicht einlösbar war, sondern nur an den Staatskassen angenommen wurde, weil bei dessen Ausgabe das richtige Maß beobachtet wurde. Die Assignaten der ersten französischen Revolution entwerteten vollständig, obgleich zu ihrer Deckung die konfiszirten Güter des Adels dienten, weil die Emission zuletzt die Summe von 40 Milliarden erreichte und dazu noch 30 Millionen oder mehr gefälschter Assignaten aus England kamen. Denn man muß beim Papiergeld als obersten Grundsatz festhalten, daß, wie wir schon oben erörtert, die in einem Staate erforderliche Geldsumme sich nach dem Umfang und der öftern oder langsamern Wiederkehr der Umsätze richtet, d. h. zu den z. B. innerhalb eines Jahres gemachten Käufen und Verkäufen, Lohnaus-

zahlungen, Dotirungen und Geschenken ist eine geringere Summe von Geld notwendig als die Gesamtsumme dieser Transaktionen ausmacht, weil viele Geschäfte einen so raschen Umsatz haben, daß dieselbe Summe zu vielfachen Transaktionen dienen kann. Ist der wirkliche Bedarf eines Landes an Geld ermittelt, so darf derselbe doch nicht ganz mit Noten bestritten werden — obwohl dies der von Ricardo gepriesene Normalzustand wäre —, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens ist der Bedarf eines jeden Landes je nach den Produktions- und Konsumtionsverhältnissen und Handelskonjunkturen schwankend. Aus diesem Grunde muß die Notenzirkulation stets unter dem möglichst niedrigen Stand der Umsätze gehalten werden, weil die Noten zu Zahlungen nach außen nicht verwendet werden können, da ja ein Überschuß nach außen nicht abfließen kann, und im Falle, daß ein solcher einträte, sofort die Entwertung der Noten oder, was dasselbe ist, eine Steigerung der Preise und Löhne im Inlande herbeigeführt werden würde. Zweitens muß jedes Land, welches mit seinen Nachbarn Handel treibt, einen Vorrat von solchem Metallgeld, welches auch im Ausland als Zahlung angenommen wird, zur Verfügung haben, um auswärtige Bilanzen decken zu können. Sobald die von jenem Grundsatze gezogenen Grenzen überschritten werden, tritt die Entwertung des Papiergeldes ein, deren Folgen unsere Generation hinreichend Gelegenheit hatte, in vielen Ländern Europas und Amerikas wahrzunehmen. Unter Beobachtung eines strengen Maßes können Regierungen Papiergeld ausgeben, ohne dafür Münze als Deckung zur Einlösung bereit zu halten, weil dessen Annahme an allen Staatskassen bis zu einem gewissen Grade die Sicherheit der Einlösung ersetzt. Mit Rücksicht auf den auswärtigen Handel ist es überhaupt besser, wenn der Staat nur wenig oder gar kein Papiergeld ausgibt und dieses Geschäft einer Notenbank überläßt, welche dem Gemeinwesen für ihr Monopol einen Anteil an ihrem Reingewinn zu überlassen hat. Eine Zentral-Notenbank, welche unter Androhung der Liquidation verpflichtet ist, ihre Noten stets gegen Bar einzulösen, ist dadurch genötigt, einen solchen Vorrat an Währungsmetall zu halten, daß dadurch auch die für den auswärtigen Handel erforderliche Barschaft zur Verfügung steht. Länder, welche in schwerer Kriegszeit genötigt waren, eine übermäßige Summe von Papiergeld auszugeben, und nicht imstande sind, es auf einmal einzuziehen, sollten gleich den Vereinigten Staaten von

Amerika die Einlösung und Wiederausgabe ihrer Noten durch einen Metallgeldschatz anordnen. In der Union zirkuliren gegenwärtig außer 352 Millionen Dollarnoten der Nationalbanken 346 Millionen Bundesnoten, für welche in der Regel ein Goldvorrat von 120—160 Millionen hinterlegt ist, der aber nicht unter 100 Millionen Dollars sinken darf. Neben dem Gesamt-Notenumlauf von rund 700 Millionen Dollars waren Mitte 1885 noch 140 Millionen Silberzertifikate und 7 Millionen kleines Papiergeld im Umlauf. Außer dieser Papierzirkulation von rund 845 Millionen erhob sich der Vorrat an Goldmünzen und Barren bei den Banken und dem Publikum am 1. November 1880 nach amtlicher Schätzung auf 586 727 787 Dollars und der Vorrat an Silbermünzen auf 307 658 827 Dollars. Da der Umfang des vorhandenen Metallgeldes den der Papierzirkulation noch überschreitet, so ist aus der letztern keine Gefahr zu befürchten. Eine solche droht nur von der fortgesetzten Prägung unterwertiger Silberthaler.

Wir haben bisher von den Münzsurrogaten gesprochen, welche, wenigstens im Inlande allgemein, überall und zu jeder Zeit als vollständige Repräsentanten des Währungsmetalls gelten. Wir wenden uns jetzt zu den Surrogaten zweiten Ranges, welche nicht allgemein, sondern nur für einen bestimmten Kreis und für einen begrenzten Zeitraum als Umlaufsmittel dienen können. Wir meinen damit Bankieranweisungen oder Cheques, Giroscheine, Warrants und Wechsel. Mit den erstern ist seit einem Jahrhundert eine Institution ins Leben getreten, die seitdem in England und Nordamerika riesige Dimensionen erreicht und in neuester Zeit auch angefangen hat, in Paris, Berlin, Wien, Hamburg und Frankfurt Boden zu fassen. Wir meinen die Klearinghäuser oder Kompensationsbörsen, die wir an anderer Stelle erwähnen, an welchen die Bankiers eines Handelsplatzes ihre gegenseitigen Forderungen austauschen und zur Deckung der Bilanz nur zu einem kleinen Bruchteil sich des Geldes bedienen. In England bestehen außer in London solche Ausgleich-Zentralstellen in allen Haupthandels- und Industrieplätzen, wie Liverpool, Manchester, Leeds, Birmingham, Bristol, Bradford. In den Vereinigten Staaten ist diese Institution, obgleich das erste Klearinghaus 80 Jahre später d. h. 1853 zu New-York gegründet wurde, noch umfassender gediehen; denn 1880 bestanden deren in 28 Städten. Das New-Yorker Klearinghaus, an welchem gegen 60 Banken teilnehmen, übertrifft aber sämtliche an Umsätzen,

ja sogar die Londoner Kompensationsbörse, denn im Jahre 1880 hatte das erstere eine Summe an Kompensationen von 38 614 448 233 Dollars, welche mit Hülfe von 4% Bargeld ausgeglichen wurden, während das Londoner Klearinghaus in dem gleichen Jahre 5 909 939 000 Pfund Sterling kompensirte, wozu ungefähr 4½ % in Münzen und Noten zum Ausgleich der Differenz erforderlich waren. Diese ungeheuren Summen, welche alle frühern Zahlen überbieten und einen ganz neuen Blick in die innere Geschäftsthätigkeit der Länder gestatten, fordern zum Denken auf. Wohl sind es die reichsten Länder, welche hier den Ton angeben. Allein es läßt sich aus ihrem Vorgang doch ein Schluß ziehen, welche enorme Summe von Münzmaterial durch die Einführung solcher Kompensationsanstalten in allen Haupthandelsplätzen Europas erspart werden kann. Durch diese Einrichtung allein wird die Furcht, daß einmal das Gold für den Bedarf des internationalen Verkehrs nicht mehr ausreichen werde, beseitigt. Daß diese Furcht auch im Hinblick auf die Produktion unbegründet ist, haben wir schon in der Einleitung nachgewiesen.

Abgesehen von dem Umstande, daß das Institut der Kompensationsbörse eine große Summe von Münze entbehrlich macht, bringt es auch eine bedeutende Ersparnis an Kapital und Zeit mit sich. Welche Vermehrung der Kosten, wenn die jährlich in New-York kompensirten 38 Milliarden Dollars oder die 6 Milliarden Pfund Sterling in London auch nur in Banknoten ausgezahlt werden müßten! Welche Erhöhung des zur Deckung dieser Noten erforderlichen Goldschatzes! Das Institut der Klearinghäuser ist also ebenfalls eine große intensive Quelle des Reichtums, und zwar eine solche, welche ganz unabhängig nur aus dem Verstande des Menschen entsprungen ist.

Eine andere Art von Geldsurrogat sind die Koupons von Staatsobligationen und von Prioritäten von Aktiengesellschaften sowie manche Arten von Gutscheinen (Bons), welche zur zeitweisen Begleichung schwebender Schulden zuweilen von Staatskassen und Korporationen ausgegeben zu werden pflegen. Dieselben haben aber nur kurze Umlaufszeit.

Endlich kommt noch eine wichtige Art von Geldsurrogat, der Wechsel, durch welchen die Barzahlung einer Schuld auf einen kürzern oder längern Zeitraum vertagt wird. Aus dieser Natur des Wechsels geht hervor, daß er in der Regel verzinslich ist. Nur Wechsel, die

auf Sicht lauten, demnach sofort nach deren Ausfolgung präsentirt werden können und bezahlt werden müssen, sind unverzinslich. Der Wechsel ist in der Regel bestimmt, Verbindlichkeiten zwischen verschiedenen Plätzen und Ländern zu begleichen; erst in der neuern Zeit sind auch Platzwechsel zugelassen worden. Die Wechsel sind ebenfalls eine Art Kompensationseinrichtung; denn durch die Vermittlung der Banken, Bankhäuser und Diskontofirmen dienen sie dazu, die gegenseitigen Forderungen verschiedener Plätze und Länder zu kompensiren, ohne daß eine Geldsendung dabei notwendig wird. Die wichtigste Rolle spielt der Wechsel in der Ausgleichung der Schuldforderungen aller Länder der Erde für Waren, Wertpapiere und Frachten. In der Hauptsache pflegen die Warensendungen von einem Land in das andere, von einem Weltteil in den andern sich gegenseitig aufzuwiegen. Da solche Sendungen aber von Privaten ausgehen und direkter Tauschhandel nicht mehr besteht, so müßten ohne die Dazwischenkunft des Wechsels fortwährend Milliarden von Metallgeld zwischen den Ländern und Weltteilen unterwegs sein, um die gegenseitigen Schulden zu zahlen. Durch die Einrichtung des Wechselgeschäfts, eines besondern Zweiges der Börse, ist es möglich gemacht, die gegenseitigen Forderungen zu kompensiren. Doch wir wollen der Beleuchtung dieser Funktion einen besondern Abschnitt widmen.

Internationaler Geld- und Kapitalmarkt.

Die Organisation des Geld- und Kapitalumlaufs stellt eine große Republik vor, deren Mittelpunkt gegenwärtig London ist, welches seine Geschäftsmaschen über alle Handelsplätze der Erde erstreckt. Die Börse ist durch diese Organisation zu einem großen Kulturinstitut erwachsen, in welchem die reichen Länder den Segen ihres durch mechanische und geistige Arbeit, durch Erfindungen und Sparen angehäuften Kapitals auch armen Ländern zuteil werden lassen. Durch seine Insellage geschützt, hat Großbritannien, seit zwei Jahrhunderten von seinen Bürgerkriegen befreit, im Innern die Werke des Friedens außerordentlich fördern können und durch eine Reihe bahnbrechender industrieller Erfindungen, in welchen es der Lehrmeister der übrigen Länder wurde, durch seine glücklich gelegenen Bodenschätze, seine Kolonieen und seine Handelsflotte großen Reichtum in solcher Weise angehäuft, daß große Überschüsse erspart und zur internationalen Verfügung angelegt wurden. Die Verbesserung der zuerst von Papin samt dem ersten Dampfschiff erfundenen Dampfmaschine, die Erfindung des Dampfhammers, zahlreicher Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung des Metalls und des Holzes, der Spinn- und Webmaschinen, der Patentschlösser, der Eisenbahnen, die Einführung der Dampfschiffahrt, des Gases, der Besitz ungeheurer Kohlengruben dicht neben Eisenstein haben die besitzenden Klassen Großbritanniens nicht bloß sehr bereichert, sondern, da die großen Vermögen sich auf kaum ½ Million Einwohner verteilen, instand gesetzt, Europa und Amerika mit Gasgesellschaften und Eisenbahnen zu versehen, welche letztere allein ein Kapital von 600 Millionen Pfd. Sterling repräsentiren.

Auch Holland hat mit seinen Kolonieen und seinem Handel große Reichtümer aufgesammelt, dessen Überschüsse es in Anlehen fremder Staaten, namentlich Rußlands und Österreich-Ungarns, angelegt hat. Belgien und Frankreich kamen in dritter Linie. In neuerer Zeit hat sich auch das Deutsche Reich der Reihe der Staaten angeschlossen, welche Kapitalüberschuß an das Ausland leihen, insbesondere nach Amerika, Österreich-Ungarn und Rußland, während die Vereinigten Staaten von Amerika, welche ihr ungeheures Eisenbahnnetz zum großen Teil europäischem Kapital verdanken, in neuester Zeit anfangen, ihre Bundesschulden zurückzuzahlen und kraft ihrer bedeutenden Bodenerzeugnisse dem Moment näher rücken, wo sie sich vom europäischen Kapital emanzipirt haben werden.

Durch den internationalen Verkehr in Waren, Edelmetallen, Wechseln, Wertpapieren und Zinsen, welche letztere von den Investitionen der obengenannten Staaten in andern Ländern herrühren, entsteht eine fluktuirende Bewegung, in welcher der von den Kulturstaaten ausgehende Strom das Gleichgewicht mit den übrigen Staaten herzustellen sucht. Die armen Länder nehmen, dank dieser Kulturbewegung, an den Schätzen und geistigen Wohlthaten der vorgeschrittenern und reichern Nationen teil. Ohne auswärtiges Kapital würden heute Amerika, Rußland und Ungarn auch die Wohlthat der Eisenbahnen entbehren oder doch nur in beschränktem Maße genießen. Freilich haben englische Kapitalisten zugleich mit den Wohlthaten, welche sie andern Länder zuführten, auch manches Monopol eingeheimst, welches mit der Zeit unbequem und drückend wurde; so haben z. B. die Gasgesellschaften sich auf Generationen hinaus einen übermäßigen Preis zu sichern gewußt, so daß die Städte bereuen mußten, die Gasbeleuchtung nicht in eigne Regie genommen zu haben. Allein Unbesonnenheit und Leichtsinn werden immer ausgebeutet; die Wohlthat des fremden Kapitals bleibt doch bestehen.

Im internationalen Verkehr stehen sich die verschiedenen Länder als Käufer und Verkäufer sowie als Gläubiger und Schuldner gegenüber. In ersterer Hinsicht sind sämtliche Staaten Verkäufer und Käufer, wenn auch Kauf und Verkauf sich nicht direkt deckt. In der zweiten Beziehung aber stehen auf der einen Seite als Gläubiger Großbritannien, Holland, Belgien, Frankreich, Deutsches Reich, und auf der andern Seite Rußland, die Vereinigten Staaten sowie sämtliche übrigen Staaten von Amerika, die britischen Kolonieen mit Indien, Österreich-Ungarn, Skandinavien, Italien, Spanien, die Türkei, Ägypten, China einander gegenüber.

Im internationalen Handelsverkehr, bei welchem wir auf der Zeitbasis des Kreislaufes der Ernten und der periodischen Zollamtsberichte, im Jahre, uns bewegen müssen, werden in der Hauptsache Waren gegen Waren getauscht. Der übrigbleibende Saldo wird entweder durch bares Geld oder durch Darlehen gedeckt. Als bares Geld dienen im Verkehr des Abendlandes Goldmünzen und -Barren, im Verkehr des Morgenlandes Silbermünzen und -Barren und ausnahmsweise auch Gold.

Ist die Differenz zwischen den Forderungen zweier Länder groß, dann wird sie durch Darlehen und deren Zinsen ausgefüllt. Ein Land, welches weniger geliefert als erhalten hat, ist genötigt, Anleihen im Auslande aufzunehmen. Ein Staat, der Gläubiger geworden ist, nimmt mehr ein, als er ausgibt, weil der Mehrbetrag die einlaufenden Zinsen repräsentirt. Ausnahmen treten nur bei neuen Darlehen ein, da dieselben meistenteils im großen durch Warensendungen repräsentirt werden. So wurde z. B. 1871—1873 in Österreich-Ungarn von gegen 600 Millionen Gulden Anleihen der größte Teil in Gestalt von Eisenbahnmaterial abgeführt, während von der französischen Kriegsentschädigung an das Deutsche Reich über 1300 Millionen Franken in Wechseln gedeckt wurden, die ebenfalls auf die Lieferung von Waren und Effekten basirt waren. Verschuldete Staaten müssen, wollen sie in Ordnung bleiben, mehr Waren aus- als einführen, weil sie außer dem Äquivalent der eingeführten Waren auch die Zinsen der auswärtigen Darlehen zu entrichten haben. Die durch den internationalen Warenaustausch den Privaten entstehende Verschuldetheit wird effektiv von Land zu Land ausgeglichen:

1. durch Waren;
2. durch Erwerbung von Immobilien;
3. durch Darlehen;
4. durch Zinszahlungen;
5. durch Zession von Guthaben;
6. durch Edelmetallbarren;
7. durch Münze.

Die Verteilung des Wertes dieser von Land zu Land geschickten und empfangenen Güter und Schuldscheine erfolgt:

1. durch Wechsel;
2. durch Münze und Barren.

In dem internationalen Verkehr des Abendlandes mit dem Morgenlande und mit denjenigen Staaten Europas, wo die Silberwährung besteht, ist seit dem phänomenalen Fallen des Silberpreises von 1872 an die Goldwährung maßgebend, d. h. die Staaten der Silberwährung sind genötigt, den Staaten der Goldwährung und der Doppelwährung in Gold zu zahlen, mit andern Worten Aufgeld zu entrichten, im Verhältnis wie das Silber nach und nach um 10, 20 oder 25 % gefallen ist. In den Staaten der Doppelwährung oder der sogenannten hinkenden Währung, seitdem dieselben die Silberprägung eingestellt haben, gibt das Gold den Ton, d. h. den Wert an und die Silbermünzen sind Zeichengeld. Hätten diese Staaten die Silberprägung nicht eingestellt, so würden die Arbitrageure Silber auf dem Weltmarkte gekauft, sämtliche Münzstätten zum Prägen von Silberthalern mit Beschlag belegt und mit diesen alles Gold aus den Staaten des Lateinischen Münzbundes herausgezogen haben. Die Behauptung eines Teiles der Bimetallisten, daß nicht das Silber im Verhältnis zum Bedarf im Vorrat zugenommen habe, sondern das Gold knapper geworden sei, ist einfach schon durch die Thatsache widerlegt, daß in Österreich-Ungarn, wo die einfache Silberwährung herrscht und infolge der Ausgabe von Staatsnoten und der Erklärung des Zwangskurses für diese wie für Banknoten noch im Mai 1871 für Silber gegen Noten ein Aufgeld von 22 % gezahlt werden mußte, welches im Mai 1872 bis auf 10 % gesunken war, mit Ende Januar 1873 das Goldagio dazu erschien, so daß Ende Mai 9,50 % Silber- und 0,75 % Goldagio, Ende 1874: 5 % Silber- und 5,45 % Goldagio, Ende 1875: 5,41 % Silber- und 8,18 % Goldagio, Ende 1877: 5,44 % Silber- und 12,58 % Goldagio bezahlt werden mußten, während Ende 1878 das Silberagio vollständig verschwunden war, das Aufgeld für Gold 16,50 % betrug und das Silber pari mit den Noten geworden war, welche seitdem sogar hier und da höher stehen als das Silber, weil sie leichter zu transportiren sind und weil auch bedeutende Silberprägungen fortgedauert haben, mit denen die Zinsen der Silberrente gedeckt zu werden pflegen. Da in Österreich-Ungarn die einzige Silberwährung herrscht, so wäre im innern Verkehr eigentlich faktisch die Valuta wiederhergestellt, ohne daß der Staat nur einen einzigen Gulden zu diesem Zweck ausgegeben hätte. Ja, er hat durch die Überprägungen sogar noch Vorteil gehabt, vorausgesetzt, daß diese Prägungen nicht so

lange fortgesetzt und ausgedehnt werden, daß der Bedarf an Teilmünze überschritten würde, wodurch die Gefahr entstände, bei Regelung der Valuta und Übergang zur Goldwährung den Überfluß an Silbergulden zu höherm Preis als den Marktpreis des Silbers einlösen zu müssen.

Bei dem internationalen Schuldenausgleich kommt also zwischen Staaten der Silberwährung und solchen der Gold- und Doppelwährung mit eingestellter Silberprägung noch ein besonderer Faktor der Wert- oder Schuldenbemessung hinzu — das Goldaufgeld. In den Vereinigten Staaten wird die Prägung unterwertiger Silberthaler zwar noch in beschränktem Maße fortgesetzt, ohne daß das Goldagio erschienen ist; allein dort ist durch diese Prägungen das Bedürfnis an Teilgeld noch nicht erreicht, ein großer Teil der Silberthaler ist durch umlaufende Scheine brachgelegt und überdies hat der Abfluß des Goldes seit Anfang 1886 schon in solchen Dimensionen begonnen, daß das Goldagio bald erscheinen wird, wenn der Kongreß fortfährt, der Unterthan der Silberkönige von Newada zu bleiben. Unter den Kompensations- und Tilgungsmitteln der internationalen Verschuldung sind also die Wechsel je nach der Währung der Länder verschieden gewertet. Gegenüber den Ländern mit Silberwährung und Zwangskurs kommt von seiten der Gold- und Doppelwährungsländer ein Abzug in Anwendung, der aus zwei Elementen zusammengesetzt ist: 1. dem Aufgelde, das für Silber gegen Gold gezahlt werden muß, und 2. dem Agio, welches Zwangskursnoten gegen Silber zu entrichten haben. Das letztere steht im Verhältnis zu dem Nominalbetrag der Noten, welche über den Bedarf der wirklichen Umsätze ausgegeben worden sind. In Österreich-Ungarn decken sich diese beiden Gattungen von Aufgeld zufällig, in Rußland aber muß gegen Gold gezahlt werden: a. die Differenz zwischen dem heutigen Silberwert und dem Kurs desselben vor Beginn des Preisfalles 1872, welcher ca. 25 % beträgt, und b. ein Agio wegen der weitern Entwertung der Noten gegen Silber um 10—12 % je nach den Kursschwankungen.

Im internationalen Wechselverkehr sind bei der Bemessung des Wechselkurses daher folgende Faktoren in Anschlag zu bringen: außer dem Jahreszins, der Bankiersprovision und Kourtage das Angebot und die Nachfrage von Wechseln, die Kreditwürdigkeit der betreffenden Personen und Staaten, der Unterschied der Währung und der Umstand,

ob die Umlaufsverhältnisse der betreffenden Staaten geordnet oder durch Zwangskurs zerrüttet sind.

Der Parikurs am Mittelpunkt des internationalen Geldmarktes (London) steht z. B. auf Paris das Pfd. Sterling zu Franken 25,22½, auf New-York = 4,867 Dollars; auf Berlin = 20,43 Mark. Am 24. April 1886 standen die fremden Wechselkurse in London für kurze Verfallzeit: auf Paris ein Pfd. Sterling = 25,15 Franken oder 3‰ gegen England; auf New-York ein Pfd. Sterling = 4,88⅜ Dollars, mit 2 % Zinsen, 3½ ‰ für England; auf Berlin ein Pfd. Sterling = 20,41 Mark oder 1 ‰ gegen England; auf Amsterdam ein Pfd. Sterling = 12,04½ Fl.; auf Wien ein Pfd. Sterling = 12,62 Fl.; auf Petersburg zehn Pfd. Sterling 100 Rubel = 200 Mark. Die österreichisch-ungarische Zwangskurswährung verlor also um die genannte Zeit etwas über 25 % gegen Gold und die russische fast 38 %.

Abgesehen von dem Nachteil, welchen die Verschlechterung des Wertes der Umlaufsmittel unter dem Zwangskurs und der alleinigen Silberwährung für den Kredit der betreffenden Staaten mit sich bringt, und der Schwierigkeit, die Preise und Löhne dem Verhältnisse der Zwangsnoten zum Geldwerte genau anzupassen, besteht der Hauptschaden darin, daß das unausgesetzte Schwanken des Goldagios fortwährende Verluste mit sich bringt. Denn die Geschäftsleute sehen sich veranlaßt, für die Gefahr, daß bei der Realisirung eines Geschäftes das Agio zu ihrem Nachteil verändert sein möchte, eine Prämie in Anrechnung zu bringen, um welche die Bewohner der Zwangskursländer unbedingt gegen die der Goldländer zu kurz kommen.

Das Schwanken des Wechselkurses bedingt die Bewegung des Geldes. Sind an einem Handelsplatze sehr viele Wechsel ausgeboten, dann sinkt der Wechselkurs bis zu dem Punkte, wo es vorteilhafter wird, Münze oder Noten und vom Auslande Goldmünzen oder Barren zu beziehen. Sind Wechsel aber so selten, daß der Preis steigt, so ist auch eine Schranke an dem Punkte gezogen, wo es vorteilhafter wird, die Fracht und Versicherungsprämie für Geldsendungen aufzuwenden. Unter geordneten Verhältnissen bewegt sich der Wechselkurs in mäßigen Wellenlinien, weil bei allen Schwankungen die Umsatzverhältnisse in jedem Lande die Tendenz haben, den Betrag der erforderlichen Umlaufsmittel intakt zu erhalten. Geht infolge vorkommender größerer Transaktionen oder mit dem Auslande abgeschlossener Anlehen

eine starke Änderung im Umfang der Umlaufsmittel vor, dann sinken oder steigen die Preise gewisser Stapelartikel und Wertpapiere und üben wieder einen korrigirenden Einfluß auf die Umlaufsmittel aus. Hat z. B. ein Land eine bedeutende Summe Geldes auf ein Darlehn oder zum Ankauf von Rohmaterial ins Ausland geschickt und es sinken infolge dessen die Preise mancher Waren, dann zieht der billigere Preis bald wieder Käufer aus dem Auslande herbei und der Bedarf an Umlaufsmitteln wird wieder ergänzt. Bei absolut wachsendem Bedarf hilft die freie Prägung der Münzstätte für Rechnung von Privaten nach, und sobald der Bedarf überschritten ist, fließt der Überschuß der Goldmünzen ohne Störung ins Ausland ab. Denn bei zu starkem Vorrat von Umlaufsmitteln steigen die Preise der Waren und Wertpapiere, und die Kauflustigen schicken ihre Barschaft zu billigern Märkten.

Während der Wechselkurs die Bewegung und Lokomotion des Geldes regelt, versieht der Zinsfuß oder Diskontosatz dieselbe Funktion bezüglich des Kapitals, wobei aber auch das Geld während des Besitzwechsels der Kapitalien eine hauptsächliche Repräsentativrolle spielt. Wird z. B. eine Anleihe erhoben, um eine Eisenbahn damit zu bauen, so wird in Wirklichkeit der zur Bahn erforderliche Boden, das Holz zu Schwellen, die Stahlschienen, die Maschinen und Wagen sowie die Lebensmittel zum Unterhalt der erforderlichen Arbeiter verlangt, bis die Bahn fertig dasteht, den Betrieb eröffnet und damit ihr Einkommen beginnt. Bis zur Vollendung dieser neuen Anlage werden die dazu erforderlichen Auslagen mit Geld bestritten, welches jenes Kapital zeitweise und stückweise vertritt. Denn das Geld wird nur ratenweise von den Gläubigern oder Aktionären eingerufen und kehrt, sobald es den nächsten Zweck erreicht hat, wieder in den Umlauf zurück. Der größere Teil des Umlaufskapitals besteht also in Waren und der kleinere in Geld. Das letztere ist aber zugleich der Wertmesser und der zeitweilige Repräsentant des Kapitals. Das müßige Geld wird nur bei Bauern und ganz unzivilisirten Völkern in Töpfe und Strümpfe versteckt oder vergraben; in den vorgeschrittenen Kulturstaaten wird es bei den Banken gesammelt und den Geschäftsleuten zu ihren Unternehmungen gegen den üblichen Zins zur Verfügung gestellt. Je entwickelter der Handel eines Landes oder eines Platzes ist, desto weniger Geld bleibt in den Händen des Publikums, desto mehr konzentrirt sich der Vorrat in den Banken. In dieser Hinsicht zeigen London und

New-York den höchsten Grad der Entwicklung. Da führen die besitzenden Klassen nur Taschengeld; sie bezahlen alle ihre Rechnungen in Anweisungen (Cheques) auf ihren Bankier oder ihre Bank. Die beliebteste unter den letztern bei den wohlstehenden Leuten und Geschäften ist in der englischen Metropole die London- und Westminster-Bank. Aber auch die Depositen- und Diskontobanken halten in London so wenig Geldvorrat als möglich, sondern betrachten die Bank von England als ihr Zentralreservoir, in welchem sie ihren Geldüberfluß aufbewahren und auf das sie im Falle des Bedarfs zurückgreifen. Auf diese Weise wird eine ungeheure Summe von Geld gespart, alle müßigen Barmittel möglich rasch und ausgiebig in Umlauf gesetzt. Deshalb ist der Wechsel in den Reservebeständen der Bank von England so stark. Aus diesem Grunde ist auch die Stellung der Bank von England eine sehr empfindliche, zumal sie in ihrer Organisation der Bank von Frankreich nachsteht wegen des Fehlers der Kontingentirung der Noten, den wir an anderer Stelle erläutert haben.*) In der neuesten Zeit hat sich eine solide Praxis herausgebildet, infolge deren die Bank seit 1868 nicht mehr genötigt war, die Suspendirung der Notenschranke von der Regierung zu verlangen, indem die Direktion rechtzeitig mit Vorsicht ihre Reserve schützt. Das Mittel dazu ist die Handhabung des Diskontosatzes. Gehen die Geschäfte flau und wird wenig Geld von der Bank verlangt, so wird der Zinssatz herabgesetzt, um Unternehmer aufzumuntern, und wird die Bank stark in Anspruch genommen, so wird der Diskontosatz erhöht, um manche Kreditsuchende abzuschrecken und Depositen anzulocken. Verschiedene Umstände tragen dazu bei, die Rolle der Bank von England zu der eines empfindlichen Manometers des internationalen Geldmarktes zu machen. Nach London fließen die Überschüsse der Ausbeute der Gold- und Silberbergwerke Amerikas und Australiens. Die City ist zugleich der Zentralmarkt für Gold und Silber wie für die meisten Wertpapiere und Darlehnssuchenden der Erde sowie für die Wechsel des Weltmarktes. Die Schwankungen des Wechselkurses in London werden daher auf allen Plätzen genau verfolgt und beachtet. Deshalb ist die Handhabung des Diskontosatzes durch die Direktion der Bank von

*) Man siehe Max Wirths Grundzüge der Nationalökonomie III. Bd., Bankwesen, 3. Aufl., Köln 1883, S. 278 u. f.

England, als dem leitenden Institut am Mittelpunkte des Weltmarktes, mit Recht mit der Wirkung einer Saug- und Druckpumpe verglichen worden. Die Bank von England hat in neuerer Zeit, namentlich auf den Rat des zu früh verstorbenen Walter Bagehot, den Grundsatz angenommen, die Reserve nicht mehr so tief sinken zu lassen wie in frühern Zeiten, wo sie dann genötigt war, zuletzt sehr rasch den Zins auf eine Höhe zu treiben, welche die Geschäftswelt in Alarm setzte und die Verlegenheit erhöhte. So war die Reserve während der Krisen von 1847 auf 1 175 740 Pfd. Sterling, von 1857 auf 957 710 und von 1866 auf 730 830 Pfd. Sterling gesunken, so daß das Bankgesetz suspendirt werden mußte. Da das Parlament noch nicht vorbereitet zu sein scheint, das Gesetz nach dem Vorbilde des französischen zu revidiren, so ist die neuere Praxis der Bank angemessen, welche die Suspension dadurch prophylaktisch verhindert, daß sie mit Diskonto-Erhöhungen beginnt, sobald die Reserve unter 10—12 Millionen Pfd. Sterling zu sinken droht. Sobald die Bank zur Erhöhung des Zinssatzes schreitet, dann wird eine Anzahl von Geschäften eingeschränkt, welche mit sehr geringem Nutzen arbeiten. Von dem steigenden Satze angelockt, kommen auch aus dem Auslande müßige Kapitalien als Depositen oder zum Diskontiren am offenen Markte, bis der Vorrat an Umlaufsmitteln wieder ausreichend ist. Da der müßige Teil des Umlaufskapitals, welcher sich an der Bank sammelt, stets in Geld besteht, so pflegt man denselben auch nur so zu nennen und in diesem Sinne vom Geldmarkt zu sprechen. Im Grunde ist es aber doch der Kapitalmarkt, um den es sich handelt.

Einen wesentlichen Teil des Materials des Geld- und Kapitalmarktes bilden die Schuldscheine der Staaten, Provinzen, Aktiengesellschaften und Hypothekenschulden. Ihrer Natur nach sind sie keine selbständigen Werte, sondern Repräsentanten eines sachlich oder einst sachlich gewesenen Kapitals, welche an Stelle desselben den Eigentümer wechseln. Diese Wertpapiere spielen eine bedeutende Rolle am Geldmarkte, weil sie die Bildung wichtiger Produktions- und Verkehrsmittel durch Kollektivkapital erleichtern, welche sonst unterbleiben müßte, weil nur der Staat und sehr wenige Reiche den gleichen Zweck erfüllen könnten. Außerdem dienen sie dazu, zeitweise als Reservoir für das wachsende Kapital zu dienen in Perioden, wo die Geschäfte keine solche Ausdehnung gestatten, um neue Ersparnisse aufzusaugen. In solchen wandert der Kapitalüberschuß an die Effektenbörse und die Kurse der soliden Wertpapiere steigen im Verhältnis zu diesem Überschuß. Kommt dann endlich eine Zeit des wieder aufblühenden Geschäftsgeistes, regen neue Erfindungen die Schaffenslust an und Kapital wird für neue Unternehmungen erfordert, dann wird wieder Kapital aus dem Effektenmarkte zurückgezogen. Aus diesem Grunde geht häufig — wie gerade in der gegenwärtigen Periode — ein Steigen der soliden Anlagepapiere neben Geschäftsstockung einher und fangen bei hochaufblühender Geschäftsthätigkeit die niedrig verzinsten soliden Wertpapiere an, im Preise zu fallen. Deswegen pflegt mit dem Sinken des Zinssatzes ein Steigen des Kurses der Wertpapiere und mit dem Steigen des Diskontos ein Sinken des Preises der Börseneffekten einherzugehen. Die Beobachtungen dieser Fluktuationen sind daher für die richtige Beurteilung des Standes der Volkswirtschaft von großer Wichtigkeit.

Wir haben oben bemerkt, daß der Geldvorrat der Länder sich auf natürlichem Wege ausgleicht. Das ist aber nur der Fall, wenn die Valuta nicht verschlechtert wird, d. h. wenn die Umlaufsmittel nicht über den Bedarf vermehrt und die Vermehrung über Bedarf durch Zwangskurs befohlen wird. Solche abnormale Vermehrung braucht nicht bloß in Gestalt unmäßiger Ausgabe von Staatspapiergeld oder Banknoten zu erfolgen, sie kann auch durch übermäßiges Prägen von Gold- und Silber- sowie von Scheidemünzen geschehen. Nur in der Wirkung besteht der Unterschied, daß das Papiergeld und die Scheidemünzen im Auslande nicht angenommen werden, während die Münzen aus Edelmetall wenigstens den Börsenwert am Markte repräsentiren. Werden heute zu viel Goldmünzen geprägt oder ein solcher Rückgang des Umsatzes tritt ein, daß weniger Goldgeld erforderlich ist, dann fließt der müßige Teil ohne Hindernis ins Ausland ab. Werden aber unterwertige Silbermünzen geprägt, dann treiben sie das Gold aus dem Lande und es muß für sie im Auslande Agio gezahlt werden, oder sie werden überhaupt nicht genommen.

Die wichtige Rolle, welche die Wertpapiere in der internationalen Verteilung des beweglichen Kapitals spielen, bedingt große Aufmerksamkeit, wenn das sparende und investirende Publikum nicht zu Schaden kommen soll. Die Beurteilung des Wertes eines Börseneffekts ist schwierig, weil eine Menge von Umständen bei der Wertbildung in Betracht kommt. Der Wert eines Effekts richtet sich:

1. nach der Sicherheit;
2. nach der Höhe der Zinsen;
3. nach der Bequemlichkeit der Zinszahlung;
4. nach der Marktfähigkeit des Effekts;
5. nach den Spekulationsvorteilen;
6. nach der Währung;
7. nach der Beliebtheit und der Geschäftsbedeutung des Staates;
8. nach dem Kapitalvorrat und der Nachfrage;
9. nach dem Stande der Geschäftsthätigkeit;
10. nach den politischen Zuständen.

Zu 1. Je geordneter die Finanzen eines Staates, je blühender dessen Volkswirtschaft, je umfassender sein Handel und Kredit, desto höher steht der Preis seiner Staatspapiere im Vergleich zu andern weniger gut stehenden Staaten bei gleichem Zinsfuße. Das gleiche gilt von Effekten, von Banken, Verkehrsanstalten und industriellen Gesellschaften. Je sicherer die Anlage, desto höher der Preis, je unsicherer bei halbbankerotten Staaten, um so niedriger der Preis. Am Ende April 1886 standen z. B. britische 3% Konsols auf 101, 6% Peruaner auf 15 vom 100 des Nominalpreises; die Kaiser Ferdinands-Nordbahn auf 2360 von 1000 Nominalwert und die Schlesisch-Mährische Grenzbahn auf 12 von 200 Fl.; die Österreichisch-Ungarische Bank auf 878 von 600 Fl. Nominalwert und die Anglobank auf 116 von 200 Fl. Nominalwert.

Zu 2. Bei gleicher Sicherheit bedingen höhere Zinsen einen höhern Preis und umgekehrt.

Zu 3. Die Bequemlichkeit der Zinszahlung, z. B. die Anordnung, daß Koupons eines Staates oder einer Gesellschaft an Haupthandels- und Börsenplätzen des investirenden Auslandes pünktlich ausgezahlt werden, steigert die Beliebtheit solcher Papiere und folglich die Nachfrage und den Preis.

Zu 4. Auch die Marktfähigkeit ist ein wichtiges Moment der Preisbildung der Börseneffekten, welches zuweilen sogar die Sicherheit überwiegt. Die Marktfähigkeit ist nämlich auch von dem Umstande abhängig, daß genug Material von einem Papier vorhanden, daß damit ein ununterbrochener Handel an allen europäischen Börsen gepflogen werden kann. So stehen z. B. englische Konsols verhältnismäßig höher im Preis als preußische Konsolidirte, obgleich Preußen

durch den Umstand, daß das Reineinkommen seines Vermögens die für die Staatsschuld zu zahlenden Zinsen um etwa 30 Millionen Mark übertrifft, eigentlich kreditfähiger sein sollte als der britische Staat, welcher noch 1885 eine Staatsschuld von 745 897 265 Pfd. Sterling oder 14 917 945 300 Mark oder rund 14 918 Milliarden Mark mit einem Betrag von 29 548 239 Pfd. Sterling oder 590 964 780 Mark zu verzinsen hatte. Die größere Beliebtheit der britischen Konsols kommt von dem großen schwimmenden Material, welches am Markte zur Verfügung steht, während die preußischen Konsols sich meist in festen Händen befinden.

Zu 5. Großes Material bietet auch größern Spielraum für die Spekulation. Aus diesem Grunde und wegen des guten Reinertrags sind die Aktien der Österreichischen Kreditanstalt sehr beliebt und für die Spekulation tonangebend. Aus derselben Ursache standen Aktien der Südbahn zu einer Zeit über pari, wo gar keine Zinsen gezahlt wurden.

Zu 6. Die Wertpapiere eines Zwangskursstaates werden außer dem Verlust für Goldagio immer auch noch eine Prämie für die Schwankungen des Agios zahlen bezw. verlieren müssen.

Zu 7. Die Effekten eines großen Handelsstaates, welcher kein Defizit aufweist, Kapitalien ausleiht und prompt zahlt, werden stets einen Vorteil vor dem eines Ackerbaustaates haben.

Die letzten den Wert bedingenden Ursachen haben wir zum Teil schon erwähnt. Es ist natürlich, daß bei Geschäftsstockungen die Kapitalien sich vorübergehend an die Effektenbörse flüchten, die Preise der soliden Wertpapiere steigen, daß beim Ausbruch von Krisen Spekulationspapiere sinken, während sie bei herannahender Geschäftsbesserung wieder steigen und daß beim Ausbruch eines Krieges die meisten Effekten eine Zeit lang Not leiden, weil viele aus Furcht Papiere verkaufen und manche aus Furcht oder Spekulation sich mit barem Gelde versehen.

Die Geschäfte der Effektenbörse zerfallen in feste Anlagen und in Spekulations-Käufe oder -Verkäufe d. h. Zeit- und Differenzgeschäfte, das sogenannte Börsenspiel. Das letztere Geschäft ist durchaus nicht so unnütz, wie es sogar manche Staatsmänner angesehen haben, so daß z. B. Napoleon I. sehr schlecht auf die Börse zu sprechen war, wenn sie seine Handlungen durch Fallen der Kurse kritisirte. Die Effektenbörse ist in dieser Hinsicht ein sehr wichtiges und nützliches

Barometer der Staatsverhältnisse geworden, wenn sie auch gleich dem Wetterbarometer nur in der Hälfte der Fälle recht behielte. Auch das Zeitgeschäft ist durchaus nicht unnütz, weil es dazu dient, die extremen Preisschwankungen zu ebnen. Freilich sind diese Differenzgeschäfte nur für die eingeweihten Börsenbesucher zuträglich und mit wenigen Gefahren verbunden, — für das große Publikum, namentlich die von Börsenplätzen entfernt Wohnenden, sehr gefährlich. Auch unter den regelmäßigen Börsenbesuchern sind nur die großen Häuser einsichtig und stark genug, um aus allen Spekulationen Vorteil zu ziehen; die kleinern Börsenbesucher verdienen in der Regel nur einen bescheidenen Tagelohn. Die Zeche zahlen die auswärtigen Sparer und Kapitalisten, welche sich in Perioden des Aufschwungs zu leichtsinnigen Spekulationsanlagen verleiten lassen und beim Ausbruch von Krisen und Paniken ihren Effektenbesitz in der Angst ohne Überlegung verschleudern, während sie so klug sein sollten, ihre Ersparnisse nur in sichern, wenn auch weniger Zinsen tragenden Effekten anzulegen, davon ruhig die Zinsen zu genießen und in Zeiten der Krisen darauf fest sitzen zu bleiben und sich zu keiner Veräußerung hinreißen zu lassen in der Erwägung, daß die sichern Papiere bald wieder steigen müssen und ihre Zinsen unter allen Umständen tragen.

Die Entwicklung des Welthandels.

Außer den periodischen Volkszählungen gibt es kein sichereres Mittel, die Wirkung der Gesetzgebung auf die Kraft und den wachsenden oder abnehmenden Reichtum der Staaten sowie das Gedeihen der Völker zu bemessen, als ein Überblick über den Gang des auswärtigen Handels. Bei demselben haben wir es mit genau kontrollirten Zahlen zu thun, welche uns hinsichtlich des Umfanges der Produktion der Bevölkerung überhaupt fehlen. Zwar sind auch die Aufzeichnungen der Zollämter nicht ganz fehlerfrei, allein sie liefern uns wenigstens in Ermangelung von etwas besserm, nach den Volkszählungen, das vornehmste Material, an welchem sich die volkswirtschaftliche Entwicklung messen läßt. Wir halten gerade die Gegenwart zu einer Umschau auf dem Gebiete des internationalen Handels für besonders geeignet, weil wir sowohl in Handel und Industrie wie auf dem Geld- und Kapitalmarkte auf neue wichtige Erscheinungen stoßen, zu deren Beurteilung die alte Routine nicht ausreicht. Es erscheint um so wichtiger, diese wirtschaftliche Bewegung von Zeit zu Zeit bis in ihre geheimsten Werkstätten aufzusuchen, als wir leider die Erfahrung gemacht haben, daß auch die besterkämpften Errungenschaften immer aufs neue in Frage gestellt werden können. Als nach einer Aufklärungsarbeit, über welche Generationen vergangen waren, zu Anfang der sechziger Jahre die Ära der Handelsverträge anbrach, deren Inhalt als ein Kompromiß zwischen den beiden wirtschaftlichen Parteien, den Schutzzöllnern und Freihändlern, zu betrachten war, da glaubte man den Tempel des Janus in dieser Hinsicht für immer geschlossen. Es wurde die Streitaxt wenigstens von seiten der Freihändler begraben. Leider hat man sich darin einem verhängnisvollen Irrtum hingegeben. Denn die Schutzzöllner

benutzten die aus ganz andern Ursachen entstandene Handelskrisis von 1873, um das alte Rüstzeug der Merkantilisten aus der Rumpelkammer wieder hervorzuholen und ihren Gegnern, die sich nicht rasch genug sammelten, einen Vorsprung abzugewinnen, welcher zu einer förmlichen Reaktion gegen die Politik der Handelsverträge geführt hat. Seltsamerweise war es die alte, theoretisch bereits zu Anfang des Jahrhunderts vernichtete Sophistik der „Handelsbilanz", mittels deren dieser Rückschritt erfochten werden sollte. Von neuem wurde die Behauptung gepredigt, daß ein Land, um reich zu werden, mehr Waren aus- als einführen und die Differenz in Geld empfangen müsse. Da die Einfuhr sowohl in Deutschland als in Österreich-Ungarn in den Jahren 1872 und 1873 den Wert der ausgeführten Waren bedeutend überwog, so glaubten die Schutzzöllner ihre neue Schilderhebung mit der Behauptung in Szene setzen zu dürfen, daß die Industrie zugrunde gehen würde, wenn nicht der Fortdauer jener Erscheinung durch eine Umkehr in der Handelspolitik Einhalt geboten würde. Es half nichts, daß die statistischen Fachmänner, wie schon oben erwähnt, darauf aufmerksam machten, daß die Einfuhr an und für sich caeteris paribus aus zwei Gründen stets höher sein müsse als die Ausfuhr: 1. weil es nur wenige Ausfuhrzölle gibt und das Gewicht und der Wert der ausgeführten Waren von den Zollämtern daher oberflächlicher verifizirt werden; 2. weil bei den eingeführten Waren der Betrag der Fracht, der Versicherungssumme und des Zinsenverzugs hinzukommt, welche bei den ausgeführten Waren noch nicht berechnet werden können. Es half nichts, daß man das enorme Überwiegen der Einfuhr in Deutschland in den Jahren 1872 und 1873 mit der Zahlung der französischen Milliarden und dasjenige Österreich-Ungarns mit der Investition großer, durch die Rückzahlung deutscher Staatsschulden frei gewordener Kapitalien erklärte. Diese schlagenden, früher schon erwähnten Aufklärungen wurden von den Gegnern totgeschwiegen, und das Unglaubliche gelang, daß auf gänzlich wurmstichige Argumente hin in den beiden Reichen die handelspolitische Reaktion siegte und die Zolltarife im Geiste einer überwunden geglaubten Periode revidirt und seitdem noch mehrmals erhöht wurden.

Der auswärtige Handel Großbritanniens.

Der Irrtum jener Formel, daß der Reichtum der Länder durch Überwiegen der Ausfuhr wachse, kann an keinem Staate klarer nachgewiesen werden als an Großbritannien. Es ist erst in den jüngsten Jahren in einer vor der Londoner Statistischen Gesellschaft verlesenen Denkschrift Rob. Giffens nachgewiesen worden, daß das Vermögen des britischen Volkes, während dessen Zahl sich im Laufe dieses Jahrhunderts verdreifachte, sich mehr als vervierfacht hat. Die Listen des auswärtigen Handels aber zeigen, daß die Ausfuhr die Einfuhr gerade in derjenigen Periode überragte, wo Großbritannien die größten wirtschaftlichen Einbußen erlitt, und daß umgekehrt die Einfuhr die Ausfuhr unausgesetzt in steigendem Maße zu überragen begann von den Jahren, seit welchen der wirtschaftliche Aufschwung Englands datirt. In dem mit dem Jahre 1811 beendigten ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts betrug die Ausfuhr Großbritanniens bei einer Bevölkerung von rund 12 600 000 Einwohnern durchschnittlich jährlich 26 510 186 Pfd. St. und die Ausfuhr 32 890 712 Pfd. St. In dem mit dem Jahre 1821 beendigten zweiten Dezennium betrug die Ausfuhr bei einer Bevölkerung von 14 400 000 Einwohnern 30 792 760 Pfd. St. und die Ausfuhr 36 659 630 Pfd. St. Mit dem Beginn der Ära der Tarif-Erleichterungen, der Dampfschiffahrt und der Eisenbahnen kehrte sich dieses Verhältnis plötzlich um; denn in dem 1831 beendigten Jahrzehnt erhob sich die Einfuhr bei einer Bevölkerung Großbritanniens von 16½ Millionen Einwohnern auf jährlich durchschnittlich 49 713 889 Pfd. St., während die Ausfuhr nur 37 164 372 Pfd. St. betrug. Im darauf folgenden Jahrzehnt betrug die Einfuhr bei einer Bevölkerung von 18¾ Millionen Einwohnern 64 377 962 Pfd. St. und die Ausfuhr 51 534 623 Pfd. St.

In dem mit 1851 endenden Jahrzehnt erhob sich die Einfuhr bei einer Bevölkerung von 21 Millionen Einwohnern auf 110½ Millionen und die Ausfuhr auf 74½ Millionen Pfd. St. Bis zum Jahre 1861 betrug die jährliche durchschnittliche Einfuhr des sechsten Jahrzehnts bei einer Bevölkerung von 23 Millionen Einwohnern 217½ Millionen Pfd. St. und die Ausfuhr 159½ Millionen Pfd. St. Im Jahre 1870 war die Einfuhr des Vereinigten Königreiches auf 303 257 493 Pfd. St. und die Ausfuhr auf 199 586 322 Pfd. St. gestiegen, während im Jahre 1880 die Einfuhr 411 229 565 Pfd. St. und die Ausfuhr 223 060 446 Pfd. St. betrug. In den beiden letzten Jahrzehnten war das geringste Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr im Jahre 1877 mit 50,4 Prozent und das höchste 1872 mit 72,2 Prozent.

Dieses enorme Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr, wie es kein anderes Land aufweist und welches mit der Inslebenführung der neuen Verkehrsmittel und mit der steigenden Arbeitsersparung im Zusammenhang steht, kommt außer von den oben erwähnten Ursachen von dem Umstande her, daß Großbritannien oder richtiger gesagt, daß die oberste halbe Million des britischen Volkes imstande war, ungeheure Überschüsse, welche die Industrie, die Beziehungen mit den Kolonieen und der Welthandel abwarfen, zur Ansammlung riesiger Kapitalien zu benutzen, die innerhalb des letzten halben Jahrhunderts in allen Weltteilen investirt worden sind. Der von diesen in auswärtige Staatsanlehen, Eisenbahnen, Kanäle, Banken, Gas- und Wasserwerke gesteckten Kapitalien ins Mutterland zurückfließende Gewinn erscheint mit den Einfuhrlisten und hilft den Kapitalstock vergrößern in einer Weise, daß Großbritannien lange Zeit an allen Emissionen des Abendlandes mit drei Fünfteilen sich zu beteiligen pflegte. Von dieser Entwicklung ist natürlich kein Ende abzusehen, vielmehr muß, vorübergehende Schwankungen abgerechnet, der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr sich noch fortwährend vermehren. Es sind vorzugsweise Schuldforderungen an das Ausland, welche dieses ungleiche Verhältnis zur Folge haben. Da dieselben aber hauptsächlich in Waren gezahlt zu werden pflegen, so ist damit jene wieder aufgewärmte merkantilistische Irrlehre, daß die Länder sich durch Mehrausfuhr bereichern, auf das schlagendste bloßgestellt. Durchmustern wir die Listen des auswärtigen Handels in den zwanzig Jahren von 1860—80, so begegnen wir einem steten Wachstum der Einfuhr mit Ausnahme des mehrjährigen Rückschlages,

welcher eine Folge der Handelskrisis war.*) Im Jahre 1873 hatte die Einfuhr die Ziffer von 371 283 372 Pfd. St. erreicht, um im darauffolgenden Jahre auf 370 082 701 Pfd. St. zu sinken. In den drei darauffolgenden Jahren 1875 bis 1877 überschritt die Einfuhr jenes höchste Jahr und stieg bis 394 Millionen, um 1878 wieder auf 368,7 und 1879 auf 362,9 Millionen Pfd. St. herabzugehen. Die vom Herbst 1879 anhebende Wiederbelebung der Geschäfte brachte 1880 die Einfuhr auf ihre höchste Ziffer von 411 229 565 Pfd. St. Die Wirkungen der Krisis traten bei der Ausfuhr stärker zutage. Da wurden die höchsten Ziffern in den Jahren 1872 und 1873 mit 256,2 und 255,1 Millionen Pfd. St. erreicht; von da aber sank die Ausfuhr fortwährend bis auf einen Tiefpunkt von 191,5 Millionen Pfd. St. im Jahre 1879, der in den vorhergegangenen zehn Jahren überschritten worden war, und stieg 1880 wieder plötzlich auf 223 Millionen Pfd. St.

Es ist merkwürdig, wie wenig in diesen Ziffern ein Echo sich vorfindet von den Leiden und Klagen der Industrie und der Arbeiter, der Verkehrsanstalten und des Handels, von den Hunderten von ausgeblasenen Hochöfen und ganz oder teilweise geschlossenen Fabriken. Ebensowenig finden wir darin das Spiegelbild der Preisfluktuationen, welche sich vor und nach der Krisis geltend gemacht und in manchen Artikeln, insbesondere in Eisen und Kohle, die empfindlichsten Gegensätze hervorgebracht haben. Wenn man den Preis des Eisens am 1. Januar des Jahres 1866 zu 100 annimmt, so war derselbe am gleichen Datum der drei folgenden Jahre auf 88 und 87 gesunken, von da an hob er sich 1872 auf 99, 1873 auf 141, 1874 auf 167, 1875 auf 138, 1876 auf 125, 1877 auf 104, um von da weiter auf 91 im Jahre 1878, auf 77 im Jahre 1879 zu sinken. Von da hob er sich wieder auf 92 am 1. Januar 1880, sank aber wieder auf 80 am 1. Juli 1880 und auf 79 am 1. Januar 1881. Beim Eisen und Stahl ist freilich die Einwirkung der Handelskrisis nicht die einzige Ursache der Preisschwankung. Dieselbe hängt vielmehr wesentlich auch von den epochemachenden Verbesserungen in der Gußstahlbereitung ab. Nehmen wir eine Anzahl von Hauptartikeln des Weltverbrauches, so

*) Wir wählen vorsätzlich diese etwas entferntere Periode, weil die Einbeziehung der letzten Jahre wegen der gegenwärtig herrschenden anhaltenden Geschäftsstockung mit vermehrtem außerordentlichem Preissturz zu falschen Schlüssen verleiten und bezüglich der Beurteilung des Entwicklungsganges im ganzen großen irreführen könnte.

finden wir, daß vom Januar 1873 bis zum Januar 1879 schottisches Roheisen um 66 Prozent, Kohlen um 37 Prozent, Kupfer um 37 Prozent, Zinn um 57 Prozent, Mehl um 22 bis 51 Prozent, Ochsenfleisch von 10 bis 26 Prozent je nach Qualität, Baumwolle um 46 Prozent, Wolle um 43 Prozent, Zucker um 26 Prozent, Kaffee um 19 Prozent, Pfeffer um 39 Prozent und Salpeter um 34 Prozent im englischen Großhandel gesunken waren. Es muß bemerkt werden, daß in der ungeheuren Zahl der übrigen Artikel solche bedeutende Schwankungen seltener waren. Dieser Umstand allein reicht aber nicht hin, um die verhältnismäßig geringere Abnahme der Ausfuhr und die kaum nennenswerte Verringerung der Einfuhr zu erklären. Es liegt vielmehr auf der Hand, daß der Verkehr quantitativ gar nicht sehr unter der Handelskrisis gelitten hat, sondern daß infolge der enormen Preissteigerung vor dem Ausbruch der Krisis der Absatz bereits angefangen hatte zu stocken und daß derselbe durch den Preisabschlag wieder in Fluß geraten ist. Die ganze Last der übeln Konjunktur war daher auf den Gewinn und Arbeitslohn gefallen. Die Verkäufe wurden zuweilen zu Preisen abgeschlossen, welche den Unternehmern Verlust brachten, so daß sie ihre Produktion einschränken mußten. Dieser Fall zeigt zugleich, daß die Ausfuhrlisten nicht als ein absoluter Maßstab der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet werden können, sondern daß dieselben mit Kritik studirt werden müssen. Allein selbst die Verluste einzelner Produktions- und Handelszweige scheinen auf das Wachstum des Nationalwohlstandes doch nur geringen Einfluß geäußert zu haben, wenigstens soweit man aus dem Steuerkapital der Einkommentaxe einen Schluß ziehen darf, bei welchem nur die Jahre 1877 bis 1879 fühlbar vom allgemeinen Fortschritte sich abheben, in welchen die Nachwehen der Krisis zum Ausdrucke kamen. Das Steuerkapital, welches für das Jahr 1861 auf 335 654 211 Pfd. St. eingeschätzt worden, war 1876 bis zu 579 297 347 Pfd. St. gestiegen. Im Jahre 1877 sank es auf 570,3 herab, um im Jahre 1878 mit 578,2 und 1879 mit 578 Millionen Pfd. St. eingestellt zu werden. In den ersten acht Monaten des Jahres 1881 zeigt sich dieselbe im Jahre 1880 im auswärtigen Handel Großbritanniens eingetretene Besserung noch in eigentümlicherer Weise, indem die Ausfuhr einen weitern Fortschritt ergibt, während die Einfuhr gegen die gleiche Periode 1880 zurückgeblieben ist. Es wurden nämlich in den

ersten acht Monaten jenes Jahres aus Großbritannien und Irland Waren im Werte von 150 919 059 Pfd. St. ausgeführt gegen 147 018 630 Pfd. St. in der gleichen Periode 1880. Eingeführt wurden dagegen für 263 656 018 Pfd. St. gegen 275 632 435 im Vorjahre. Da in der britischen Einfuhr mehr die Kapitalstärke und Zahlungsfähigkeit des Reiches, in der Ausfuhr dagegen mehr der Stand der Produktionskraft zur Geltung kommt, so liefern die Exportlisten dieses Jahres den Beweis einer Besserung der Geschäfte.

Bis in die Mitte der fünfziger Jahre war im auswärtigen Handel Großbritanniens die Ausfuhr überwiegend. Seit ungefähr 25 Jahren aber, beinahe zusammenfallend mit der Periode der Handelsverträge, hat die Wareneinfuhr in so starkem Verhältnis die Ausfuhr überschritten, daß es von wesentlichem Interesse ist, einen Blick auf die Ziffern dieser merkwürdigen Bewegung zu werfen.

Jahr.	Einfuhr. £	Ausfuhr. £	Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr in Prozenten.
1861	217 485 024	125 102 814	57,5
1862	225 716 976	123 992 264	54,9
1863	248 919 020	146 602 342	58,8
1864	274 952 172	160 449 053	58,3
1865	271 072 285	165 835 725	61,1
1866	295 290 274	188 917 536	63,9
1867	275 183 137	180 961 923	65,7
1868	294 693 608	179 677 812	60,9
1869	295 460 214	189 953 957	64,2
1870	303 257 493	199 586 322	65,8
1871	331 015 480	223 066 162	67,3
1872	354 693 624	256 257 347	72,2
1873	371 287 372	255 164 603	68,7
1874	370 082 701	239 558 121	64,7
1875	373 939 577	223 465 963	59,7
1876	375 154 703	200 639 204	53,4
1877	394 419 682	198 893 065	50,4
1878	368 770 742	192 848 914	52,3
1879	362 991 875	191 531 758	52,7
1880	411 229 565	223 060 446	54,2

Wir begegnen in dieser Reihe von Jahren zwei Wellenbewegungen, einer aufsteigenden nach der Krisis von 1857, welche nach der lokalen Panik des Jahres 1866 den Gipfelpunkt erreicht, kurze Zeit sich abwärts bewegt, dann den höchsten Kulminationspunkt vor Ausbruch der Krisis des Jahres 1873 erklimmt, und einer sinkenden, welche bis zum Jahre 1877 reicht, um sodann wieder einer vorübergehenden Erholung Platz zu machen. Die Hauptursache dieser Ondulationen ist im Schwanken der Preise infolge jener Krisen zu suchen. Die Gründe des Überwiegens der Einfuhr, welche wir bereits früher aufgeführt haben und die in dem Zinsenbezuge von dem im Auslande angelegten Kapital gipfeln, sind an und für sich leicht faßlich! Schwerer wird hingegen die Antwort, wenn man sich fragt: Wie hoch mag der reelle Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr sich belaufen, und was geschieht mit diesem Überschuß?

Was die erstere Frage betrifft, so muß vor allen Dingen geprüft werden, in welchem Verhältnis die Bewegung des internationalen Tauschmittels, des Goldes, zu den Waren steht. Werfen wir in dieser Hinsicht einen Blick auf die fünf Jahre von 1876—80, von denen die zweite Hälfte mit dem viel beklagten Goldabfluß nach Amerika begann, so begegnen wir in den britischen Ausfuhrlisten folgenden Ziffern:

Jahr.	Einfuhr. £	Ausfuhr. £
1876	37 054 244	29 464 082
1877	37 152 799	39 810 619
1878	32 422 955	26 686 546
1879	24 155 538	28 584 912
1880	16 253 883	18 889 503

Wir stoßen in dieser so übel berufenen Periode also gerade auf einen Überschuß der Einfuhr von rund 3½ Millionen Pfund Sterling, der allerdings auf Kosten des Goldschatzes der Bank von Frankreich gewonnen ist, auf welchen die Doppelwährung ihren nagenden Einfluß ausübte. Da in den übrigen Jahren durchschnittlich keine größeren

Schwankungen vorgekommen sind, so kann die Edelmetallbewegung auf die Beurteilung des Ausfuhrhandels von keinem wesentlichen Einfluß gewesen sein. Ein einflußreicheres Moment ist schon die ungenaue Registrirung der Ausfuhr, über welche auch bereits das Statistische Büreau des englischen Handelsamtes wiederholt Klage geführt hat und derentwegen das deutsche Statistische Amt die Schätzung des Wertes der Ausfuhr während einiger Jahre gar nicht vorgenommen hat.

Eine noch greifbarere Ursache, durch welche der ziffermäßige Überschuß der Einfuhr sich gegenüber der Ausfuhr in Wirklichkeit um einen starken Bruchteil reduzirt, sind die Transport- und die Versicherungskosten sowie die Verzugszinsen, um welche der deklarirte Wert der eingeführten Waren den der ausgeführten übersteigt. Es ist neuerdings von Fachmännern in Liverpool eine Schätzung dieses Postens versucht und derselbe auf 11 Prozent des Wertes der eingeführten Waren veranschlagt worden. Nehmen wir die Einfuhr von 1880 mit 411 229 565 Pfd. St., so bleibt abzüglich der 11 Prozent für die Fracht ꝛc. mit 45 235 252 Pfd. St. an wirklicher, mit der Ausfuhr auf gleichen Fuß gestellter Einfuhr 365 994 313 Pfd. St. Ziehen wir davon die Ausfuhr mit rund 223 Millionen Pfd. St. ab, so bleiben noch rund 143 Millionen Pfd. St. Von dieser Summe ist nur der Überschuß der Goldausfuhr mit 2 635 620 Millionen abzuziehen, so daß rund 140 Millionen bleiben. Analysiren wir nun die Einkünfte, welche Großbritannien aus seinen auswärts angelegten Kapitalien bezieht, so erhalten wir folgende Ziffern:

Zinsen von	£
Anleihen der Kolonieen	4 165 000
Ausländischen Staatspapieren, Obligationen ꝛc.	28 230 000
Indischen Eisenbahnen	506 000
Eisenbahnen in britischen Besitzungen	4 387 000
Ausländischen Eisenbahnen	2 230 000
Bergwerken im Auslande	208 000
Amerikanischen Bonds und Aktien	4 292 000
Gas-, Wasser- und andern Industriegesellschaften	1 692 000
Totalsumme...	45 710 000

Diese circa 46 Millionen Pfd. St., welche Großbritannien an Zinsen vom Auslande bezieht, repräsentiren nur diejenigen Werte, welche auf dem offiziellen Kurszettel der Londoner Börse notirt sind.

Außerdem sind aber noch enorme britische Kapitalien in amerikanischen und europäischen Eisenbahnen und andern Unternehmungen angelegt, welche die offizielle Notirung nicht erlangen konnten. Dazu kommen noch die Zinsen für die indische Schuld, welche ausschließlich in England plazirt ist und die sich gegenwärtig auf jährlich ungefähr 17 Millionen Pfd. St. belaufen. Ist es auch unmöglich, eine genaue, ziffermäßige Bilanz zu entwerfen, so geht doch so viel mit Sicherheit aus dieser Aufstellung hervor, daß der Zinsenbezug aus dem Auslande die Hauptursache des Überschusses der Einfuhr bildet. Vergleichen wir die Ausfuhrlisten anderer Staaten, so finden wir dasselbe Verhältnis; denn seit gegen zehn Jahren und zum Teil länger übersteigt in Frankreich, Holland, Belgien und Deutschland die Einfuhr beträchtlich die Ausfuhr, während in Frankreich von 1871 bis 1875, wo die Last der Kriegsentschädigung drückte, das umgekehrte Verhältnis obwaltete, gerade wie seit 1874 in den Vereinigten Staaten, seit 1877 in Österreich-Ungarn und seit 1877, abgerechnet ein paar Ausnahmen, in Rußland die Ausfuhr überwog, weil diese Staaten an das Ausland verschuldet sind.

Unser Bild würde unvollständig sein, untersuchten wir nicht, wo dieser Zinsenüberschuß bleibt. Dazu ist eine Analyse der Aus- und Einfuhrlisten erforderlich. Schon bei einem flüchtigen Überblicke gewahren wir, daß die Einfuhr hauptsächlich aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen besteht und einen kaum nennenswerten Betrag von Fabrikaten enthält, während die Ausfuhr überwiegend Industrie-Erzeugnisse repräsentirt. In dem mit dem Jahre 1879 endenden Jahrzehnt betrug die Einfuhr von Lebensmitteln 1 494 713 400 Pfd. St., die Ausfuhr inländischer Erzeugnisse 1 387 392 480 Pfd. St. Großbritannien zahlte also im siebenten Dezennium seinen Mehrbetrag von Nahrungsmitteln mit seinen ausgeführten Fabrikaten. Es mußte daher seine Rohstoffe größtenteils mit den Zinsen seiner auswärtigen Kapitalien kaufen. Fragen wir uns nun, welches wesentliche Äquivalent diesem Zinsenverluste gegenübersteht, so finden wir dasselbe in ausreichendem Maße in den festen Kapitalanlagen im Inlande sowie namentlich in der Vermehrung der Eisenbahnen und der Handelsflotte, welche letztere ja gewissermaßen als eine Art von Ausfuhrobjekt betrachtet werden kann, da dieselbe ihrem Beruf außerhalb der Grenzen des Landes nachzugehen pflegt. In dieser Hinsicht gibt es keinen auffallendern Vergleich, als den Aufschwung der

britischen Seeschiffahrt mit dem Niedergang der amerikanischen Handelsflotte, welcher zugleich ein grelles Licht auf die Handelspolitik dieser beiden Reiche wirft. Während die britische Handelsflotte unter der Herrschaft des Freihandels, welcher seinen Fabriken billige Produktionsmittel liefert, sich Jahr für Jahr riesig vermehrte, ist die amerikanische Schiffahrt namentlich seit der Einführung der Hochschutzzölle fortwährend in Abnahme begriffen.

Von besonderm Interesse ist es, die Ein- und Ausfuhrlisten des britischen Handels in ihren einzelnen Kategorieen zu verfolgen. Wir haben dieselben in einer Anzahl von Hauptklassen zusammengefaßt, welche wir hier in runden Zahlen folgen lassen.

Einfuhr 1880.

	£		£
Tiere und animalische Produkte	50 431 000	Elefantenzähne	550 000
Getreide	65 095 000	Gewürze	600 000
Kaffee, Kakao, Orangen, Reis, Rosinen	14 218 000	Holz	16 721 000
Kupfer, Eisen, Stahl, Quecksilber, Zink, Soda-Intrat	16 794 000	Wolle	26 142 000
Baumwolle, rohe	42 765 000	Guano	805 000
Flachs und Hanf	5 944 000	Knoppern	520 000
Hopfen	905 000	Gummi arabikum	1 108 000
Häute	6 911 000	Talg und Stearin	2 300 000
Indigo	1 698 000	Trockene Hefe	500 000
Cochenille	400 000	Chemische Waren	1 139 000
Öl und Petroleum	7 453 000	Baumwollenwaren	2 673 000
Jute	4 020 000	Seidenwaren	13 321 000
Saaten	4 374 000	Wollgarn	1 714 000
Seide, rohe	3 965 000	Zinkwaren	500 000
Rohseidenwerg	1 000 000	Wollwaren	7 746 000
Lumpen und Pflanzenfasern	1 800 000	Lederwaren	2 130 000
Thee	11 752 000	Zucker	25 280 000
Tabak	3 000 000	Spiritus	1 979 000
		Wein	6 483 000
		Uhren	430 000
		Glas	1 783 000
		Papier	1 161 000
		Glocken	150 000

Ausfuhr 1880.

	£		£
Kohle	8 300 000	Leinenwaren	5 826 000
Baumwolle, Garn und Webewaren	75 500 000	Jutewaren	2 251 000
Irdene und Thonwaren	2 000 000	Maschinerie	6 500 000
Fische	1 860 000	Ölsaat	1 621 000
Glaswaren	3 900 000	Papier	1 306 000
Messerwaren	3 500 000	Salz	609 000
Hüte	1 000 000	Seidenzwirn	685 000
Eisen, Stahl und Eisenbahnbedarf	28 300 000	Seidenwaren	2 028 000
Blei	585 000	Wollenwaren und gemischte	17 270 000
Leder und Lederwaren	1 700 000	Schiffe und Schiffsgeräte	3 200 000
Leinen- und Jutegarn	1 200 000	Bier	1 729 000

Wir finden in der Gesamteinfuhr von 411 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1880 für Lebensmittel allein die enorme Summe von 176 Millionen Pfund Sterling. Die Einfuhr von Fabrikaten beträgt nur rund 32 Millionen Pfund Sterling, so daß über 200 Millionen Pfund Sterling auf Rohstoffe für die Industrie kommen. Charakteristisch ist die riesige Ziffer von Holz für mehr als 334 Millionen Mark, aus welcher sich ein Schluß auf die Bedeutung der festen Kapitalsanlagen Großbritanniens in neuen Häusern und Schiffen ziehen läßt. Ferner muß beachtet werden, daß von der Gesamteinfuhr an Rohstoffen und Konsum-Artikeln kaum 20 Millionen Pfund Sterling wieder ausgeführt werden. Bemerkenswert ist die Differenz, welche zwischen dem Werte der eingeführten Rohbaumwolle mit 42 765 000 Pfd. St., von welcher 5,4 Millionen wieder ausgeführt sind, und dem Werte der ausgeführten Baumwollwaren mit 75,5 Millionen Pfund Sterling besteht.

Der allein aus der Ausfuhr von Baumwoll-Erzeugnissen erzielte Gewinn beträgt sonach ungefähr 640 Millionen Mark, und zwar nachdem der ganze Bedarf der Bevölkerung Großbritanniens bereits gedeckt ist. Gegenüber dem riesigen Fortschritte, welchen der britische Handel am Anfang der 1870er Jahre zeigte, ist nach dem Ausbruche der Handelskrise eine leichte Erlahmung eingetreten, und obgleich die Nachwehen der Krisis seit dem Herbste 1879 als überwunden zu betrachten waren

und von da eine neue Handelskonjunktur eintrat, so erinnern doch die Ergebnisse des Jahres 1882 noch immer an die überstandene Not, denn Spekulanten und Großhändler sind vorsichtiger geworden und lassen sich nicht so leicht in weitsichtige Unternehmungen ein. Nur an einer Produktionsklasse scheinen die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts vorübergegangen zu sein, ohne einen Eindruck zu hinterlassen; das sind die Fabrikanten in den Hauptindustriezweigen Großbritanniens. Kaum waren die ersten Symptome der Wiederkehr der Gesundheit in der internationalen Volkswirtschaft zu verspüren, so gingen dieselben sofort wieder an die Erweiterung ihrer Werke. Die hohe technische Vollkommenheit und der stete erfindungsreiche Fortschritt, deren sich die Eisen- und Stahlproduktion sowie die Maschinerien in den Spinnereien und Webereien (ähnlich wie bei den Rübenzucker-Fabriken des Kontinents) erfreuen, bieten einen fortwährenden Reiz zur Vervollkommnung und Erweiterung der Werke. Dabei sind die neuesten besten mechanischen Einrichtungen so rasch zu beschaffen, daß die Erzeugnisse solcher Industriezweige, bei welchen der Rohstoff ganz nach Bedarf zu erlangen ist, wie bei der Eisenbranche, in wenigen Jahren verdoppelt werden können, während eine entsprechende Vermehrung der Produktion der übrigen Erwerbsarten, namentlich der Grundlage aller, der Landwirtschaft, unmöglich ist. Diese Leichtigkeit der Erweiterung solcher Zweige der Großindustrie sind eine permanente Ursache der Störung des Gleichgewichts der wirtschaftlichen Faktoren, des richtigen Verhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion, und hat insbesondere auch das Reinerträgnis des britischen Handels im Jahre 1881 beeinträchtigt. Was den Verkehr in den Haupt-Industriezweigen betrifft, welche den Löwenanteil zu dem Reichtume Großbritanniens liefern, so erfreuten sich die Produzenten einer reichlichen Zufuhr von Rohmaterial zu mäßigen, zuweilen niedrigen Preisen. Auch über den Absatz der Produkte, sowohl nach dem Inlande wie nach dem Auslande, wurde nicht geklagt. Desto lauter aber war die Beschwerde über Geringfügigkeit des Gewinnes, welche auch bereits bezüglich des Geschäfts von 1881 sich geltend gemacht hatte. Die Ursache liegt in dem Drücken der Preise durch die zu rasche Ausdehnung und Vermehrung der Werke schon in den ersten Jahren nach dem Verschwinden der Symptome der Krisis. So wurde speziell die Lage der Baumwoll-Industrie als unbefriedigend geschildert. In dieser Branche war aus-

nahmsweise das Rohmaterial wieder ziemlich hoch im Preise, während die Spinner und Weber über Abnahme des Absatzes zu klagen hatten, aus verschiedenen Ursachen, worunter die ägyptische Expedition. Infolge der letztern war besonders der Preis der ägyptischen Baumwolle rasch gestiegen und in einzelnen Distrikten, wo hauptsächlich langstapelige Baumwolle versponnen wird, war sogar eine teilweise Einstellung der Maschinen im Werke, als der rasche Sieg Wolseleys die Gefahr beseitigte. Der Preis der Baumwolle aber war von 6,5 Pence das Pfund im Februar auf $10^3/_4$ Ende August gestiegen, um sofort nach der Einnahme Kairos wieder auf 8 zu fallen. Die Baumwollen-Distrikte, Manchester an der Spitze, hatten in Hinsicht auf den Verkehr mit Indien dem Jahre 1882 mit großen Hoffnungen entgegengesehen, weil vom 1. Januar an die Eingangszölle auf Baumwollgarne und Gewebe aufgehoben worden waren. Allein obgleich die Bevölkerung Indiens infolge einer reichlichen, gut eingebrachten Ernte in ungewöhnlich zahlungsfähigem Zustande war, so sind jene Hoffnungen doch vollkommen fehlgeschlagen, ohne daß man sich über die Ursache dieser Erscheinungen genau Rechenschaft zu geben weiß, denn die steigende Konkurrenz der indischen Baumwollfabriken, welche die Manchesterleute sogar in China und Japan zu verdrängen beginnen, kann doch nicht allein den Ausschlag geben. Auch der Handel mit China ließ zu wünschen übrig. Besser stand es um die Schafwoll-Industrie, und obgleich in derselben die Konkurrenz des Kontinents stärker ist, da es sich um ein alt eingebürgertes Gewerbe handelt, das in vielen ländlichen Bezirken auch noch die Hausindustrie in Thätigkeit setzt, so haben doch fast alle tonangebenden Wollfabriken Großbritanniens im letzten Jahrzehnt erhebliche Erweiterungen und Vermehrungen in verbesserter Maschinerie vorgenommen. Die Einfuhr von ausländischer Wolle war während 1882 auch die stärkste, deren man sich erinnert. Die höchste frühere Ziffer war im Jahre 1880, wo die Einfuhr rund 476 Millionen Mark erreicht hatte, wovon 239 Millionen für die inländische Konsumtion behalten wurden; im Jahre 1882 erhob sich die Einfuhr aber auf 505 Millionen Mark, wovon $241^1/_2$ Millionen für den inländischen Verbrauch. Die folgenden Jahre ergaben ebenfalls ein gutes Geschäft, weil der Preis der einheimischen Wolle vom Januar 1882 bis im Dezember um mehr als 2 Pence, d. i. von $12^3/_4$ auf $10^1/_2$ Pence gesunken war und diese niedrige Notirung,

welche seit 32 Jahren nicht erreicht worden war, sich erhalten hat. Auch die Leinen- und Jute-Industrie hat sich etwas besser befunden als im Jahre 1881, obgleich sie noch weit entfernt ist von der Prosperität der Wollenmanufaktur. Das Leinengeschäft war zu Anfang des Jahres, das Jutegeschäft zu Ende desselben besser, und ist die Entwicklung sowohl der Spinnereien als der Webereien als eine fortschreitende anzusehen. Die Eisen- und Stahlproduzenten hatten sich nicht über Mangel an Absatz zu beschweren, hingegen war die Klage über geringen Gewinn im Eisengeschäft allgemein. Dies ist aber schon aus zwei Gründen nicht verwunderlich; erstens wegen der fortwährenden Verdrängung des Eisens durch den Gußstahl, zweitens durch die übertrieben rasche Vergrößerung der Werke. Einen glänzenden Erfolg hatte ausnahmsweise der Schiffsbau in eisernen und stählernen Fahrzeugen aufzuweisen, da auf den Schiffswerften am Clyde bei Glasgow und am Tyne bei Newcastle Schiffe in der Gesamt-Tragfähigkeit von 800 000 Tonnen in einem Jahre vom Stapel gelassen worden waren. Der Tonnengehalt der im ganzen vereinigten Königreich im Jahre 1882 vom Stapel gelassenen Eisenschiffe wurde auf eine Million Tonnen geschätzt, auch 1883 waren die Werften noch übermäßig beschäftigt, so daß 1884 endlich ein bedeutender Rückschlag eintrat und viele Arbeiter entlassen wurden und in Not gerieten.

Zu den Resultaten der Zoll-Listen im einzelnen übergehend, schicken wir voraus, daß im ganzen genommen die Einfuhr der drei Jahre von 1880 bis 1882 die Ziffern der drei höchsten Jahre von 1873 bis 1875 erreicht und teilweise sogar überschritten hat, indem dieselbe durchschnittlich 407 Millionen Pfd. St. betrug. Dagegen ist die Ausfuhr hinter den Jahren 1872 bis 1874 im Durchschnitt der beiden dreijährigen Perioden um 92 Millionen zurückgeblieben. Unter den Einfuhrartikeln spielen in Großbritannien gewerbliche Erzeugnisse nur eine sehr untergeordnete Rolle. Um so bedeutender ist, wie schon bemerkt, der Import an Lebensmitteln und Rohstoffen zur Speisung der großen britischen Industrieen. Die Einfuhr an Fleischware, sowohl Tieren als geräuchertem, eingesalzenem und frischem Fleisch, hat zwar wegen der in den Vereinigten Staaten herrschenden Viehseuchen etwas nachgelassen, allein das Jahr 1882 wies doch etwas höhere Ziffern auf als 1881. Die Gesamteinfuhr von lebendem Vieh, Fleisch, Butter und Käse erhob sich auf rund 31 Millionen Pfd. St., die Einfuhr

von Getreide und Mehl auf 63⅕ Millionen Pfd. St. In Hinsicht auf dieses Nahrungsmittel bietet eine Analyse der Ursprungsländer des Weizens ein ganz besonderes handelspolitisches Interesse. Es wurde nämlich Weizen eingeführt aus:

	1881 £	1882 £
Rußland	2 171 373	4 714 156
Deutschland	812 476	1 733 558
Frankreich	3 471	3 507
Türkei	17 157	248 397
Rumänien	97 319	78 911
Ägypten	525 650	80 947
Vereinigte Staaten:		
aus dem Atlantischen Meere	13 744 739	10 923 917
aus dem Stillen Meere	6 310 327	8 221 058
Chili	582 690	874 072
Britisch-Indien	3 836 852	4 359 704
Australien	1 719 925	1 429 615
Britisch-Nordamerika	1 617 404	1 452 384
Andern Ländern	27 423	116 873
Summe	31 466 804	34 237 099

Zunächst ist zu bemerken, daß die starken Schwankungen der beiden Jahre, die in dem Betrage der Ausfuhr mancher Ursprungsländer wahrzunehmen sind, von Erntedifferenzen herrühren. Abgesehen davon stoßen wir auf die sehr merkwürdige Erscheinung, daß Rußland, welches in den fünfziger und sechziger Jahren den Löwenanteil an der Weizeneinfuhr zu haben pflegte, nicht bloß von den Vereinigten Staaten um mehr als das Vierfache übertroffen, sondern daß es sogar von Indien bereits eingeholt ist. Im Jahre 1881 war die Einfuhr von Weizen aus Indien sogar um 1 665 459 Pfd. St. größer als die aus Rußland, während sie im Jahre 1882 nur um 354 452 Pfd. St. gegen die russische Einfuhr zurückstand. Die Einfuhr der beiden Jahre zusammengenommen beweist, daß der Import von Indien den aus Rußland um 1 311 000 Pfd. St. überholt hat. Das ist ein wahres Ereignis in der Handelsgeschichte, im wesentlichen eine Errungenschaft des Suezkanals, welche zugleich auf die Tragweite

dieser Verkehrserleichterung für den Welthandel ein Schlaglicht wirft. Nimmt man dazu, daß auch die Einfuhr aus der südlichen Erdhälfte, wie die aufgeführten Ziffern aus Chili und Australien beweisen, recht beträchtlich zu werden verspricht, daß wegen der Abstufung der Klimate der Erde in den verschiedenen Ländern fast in jedem Monate Getreide-Ernten gemacht werden und die Zufuhr aus allen Häfen des Weltmeeres in den Mittelpunkt des Getreidemarktes, nach London, ohne Unterbrechung stattfindet, so ergeben sich aus diesen Thatsachen wichtige Schlüsse sowohl für die Konsumenten wie für die Landwirte Europas, mit deren bloßer Andeutung wir uns hier begnügen müssen. Die hohe Ausfuhrziffer von Deutschland ist, da dieses Reich bereits seit einer Anzahl von Jahren in die Reihe der mehr korneinführenden Länder getreten ist, damit zu erklären, daß unter seiner Ausfuhr ein Teil des österreichisch-ungarischen Getreides figurirt und daß es seine Ausfuhr an Produkten der Westprovinzen durch Einfuhr vom Osten, aus Österreich-Ungarn und Rußland ersetzt. Auffallend ist dagegen die geringe Einfuhr von rumänischem Getreide, nachdem doch die Einfuhr englischer Fabrikate an der untern Donau ziemlich beträchtlich geworden ist. Dieser Umstand verdient im Auge behalten und näher untersucht zu werden. Unter den übrigen eingeführten Nahrungsmitteln ist besonders bemerkenswert Kaffee, wovon 1881 für 4 973 298 und 1882 für 5 188 147 Pfd. St. eingeführt wurde. Von letztern Ziffern lieferten Ceylon und andere britische Besitzungen allein für fast 3 Millionen Pfd. St., Central-Amerika für 1 134 425 und Brasilien für 631 654 Pfd. St. Kaum der vierte Teil dieses eingeführten Kaffees wird für den inländischen Verbrauch weggenommen. Für 4 033 802 Pfd. St. wurde im Jahre 1881 und für 3 905 775 Pfd. St. im Jahre 1882 wieder ausgeführt. Viel wichtiger als Kaffee ist für Großbritannien Thee, wovon 1881 für 11 394 828 Pfd. St. und 1882 für 11 363 264 Pfd. St. eingeführt wurde. Davon kam aus China 1881 für 8 132 091 und 1882 für 7 634 676 Pfd. St., 1884 für 6 401 690, 1885 für 6 470 992 Pfd. St., während Ostindien in denselben Jahren bereits um 3 117 612, 3 568 327 Pfd. St., 3 925 062 und 4 049 202 Pfd. St. lieferte, also sichtlich gegenüber China an Boden gewinnt. Von dieser Gesamteinfuhr wird der weitaus größte Teil im Inlande verbraucht, und zwar im Jahre 1882 von 211 Millionen nicht weniger als 172¾ Millionen Pfd., während

nur 38¼ Millionen Pfd. ausgeführt wurden. An Reis wurden im Jahre 1882 eingeführt für 3⅓ Millionen, an Zucker im Jahre 1881 für 24¼ und 1882 für fast 25 Millionen Pfd. St. Da in diesem Artikel Österreich wieder unter den nicht namentlich aufgeführten Ländern figurirt, die nur eine Gesamteinfuhr von rund 500 000 Pfd. St. repräsentiren, während die Gesamteinfuhr aus Deutschland allein 5 bis 6 Millionen beträgt, so muß auch hier wieder angenommen werden, daß ein Teil letzterer Ziffer auf österreichische Produkte zurückzuführen ist. In Anbetracht, daß in Großbritannien Wein ebensowenig wächst als Kaffee und Thee, muß dessen Einfuhr, welche sich im Durchschnitt der zwei Jahre 1881 und 1882 auf 5½ Millionen Pfd. St. stellt, wovon für 3⅛ Millionen Rotwein und 2⅝ Millionen Pfd. St. Weißwein, als im Verhältnis zum Reichtum des Landes nicht bedeutend angesehen werden. Freilich hat Großbritannien einen stärkeren Bierverbrauch als selbst Deutschland.

Von besonderm Interesse ist es, in den Handelslisten die wirtschaftliche Bewegung jener Artikel zu verfolgen, in welchen die mechanische und technische Arbeit die Hauptrolle spielt. An der Spitze steht in dieser Hinsicht die Baumwolle. Im Jahre 1881 wurde für 43,5 Millionen Pfd. St. Rohbaumwolle in Großbritannien eingeführt, 1882 für rund 46,2 Millionen Pfd. St. Davon kam 1881 für 31 Millionen aus den Vereinigten Staaten, für 1 Million aus Brasilien, für 5,6 Millionen aus Ägypten, für 4,3 Millionen aus Britisch-Indien, für 1,3 Millionen aus andern Ländern. Sehr beachtenswert ist die Änderung, welche diese Ziffern bei der Einfuhr vom Jahre 1882 erlitten haben, indem aus den Vereinigten Staaten nur für 30 Millionen, aus Ägypten für 4,9 Millionen, aus den übrigen Ländern kaum 0,6 Millionen, aus Brasilien dagegen für 1,5 Millionen und aus Indien sogar für 9,1 Millionen Pfd. St. eingeführt wurde. Indien, dessen Baumwollausfuhr in der Hauptsache zuerst in der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges (1862 bis 1865) anfing, hat also auch mit der Baumwolle einen mächtigen Faktor gewonnen. Die Baumwolle weist gleich Weizen und Thee diesem Kolonialreich einen wachsenden Einfluß auf dem europäischen Markte zu.

Von der importirten Rohbaumwolle wurde im Jahre 1881 ein Bruchteil im Werte von fast 5 Millionen Pfd. St. wieder nach dem europäischen Kontinent ausgeführt, und zwar für 1 Million Pfd. St.

nach Rußland, für 0,93 Millionen nach Deutschland, für 0,8 Millionen nach Holland, 1,2 Millionen nach Belgien, 0,28 Millionen nach Frankreich und 0,9 Millionen nach den übrigen Ländern. Im Jahre 1882 betrug die Wiederausfuhr 6,3 Millionen Pfd. St., wovon 0,79 Millionen nach Rußland, 1,3 Millionen nach Deutschland, 1,25 Millionen nach Holland, 1,73 Millionen nach Belgien, 0,29 Millionen nach Frankreich und 0,9 Millionen nach den übrigen Ländern gingen. Wir können nicht umhin, hier anzuführen, daß die Einfuhr von Rohbaumwolle nach Österreich-Ungarn, worunter indessen auch Kardätsch- oder gefärbte Wolle, ferner Baumwollenabfälle und Watte einbegriffen sind, 44 268 341 Gulden beträgt. Österreich-Ungarn kann sonach den größten Teil seiner Baumwolle nicht über England beziehen. Gegenüber den 40 Millionen Pfd. St. Rohbaumwolle, welche in Großbritannien 1881 und 1882 verblieben, sind 1881 Waren in mehr oder weniger verarbeitetem Zustande für rund 65,9 und 1882 für 62,9 Millionen Pfd. St. ausgeführt worden, was, ohne nur den inländischen Konsum zu rechnen, einer Wertvermehrung von 27,4 Mill. 1881 und von 21,1 Mill. 1882 gleichkommt. Eine Analyse dieses Exports gibt mehr als jeder andere Artikel ein Bild von der Ausdehnung des englischen Welthandels. An Baumwollengarn und Twist allein wurden 1882 für 12,9 Millionen Pfd. St. verschickt, an ungebleichtem Baumwollenzeug 33,5, an gedrucktem und gefärbtem 21 Millionen, an Netz-, Wirk-, Spitzen- und Zwirnwaren 6 Millionen Pfd. St. Es würde uns zu weit führen, bei diesen Export-Artikeln die einzelnen Bestimmungsländer aufzuführen. Nur so viel müssen wir erwähnen, daß Deutschland, Holland, Belgien und Bengalen die stärksten Konsumenten von Baumwollengarn und Twist sind, indem deren Bedarf zwischen je 1 und 2 Millionen Pfd. St. schwankt. In Geweben ist der stärkste Konsument Großbritanniens Britisch-Indien mit mehr als 18 Millionen Pfd. St., wovon Bengalen allein 9,6 erhält, China mit 4,6, die Türkei mit 4,1, Brasilien mit fast 3, die Vereinigten Staaten mit 1,8, das nichtenglische Westindien mit 1,2, Italien, Frankreich, die argentinische Republik, Chili, Holländisch-Indien und die Westküste von Afrika mit je mehr als 1 Million Pfd. St.

Der zweitwichtigste Stapel-Artikel Großbritanniens ist Schafwolle. Im Jahre 1881 wurde für 25,8, im Jahre 1882 für 24,7 Mill. Pfd. St. Schafwolle eingeführt. Bei dieser Zufuhr spielt Australien

bereits die gleiche Rolle wie Nordamerika bezüglich der Baumwolle. Denn es wurde aus dieser Kolonie 1881 für fast 20 und 1882 für 18,1 Millionen Pfd. St. Rohwolle eingeführt, während aus den andern britischen Kolonieen in Südafrika und Indien nur für 4,1 Mill. Pfd. St. importirt wurden, wovon ein Viertel auf letzteres entfällt. Aus dem europäischen Kontinent wurde nur für 1,6 Millionen Pfd. St. eingeführt. Da letztere Einfuhr nur aus feinster Merinowolle bestehen kann, so läßt sich daraus entnehmen, welche Gefahren uns auf dem Kontinent drohen. Ausgeführt wurde an Rohwolle 1881 für 15,9 und 1882 für 15,1 Millionen Pfd. St., wovon die größere Hälfte nach Frankreich, rund 3,5 Millionen Pfd. St. nach Deutschland, fast 3 nach Belgien und 1 Million Pfd. St. in die Vereinigten Staaten gingen. Die Ausfuhr von verarbeiteten Wollenwaren betrug 1881 18,1 und 1882 18,8 Millionen Pfd. St. Auch in diesem Artikel erreicht der Wert der ausgeführten Fabrikwaren mehr als das Doppelte des Wertes der im Inlande verbliebenen Wollen-Einfuhr. Die Hauptkonsumenten von britischen Wollenwaren sind Frankreich, die Vereinigten Staaten, Deutschland, China, Holland und Australien. Das ziemlich beträchtliche Geschäft, welches England noch mit Wolle-Surrogaten, wie Alpacca, Lama, Mohair und gewöhnlichen Ziegenhaaren, betreibt, aus welchen Rohstoffen mittels sinnreicher patentirter Fabrikations-Maschinen die bekannten, von wohlhabenden Klassen sehr gesuchten Zeuge verfertigt werden, verdient noch besonders aufgeführt zu werden, denn der Wert dieser eingeführten Stoffe repräsentirte einschließlich der Kunstwolle 1882 die Summe von 2 Millionen Pfd. St. Angesichts der bedeutenden Ausfuhr jener beiden Haupt-Manufaktur-Artikel ist deren Einfuhr kaum nennenswert, denn dieselbe betrug 1881 in Baumwollwaren nur $1\frac{1}{5}$ Millionen Pfd. St., wovon überdies nur die Hälfte in inländischen Konsum überging, während die eingeführten Wollenwaren einschließlich der mit Seide, Baumwolle und Ziegenhaaren vermischten Produkte nur 7 Millionen Pfd. St. repräsentirten. Der Einfuhr von Holz, welche 1881 4,8 und 1882 5,3 Millionen Pfd. St. erreichte, steht keine Ausfuhr gegenüber, das eingeführte Holz wird beim Bau von Häusern, Schiffen und Gerätschaften vollständig verbraucht. Das meiste Holz bezieht Großbritannien aus Kanada, dann aus Schweden und Norwegen, Deutschland, Rußland und Britisch-Indien. Die Einfuhr aus Indien beträgt bereits nicht

weniger als 512 339 Pfd. St. Wir kommen nun zur Leinen-Industrie. Die Einfuhr von Flachs 1882 betrug 3,6 Millionen, die von Hanf 2,2 Millionen Pfd. St. Flachs wurde von Rußland allein für $2\frac{1}{4}$ Millionen Pfd. St. eingeführt; in der Einfuhr von Hanf ist Rußland von den Philippinischen Inseln überflügelt, woher für 830 000 Pfd. St. importirt wurde, während Rußland nur für 522 000 Pfd. St. lieferte. Leinenwaren wurden im Jahre 1882 für fast 6 Millionen Pfd. St. ausgeführt. Der Wert der Jute-Ausfuhr beträgt 3,4 Mill. Pfd. St., während die Einfuhr des Rohstoffes 1,9 Millionen Pfd. St. repräsentirt. Rohseide wurde 1882 für 2,8 Millionen Pfd. St., Abfallseide für 0,9, Seidenwaren aber für 12,4 Millionen Pfd. St. eingeführt, während die Ausfuhr nur 2,7 Millionen Pfd. St. betrug. Es mag noch erwähnt werden, daß die Ausfuhr von Bier im Jahre 1882 1,9 Millionen Pfd. St. erreicht hat, während an Hopfen für 2,9 Millionen Pfd. St. eingeführt wurde; 1881 dagegen hatte die Einfuhr von Hopfen kaum 0,7 Millionen Pfd. St. erreicht, während die Ausfuhr an Bier sich auf 1,7 Millionen Pfd. St. stellte. Wir schließen mit den Hauptartikeln der britischen Industrie, zu welchen das Inland selbst den Rohstoff in reicher Menge und vorzüglicher Qualität bietet. Kohlen und Koaks hat Großbritannien 1882 für 9,6 Millionen Pfd. St. ausgeführt, während der Export 1881 nur 8,8 Millionen Pfd. St. erreicht hatte. Die Ausfuhr von Eisen und Stahl betrug im Jahre 1881 im ganzen 27,6 Millionen und 1882 31,6 Millionen Pfd. St. Der verhältnismäßig größte Anteil entfällt auf die Vereinigten Staaten trotz ihrer Hochschutzzölle; er betrug im Jahre 1882 nicht weniger als $8\frac{1}{2}$ Millionen Pfd. St. Die nächststärksten Konsumenten sind Australien, Indien, Kanada, Italien, Brasilien, Mexiko, Holland. Von großer Bedeutung ist auch die Ausfuhr von Maschinen, deren Gesamtwert im Jahre 1881 die Summe von 6,8 und 1882 von 8,4 Millionen Pfd. St. erreichte. Die stärkste Ziffer der Ausfuhr dieses Artikels entfällt auf die nicht namentlich aufgeführten Länder — ein Umstand, der nur bei diesem Exportzweige vorkommt und welcher anzeigt, welche Bedeutung die englische Maschinen-Industrie überhaupt im Welthandel erlangt hat. Gehen ja doch englische landwirtschaftliche Maschinen fast in alle Länder der Erde und sind auch unter anderm die Spinn- und Webmaschinen Englands heute noch überall bevorzugt. Von den namentlich aufgeführten Ländern

bezieht das Deutsche Reich die meisten Maschinen; die hohe Ziffer von 1 1/3 Millionen Pfd. St. deutet aber auch hier wieder darauf hin, daß in dieser Zahl ein Teil des Bezuges von Österreich-Ungarn begriffen sein mag. Nächst Deutschland kommt Rußland; es folgen Frankreich, Indien, Australien mit je 1 bis 1,1 Millionen Pfd. St., während die Vereinigten Staaten einen verhältnismäßig geringen Bedarf an Maschinen haben, da sie selbst ausgezeichnete Produkte liefern. Bedenkt man, daß die Briten diese Industrieen, die mächtigen Träger des Reichtums, der großen Ausdehnung ihrer Schiffahrt, ihrer Kolonisationsgabe und ihrer technischen Ausbildung zu verdanken haben, in welcher sie die Lehrmeister für die übrigen Völker geworden sind, so müssen wir mit dem freimütigen Geständnis schließen, daß jede Nation wohl thun wird, in wirtschaftlichen Dingen sie zum Vorbild zu nehmen.

Der auswärtige Handel der Vereinigten Staaten.

Die Entwicklung des auswärtigen Handels Nordamerikas hat für Europa eine Bedeutung gewonnen, welche aus mehrern Ursachen von Jahr zu Jahr im Wachsen begriffen ist. Auf der einen Seite verharrt die Union bis jetzt hartnäckig bei dem seit 1863 eingeführten und nur in der jüngsten Zeit durch zwei geringfügige Tarifreduktionen ermäßigten Hochschutzzollsystem und auf der andern Seite hat sie seit 1875 infolge der westwärts gerichteten Völkerwanderung eine so immense Vermehrung ihrer Bodenproduktion vorgenommen, für welche steigender Absatz in Europa gesucht wird, daß bereits die Ausgleichung der internationalen Bilanz auf Schwierigkeiten zu stoßen beginnt und daß die Zirkulationsmittel Europas infolge dessen zeitweise einen stärkern Aderlaß empfunden haben, als es der Entwicklung des internationalen Verkehrs Europas zuträglich war. Zu wissen, wie weit diese Umwälzung der gewohnten Verhältnisse führen mag, ist für den europäischen Handelsstand ebenso wichtig wie für die Industrie und die Landwirtschaft. Wir glauben daher eine interessante Aufgabe zu erfüllen, wenn wir die Bewegung des auswärtigen Handels des amerikanischen Bundes in gleicher Weise untersuchen, wie wir es bezüglich des britischen Verkehrs gethan haben. Um unsere Untersuchung zu erleichtern, glauben wir am zweckmäßigsten zu verfahren, wenn wir unsern Lesern die Aus- und Einfuhr der Waren sowie der Zirkulationsmittel von einem größern Zeitraume vorführen, weil auf diese Weise dem prüfenden Auge die ganze Entwicklungsreihe des merkwürdigen Landes in deutlichen Ziffern vorgeführt wird. Diese Untersuchung ist um so wichtiger, als von seiten der Schutzzöllner in neuester Zeit der Versuch gemacht wird, den phänomenalen Aufschwung der Vereinigten Staaten der jetzigen Handelspolitik gutzuschreiben.

Jahr.	Einfuhr von		Ausfuhr von	
	Waren und Edelmetall	Gold und Silber	Waren und Edelmetall	Gold und Silber
	in Millionen Dollars.		in Millionen Dollars.	
1831	56,8	0,14	53,6	0,38
1841	110,3	0,1	89,2	1,2
1851	216,2	5,4	218,3	29,4
1852	212,9	5,5	209,6	42,6
1853	267,9	4,2	230,9	27,4
1854	304,5	6,9	276,8	41,2
1855	261,4	3,6	275,1	56,2
1856	314,6	4,2	326,9	45,7
1857	360,8	12,4	362,9	69,1
1858	282,6	19,2	324,6	52,6
1859	338,7	7,4	356,7	63,8
1860	362,1	8,5	400,1	66,5
1861	335,6	46,3	249,3	29,7
1862	205,7	16,4	227,5	36,8
1863	252,9	9,5	268,1	64,1
1864	329,5	13,1	264,2	105,3
1865	248,5	9,8	233,6	67,6
1866	445,5	10,7	435,9	86,0
1867	417,8	22,0	353,2	60,8
1868	371,6	14,8	375,7	93,7
1869	437,3	19,8	343,2	54,1
1870	462,3	26,4	450,9	58,1
1871	541,4	21,2	541,2	98,4
1872	640,3	13,7	524,0	79,8
1873	663,6	21,4	607,0	84,6
1874	595,8	28,4	652,9	66,6
1875	553,9	20,4	605,5	92,1
1876	476,6	15,9	596,3	56,5
1877	480,2	23,6	620,2	48,3
1878	466,8	29,8	722,8	27,0
1879	466,1	20,1	717,0	17,5
1880	761,0	93,0	852,7	17,1
1881	753,2	110,5	921,7	19,4
		665,3		1762,5

In dieser Liste spiegeln sich alle die merkwürdigen Ereignisse ab, welche sich in der Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten während der letzten dreißig Jahre abgespielt haben. Wir sehen da, daß die Bewegung des Edelmetalls vor 1851 äußerst unbedeutend war, daß sie von diesem Jahre an aber infolge der Entdeckung der kalifornischen Gold- und Silberschichten einen riesigen Sprung machte und daß seitdem mit der einzigen Ausnahme der Jahre 1861 und 1878—1881 die Gold- und Silberausfuhr die Einfuhr in ungeheuren Dimensionen überschritten hat. Die Ausfuhr an Edelmetall hat in den letzten 30 Jahren die Einfuhr um rund 1100 Millionen Dollars überboten. Nur in den vier mit dem 30. Juni endenden Fiskaljahren 1878 bis 1881 hat die Einfuhr von Gold die Ausfuhr um 172 Millionen Dollars überragt. In welchem Verhältnis diese letztere Bewegung mit der eigenen Edelmetallproduktion Amerikas in den 1870er Jahren stand, ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle, aus der hervorgeht, daß die Vereinigten Staaten eine außerordentlich starke Quote ihrer selbst produzirten Edelmetalle zu ihrer Valuta-Regulirung verwendet haben.

	Gold	Silber
	$	$
1870	50 000 000	16 000 000
1871	43 500 000	23 000 000
1872	36 000 000	28 750 000
1873	36 000 000	35 750 000
1874	33 490 000	37 324 000
1875	33 467 000	31 727 000
1876	39 929 000	38 783 000
1877	46 897 000	39 793 000
1878	51 206 000	45 281 000
1879	38 899 000	40 812 000

Was den Gesamthandel betrifft, so zeigen die Zoll-Listen bis 1860 unter Einrechnung der Zirkulationsmittel keine sehr bedeutenden Differenzen zwischen der Ausfuhr und Einfuhr. Die wirklich vorhandenen Unterschiede lassen sich leicht durch den bekannten Umstand erklären, daß die Einfuhr überhaupt an und für sich unter gleichen Umständen höher sein muß als die Ausfuhr, weil sie, wie schon bemerkt, die Fracht- und Versicherungsprämie in sich begreift und weil die Ausfuhr nachlässiger registrirt zu werden pflegt, während hingegen die Unionsregierung

schon seit Anfang der 1840er Jahre die Anordnung getroffen hat, daß der Wert der Fakturen der importirten Waren von den Exporteuren eidlich bekräftigt und von den Konsuln amtlich beglaubigt werden muß. Vom Jahre 1860 an begannen größere Schwankungen, unter welchen einmal die Ausfuhr, einmal die Einfuhr stark überragt. Diese Bewegung mag teils mit den Kriegsrüstungen in Verbindung gestanden haben, teils mit zeitweisen Spekulationen, welche durch die bedeutende Verschlechterung der Valuta angeregt worden waren. Als nach Beendigung des Bürgerkrieges die europäischen Kapitalisten wieder Vertrauen faßten und starke Investitionen in amerikanischen Wertpapieren machten, zeigten sich die Spuren dieser Anlagen in dem starken Überwiegen der Einfuhr, welches sich in den Jahren 1867, 1869, 1872 und 1873 erkennen läßt. Vom Jahre 1874 an aber begegnen wir einem in so ungeahnten Dimensionen wachsenden Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr, daß man es unverkennbar mit einer neu hinzugekommenen wirtschaftlichen Ursache zu thun hat. Es ist dies die enorme Vermehrung der Bodenproduktion, welche sich seit dem Jahre 1876 geradezu verdoppelt hat und allein in Getreide um mehr als 200 Millionen Dollars gewachsen ist, nachdem Hunderttausende von Arbeitern die amerikanischen Werkstätten verlassen und mehr als eine Million Menschen Neuansiedlungen im Westen begründet und dem Ackerbau sich gewidmet hatten. Die Gesamtsumme der Ausfuhr in diesen acht Jahren hat die Einfuhr um nicht weniger als 1135 Millionen Dollars überschritten. Im Interesse des internationalen Gleichgewichts hätte die Bilanz eigentlich durch einen Gegenwert europäischer Boden- und Industrie-Erzeugnisse ausgeglichen werden müssen. Da dies aber durch die Hochschutzzölle verhindert wurde, so mußte die Schuldbegleichung auf eine andere Weise stattfinden. Dies geschah teils mittels der Rücksendung amerikanischer Wertpapiere in das Ursprungsland, teils in barem Gelde, das heißt in Gold. Im Jahre 1870 befanden sich nach der schon früher erwähnten Schätzung ungefähr für 1000 Millionen Dollars amerikanische Effekten in den Händen europäischer Kapitalisten. Davon waren bis 1879 gegen 750 Millionen Dollars in die Union zurückgekehrt und nur ungefähr 250 Millionen in festen Händen zurückgeblieben. In demselben Verhältnis, in welchem sich die Zahlung des amerikanischen Überschusses mittels Wertpapieren schwieriger gestaltete, indem die europäischen Besitzer sich nicht mehr so leicht von ihren

Wertpapieren trennten, begann die Differenz zum Teil mittels Barzahlungen in Gold gedeckt zu werden. Die Bewegung war so neu, anhaltend und sowohl für die Produzenten wie für die Exporteure Europas bedenklich, daß wir die Ausfuhrlisten selbst näher prüfen müssen, um daraus zu ermessen, ob die Vereinigten Staaten noch längere Zeit bei ihrem der europäischen Wirtschaft schädlichen System verharren und die Einfuhr europäischer Industrie-Erzeugnisse erschweren, den Import von Gold hingegen provoziren können. Eine Musterung der Zoll-Listen des mit dem 30. Juni endenden Fiskaljahres 1881 zeigt eine Ausfuhr von rund 451 Millionen Dollars Nahrungsmitteln, worunter 270 Millionen Getreide und Brotstoffe und 157 Millionen an animalischer Ware; ferner 320 Millionen Dollars an Rohstoffen, dagegen nur rund 5 Millionen in Halb- und 67 Millionen in Ganzfabrikaten, ungerechnet eine Anzahl vermischter Artikel. Die Einfuhr bestand aus 214 Millionen Dollars in Nahrungsmitteln, worunter 88½ Millionen für Zucker gegen 60 Millionen für Kaffee, Kakao und Gewürze, 21 Millionen für Thee, 12⅓ Millionen für Früchte, 9⅓ Millionen für Getreide und Mehl (aus Kanada), nur 6⅔ Millionen in Wein und 4 Millionen in lebenden Tieren. Die Einfuhr von Rohstoffen erhob sich auf rund 121 Millionen, wovon 11 Millionen Seide, 10 Millionen Wolle, 4 Millionen Jute, 3 Millionen Kohle. Die Einfuhr von Halbfabrikaten beträgt 51⅕ Millionen, worunter 12 Millionen Chemikalien, 8½ Millionen Edelsteine und 4⅕ Millionen Felle, während die Einfuhr von Ganzfabrikaten sich auf rund 205 Millionen Dollars erhob, worunter 37½ Millionen Eisenwaren, 33 Millionen Baumwollenwaren, 32 Millionen Seidenwaren, 31¼ Millionen Wollwaren, 16½ Millionen Leinenwaren, fast 10½ Millionen Lederwaren, 6 Millionen Glaswaren, 5 Millionen Jutefabrikate, 1¼ Millionen Zinnwaren, 3⅛ Millionen Knöpfe, 2 Millionen Uhren, 2 Millionen Papierfabrikate, 1⅛ Millionen Metallfabrikate. Ein größeres Armutszeugnis kann der amerikanischen Handelspolitik nicht ausgestellt werden, als in dieser Liste, wenn trotz der Hochschutzzölle die Einfuhr von Ganzfabrikaten auf der Höhe von 205 Millionen Dollars geblieben ist, während die Ausfuhr amerikanischer Industrie-Erzeugnisse nur die geringfügige Summe von 67 Millionen Dollars ergibt. Das ist also der ganze Gewinn der chinesischen Mauer, mit welcher sich dieses von der Natur so gesegnete Land umgibt! Das

ist die Folge einer Politik, welche die große Masse der dem Ackerbau sich hingebenden Bevölkerung zu gunsten einiger tausend Fabrikanten brandschatzt. Nicht einmal den eigenen Bedarf ist diese Treibhausindustrie zu decken imstande; denn als im Herbst des Jahres 1879 der Bau vieler unterbrochener und neuer Eisenbahnen wieder aufgenommen wurde, da zeigte es sich, daß die einheimischen Hütten dem wachsenden Bedarf an Stahlschienen weder quantitativ noch qualitativ nachkommen konnten. Die europäischen Exporteure benutzten damals alle Lücken des Tarifs, um Stahl für die neuen amerikanischen Eisenbahnschienen zu liefern, sei es in Blöcken oder in alten Schienen. Die Folgen der verhängnisvollen Schutzzollpolitik offenbaren sich am krassesten in dem Niedergang der amerikanischen Handelsmarine. Im Jahre 1830 wurden 90 Prozent der in den Vereinigten Staaten zur See ein- und ausgeführten Waren in amerikanischen Schiffen befördert; im Jahre 1840 83 Prozent, im Jahre 1850 noch 72½ Prozent, im Jahre 1860 noch 66½ Prozent. Infolge des Bürgerkrieges und der Einführung des Prohibitiv-Tarifs sank dieser Prozentanteil bis auf 27⁷/₁₀ im Jahre 1865. Die amerikanische Handelsflotte war infolge des letztern außerstande, sich nach Beendigung des Bürgerkrieges von diesem Schlage wieder zu erholen. Denn im Jahre 1870 hatte sich der Anteil der amerikanischen Schiffahrt nur auf 35,6 Prozent erholt, um darauf einen konstanten Krebsgang anzutreten und so weit zu sinken, daß der Anteil der amerikanischen Schiffahrt nur noch 17,6 Prozent und im Jahre 1881 nur noch 16,2 Prozent betrug. Zwar kommt ein Teil dieser frappirenden Zifferreihe auf die bedeutende Vermehrung der Ausfuhr, allein die verhängnisvollen Folgen der gegenwärtigen Handelspolitik treten darin gleichwohl unverkennbar zutage. Dieser Thatsache steht eine riesige Vermehrung der britischen Handelsflotte gegenüber unter dem entgegengesetzten handelspolitischen System. Betrachten wir den auswärtigen Handel der Vereinigten Staaten vom Standpunkte der gegenseitigen Forderungen, so finden wir, daß ganz Europa unter dem gegenwärtigen Protektions-System nicht imstande ist, die Rohprodukte der Vereinigten Staaten ganz mit seinen eigenen Erzeugnissen zu decken, wenn man von der zeitweisen Notwendigkeit absieht, die Differenz mit Hülfe von Wertpapieren oder Gold auszugleichen. Denn wir sehen in der Wareneinfuhr der Union eine Anzahl von außereuropäischen Artikeln, welche ohne Zweifel

mit Hülfe der amerikanischen Forderungen in Europa an die Exporteure in jenen andern Ländern oder Weltteilen bezahlt werden. So gewahren wir die bedeutende Quantität von 88½ Millionen Dollars für Zucker, welcher zum größten Teil aus den übrigen Teilen Amerikas eingeführt wird, von welchen Cuba allein im Gesamtimport 65½ Millionen Dollars, ganz Nordamerika 130 Millionen Dollars und ganz Südamerika 82 Millionen Dollars repräsentiren. Kaffee, Kakao und Gewürze mit fast 60 Millionen Dollars werden aus Brasilien und Ostasien eingeführt sowie Thee mit 21 Millionen aus China. Mehr als 169 Millionen Dollars Einfuhr werden also durch diese Kategorieen von Kolonialwaren repräsentirt, welche zum größten Teil durch Guthaben der Amerikaner in Europa gedeckt werden. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß in diesem Ausgleichsprozesse London hauptsächlich als Vermittlerin dient. Werfen wir einen Blick auf die einzelnen Weltteile und Länder, mit welchen die Vereinigten Staaten in Handelsbeziehungen stehen, so muß man staunen über die große Ausdehnung des amerikanischen Handels nach allen Kontinenten und Inseln der Erde ueben einer so geringen Bedeutung seiner Handelsflotte. Die Einfuhr Europas in die Union repräsentirte in dem mit 30. Juni 1880 beendeten Fiskaljahre 370,8 Millionen Dollars, wovon Großbritannien und Irland allein 210,6 Millionen Dollars beitrugen (nämlich England 189,2, Schottland 17 und Irland 4,3 Millionen), Frankreich 69,3, Deutschland 52,2, Belgien 11,7, Italien 10,3, die Niederlande 6,9, Spanien 5 und Österreich-Ungarn 1,5 Millionen Dollars. Die geringe Ziffer des letztern ist, wie schon erwähnt, daraus zu erklären, daß ein Teil der österreichischen Ausfuhr indirekt durch Vermittlung der Nordseehäfen und Londons erfolgt. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Großbritannien und Irland allein betrug 450,9 Millionen Dollars (wovon 354 auf England, 28,2 auf Schottland und 68,6 auf Irland kommen); die Ausfuhr nach Frankreich betrug 98,8, nach Deutschland 56,2, nach Belgien 33,7, nach Holland 16,8, nach Spanien 14,6, nach Italien 12,3, nach Rußland 12,1, nach Portugal 4,5, nach Dänemark 3,4, nach Schweden und Norwegen 2,3 und nach Österreich-Ungarn 2,3 Millionen Dollars. Nur 55,5 Prozent der gesamten Einfuhr der Vereinigten Staaten stammen aus Europa, während 86,6 Prozent der Ausfuhr nach Europa gehen. Die Einfuhr aus den übrigen Teilen Nordamerikas beträgt 130 Millionen Dollars oder

19,5 Prozent der Gesamteinfuhr. Die Einfuhr aus Südamerika beträgt 82,1 Millionen Dollars oder 12,3 Prozent, die Einfuhr aus Asien und Australien 74,5 Millionen Dollars oder 11,16 Prozent. 21 Millionen stammen aus Britisch-Indien, 14,5 aus Japan, 6,2 aus Holländisch-Ostindien, 2,9 aus Australien. Die Einfuhr aus Afrika beträgt nur 3,3 Millionen oder 1/2 Prozent und die aus den spanischen, britischen und französischen Besitzungen, mit Ausnahme von Cuba und Westindien, 7 Millionen Dollars oder 1 Prozent der Gesamteinfuhr. Die Ausfuhr nach dem übrigen Nordamerika beträgt 64,1 Millionen Dollars oder fast 8 Prozent der Gesamteinfuhr, der Export nach Südamerika nur 22,6 Millionen oder 2 3/4 Prozent, nach Afrika 4,3 Millionen Dollars oder 1/2 Prozent und nach den europäischen Kolonieen auf den verschiedenen Inseln nur 0,6 Millionen Dollars oder 0,08 Prozent. Ein merkwürdiges Licht auf die Folgen der amerikanischen Handelspolitik wirft der Kontrast zwischen den Ziffern des außereuropäischen Exports und Imports der Vereinigten Staaten. Während nämlich die Einfuhr aus den außereuropäischen Kontinenten und Inseln mehr als 297 Millionen Dollars umfaßt, erhebt sich die Ausfuhr nach den außereuropäischen Ländern nur auf 110 Millionen Dollars, wovon auf Amerika allein gegen 87 Millionen Dollars entfallen. Daraus ergibt sich also die Thatsache, daß Europa einen großen Teil seiner Schuld an die Vereinigten Staaten mittels der Naturprodukte der andern Weltteile bezahlt, die es durch seine eigenen Erzeugnisse gekauft hat. Da letztere vorzugsweise aus Artikeln der Industrie bestehen, so folgt daraus die für die Handelspolitik der Vereinigten Staaten vernichtende Thatsache, daß außer dem Rückgange der Handelsflotte auch die Industrie der Union nicht imstande war, irgend einen Fortschritt auf dem Weltmarkt in der Konkurrenz mit den europäischen Manufakturen zu machen, wovon nur wenige Spezialartikel, wie z. B. Nähmaschinen, Mähmaschinen, einzelne Werkzeuge und Werkzeugmaschinen und etwa New-Yorker Gold-Schreibfedern, eine Ausnahme machen. Neuerdings meldet die New-Yorker Handelszeitung, daß sogar in Kreisen der Schutzzöllner allmählich die Ansicht zur Geltung komme, daß die hohen Schutzzölle die heimische Industrie eher schädigen als fördern, weil sie fast sämtliche Produktionsmittel verteuern, den Arbeitslohn erhöhen und die Unternehmer überdies träger machen. Sollte diese Einsicht von der Verderblichkeit der gegenwärtigen Handelspolitik auch

nicht so rasch um sich greifen, um den Kongreß in den nächsten Jahren zu einer rationellen Ermäßigung des Tarifs zu bewegen, so müssen doch zwei Umstände in verhältnismäßig kurzer Zeit den Prohibitivzöllen Schranken setzen. Der erste ist die allmähliche Rückzahlung der Bundesschuld, welche nach der Versicherung des Bundes-Finanzministers in 10 Jahren vollzogen sein wird. Der andere ist die Unmöglichkeit, den Saldo der Handelsbilanz auf die Dauer in Gold zu bezahlen. In dieser Hinsicht zählt der Umstand, daß Europa nicht genügenden Vorrat besäße, weit weniger als die Thatsache, daß die Vereinigten Staaten selbst immer noch eine jährliche bedeutende Goldproduktion besitzen, daß die Bevölkerung so sehr an das Papiergeld gewöhnt ist, daß es dasselbe sogar dem Golde vorzieht, und daß der Umlauf eigentlich schon jetzt genügend mit Gold gesättigt ist. Würde sich daher zu der jährlichen Goldproduktion von durchschnittlich 40 Millionen Dollars auch noch ein bedeutender Überschuß der Einfuhr aus Europa gesellen, so müßten die Preise allmählich verhältnismäßig steigen. Dadurch würden einerseits die fremden Exporteure instandgesetzt werden, trotz der Hochschutzzölle, Waren in größern Quantitäten einzuführen, andererseits würden die Kurse der Wertpapiere derart steigen und infolge dessen deren Zinsertrag sinken, daß die amerikanischen Papiere aus Europa zurückkehren und die amerikanischen Kapitalisten dahin geführt würden, besser rentirende europäische Papiere zu kaufen. Wie die Sachen freilich jetzt angesichts der fortgesetzten Prägung unterwertiger Silberthaler stehen, so ist eher ein Abfluß des Goldes als eine Zufuhr zu erwarten.

Wir ziehen aus der Analyse des Handels der Vereinigten Staaten die wichtige Lehre, daß der internationale Handel die ihm aufgerichteten Schranken entweder durchbricht oder umgeht (den Schmuggel haben wir dabei nicht in Betracht gezogen), und daß Hochschutzzölle, ohne den beabsichtigten Zweck zu erreichen, nur mehr Kosten verursachen, am meisten aber dem eigenen Lande zum Schaden gereichen. Nach 20jähriger Herrschaft der Schutzzölle fand sich der Kongreß der Vereinigten Staaten endlich anfangs 1883 veranlaßt, eine leichte Ermäßigung des Prohibitiv-Tarifs eintreten zu lassen, welche die Sanktion des Präsidenten sofort erhielt. Allein dieselbe steht weit hinter den Erwartungen zurück, welche man nach den Beschlüssen des Repräsentantenhauses und den Vorschlägen der Zolltarif-Kommission

hegen müßte. Der Senat, von den schutzzollgierigen Fabrikanten und ihren Agenten hartnäckig belagert und umworben, hatte den Entwurf der Kommission dermaßen reduzirt, daß von den ursprünglich gemachten Vorschlägen nur ein Bruchteil übriggeblieben ist. Außerdem ist der neue Tarif ein so konfuses Machwerk, wie es jemals aus dem Kampfe entgegenstehender, jedem Prinzip abholder Interressen hervorgegangen ist. Die Klassifikation ist dermaßen geändert und auseinandergerissen, daß es nur bei wenigen Artikeln möglich ist, einen Vergleich anzustellen und die Änderung zu beurteilen, welche die neuen Zollsätze herbeiführen. Man muß, um dieses leichtfertige Spiel mit wichtigen Interessen des Landes zu begreifen, einen Blick auf die Stellung der politischen Parteien werfen. Am 3. März 1882 ging die 47. Legislatur-Periode des Kongresses zu Ende, in welchem die mit den Schutzzöllnern verbündeten Republikaner die Majorität besaßen. Infolge des Ergebnisses der Neuwahlen besitzt in dem sofort zusammengetretenen Repräsentantenhause des neuen Kongresses die seit einigen Jahren mit den Freihändlern verbündete demokratische Partei die Mehrheit. Bei dem günstigen Stande der Bundesfinanzen, welcher unter der Beibehaltung der bisherigen Politik die Rückzahlung der Bundesschuld innerhalb 9 Jahren ermöglicht haben würde, hatten die Protektionisten schon seit einigen Jahren auf Mittel und Wege gesonnen, um den Zeitpunkt möglichst lange von sich abzuwenden, in welchem das Bundesschatzamt eine Reduktion der indirekten Abgaben wird beantragen müssen, weil der Bedarf an Bundeseinnahmen in der bisherigen Höhe nicht mehr vorhanden sein wird. Die Schutzzöllner strebten daher die Aufhebung der innern Verbrauchssteuern unter thunlichster Beibehaltung der Eingangszölle an. Nachdem nun die Wahlen nach einer vieljährigen Pause der demokratischen Partei wieder die Majorität verschafft, fürchteten die Republikaner, daß dieselbe im Besitze der Macht sofort zu einer radikalen Revision des Zolltarifs schreiten werde. Dies zu vereiteln, wurde die Bundesregierung veranlaßt, unmittelbar eine bedeutende Reduktion des Budgets mittels Reduktion der inländischen Verbrauchssteuern und der Eingangszölle vorzuschlagen. Demgemäß hatte die Tarif-Kommission empfohlen, eine Reduktion der Zolleinnahmen um ungefähr 220 Millionen Mark oder 25 Prozent vorzunehmen. Im Senat war dieser Vorschlag bis auf 180 Millionen Mark oder 20 Prozent herabgesetzt worden, und als das Gesetz dem

Präsidenten zur Genehmigung unterbreitet wurde, war die Ermäßigung auf 110 Millionen Mark oder 11 Prozent herabgeschmolzen. In dem mit dem 30. Juni 1882 beendigten Fiskaljahre hatte die Einfuhr den Wert von 2864 Millionen Mark betragen, von denen 842 Millionen Mark zollfreie Waren repräsentirten. Von dem Reste von 2022 Millionen wurden 862 Millionen an Zöllen erhoben, was einem Durchschnittswert-Zollsatz von 42 1/2 Prozent gleichkommt. Die Waren, welche den Hauptertrag abwarfen, sind folgende:

Zollpflichtige Artikel. Einfuhr.	Wert der Einfuhr. M.	Erhobene Zölle. M.	Durchschnittszollsatz nach Prozent des Werts.	Prozentanteil an dem Totalertrag der Zölle.
Zucker und Melasse	378 096 000	196 830 000	52,05	22,82
Eisen und Stahl	335 994 000	96 702 000	44,86	11,21
Wolle und Wollwaren	190 474 000	107 012 000	61,43	13,57
Seide und Seidenwaren	153 314 000	90 532 000	59,05	10,50
Baumwollwaren	125 142 000	48 908 000	39,08	5,67
Flachs und Flachswaren	88 732 000	29 554 000	33,31	3,43
Zinn und Zinnwaren	66 536 000	19 688 000	29,59	2,28
Chemikalien und Droguen	56 644 000	19 926 000	35,18	2,31
Hanf und Jute und deren Fabrikate	49 528 000	9 656 000	19,56	1,12
Leder und Lederwaren	48 862 000	15 142 000	30,99	1,75
Andere Produkte	648 638 000	218 510 000	33,07	25,34

Schon wenn man nur die Gesamtsumme der durch das Gesetz bezweckten Zollermäßigung betrachtet, so zeigt sich, daß es den Schutzzöllnern gelungen ist, das dem Publikum gemachte Zugeständnis um mehr als die Hälfte des Betrages herabzudrücken, der von der Tarif-Kommission vorgeschlagen worden war. Trotzdem betenerten die amerikanischen Eisen- und Stahlhüttenbesitzer, daß sie an der Zollermäßigung von 28 auf 18 Dollars per Tonne Stahlschienen zugrunde gehen müßten. Der Preis der Stahlschienen auf den Werken der Union war damals 40 Dollars per Tonne, in England 25 Dollars (5 Pfund

Sterling) und zuzüglich des Zolls, der Fracht und Versicherungs-Prämie 45 bis 46 Dollars in New-York. Die amerikanischen Stahlhütten haben also noch einen bedeutenden Spielraum zu ihren Gunsten. Wenn freilich trotzdem große Quantitäten englischer und deutscher Stahlschienen von Amerika gekauft wurden, so ist das in den bessern Qualitäten der Erzeugnisse zu suchen. Die amerikanischen Stahlschienen sind nämlich nach dem Zeugnis der hervorragendsten Eisenbahnunternehmer aus sprödem, zerbrechlichem Material gewalzt, weil die Hüttenbesitzer im Vertrauen auf den hohen Schutzzoll es versäumt haben, sich die neuen technischen Verbesserungen anzueignen. Eines der leitenden Journale der demokratischen Partei, die New-Yorker World, drückte seine Enttäuschung über das neue Gesetz mit dem wenig glimpflichen Titel „Die Schwindel-Tarif-Bill" aus. Sowohl die demokratischen Organe der Union wie auch die unparteiischen Stimmen in England sind der Ansicht, daß der Wert der Tarif-Revision weniger in dem bestehe, was sie wirklich biete, als in dem Umstande, daß sie doch wenigstens in die seit 20 Jahren errichtete Schutzmauer für Privatinteressen Bresche gelegt hat. Man erwartet, daß die demokratische Partei die jetzige Periode ihres Übergewichtes nicht vorübergehen lassen wird, ohne zu einer weitern Zollermäßigung zu schreiten, — eine Hoffnung, die sich bisher nicht erfüllt hat.

Der auswärtige Handel Frankreichs.

Wir haben uns während des letzten Jahrzehnts infolge der überraschenden Kapitalkraft, mit welcher Frankreich die Milliarden der Kriegsentschädigung aufbrachte und die Kriegsschäden deckte, so sehr daran gewöhnt, an die Allmacht und Unversiegbarkeit der französischen Volkswirtschaft zu glauben, von dem unerschöpflichen Reichtum dieses Landes zu schwärmen, daß viele durch die im Februar 1883 dem Präsidenten der Republik gemachte Erklärung des Handelsstandes wie von einem Blitz aus heiterm Himmel getroffen worden sind. „Unsere Lage, Herr Präsident", sagte der Vertreter des Pariser Handelsstandes, welcher nur in ernsten Staatslagen seine Stimme zu erheben pflegt, zu Grévy, „unsere Lage ist nicht nur ernst, sondern geradezu gefahrdrohend! Unser Handel stockt nicht nur im Innern, sondern auch dem Auslande gegenüber." Wenn man beim Eintreffen der Ausweise über den Außenhandel Frankreichs im Jahre 1882 die Resultate der letzten 10 Jahre einer vergleichenden Prüfung unterzog, so wurde man überrascht durch die Wahrnehmung, daß der Stand des auswärtigen Handels schon seit Jahren nicht mehr der Meinung entspricht, welche man in weitesten Kreisen von der Unerschöpflichkeit der französischen Volkswirtschaft gefaßt hatte, gestützt nicht nur auf die rasche Verschmerzung der Kriegsschäden, sondern auch auf den Umstand, daß Frankreich von der Krisis des Jahres 1873 direkt unberührt blieb, nur einige Jahre später in seinen Luxus-Industrieen wegen der Einschränkung des Verbrauches in den übrigen Ländern Not litt, erst 1882 infolge von verbrecherischer Spekulation und Agiotage von einer kurzen Börsenklemme heimgesucht wurde und daß seine neuen Rententitel nicht nur bald ins Emissionsland zurückzukehren begannen,

sondern auch französisches Kapital wieder im Auslande Anlage suchte. Der Anblick der großen Unternehmungen blendete offenbar das Auge des finanziellen Beobachters, so daß denselben die kleinen Vorgänge im Handel und Wandel seit einer geraumen Reihe von Jahren entgangen waren. Dieser Umstand hängt auch mit dem Charakter des französischen Handels zusammen, welcher sehr solid organisirt ist, sowie mit der Natur der Zollpolitik, welche heftige Sprünge mit großer Vorsicht vermieden hat. Bis zum Anfange der sechziger Jahre herrschte in Frankreich von jeher das Schutzzollsystem, und selbst nachdem es zur Zeit der großen Handelsenquête dem Einflusse Cobdens auf Napoleon III. gelungen war, die Ära der Handelsverträge zu inauguriren, welche allenthalben eine Ermäßigung der Eingangszölle herbeigeführt hatte, war Frankreich in seinen Zollerleichterungen doch sehr vorsichtig geblieben, so daß es vielleicht auch deshalb der von Thiers versuchten handelspolitischen Reaktion nicht gelang, die Majorität der Nationalversammlung zu gewinnen. Diese konservative Stabilität der französischen Handelspolitik und die Solidität der französischen Handelsbräuche verliehen daher dem französischen Geschäfte jenen Charakter der Zuverlässigkeit, welche den Kredit des Landes auf eine so außerordentliche Höhe brachte. Der Abschluß der Handelsverträge war sofort bei Frankreich wie bei England, die den übrigen Staaten mit gutem Beispiele vorangegangen waren, durch eine bis dahin beispiellose Zunahme des auswärtigen Handels bemerklich. Noch im Jahre 1860 repräsentirte die Gesamteinfuhr in dem Spezialhandel Frankreichs den Wert von 1897 Millionen Franken und die Ausfuhr 2277 Millionen. Im Jahre 1864 war die Einfuhr auf 2528 und die Ausfuhr auf 2924 Millionen Franken gestiegen; im Jahre 1867 die Einfuhr auf 3026, die Ausfuhr auf 2826 Millionen Franken, im Jahre 1868 die Einfuhr auf 3303, die Ausfuhr auf 2789 Millionen. Nach dem Rückschlage, welchen der deutsch-französische Krieg mit sich brachte, hob sich die Einfuhr sofort im Jahre 1871 auf 3556 Millionen und die Ausfuhr auf 2872 Millionen. Im Jahre 1872 stieg die Wareneinfuhr auf 3570 und die Ausfuhr auf 3761 Millionen. Die Ziffer der Einfuhr vermehrte sich von da unausgesetzt und erreichte im Jahre 1880 die Summe von 5033 Millionen, während die Ausfuhr auf 3467 Millionen zurückblieb. Im Jahre 1882 betrug die Einfuhr 4972 Millionen und die Ausfuhr an Waren 3596 Millionen

Franken. Aus diesen allgemeinen Ziffern allein läßt sich noch kein Schluß auf den Stand der Wirtschaft ziehen, denn bei einem Vergleiche der Hauptziffern des auswärtigen Handels allein würde das Deutsche Reich seit 1872 um ein Fünftel besser stehen als Frankreich, obwohl dieses notorisch reicher ist, und Großbritannien würde Frankreich um das Doppelte überbieten, während andererseits die Vereinigten Staaten trotz ihrer größern Bevölkerung und ihrer riesigen Bodenprodukte tiefer ständen als Frankreich. Um uns Klarheit zu verschaffen, müssen wir die einzelnen Posten der Handelslisten untersuchen. Das Ergebnis ist ein solches, daß der Ausspruch der Vertreter des Pariser Handelsstandes vollständig gerechtfertigt wird. Wir stoßen da auf mehrere Thatsachen, welche zeigen, daß die französische Volkswirtschaft angefangen hat, mit Schwierigkeiten zu kämpfen, welche den Ruf nach politischer Ruhe im höchsten Maße rechtfertigen. Es zeigt sich erstens, daß die Einfuhr an Nahrungsmitteln sich in 10 Jahren verdoppelt, d. h. um mehr als 800 Millionen Franken vermehrt hat; zweitens, daß die Ausfuhr von Wein sich zwar nicht wesentlich verändert, die Einfuhr dagegen infolge der Verwüstungen der Phylloxera um 300 Millionen Franken sich erhöht hat, so daß sie im Jahre 1882 die Ausfuhr um fast 100 Millionen Franken überbot (7 Millionen Hektoliter wurden ein- und nur 2½ Millionen Hektoliter ausgeführt). Drittens zeigt die Ausfuhr an Erzeugnissen der Industrie keine Vermehrung, geschweige eine solche, welche zur Deckung der gesteigerten Einfuhr an Lebensmitteln hätte dienen können. Viertens ergeben die Tabellen, daß auch in den Spezialartikeln des französischen Gewerbfleißes keine solche Entwicklung stattfindet, wie sie in frühern Zeiten erfolgte und wie sie andere Länder in den ihnen eigenen Erzeugnissen aufweisen, ja, daß in manchen sogar ein Rückgang stattgefunden hat. Es zeigt sich namentlich in manchen Luxusartikeln, daß, trotz der steigenden Bevölkerung Europas und Amerikas und der in demselben Verhältnis sich vermehrenden Einkünfte, die französischen Luxus-Industrieen mit wenigen Ausnahmen stillstehen, weil ihnen nach und nach in den Nachbarländern eine wirksame Konkurrenz zu erstehen beginnt. So sehen wir z. B. in dem für Frankreich wichtigen Zweige der Hausindustrie, in der Anfertigung von kleinern Toilettegerätschaften (Tabletterie), die Ausfuhr von 159½ Millionen im Jahre 1874 auf 83½ Millionen im Jahre 1882 sinken. Die Ausfuhr an Modeartikeln und künstlichen Blumen erhält sich bei einigen Schwankungen ungefähr

auf demselben Niveau. Die Ausfuhr an Möbeln und Holzgerätschaften ist von 30 Millionen im Jahre 1874 auf 25 Millionen im Jahre 1882 und die von Regen- und Sonnenschirmen um ein Drittel gewichen. Der Posten der sogenannten „Pariser Industrie" ist von 11 Millionen auf 1 Million gesunken; der der Gläser und Spiegel von 40 Millionen auf 26 Millionen. Auch andere Pariser Spezialartikel, wie: Seife, Parfumerie, Konfektion, Luxuswagenbau, Waffen, Instrumente, Farben, sind zurückgegangen.

Die Ausfuhr von Werkzeugen und Metallgerätschaften ist von 98 auf 65 Millionen gesunken. Nur in solchen Produkten, bei denen ein technischer Fortschritt in Frage kommt, ist eine namhafte Besserung wahrzunehmen, z. B. in der Ausfuhr von Extrakt und Farbhölzern, welche von 8 Millionen 1874 auf 20 Millionen 1882, und in Chemikalien, welche von 42 Millionen auf 61 Millionen gestiegen sind. Die Ausfuhr von Rohzucker ist in dem genannten Zeitraum von rund 65 auf 25 Millionen und die von raffinirtem Zucker von 138 auf 85 Millionen gesunken. Die Ausfuhr an Seidengeweben, welche im Jahre 1873 477 Millionen, im Jahre 1874 414 Millionen betragen hatte, ist in den folgenden Jahren enorm gefallen, so daß sie 1879 den Tiefpunkt von 226 Millionen erreichte und 1882 nur auf 301 Millionen sich stellte. Dagegen hat allerdings die Ausfuhr von Rohseide von 96 Millionen im Jahre 1874 auf 219 Millionen 1882 sich gesteigert. Die Ausfuhr an Wollengeweben weist keine so starken Variationen auf, doch hat sie sich von 328 auf 398 Millionen, die von Baumwollengeweben von 72 auf 96 Millionen gehoben. Die Ausfuhr von Leinen- und Jutegeweben sowie von Garnen aller Art, präparirten Häuten und Lederarbeiten, Produkten der Goldschmiede- und Uhrmacherkunst sowie der Maschinenfabrikation ist sich so ziemlich gleich geblieben. Ziehen wir noch in Betracht, daß die Einfuhr von Bauholz von 105 auf 195 Millionen, die von Samen und Nüssen zur Ölgewinnung von 63 auf 108 Millionen, die von Rohseide von 322 auf 345 Millionen gesteigert wurde, daß überhaupt die Einfuhr im Jahre 1882 um 1464 Millionen Franken höher stand als im Jahre 1874, während die Ausfuhr im Jahre 1882 um 105 Millionen geringer war als 1874, so stehen wir bezüglich der Erklärung der Ausgleichung der Bilanz vor einem Rätsel, welches nur auf dem Kapital- und Geldmarkte seine Lösung finden kann. Wie

wir schon an anderer Stelle auseinandergesetzt, bekommt kein Volk im internationalen Handel vom andern ein Geschenk, sondern die gegenseitigen Schulden müssen ihre Ausgleichung finden, sei es in Gestalt von Waren, Münzen oder Schuldscheinen. Im natürlichen Verlaufe der Dinge aber muß die Wertziffer der Einfuhr höher sein als die der Ausfuhr, weil bei der erstern ein höherer Betrag von Fracht, Versicherungsprämie, Kapitalzins und Risiko in Frage kommt. Die vorliegende Differenz bezüglich Frankreichs ist zu groß, um sich durch diesen Umstand allein erklären zu lassen. Wir finden einiges Licht in der Thatsache, daß die Einfuhr an Edelmetall in Frankreich im Jahre 1874 nicht weniger als 951½ Millionen, im Jahre 1882 aber nur 411 Millionen Franken betragen hat, während die Ausfuhr, die im Jahre 1874 159 Millionen betrug, im Jahre 1882 fast 350 Millionen Franken erreichte. Die Barbilanz von 731 Millionen dient also dazu, die Ausgleichung der Warenbilanz der beiden Jahre zu erklären. Wir können freilich die Aufführung dieser Thatsache nicht vorübergehen lassen, ohne uns gegen die merkantilistische Unterstellung zu verwahren, als ob Frankreich durch die Thatsache dieser Unterbilanz in den Edelmetallen allein um diese Differenz ärmer geworden sei. Denn das französische Kapital hat in der neuern Zeit bedeutende Investitionen im Auslande gemacht und die von den auswärts angelegten Kapitalien zurückfließenden Zinsen pflegen wie in England die Summe der Einfuhr mehr oder weniger zu steigern. Immerhin muß aber das Bestreben der Regierung dahin gerichtet sein, alles zu vermeiden, was dazu führen kann, schroffe Schwankungen und Differenzen in der Bilanz des auswärtigen Handels herbeizuführen, weil dadurch die Sicherheit und Regelmäßigkeit der Produktion im Innern des Landes gestört wird. Der Ruf des Pariser Handelsstandes nach größerer Stabilität der politischen Ordnung ist daher von diesem Standpunkte vollkommen berechtigt, und es sollte für die Volksvertreter Frankreichs eine ernste Mahnung sein, daß sie ihren persönlichen Interessen und Leidenschaften nicht das Wohl des Landes opfern.

Der auswärtige Handel des Deutschen Reiches.

Der auswärtige Handel des Deutschen Reiches hat in der Handelspolitik der neuern Zeit eine größere Rolle gespielt als früher, denn seine Entwicklung zu Anfang der siebenziger Jahre hat der heute siegreichen schutzzöllnerischen Reaktion zum Vorwand gedient, um gegen die Politik der Handelsverträge Sturm zu laufen, deren Tarif-Erleichterungen der Verkehr Europas einen so hohen Aufschwung zu verdanken hatte. Die deutschen Schutzzöllner waren es zuerst, welche die Streitart der Handelsbilanz wieder ausgruben und das Anwachsen des Überschusses der Einfuhr über die Ausfuhr, welches von der Zahlung der Milliarden der französischen Kriegsentschädigung an Deutschland herrührte, als Vorwand benutzten, um fälschlicherweise den Tarif der Handelsverträge als Ursache dieser Erscheinung anzuklagen, welche bei ungehinderter Fortdauer zum Ruin der deutschen Industrie führen müsse. Merkwürdigerweise war selbst dieses haarsträubende Sophisma nicht imstande, die Augen der Staatsmänner zu öffnen und sie davon abzuhalten, übeln Ratgebern Gehör zu schenken, welche keinen andern Zweck haben, als das Gemeinwohl wie eine Milchkuh für das Privatinteresse einiger Produktionsklassen auszubeuten. Heute dient auf der andern Seite der deutsche Ausfuhrhandel der Gegenpartei dazu, an den Veränderungen der Aus- und Einfuhr die übeln Folgen nachzuweisen, welche die ins Leben getretene schutzzöllnerische Reaktion im Deutschen Reiche hervorgebracht hat. Wir halten es daher an der Zeit, die neuere Entwicklung des deutschen Handels an der Hand der amtlichen Zahlen zu beleuchten, um ein unparteiisches Urteil über den Sachverhalt und die Stichhaltigkeit der von den Handelskammern in der jüngsten Zeit über den Tarif geführten Klagen

zu erhalten. Diese Aufgabe ist schwieriger und verspricht weniger zuverlässige Resultate als in den meisten andern Ländern Europas, weil die deutschen Zölle nur nach Gewicht und Stück erhoben werden und der Wert bei der Verzollung nicht angegeben wird. Erst seit dem Jahre 1875 hat das Kaiserliche Statistische Amt die freiwillige Aufgabe übernommen, den Wert der im auswärtigen Handel verkehrenden Warenmengen vom Jahre 1872 an nach von einer Fachkommission ermittelten Preisen aufzuführen. Auch dieses Amt hat gefunden, daß die Angaben über die Ausfuhr so unzuverlässig waren, daß es auf die Schätzung des Wertes derselben für einige Jahre gänzlich verzichtete. Pflegten schon sonst die Erhebungen über den Betrag der ausgeführten Waren, von denen kein Zoll erhoben wird, sehr ungenau zu sein, so scheint dies gerade im deutschen Zollverbande in noch höherm Maße der Fall gewesen zu sein. Auf allen statistischen Kongressen war es eine ständige Klage der Fachmänner, daß verläßliche Ziffern der Ausfuhr so schwer zu ermitteln seien, und selbst von Seite hochgestellter Zollbeamten ist der Vorschlag ausgegangen, daß in dieser Hinsicht die Mitwirkung der Eisenbahnen angerufen werden möchte. Von der Unzuverlässigkeit der Zoll-Listen kann man sich leicht überzeugen, wenn man die Ausfuhrlisten der verschiedenen Länder wechselseitig vergleicht, denn dieselben stimmen nur selten mit einander überein. So zeigt z. B. die Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich in den deutschen Zoll-Listen oft erhebliche Differenzen von der Einfuhr Frankreichs aus dem Deutschen Reiche nach den französischen Angaben über dasselbe Jahr; und noch größer werden diese Differenzen, wo es sich um den Verkehr zwischen Ländern handelt, die durch andere getrennt sind, wie z. B. zwischen Österreich-Ungarn und England.

Wenn wir unter solchen Umständen dem Studium der Zahlen nähertreten, so können wir uns dieser Aufgabe nur mit dem Vorbehalt unterziehen, daß wir uns der Zahlen im großen Ganzen bedienen, meist nur nach Millionen rechnen, gegen welche Irrtümer der Zoll-Listen im einzelnen nicht so stark ins Gewicht fallen. Wir beginnen mit einem Blick auf den Gesamtwert der Ein- und Ausfuhr des Deutschen Reiches (ausschließlich der Durchfuhr) im allgemeinen Warenverkehr in den Jahren 1872 bis 1884, unter Ausschluß der Edelmetalle in Münze und Waren.

	Einfuhr in Millionen Mark.	Ausfuhr in Millionen Mark.		Einfuhr in Millionen Mark.	Ausfuhr in Millionen Mark.
1872	3256,8	2317,7	1879	3767,3	2774,5
1873	3752,8	2277,6	1880	2819,0	2892,8
1874	3599,4	2342,3	1881	2961,8	2979,6
1875	3527,6	2491,8	1882	3128,3	3188,3
1876	3798,2	2545,7	1883	3262,5	3269,9
1877	3768,7	2760,4	1884	3260,8	3204,9
1878	3506,2	2885,1			

Bevor wir eine Kritik dieser Zahlen unternehmen, müssen wir wieder an den Umstand erinnern, den wir bereits öfters und zuletzt bei der Beleuchtung des britischen Handels hervorgehoben haben, daß nämlich die Einfuhr an und für sich im regelmäßigen Laufe der Dinge einen höhern Wert haben muß als die Ausfuhr, weil in ihr ein größerer Betrag an Fracht, Kapitalgewinn und Versicherungsprämie repräsentirt ist. Bei denjenigen Ländern, welche Kapitalien im Auslande angelegt haben, kommen auch noch die Zinsen dieses Guthabens zu der Einfuhr, welche im großen ganzen in Gestalt von Waren entrichtet werden. In letzterer Beziehung spielt im Deutschen Reiche die französische Kriegsentschädigung, welche während einiger Jahre im Betrage von mehr als vier Milliarden Mark übermittelt wurde, eine große Rolle. Mit Hülfe derselben wurden die sämtlichen Schulden der deutschen Staaten, soweit sie nicht durch den Gegenwert von Staatseisenbahnen gedeckt sind, zurückgezahlt, sodaß die deutschen Staaten im ganzen heute mehr Reineinkommen aus ihrem Vermögen beziehen, als sie Zinsen von ihren Schulden zu zahlen haben. Das Deutsche Reich mit seiner Bevölkerung ist daher gegenwärtig nicht an das Ausland verschuldet, vielmehr ist ein namhafter Betrag deutscher Ersparnisse in Bonds und Eisenbahn-Prioritäten der Vereinigten Staaten, in österreichischer, ungarischer, italienischer und spanischer Rente, in russischen Staatspapieren und in österreichischen und ungarischen Eisenbahn-Obligationen angelegt. Durch die Zinsen dieser auswärtigen Investitionen muß daher an und für sich ein regelmäßiger Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr bewirkt werden, deren Wirkung nur wieder durch neue Kapitalanlagen im Auslande paralysirt werden kann. Eine andere Ursache, welche auf den Ausfuhrhandel in der erwähnten Periode

eingewirkt haben muß, ist die Handelskrisis und deren Nachwehen, welche sich vom Frühjahr 1873 bis zum Herbst 1879 erstreckten. Betrachten wir unter diesen Voraussetzungen die oben aufgeführten Zahlen und nehmen wir an, daß dieselben annähernd richtig sind, so befinden wir uns in einiger Verlegenheit. In den drei Jahren 1872—1874 läßt sich der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von 941, 1455 und 1251 Millionen Mark leicht mit der Zahlung der französischen Kriegsentschädigung, welche im Herbst 1874 abgeschlossen ward, erklären. Nicht so leicht finden wir es aber mit der Erklärung des Überschusses des Jahres 1875 von 1036, des Jahres 1876 von 1255, des Jahres 1877 mit einem Überschusse von 1012 1878 von 626 und 1879 von 971 Millionen. Zwei Umstände kommen uns indessen zu Hülfe, um die Ursachen auch dieser Überschüsse annähernd zu finden. Dies ist die Rückkehr der französischen Rente, welche von diesen Jahren an in starkem Betrage vom Emissionslande wieder aufgenommen wurde und an welcher sich auch deutsches Kapital in hohen Beträgen beteiligt hatte, sowie die Konversion der amerikanischen Bundesschuld, infolge deren, dank zugleich dem riesigen Aufschwung der Bodenproduktion Amerikas, gegen 3000 Millionen Mark amerikanischer Wertpapiere aus Europa in ihre Heimat abflossen. Leichter kann man den Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von 971 Millionen Mark im Jahre 1879 erklären, da mit der Beseitigung der Nachwehen der Krisis im Herbste 1879 eine vorübergehende Besserung der Handelsentwicklung eintrat und die Geschäftswelt die Zeit zwischen der Genehmigung des neuen erhöhten Zolltarifs und dessen Einführung am 1. Januar 1880 zu riesiger Einfuhr an Kaffee, Getreide und andern erhöhten Artikeln benutzt hatte. Neben dieser ausnahmsweisen außerordentlichen Bewegung geht eine regelmäßig fortschreitende Entwicklung, welche erkennen läßt, daß das Deutsche Reich wenige Jahre nach seiner Neubegründung allmählich in eine neue Wirtschaftsperiode gelangt, indem es in die Zahl derjenigen Kulturstaaten eingetreten ist, welche gleich England, Frankreich, Belgien und der Schweiz infolge der Vermehrung der Bevölkerung und der Ausdehnung der Industrie und des Handels nicht mehr den eigenen Lebensmittelbedarf durch die Inlandsproduktion zu decken vermögen, sondern in steigendem Maße zur Ausfüllung der Lücke sich an das Ausland wenden müssen. Durchmustern wir die

Zoll-Listen der letzten 20 Jahre, so finden wir, daß das Deutsche Reich in den Jahren 1860 bis 1872 noch immer einen Überschuß der Ausfuhr von Weizen über die Einfuhr hatte, welcher zwar je nach dem Ausfall der Ernte größer oder geringer war, aber zwischen 100 000 und 300 000 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) schwankte. Vom Jahre 1873 an änderte sich dieses Verhältnis und die Einfuhr fing an, mit der einzigen Ausnahme des Jahres 1875, die Ausfuhr mehr oder weniger zu überschreiten, so daß in den Jahren 1876, 1878 und 1879 der Überschuß 300 000 Tonnen und 1877 200 000 Tonnen betrug. Ähnliches gilt von Gerste und Hafer; bei ersterer begann mit 1867 der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr in ähnlicher Progression fortzuschreiten; bei letzterm überwiegt die Einfuhr seit 1872, und zwar bei beiden Getreidegattungen um 100 000 bis 200 000 Tonnen. Auch Mais wird seit 1872 in steigenden Quantitäten eingeführt, gegen welche dessen Ausfuhr ganz verschwindend ist, wie die folgenden Zahlen zeigen:

	Einfuhr in Tonnen à 1000 kg.	Ausfuhr		Einfuhr in Tonnen à 1000 kg.	Ausfuhr
1872	18,000	1,040	1876	197,000	19,400
1873	29,000	2,980	1877	178,000	21,200
1874	56,500	2,070	1878	114,000	20,700
1875	113,000	21,200	1879	200,000	15,500

Roggen hat schon seit mehr als 20 Jahren zu denjenigen Nahrungsmitteln gehört, worin der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr ein starker war, in starker Progression stieg und je nach dem Ausfall der Ernte noch bedeutende Schwankungen zeigte. Schon in den Jahren 1860 und 1862 betrug der Überschuß der Einfuhr von Roggen 160 000 Tonnen, 1873 621 000 Tonnen, 1874 780 000 Tonnen, 1876 und 1877 eine Million Tonnen, 1879 1 300 000 Tonnen. Ähnlich, wenn auch mit geringern Zahlen, verhält es sich mit Reis und Malz und seit dem Jahre 1878 haben sogar die Mühlenprodukte einen Überschuß der Einfuhr ergeben. Auch an Wein wird bedeutend mehr ein- als ausgeführt. Umgekehrt verhält es sich nur bei Kartoffeln, Bier, Branntwein und Zucker. Die Einfuhr von Pferden überwiegt schon seit mehr als 20 Jahren die Ausfuhr um mehr als das doppelte. Im letzten Jahrzehnt wurden jährlich durchschnittlich 70 000 Pferde ein- und 36 000 Pferde ausgeführt. Dagegen hält sich die Aus- und Einfuhr von Rindvieh, abgesehen von den jährlichen natürlichen Schwankungen, so ziemlich die Wage. Die Einfuhr von Schweinen ist erheblich größer als deren Ausfuhr, und zwar in den letzten 10 Jahren um durchschnittlich fast eine Million Stück. Dagegen überwiegt fast in demselben Maßstabe die Ausfuhr der Schafe. Die Einfuhr von ausgeschlachtetem, frischem und zubereitetem Fleisch ist infolge der großen Fortschritte, welche dank besserer Verpackung der überseeische Handel in diesem Artikel gemacht hat, in starker Zunahme begriffen; der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr hat im Durchschnitt der letzten 10 Jahre 35 000 Tonnen erreicht. Vom Jahre 1872 an ist die Einfuhr auch dem Werte nach bedeutend überwiegend, wie die folgenden runden Beträge des Überschusses der Einfuhr über die Ausfuhr von Lebensmitteln und Vieh zeigen: 1872 379 Millionen Mark, 1879 760 Millionen Mark, 1880 351 Millionen Mark, 1881 414 Millionen Mark. Der hohe Überschuß der Einfuhr von Lebensmitteln im Jahre 1879 rührt von der Erhöhung des Zolltarifs her, welcher mit 1. Januar 1880 ins Leben trat, indem die Geschäftswelt den Zeitraum zwischen der Genehmigung und dem Vollzuge des Gesetzes benutzte, um enorme Quantitäten, namentlich von Roggen, Wein, Kaffee u. s. w., einzuführen. Gegenüber dem bedeutenden Überschusse der Einfuhr von Lebensmitteln über die Ausfuhr im deutschen Zollgebiete, durch welchen das neue Reich in die Reihe der Industriestaaten eingetreten ist, steht natürlich eine entsprechende Ausfuhr an Produkten des einheimischen Gewerbfleißes, durch welche jener Betrag gedeckt werden muß. Durchmustern wir die Übersichten des auswärtigen Warenverkehrs in den Tabellen der Statistik des Deutschen Reichs, so finden wir, daß dieser Mehrwert von einer Anzahl von Industrien erzeugt wird, welche gerade in der neuesten Zeit solche Fortschritte gemacht haben, daß Deutschland auf diesen Gebieten mit den hochentwickelten Manufakturbezirken des Westens in die Schranken tritt. Darunter zählen einige Rohstoffe und Fabrikate der chemischen Industrie. Unter diesen Rohstoffen sind besonders Kali und Salze hervorzuheben, von welchen das unerschöpfliche Staßfurter Becken so viel liefern kann, als der Konsum aufzunehmen vermag, und wovon ein großer Teil nach England geht, ferner Schwefel, Schwefelkies und Braunstein. Im großen ganzen

kann die in den amtlichen Ausweisen unter der Ziffer 6 zusammengefaßte Rubrik der Chemikalien für 1881 nicht unter jenen Deckungsmitteln für die Verschuldung an das Ausland aufgeführt werden, weil deren Gesamteinfuhr von 455,9 Millionen Mark die Ausfuhr im allgemeinen Warenverkehr von 344,8 um 111 Millionen übersteigt, welches Verhältnis auch bei der Bewegung im engern freien Verkehr obwaltet. Erfolgreicher zeigt sich bereits die Rubrik 7, welche die Rohstoffe der Stein-, Thon- und Glasindustrie umfaßt. Hier ergibt die Ausfuhr im allgemeinen Warenhandel einen Überschuß von 79,4 Millionen Mark und im besondern Warenverkehr des Zollverbandes einen Überschuß von 79,8 Millionen Mark. Bedeutender stellen sich die Ergebnisse der Rubrik 8, in welcher die Rohstoffe und Fabrikate der Metallindustrie zusammengefaßt sind. In diesem Industriezweig überragt die Ausfuhr die Einfuhr um rund 272 Millionen Mark, darunter lieferten rohe unedle Metalle einen Überschuß der Ausfuhr um 26,8 Millionen, roh bearbeitete Metalle (Halbfabrikate) einen Überschuß von 87,8 Millionen, Metallwaren aus Eisen, mit Ausnahme von Maschinen, Instrumenten und Apparaten, einen Überschuß von 109,8 Millionen Mark. Die Rubriken 14, 15 und 16, Maschinen, Instrumente und Apparate, ergeben einen Überschuß der Ausfuhr von 61,8 Millionen, Eisenbahnfahrzeuge einen solchen von 6 Millionen, Kurzwaren und Schmuck einen solchen von 44,5 Millionen Mark. Einen ansehnlichen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr finden wir ferner bei folgenden Artikeln: Holz-, Schnitz- und Flechtwaren mit einem Überschusse von 32,4 Millionen, Rohstoffe und Fabrikate der Papierindustrie (10) mit 51,8 Millionen, Rohstoffe und Fabrikate der Leder- und Rauhwarenindustrie (11) mit 46,2 Millionen, Rohstoffe und Fabrikate der Textil- und Filzindustrie (12) mit einem Überschusse von 65,6 Millionen Mark. Da sich in dieser Rubrik 12 Ausfuhr und Einfuhr mit enormen Ziffern gegenüberstehen, indem die erstere 1558,3 und die letztere 1492,5 Millionen Mark repräsentirt, so dürfte es von besonderm Interesse sein, die Hauptposten darunter hervorzuheben. Es ergeben nämlich Haare, Federn und sonstige Polstermaterialien einen Überschuß der Einfuhr von 15,7 Millionen, Spinnstoffe einen solchen von 349,2 Millionen, Garne und Watten 140 Millionen, Spitzen, Stickereien und Blonden 8,8 Millionen Mark. Dagegen lieferten einen Überschuß der Ausfuhr Seilerwaren von

2,2 Millionen, Fußdecken, Filze und Haargewebe 4,5 Millionen, Hüte, Schmuckfedern und künstliche Blumen 16,2 Millionen, Posamentier- und Knopfmacherwaren 65,5 Millionen, Strumpfwaren 62,6 Millionen, Kleider und Leibwäsche 80,1 Millionen und gewebte Zeugwaren 338,1 Millionen Mark. Da unter den 349 Millionen Mehreinfuhr an Spinnstoffen die Rohbaumwolle den Löwenanteil hat, denn die Ausfuhr dieses Rohstoffes beziffert sich auf 245,3 und die Einfuhr auf 594,6 Millionen Mark, so läßt sich daraus beurteilen, welchen bedeutenden Rang die deutsche Textil-Industrie bereits auf dem Weltmarkte einnimmt. Zur bessern Übersicht des Standes des deutschen Handels im Jahre 1881 lassen wir nachfolgend die von dem Statistischen Amte veröffentlichten Ziffern des Wertes der Einfuhr und der Ausfuhr in den 18 Hauptgruppen sowohl im allgemeinen Warenverkehr (ohne Veredlungsverkehr) als im besondern Warenverkehr ohne unmittelbare Durchfuhr im Vergleiche zu 1880 folgen:

Allgemeiner Handel (einschließlich Durchfuhr).

	Jahr.	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr und Durchfuhr	Ausfuhr und Durchfuhr
		in Millionen Mark.			
1. Vieh u. andere lebende Tiere	1880	166,5	136,9	221,5	191,9
	1881	189,0	134,1	250,9	196,0
2. Nahrungs- und Genußmittel	1880	905,3	581,0	1379,5	1055,3
	1881	923,2	563,2	1372,3	1012,3
3. Sämereien und Gewächse	1880	75,7	33,5	81,3	39,1
	1881	72,4	29,1	80,4	37,0
4. Düngungsmittel und Abfälle	1880	65,0	21,9	67,7	24,7
	1881	71,1	23,6	73,9	26,5
5. Brennstoffe	1880	30,5	57,1	31,1	57,7
	1881	33,0	62,4	33,5	62,9
6. Chemikalien	1880	355,7	407,6	445,8	497,7
	1881	370,7	259,7	455,9	344,8
7. Stein-, Thon- und Glas-Industrie	1880	40,9	114,3	64,0	137,3
	1881	45,6	125,0	69,9	149,3
8. Metall-Industrie	1880	147,8	363,1	202,4	411,0
	1881	132,0	404,0	64,0	450,4
9. Holz- und Flecht-Industrie	1880	132,0	101,9	162,3	132,2
	1881	150,4	109,6	185,4	144,6
10. Papier-Industrie	1880	14,8	57,2	21,1	63,4
	1881	17,2	69,0	224,1	270,3
11. Leder- und Rauchwaren-Industrie	1880	162,3	184,5	221,2	243,4
	1881	165,5	211,7	1492,7	1558,3
12. Textil- und Filz-Industrie	1880	895,4	954,2	1398,2	1457,0
	1881	911,6	977,2	331,3	669,5
13. Kautschuk- und Wachs-Industrie	1880	21,4	17,6	27,6	23,8
	1881	21,2	18,1	29,1	26,0
14. Eisenbahn-Fahrzeuge, gepolsterte Wagen und Möbel	1880	0,7	5,4	2,4	7,1
	1881	0,7	6,9	4,2	10,4
15. Maschinen, Instrumente und Apparate	1880	33,7	90,3	69,0	125,6
	1881	35,7	96,9	75,3	136,6
16. Kurzwaren und Schmuck	1880	9,7	57,2	28,4	75,9
	1881	12,2	56,7	33,4	77,9
17. Litteratur und bildende Kunst	1880	15,8	37,8	20,9	43,0
	1881	15,3	38,2	20,3	43,3
18. Verschiedene Waren, nicht deklarirt	1880	—	—	—	—
	1881	—	0,5	—	0,5
Summe...	1880	3080,7	3222,4	4445,3	4587,1
	1881	3167,4	3286,7	4604,5	4623,8
Darunter Gold und Silber in Barren, Bruch und Münzen	1880	39,1	50,7	58,6	70,1
	1881	27,2	63,1	44,6	80,9
Bleiben für die übrigen Artikel	1880	3024,1	3018,3	4367,1	4361,3
	1881	3140,1	3123,5	4559,9	4563,3

Die letztstehenden Totalziffern dieser Tabelle begreifen Waren mit Ausnahme von Gold und Silber in Münzen und Barren. Die Edelmetalle wiesen im Jahre 1880 einen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 11,5 Millionen und im Jahre 1881 von 35,8 Millionen Mark auf. Nach den berichtigten Summen des Kaiserlich Statistischen Bureaus lieferte im Jahre 1880 die Einfuhr sämtlicher Waren einen Überschuß von 5,7 Millionen, daher war unter Einschluß der Edelmetalle die Ausfuhr um 5,8 Millionen Mark höher als die Einfuhr. Im Jahre 1881 lieferte der Warenverkehr allein einen Überschuß der Einfuhr von 16,5 Millionen Mark, der Edelmetallverkehr aber einen solchen der Ausfuhr von 35,8 und der gesamte Verkehr einschließlich der Edelmetalle einen Überschuß der Ausfuhr von 19,3 Millionen Mark. Wir lassen nun zum nähern Einblick in die Einzelheiten des Warenverkehrs ein Verzeichnis der Einfuhr und Ausfuhr von 85 Hauptartikeln nach der Bewegung des Jahres 1879 folgen.

	Einfuhr ℳ	Ausfuhr ℳ	+ Mehreinfuhr — Mindereinfuhr ℳ
Weizen	192 000 000	127 000 000	+ 65 000 000
Roggen	220 000 000	21 800 000	+198 200 000
Gerste	50 400 000	40 600 000	+ 9 800 000
Hafer	44 400 000	15 500 000	+ 28 900 000
Mais	24 000 000	1 850 000	+ 22 150 000
Reis (geschält)	23 800 000	20 000	+ 23 780 000
Hülsenfrüchte	21 300 000	16 700 000	+ 4 600 000
Kartoffeln	2 200 000	35 100 000	— 32 900 000
Malz	21 300 000	5 540 000	+ 15 760 000
Mehl und andere Mühlenfabrikate	80 600 000	67 180 000	+ 13 420 000
Wein	93 700 000	21 910 000	+ 71 790 000
Bier	3 200 000	23 400 000	— 20 200 000
Branntwein	5 330 000	14 800 000	— 9 470 000
Rohzucker	950 000	58 200 000	— 57 250 000
Raffinirter Zucker	2 860 000	21 390 000	— 18 530 000
Sirup und Melasse	1 530 000	10 190 000	— 8 660 000
Kaffee	190 000 000	110 000	+189 890 000
Thee	7 770 000	1 070 000	+ 6 700 000
Hopfen	5 430 000	22 300 000	— 16 870 000
Rohtabak	98 500 000	1 380 000	+ 97 120 000
Tabakfabrikate	11 710 000	6 760 000	+ 4 950 000
Südfrüchte (frische)	2 870 000	10 000	+ 2 860 000
Südfrüchte (getrocknete)	12 920 000	20 000	+ 12 900 000
Pferde	65 500 000	34 000 000	+ 31 500 000
Rindvieh	37 590 000	45 350 000	— 7 760 000

	Einfuhr ℳ	Ausfuhr ℳ	+ Mehreinfuhr − Mindereinfuhr ℳ
Schweine	72 680 000	24 090 000	+ 48 590 000
Schafe	7 780 000	37 600 000	− 29 820 000
Fleisch	46 500 000	8 970 000	+ 37 530 000
Schmalz	42 900 000	1 550 000	+ 41 350 000
Butter	14 000 000	22 000 000	− 8 000 000
Heringe	24 400 000	110 000	+ 24 290 000
Guano	21 900 000	1 890 000	+ 20 010 000
Künstliche Düngungsmittel und Düngsalz	240 000	20 200 000	− 19 960 000
Lumpen	7 280 000	7 480 000	− 200 000
Eisenerze, Eisen- und Stahlstein	5 980 000	20 900 000	− 14 920 000
Roheisen	3 110 000	25 610 000	− 2 500 000
Roh verarbeitetes Eisen und Stahl	13 250 000	64 650 000	− 51 400 000
Eisenbahnschienen	1 850 000	23 000 000	− 21 150 000
Eisen- und Stahlwaren	14 620 000	47 400 000	− 32 780 000
Maschinen- und Maschinenteile	17 970 000	39 010 000	− 21 040 000
Ätznatron	1 860 000	30 000	+ 1 830 000
Chlorkalk	890 000	110 000	+ 780 000
Albumin	1 520 000	1 150 000	+ 370 000
Anilin und Anilinfarben	7 880 000	20 200 000	− 12 320 000
Farbholz-Extrakte	6 840 000	1 780 000	+ 5 060 000
Farben und Farbenstifte	70 000	1 080 000	− 1 010 000
Bleizucker	70 000	720 000	− 650 000
Ammoniak, Salmiak	20 400 000	440 000	+ 19 560 000
Borax und Borsäure	1 050 000	170 000	+ 880 000
Weinstein und Weinsteinsäure	5 790 000	2 140 000	+ 3 650 000
Pottasche	2 740 000	2 740 000	—
Soda	3 960 000	530 000	+ 3 430 000
Farbhölzer	7 140 000	1 800 000	+ 5 300 000
Indigo	22 000 000	8 430 000	+ 13 570 000
Vitriol	280 000	970 000	− 690 000
Schwefel	2 120 000	340 000	+ 1 780 000
Schwefelsäure	630 000	550 000	+ 80 000
Schießpulver	330 000	3 920 000	− 3 590 000
Zündwaren	3 010 000	4 030 000	− 1 020 000
Knochenkohle	3 250 000	790 000	+ 2 460 000
Blei-, Silber- und Goldglätte; Mennige	1 100 000	1 270 000	− 170 000
Bleiweiß, Zinkweiß	1 720 000	5 010 000	− 3 290 000
Salpeter	24 540 000	4 060 000	+ 20 480 000
Salpetersäure	50 000	310 000	− 260 000
Salzsäure	70 000	560 000	− 490 000
Schwefel- und salzsaures Kali	870 000	4 050 000	− 3 180 000
Baumöl	9 810 000	450 000	+ 8 360 000
Leinöl	16 600 000	251 000	+ 15 749 000
Petroleum	49 000 000	4 480 000	+ 44 520 000
Rohe Rindshäute	66 500 000	22 800 000	+ 43 700 000
Halbgare Felle und Leder	28 170 000	24 680 000	+ 3 490 000
Lederwaren	16 200 000	51 750 000	+ 35 550 000
Flachs	44 000 000	28 600 000	+ 15 400 000
Hanf	24 000 000	11 500 000	+ 12 500 000

	Einfuhr ℳ	Ausfuhr ℳ	+ Mehreinfuhr − Mindereinfuhr ℳ
Jute	5 880 000	150 000	+ 5 730 000
Rohe Baumwolle	203 000 000	65 000 000	+ 138 000 000
Schafwolle	273 700 000	66 440 000	+ 207 260 000
Seide	113 740 000	48 300 000	+ 65 460 000
Leinene Garne und Zwirne	33 270 000	4 700 000	+ 28 570 000
Baumwollene Garne	43 340 000	24 700 000	+ 18 640 000
Wollene Garne	94 300 000	24 400 000	+ 69 900 000
Leinenwaren	21 860 500	13 560 000	+ 8 300 000
Baumwollenwaren	15 500 000	95 260 000	− 79 760 000
Wollenwaren	69 770 000	142 100 000	− 72 330 000
Seiden- und Halbseidenwaren	45 700 000	66 690 000	− 20 990 000

Ein Vergleich der Position der Ausfuhr und Einfuhr in den Jahren 1880 und 1881 der auf der 1. Tabelle aufgeführten 18 Hauptkategorieen ergibt nur in einem Falle eine bedeutende Zahlendifferenz, und zwar bezüglich Rubrik 6, Rohstoffe und Fabrikate der chemischen Industrie betreffend. Die Ausfuhr dieses Zweiges ergibt für das Jahr 1881 gegen 1880 im allgemeinen Handel einen Ausfall von 153 Millionen Mark. Die nähere Prüfung der Posten, aus welchen diese Rubrik zusammengesetzt ist, ergibt, daß die darunter aufgeführten Waren Salze, Schwefelkies, Braunstein sind, deren Ausfuhr von 241,7 Millionen Mark auf 65,3 Millionen gesunken ist. Wahrscheinlich ist dies eine der indirekten Folgen der Tarif-Erhöhung, welche die Einfuhr gewisser Chemikalien verhindert, die mit Hülfe der Staßfurter Rohstoffe im Auslande hergestellt worden sind. Es wäre dies einer der zahlreichen Fälle, welche bei der Revision der Tarife von seiten der Schutzzöllner nicht beachtet zu werden pflegt. Kommt eine solche auffallende Erscheinung zwischen zwei Jahren zur Geltung, welche beide bereits unter der Herrschaft des neuen Tarifes stehen, so werden wir dadurch aufgefordert, einen Vergleich zwischen den Ergebnissen des Ausfuhrhandels vor und nach der Zollerhöhung, welche mit dem Jahre 1880 ins Leben trat, anzustellen. Bei dieser Aufgabe stoßen wir indessen auf zwei Hindernisse, welche den klaren Einblick in die wahre Lage der Dinge sehr erschweren. Das eine ist die formell ungleiche statistische Behandlung der einzelnen Rubriken, welche bei manchen wichtigen Artikeln in den verschiedenen Jahren nicht zusammenstimmen

	Einfuhr ℳ	Ausfuhr ℳ	+ Mehreinfuhr − Mindereinfuhr ℳ
Schweine	72 680 000	24 090 000	+ 48 590 000
Schafe	7 780 000	37 600 000	− 29 820 000
Fleisch	46 500 000	8 970 000	+ 37 530 000
Schmalz	42 900 000	1 550 000	+ 41 350 000
Butter	14 000 000	22 000 000	− 8 000 000
Heringe	24 400 000	110 000	+ 24 290 000
Guano	21 900 000	1 890 000	+ 20 010 000
Künstliche Düngungsmittel und Düngsalz	240 000	20 200 000	− 19 960 000
Lumpen	7 280 000	7 480 000	− 200 000
Eisenerze, Eisen- und Stahlstein	5 980 000	20 900 000	− 14 920 000
Roheisen	3 110 000	25 610 000	− 22 500 000
Roh verarbeitetes Eisen und Stahl	13 250 000	64 650 000	− 51 400 000
Eisenbahnschienen	1 850 000	23 000 000	− 21 150 000
Eisen- und Stahlwaren	14 620 000	47 400 000	− 32 780 000
Maschinen- und Maschinenteile	17 970 000	39 010 000	− 21 040 000
Alizarren	1 860 000	30 000	+ 1 830 000
Chlorkalk	890 000	110 000	+ 780 000
Albumin	1 520 000	1 150 000	+ 370 000
Anilin und Anilinfarben	7 880 000	20 200 000	− 12 320 000
Farbholz-Extrakte	6 840 000	1 780 000	+ 5 060 000
Farben und Farbenstifte	70 000	1 080 000	− 1 010 000
Bleizucker	70 000	720 000	− 650 000
Ammoniak, Salmiak	20 400 000	440 000	+ 19 560 000
Borax und Borsäure	1 050 000	170 000	+ 880 000
Weinstein und Weinsteinsäure	5 790 000	2 140 000	+ 3 650 000
Pottasche	2 740 000	2 740 000	—
Soda	3 960 000	530 000	+ 3 430 000
Farbhölzer	7 140 000	1 800 000	+ 5 300 000
Indigo	22 000 000	8 430 000	+ 13 570 000
Vitriol	280 000	970 000	− 690 000
Schwefel	2 120 000	340 000	+ 1 780 000
Schwefelsäure	630 000	550 000	+ 80 000
Schießpulver	330 000	3 920 000	− 3 590 000
Zündwaren	3 010 000	4 030 000	− 1 020 000
Knochenkohle	3 250 000	790 000	+ 2 460 000
Blei-, Silber- und Goldglätte; Mennige	1 100 000	1 270 000	− 170 000
Bleiweiß, Zinkweiß	1 720 000	5 010 000	− 3 290 000
Salpeter	24 540 000	4 060 000	+ 20 480 000
Salpetersäure	50 000	310 000	− 260 000
Salzsäure	70 000	560 000	− 490 000
Schwefel- und salzsaures Kali	870 000	4 050 000	− 3 180 000
Baumöl	9 810 000	450 000	+ 8 360 000
Leinöl	16 600 000	251 000	+ 15 749 000
Petroleum	49 000 000	4 480 000	+ 44 520 000
Rohe Rindshäute	66 500 000	22 800 000	+ 43 700 000
Haltbare Felle und Leder	28 170 000	24 680 000	+ 3 490 000
Lederwaren	16 200 000	51 750 000	+ 35 550 000
Flachs	44 000 000	28 600 000	+ 15 400 000
Hanf	24 000 000	11 500 000	+ 12 500 000

	Einfuhr ℳ	Ausfuhr ℳ	+ Mehreinfuhr − Mindereinfuhr ℳ
Jute	5 880 000	150 000	+ 5 730 000
Rohe Baumwolle	203 000 000	65 000 000	+ 138 000 000
Schafwolle	273 700 000	66 440 000	+ 207 260 000
Seide	113 760 000	48 300 000	+ 65 460 000
Leinene Garne und Zwirne	33 270 000	4 700 000	+ 28 570 000
Baumwollene Garne	43 340 000	24 700 000	+ 18 640 000
Wollene Garne	94 300 000	24 400 000	+ 69 900 000
Leinenwaren	21 860 500	13 560 000	+ 8 300 000
Baumwollenwaren	15 500 000	95 260 000	− 79 760 000
Wollenwaren	69 770 000	142 100 000	− 72 330 000
Seiden- und Halbseidenwaren	45 700 000	66 690 000	− 20 990 000

Ein Vergleich der Position der Ausfuhr und Einfuhr in den Jahren 1880 und 1881 der auf der 1. Tabelle aufgeführten 18 Hauptkategorieen ergibt nur in einem Falle eine bedeutende Zahlendifferenz, und zwar bezüglich Rubrik 6, Rohstoffe und Fabrikate der chemischen Industrie betreffend. Die Ausfuhr dieses Zweiges ergibt für das Jahr 1881 gegen 1880 im allgemeinen Handel einen Ausfall von 153 Millionen Mark. Die nähere Prüfung der Posten, aus welchen diese Rubrik zusammengesetzt ist, ergibt, daß die darunter aufgeführten Waren Salze, Schwefelkies, Braunstein sind, deren Ausfuhr von 241,7 Millionen Mark auf 65,3 Millionen gesunken ist. Wahrscheinlich ist dies eine der indirekten Folgen der Tarif-Erhöhung, welche die Einfuhr gewisser Chemikalien verhindert, die mit Hülfe der Staßfurter Rohstoffe im Auslande hergestellt worden sind. Es wäre dies einer der zahlreichen Fälle, welche bei der Revision der Tarife von seiten der Schutzzöllner nicht beachtet zu werden pflegt. Kommt eine solche auffallende Erscheinung zwischen zwei Jahren zur Geltung, welche beide bereits unter der Herrschaft des neuen Tarifes stehen, so werden wir dadurch aufgefordert, einen Vergleich zwischen den Ergebnissen des Ausfuhrhandels vor und nach der Zollerhöhung, welche mit dem Jahre 1880 ins Leben trat, anzustellen. Bei dieser Aufgabe stoßen wir indessen auf zwei Hindernisse, welche den klaren Einblick in die wahre Lage der Dinge sehr erschweren. Das eine ist die formell ungleiche statistische Behandlung der einzelnen Rubriken, welche bei manchen wichtigen Artikeln in den verschiedenen Jahren nicht zusammenstimmen

und dadurch die Ermittlung des Thatbestandes fast unmöglich machen, so daß man genötigt ist, sich mit allgemeinen Kategorieen zu behelfen. So ist z. B. in den statistischen Tabellen für 1880/81 die Aus- und Einfuhr von eisernen Brücken speziell verzeichnet, in den Tabellen für 1878 und 1879 aber nicht. Das andere Hindernis, welches einen klaren Einblick in die Wirkung der Zollerhöhung vereitelt, ist der Umstand, daß dieser gesetzgeberische Akt mit dem vorübergehenden Wiederaufleben der Geschäfte zusammenfällt, welches deutlich wahrnehmbar im Herbst 1879 begann. Von den Wortführern und Urhebern der handelspolitischen Reaktion wird dieser Umstand in sophistischer Weise benutzt, um diese Wiederbelebung der Geschäfte der Zollerhöhung zuzuschreiben. Dieses Unterfangen ist aber leicht widerlegt, denn die geschäftliche Wiedergeburt begann in den Vereinigten Staaten, welche noch immer die höchsten Zölle haben, wie kurz darauf in Großbritannien und der Schweiz, welche dem System des Freihandels huldigen. Wie schwierig es aber auch sein mag, den Anteil einer jeden der verschiedenen bei jenem vorübergehenden Geschäftsaufschwung thätigen Ursachen auszuscheiden und die Behauptung der Schutzzöllner auf das richtige Maß zurückzuführen, so können uns doch die Stimmen der offiziellen Vertreter der Geschäftswelt, der Handelskammern, bei dieser Aufgabe einigermaßen behülflich sein. Denn es muß in hohem Grade auffallen, daß der Urheber der handelspolitischen Reaktion den preußischen Handelskammern befohlen hat, ihre Berichte vor der Veröffentlichung dem Handelsminister zur Prüfung vorzulegen, und daß eine Handelskammer, welche dieser Weisung nicht Folge leistete, kurzweg aufgelöst wurde. Würden solche Gewaltmaßregeln nötig sein, wenn die Handelskammern nur gute Resultate von den Wirkungen der neuen Zollerhöhungen zu melden hätten?

Wenn wir trotz der Schwierigkeiten, welche gegenwärtig noch der genauen Ermittlung der Folgen der neuen handelspolitischen Reaktion entgegenstehen, den Versuch wagen, die Kausalität der Warenbewegung zu prüfen, so müssen wir dabei zwei Vorbehalte machen. Nur bestrebt, die Wahrheit zu suchen, werden wir uns erstens hüten, in den Fehler derjenigen zu verfallen, welche das Ergebnis der Ausfuhr und der Einfuhr mit gefärbten Brillen betrachten und nur dasjenige herausfuchen, was anscheinend zu gunsten oder zum Nachteil des neuen Zolltarifs spricht, ohne dabei zu prüfen, ob nicht auch andere gewichtige

Ursachen mit im Spiele sind. Wir haben bereits erwähnt, daß die Schutzzöllner und die Anhänger der Regierung den wieder begonnenen Geschäftsaufschwung nach dem Ende der Krisis von 1873 dem Konto der Tariferhöhung gutzuschreiben suchen. Allerdings sind auch von seiten der Freihändler voreilig, noch ehe das Jahr 1880 zu Ende war, einseitige Schlüsse gezogen worden, welche der Sache nicht nützten, weil ihnen leicht entgegengesetzte Erscheinungen gegenübergestellt werden konnten. Wir treten daher keineswegs mit sanguinischen Erwartungen an die Prüfung der Zoll-Listen heran. Wir werden ferner diejenigen Jahre ausscheiden, in welchen die gewöhnliche Bewegung durch außerordentliche Erscheinungen modifizirt worden ist, nämlich die Jahre 1879 und 1880. Wir haben schon oben erwähnt, daß in dem Zeitraume zwischen der gesetzlichen Genehmigung und der Einführung des neuen Tarifs gegen Ende 1879 riesige Mengen gewisser notwendiger Konsumtionsartikel eingeführt worden sind, welche die Vorräte in einer Weise steigerten, daß die Einfuhr von 1880 eine entsprechende Einbuße erleiden mußte. Wir haben daher zur Anstellung eines vergleichenden Überblickes die Jahre 1878 und 1881 ausgewählt. Wir schicken voraus, daß durch die Revision des Zolltarifs von 1879 die Zollsätze der abgabepflichtigen Waren auf 10 bis 40 Prozent vom Werte und darüber normirt wurden. Überdies sind 1881 noch die Zölle auf Mehl und Wollwaren erhöht worden, während ein Zoll auf Weintrauben neu eingeführt wurde. Nimmt man dazu das Gesetz über die Küstenschiffahrt mit seiner Tendenz, die fremden Flaggen auszuschließen, und den Umstand, daß die Interpretation über die Zolleinteilung der Güter so unbillig gehandhabt wird, daß zuweilen der Zoll den Wert der Ware übersteigt, so stehen wir vor der Thatsache, daß Deutschland zum ersten Mal einer Schutzzollpolitik verfallen ist, deren Härte nur derjenigen Rußlands und Amerikas nachsteht. Zwei Behauptungen der Regierungspartei sind sofort durch die Thatsachen widerlegt worden: die Behauptung nämlich, daß der Eingangszoll vom Auslande getragen werde, und die andere, daß der neue Tarif keine wesentliche Erhöhung der Zollerhebungs- und Verwaltungskosten mit sich bringen werde. Diese Kosten sind bereits um mehrere Millionen gestiegen und werden noch weiter steigen, da sich infolge der hohen Zölle bezüglich einzelner Waren der Schmuggelhandel wieder zu organisiren beginnt, von dessen demoralisirender Wirksamkeit man mit der Gründung des Zollvereins

für immer erlöst zu sein glaubte. Das schlimmste bei der neuen reaktionären Handelspolitik war, daß der Erhöhung der Eingangszölle auch noch eine Steigerung der Eisenbahntarife zur Seite stand. Obgleich diese Vereinigung von vornherein das verbündete Nachbarland Österreich-Ungarn mit besonderer Härte traf, so sollte deren üble Wirkung wenigstens in einem Erwerbszweige auch in Deutschland selbst ohne weiteres zutage treten. Wir meinen die Müllerei. Die zuerst bedrohten ungarischen Mehl-Exporteure wußten sich durch besondere Verträge mit den Elbeschiffern und durch den Seeweg über Fiume zu helfen, um dem deutschen Mehl bis in die Niederlande und nach Belgien Konkurrenz zu machen; die deutschen Müller aber hatten den Hauptschaden, indem ihnen das Rohmaterial verteuert ward und sie dadurch verhindert wurden, mit dem amerikanischen und ungarischen Mehl über die deutschen Grenzen hinaus in Konkurrenz zu treten. Diese Erscheinung trat zuerst beim Roggen zutage. Davon waren im Jahre 1879 9½ Millionen Doppelzentner eingeführt worden; im Jahre 1881 betrug die Einfuhr nur 5 760 000 Doppelzentner, ohne daß diese Erscheinung im wesentlichen einer Differenz in den Ernten beigemessen werden konnte. In entsprechender Weise fiel auch die Ausfuhr des Roggens von 1 965 000 auf 115 000 Doppelzentner. Noch merkwürdiger ist der Kontrast beim Weizen, bei welchem die Einfuhr 1878 sich auf 10 731 000 Doppelzentner erhoben hatte, während sie 1881 auf 3 614 000 Meterzentner sank. In ähnlicher Weise fiel die Ausfuhr von 7 852 000 auf 533 000 Meterzentner. Bei der Gerste ist von 1878 auf 1881 die Einfuhr von 4 430 000 auf 2 478 000 und die Ausfuhr von 1 974 000 auf 1 193 000 Meterzentner gesunken. Man muß aus diesen Zahlen schließen, daß die Zölle ungünstig auf Produktionen eingewirkt haben müssen, welche sich jener Artikel als Rohstoffe bedienen. In denselben Jahren ist die Einfuhr von Wein von 560 000 auf 485 000 und die Ausfuhr von 213 000 auf 172 000 Meterzentner gesunken. Die Einfuhr von Fleisch ist von 315 000 auf 190 000 Meterzentner gesunken, dagegen die Ausfuhr von 36 000 auf 56 000 Meterzentner gestiegen. Da, wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist, auch die Einfuhr der Pferde von 1878 auf 1881 um rund 10 000 Stück und die Ausfuhr von Pferden um rund 26 000 Stück, die Einfuhr des Rindviehs um rund 120 000 und die Ausfuhr um 47 000 Stück sich vermindert haben,

die Ein- und Ausfuhr der Schafe aber eine noch beträchtlichere Verminderung zeigt, so müssen wir annehmen, daß der eingeführte Zoll als die Hauptursache dieser Abnahme des auswärtigen Handels in jenen landwirtschaftlichen Produkten anzusehen ist. Unter den Rohstoffen ist für Holz ein Eingangszoll eingeführt worden. Hier zeigt die Bewegung der beiden genannten Jahre bei hartem Holz eine Verminderung der Einfuhr wie der Ausfuhr; weiches Holz zeigt eine starke Vermehrung der Einfuhr, welcher eine mäßige Verminderung der Ausfuhr gegenübersteht. Bei den Halbfabrikaten, wo nur eine geringe oder gar keine Zollerhöhung eintrat, sind auch keine starken Fluktuationen im auswärtigen Handel wahrzunehmen. Eine Ausnahme hingegen bilden Roheisen und Schienen, welche seit einer Reihe von Jahren zollfrei gewesen waren und auf die ein Eingangszoll auf 1 beziehungsweise 2½ Mark pro Doppelzentner eingeführt worden ist. Hier sehen wir, daß Roheisen von 1878 auf 1881 in der Einfuhr von 4 842 000 auf 2 502 000 und in der Ausfuhr von 4 154 000 auf 3 124 000 Doppelzentner gesunken ist, während die Einfuhr von Schienen von 450 000 auf 15 000 sank, die Ausfuhr aber von 2 037 000 auf 2 507 000 stieg. Bei Ganzfabrikaten, welche von der Zollerhöhung mehr oder weniger betroffen worden sind, zeigt sich eine dementsprechende Verminderung der Einfuhr, während die Ausfuhr eine durchgängige Erhöhung ergeben hat. Am stärksten ist die Verminderung der Einfuhr in Maschinen und Instrumenten, welche von 458 000 auf 262 000 Doppelzentner sank. Dieser Artikel bildet zugleich eine Ausnahme in der Allgemeinen Bewegung der Ganzfabrikate, da auch die Ausfuhr eine Verminderung von 804 000 auf 756 000 Doppelzentner ergab, was recht gut von der Verteurung des Rohmaterials herrühren kann. Die übrigen Eisenwaren, mit Ausnahme der feinsten Sorten, ergeben eine Verminderung der Einfuhr von 1 086 000 auf 420 000 Doppelzentner, während die Ausfuhr um mehr als 2 Millionen gestiegen ist. Wir stellen die Hauptresultate dieser wichtigen Bewegung in der nachfolgenden Tabelle zusammen.

	Einfuhrzoll für 100 kg in Mark.		Einfuhr in Tausenden Meterzentnern.		Ausfuhr in Tausenden Meterzentnern.	
	1881	1878	1881	1878	1881	1878
Lebensmittel:						
Weizen	br. 1	frei.	3 614	10 731	533	7 852
Roggen	br. 1		5 754	9 512	115	1 965
Hafer	br. 1		2 625	2 928	316	1 350
Gerste	br. 0,50		2 478	4 430	1 193	1 974
Mais	br. 0,50		4 303	1 169	6	210
Kartoffeln	frei		325	315	2 304	3 524
Bier	br. 4	2	120	145	1 217	1 008
Weine (Fässer und Flaschen)	24—48		485	560	172	213
Fleisch	12	3	190	315	56	36
Rohstoffe:						
Baumwolle	frei	frei	1 570	1 645	178	486
Rohes Blei	frei	frei	26	30	467	444
Eisenerze	frei	frei	6 154	3 202	14 432	11 415
Europäisches hartes Bau- und Nutzholz	0,10	frei	894	1 953	604	2 550
Europäisches weiches Bau- und Nutzholz	0,10	frei	12 541	5 844	2 001	3 920
Hanf	frei	frei	545	378	345	197
Flachs	frei	frei	502	588	318	367
Wolle und Shoddy	frei	frei	893	730	263	317
Halbfabrikate:						
Baumwollgarne	12—70	12—36	164	184	103	125
Leinengarne	3—36	3—24	117	100	18	20
Wollengarne	3—24	3—24	156	162	45	58
Zink	frei	frei	42	54	598	460
Roh- und Brucheisen	br. 1	frei	2 502	4 842	3 124	4 154
Schienen	2,50	frei	15	450	2 507	2 037
Ganzfabrikate:						
Baumwollwaren	80—250	60—156	14	20	220	165
Wollenwaren	3—450	60—180	15	59	225	158
Leinenwaren	60—600	60—240	92	120	70	60
Glaswaren	3—30	3—24	53	145	614	472
Porzellan- und Thonwaren	10—30	10—24	23	10	285	192
Maschinen und Instrumente	3—30	0—12	262	458	756	804
Andere Eisenwaren	250—15	frei	420	1 086	5 762	596
Papier	4—24	4—24	40	75	310	295

Vieh (Stück)	1881	1878	1881	1878	1881	1878
Pferde	10	frei	55 000	65 000	19 000	45 000
Rindvieh	2—20		150 000	270 000	235 000	28 200
Schweine	2—50		1 168 000	995 000	348 000	30 200
Schafe	1		46 800	80 400	1 234 000	1 714 000

Gegenüber diesen Erfahrungen wird es von Interesse sein, nach den Zoll-Listen über die Ergebnisse des auswärtigen Handels im

ersten Semester 1882 die weitere Entwicklung der Aus- und Einfuhr zu verfolgen. In Getreide sehen wir in diesem Zeitraume zwar wieder eine Vermehrung der Handelsbewegung, dieselbe ist aber immer noch weit entfernt von den Ziffern des Jahres 1878; sie läßt sich nicht bloß mit Erntedifferenzen erklären, sondern sie muß zum Teil auf die Wirksamkeit des Getreidezolles zurückgeführt werden. Indem wir einige Hauptziffern hervorheben, setzen wir die Zahlen des entsprechenden Semesters 1881 in Klammern daneben. Im ersten Semester 1882 betrug die Einfuhr von Weizen 2 308 208 (1 728 004) Meterzentner, die Ausfuhr 175 885 (238 001) Meterzentner; die Einfuhr von Roggen 3 383 397 (2 711 983) Meterzentner, die Ausfuhr 46 448 (33 543) Meterzentner; die Einfuhr von Hafer 1 783 977 (1 014 649) Meterzentner und die Ausfuhr 84 087 (187 428) Meterzentner; die Einfuhr von Gerste 1 347 583 (1 178 699) Meterzentner, die Ausfuhr 409 502 (257 386) Meterzentner; die Einfuhr von Mais 685 505 (2 052 400) Meterzentner, die Ausfuhr 19 493 (4027) Meterzentner. Von Rohstoffen betrug die Einfuhr von Eisenerzen und Stahlstein 3 528 030 (3 157 254) Meterzentner, die Ausfuhr 7 610 607 (6 145 721) Meterzentner. Die letztere Ziffer verdient besondere Beachtung, da die Eisenerze noch zollfrei sind. Die Einfuhr von Roheisen hat sich auf 1 178 316 (967 743) Meterzentner vermindert, die Ausfuhr sank auf 984 309 (1 187 951) Meterzentner. Die Einfuhr von Eisenbahnschienen ergab 2271 (9067) und die Ausfuhr 816 382 (1 198 811) Meterzentner. Die letztere Verminderung ist sehr auffällig, da nach einer Seite hin, nämlich nach den Vereinigten Staaten, infolge des Strikes der Hütteleute eine Vermehrung der Ausfuhr wahrzunehmen ist. Indessen auch Rohbaumwolle, welche vom Zoll frei geblieben ist, zeigt eine Verminderung nach beiden Richtungen, indem die Einfuhr 872 214 (914 308) und die Ausfuhr 79 658 (90 691) Meterzentner ergab. Hartes Bau- und Nutzholz zeigt eine kleine Vermehrung der Einfuhr mit 434 151 (396 412) Meterzentner, der Ausfuhr mit 373 707 (332 432) Meterzentner, weiches Holz dagegen in diesem Zeitraum eine Verminderung der Einfuhr mit 4 270 618 (4 631 354) Meterzentner; die Ausfuhr betrug 1 162 687 (976 652) Meterzentner. Bei Maschinen und Lokomotiven ist eine Vermehrung der Einfuhr und Ausfuhr wahrzunehmen, indem die Einfuhr der letztern 662 (149), die Ausfuhr

63 801 (31 017) Meterzentner ergab, während andere Maschinen außer Lokomobilen eine Einfuhr von 125 339 (111 534) und eine Ausfuhr von 334 111 (236 068) Meterzentnern zeigten. Die Einfuhr an Lokomobilen betrug 4999 (6459) Meterzentner, die Ausfuhr 2473 (1869) Meterzentner. Es sind in diesen Posten keine wesentlichen Änderungen gegen frühere Jahre wahrzunehmen. Bei Schafwolle und Shoddy betrug die Einfuhr 513 001 (419 830), die Ausfuhr 142 289 (120 550) Meterzentner. Bei anderen Wollenwaren betrug die Einfuhr 9207 (12 961), die Ausfuhr 110 390 (91 591) Meterzentner. Fassen wir das Gesamtresultat der vorgeführten Bewegung zusammen, so ergibt sich, daß der deutsche Handel seit der Einführung des Zolltarifs teils zurückgegangen, teils zum Stillstand gebracht worden ist zu einer Zeit, wo die Nachwehen der Krisis von 1873 beendigt waren und der britische Handel wieder anfing, sich vorübergehend zu erholen. Sogar in denjenigen Industriezweigen, welche in ihren Rohstoffen, wie Baumwolle und Schafwolle, zollfrei geblieben sind, läßt sich nicht diejenige Verbesserung wahrnehmen, welche eine notwendige Folge der Wiederbelebung der Geschäfte, der Vermehrung der Bevölkerung, der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes und der Erweiterung der Schiffahrt sein sollte und wovon Großbritannien, die Schweiz, Italien, Belgien, Holland und sogar Frankreich Zeugnis ablegen. Der Hauptgrund ist wohl in dem Umstande zu suchen, daß die Nachbarn des Deutschen Reiches, insbesondere Rußland und Österreich-Ungarn, durch die neue Zoll- und Eisenbahntarif-Politik zu Retorsionsmaßregeln provozirt worden sind. Die Industrie der Vereinigten Staaten hat freilich noch viel traurigere Resultate vorzuführen, allein bloß aus dem Grunde, weil die Schutzzölle dort noch viel höher sind als im Deutschen Reiche. Die Tage der amerikanischen Schutzzölle sind gezählt! Die heutige zollpolitische Reaktion im Deutschen Reiche, in Österreich-Ungarn und in Rußland ist auf dem Wege, durch ihre Übertreibungen und fortwährenden Änderungen die Unternehmungslust ganz abzuschrecken und sich zuletzt selbst „ad absurdum“ zu führen.

Der internationale Schuldausgleich.

Die gegenseitige Verschuldung von Ländern und Weltteilen entsteht aus der Versendung und dem Verkauf von Waren und Wertpapieren bezw. aus der Gewährung von Darlehen, welche regelmäßige Zinszahlungen zur Folge haben. Würden nun Verkäufer und Käufer direkt miteinander in Verbindung stehen, so wäre der Verkehr sehr verteuert, denn der Geldbetrag der Fakturen müßte vom Käufer an den Verkäufer unmittelbar eingeschickt werden, Milliarden von Metallgeld müßten fortwährend unterwegs sein und oft würde das Münzmaterial unzureichend für den Umsatz sein. Überdies würden diese kostspieligen Sendungen das verkehrteste Verfahren der Welt sein, weil die meisten Länder gegenseitig verschuldet sind, die Geldsendung in der Hauptsache überflüssig ist, wenn es ein Mittel gibt, durch welches die Verkäufer und Käufer bezw. Gläubiger und Schuldner eines und desselben Landes in ihren Beziehungen zu einem andern Lande gegenseitig in Geschäftsverbindung gebracht werden können, um ihre Forderungen und Schulden zu kompensiren. Dieses Mittel ist der Wechselverkehr, dessen ausübende Organe die Bank- und Diskontohäuser und Anstalten in den Handelsplätzen und Häfen der Erde sind. In erster Linie, sagten wir, entsteht die Verschuldetheit der Länder und Erdteile gegeneinander durch den gegenseitigen Verkauf von Waren. Dabei bleibt stets eine Differenz, welche im Verkehr mit primitiven Ländern durch Metallgeld ausgeglichen werden muß. Im Handel zwischen Kulturvölkern kommen noch andere Mittel zu Hülfe, bevor die wirkliche Versendung von Münzen notwendig wird. Das sind die Wertpapiere und die Wechselbeziehungen zu dritten Ländern oder, was noch wichtiger ist, die Geschäftsverbindung mit London, das als Hauptstadt des britischen

Reiches, welches seine Besitzungen über alle Erdteile erstreckt, der Mittelpunkt des Welthandels in Kolonialwaren, Getreide, Baumwolle und andern Hauptstapel-Artikeln, in Edelmetallen, Börseneffekten und im Wechselverkehr geworden ist. An den Börsen der Welthandelsplätze, wo die gegenseitigen Schuldforderungen der Verkäufer der verschiedenen Länder zusammentreffen, bildet sich das Urteil über die Höhe der beiderseitigen Bilanz und Differenz, die zu begleichen ist. Dieses Urteil findet seinen Ausdruck im Wechselkurs. In den Schwankungen der Wechselkurse drückt erstens sich der Grad von Verschuldetheit des einen Staates gegen den andern aus. Zweitens spiegelt sich auch die Gesundheit der Währungsverhältnisse ab. Schwankungen in der Valuta, d. h. eine Entwertung der Umlaufsmittel durch übermäßige Notenausgabe, welche das Erscheinen, Steigen und Fallen des Edelmetall-Agios hervorruft, oder wie gegenwärtig durch das Sinken des Silberpreises, welcher in den Ländern der Silberwährung das Gold-Agio schafft, — alle solche Schwankungen im Werte der Umlaufsmittel finden unmittelbar im Steigen und Fallen der Wechselkurse*) ihren beredten Ausdruck. Die Elemente, welche den Wechselkurs beherrschen, sind aber oft noch mannigfaltiger, namentlich zwischen Staaten, welche in regem Verkehr miteinander stehen. Wir wollen daher die namhaftesten der Reihe nach aufführen:

1. Warensendungen;
2. Käufe von Immobilien;
3. Käufe von Seeschiffen, welche, außerhalb der Zoll-Linie in Dienst, in der Einfuhr eines Landes gar nicht figuriren;
4. Käufe von Staatspapieren, Aktien, Obligationen und andern Schuldscheinen;
5. Zahlung von Zinsen auswärtiger Darlehen;
6. Frachten;
7. Zölle;
8. Versicherungsprämien;
9. Einkassirung von Gewinsten und Kommissionen;

*) Die beste Schrift über den internationalen Wechselverkehr stammt von Görschen, ehemaligem britischen Handelsminister, die unter dem Titel „Foreign Exchange“ bei Effingham & Nelson, London 1864 erschienen ist. Siehe auch Max Wirths Grundzüge der Nationalökonomie II. Bd., 4. Auflage (Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung in Köln) 1882, S. 259 u. f.

10. Zahlungen für Ausgaben im Auslande Reisender durch Kreditbriefe u. a.;
11. Kriegsrüstungen in fernen Gegenden;
12. Erbschaften;
13. Zahlung von Kriegsentschädigungen.

Gute Wechsel sind solche, welche auf Grund dieser und ähnlicher Guthaben auf die Schuldner gezogen werden und deren Aussteller und Acceptanten solide Leute sind. Außerdem zählen dazu noch Bank- oder Banquierswechsel, d. h. Tratten von Wechselhäusern, welche miteinander in Geschäftsverbindung stehen und die Übertragung von Summen in die Ferne auf diese Weise erleichtern, wie dies von solchen Firmen auch durch Ausstellung von Kreditbriefen geschieht.

Banquierswechsel sind eine ansehnliche Quelle des Verdienstes, namentlich für solche Häuser, welche ihre eigenen Komptoirs oder Filialen in verschiedenen großen Handelsplätzen haben, weil auf diese Weise eine Art solide Wechselreiterei praktizirt werden kann, welche Zinsen einbringt, ohne daß das Kapital dazu aufgeboten werden muß. Sonst sind Gefälligkeits- und Reitwechsel ein Mißbrauch, der im internationalen Verkehr nicht in Betracht kommen darf.

Wechsel ersten Ranges sind solche, welche zwischen sehr entfernten Ländern verwendet werden, deren Geschäftsverbindung nur von reichen Häusern geführt werden können, z. B. zwischen Ostasien und Europa.

Um sich ein klares Bild über den Umfang und die verwickelten Beziehungen des internationalen Schuldausgleichs zu machen, untersuchen wir denselben an einem Beispiel, dem Verkehr zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika.

In dem mit dem 30. Juni 1885 beendigten Fiskaljahre hatten die Vereinigten Staaten für 398 103 203 Dollars Waren in das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland exportirt und von da für 136 707 780 Dollars eingeführt. Nordamerika hat also um 261 395 423 Dollars mehr aus- als eingeführt. Wie machte es sich nun für diese Differenz bezahlt? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns zuerst in der Ausfuhrliste nach andern Ländern umsehen. Da erblicken wir zunächst am amerikanischen Kontinent selbst, daß die Union aus Brasilien Waren im Betrage von 45 263 660 Dollars bei sich eingeführt und nur für 7 317 293 Dollars dahin ausgeführt hat. Die Einfuhr besteht hauptsächlich aus Kaffee und

Zucker, die Ausfuhr aus Werkzeugen und Maschinen. Hier haben wir also umgekehrt ein Überwiegen der Einfuhr um 37 946 367 Dollars. Schauen wir uns nun in den Ausfuhrlisten Großbritanniens um, so finden wir, daß dasselbe im Jahre 1884 für 4 701 443 Pfund Sterling Waren von Brasilien ein- und für 6 789 243 dahin ausgeführt hatte. England konnte daher nun den Überschuß seiner Ausfuhr von 2 087 800 Pfund Sterling oder über 10 Millionen Dollars Tratten zur Teilzahlung auf Brasilien an die Vereinigten Staaten abgeben. Nach China verschiffte Nordamerika nur für 6 396 500 Dollars Waren, während es für 16 292 169 Dollars von daher einführte. Nach Österreich-Ungarn exportirte es für 2 714 537 Dollars und führte für 9 745 580 von da ein. Nach Indien verschiffte es für 4 110 368 Dollars und führte für 17 699 257 Dollars von da ein. Nach Japan exportirten die Vereinigten Staaten für 3 057 415 Dollars und führten für 11 767 956 Dollars von da ein. Hinterasien repräsentirt also allein einen Überschuß der Einfuhr um rund 30 Millionen Dollars. Nach Cuba verführten die Vereinigten Staaten für 9 006 160 Dollars Waren und importirten von da für 42 306 093. Großbritannien dagegen exportirt nach Cuba in der Regel ein bis zwei Millionen Pfund Sterling mehr, als es einführt. In dieser Weise ist in der Liste des auswärtigen Handels der Vereinigten Staaten eine große Zahl von Ländern zu finden, an welche jene eine größere oder geringere Bilanz schulden, und andererseits auf den englischen Handelsausweisen viele Staaten, die an Großbritannien ein Saldo zu zahlen haben. Ein großer Teil des Überschusses der amerikanischen Einfuhr in England wird also durch den Einfuhr-Überschuß anderer Länder in den Vereinigten Staaten gedeckt. In New-York laufen die Wechsel der Exporteure an der Börse zusammen. Die Exporteure, welche Fakturen von Waren aus China, Indien oder Japan erhalten haben, kaufen nur den entsprechenden Betrag solcher in England zahlbaren Wechsel und schicken diese Nimessen ihren ostasiatischen Gläubigern entweder direkt oder, was in der Regel der Fall sein wird, deren Repräsentanten in London, welche sie für dort zu machende Zahlungen gutschreiben.

In dieser Art bildet der internationale Wechselverkehr eine über alle Handelsplätze der Erde reichende wohlgegliederte Organisation, deren Mittelpunkt London ist.

Durchsuchen wir die Handelsausweise sämtlicher Länder, so finden

wir aber doch keinen genügenden Überschuß der Ausfuhr, um unter Berücksichtigung aller Bilanzen den großen Saldo in der Handelsbilanz des angelsächsischen Mutter- und Tochterreiches auszugleichen. Durch Münz- und Edelmetallsendungen ist der Saldo nicht ausgeglichen worden, denn die Ausfuhr von Gold- und Silbermünzen und Barren hat in dem genannten Fiskaljahre nach Großbritannien 14 964 804 Dollars, die Einfuhr von da in die Vereinigten Staaten nur 6 654 076 Dollars betragen und hat jene Differenz sogar noch vermehrt. Nehmen wir an, daß eine Summe von 100 Millionen Dollars durch die Einfuhr aus andern Ländern und die darauf gezogenen Tratten kompensirt worden ist, so bleiben von dem Überschuß der Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Großbritannien immer noch rund 161 Millionen Dollars übrig, deren Deckung auf andere Weise erklärt werden muß. Diese Erklärung ist in der That nicht schwer. Nordamerika ist Europa und insbesondere England stark verschuldet. Der größte Teil seines Eisenbahnnetzes, welches das von ganz Europa bereits überholt, ist mit europäischem Kapital gebaut oder, richtiger gesagt, das zum Ausbau des riesigen amerikanischen Eisenbahnnetzes erforderlich gewesene Kapital ist zum größten Teil aus Europa geflossen. Die europäischen Kapitalisten haben zwar in der Regel nur Prioritäten von guten Linien genommen, allein in den Vereinigten Staaten besteht die Übung, daß das in Obligationen repräsentirte Kapital um das drei- bis vierfache höher gegriffen wird, als das in Aktien steckende. Nimmt man das Anlagekapital der nordamerikanischen Eisenbahnen auch noch so niedrig an, dank dem billigen Boden, welchem wieder höhere Löhne und Schienenpreise gegenüberstehen, so repräsentiren dieselben doch ein Kapital von wenigstens 5000 Millionen Dollars, von denen ein großer Teil aus Europa geliefert worden ist. Auch ein großer Teil der Bundesbonds ist in Europa untergebracht, und wenn die Bundesschuld auch teilweise zurückgezahlt worden und ein bedeutender Betrag von Bundesbonds ins Ursprungsland zurückgekehrt ist, weil unsere Kapitalisten die Unbequemlichkeit der fortwährenden Kündigungen und Zinsreduktionen auf die Dauer nicht mehr ertragen mochten, so ist doch noch viel deutsches und englisches Kapital in amerikanischen Eisenbahnprioritäten angelegt. Man wird nicht zu weit gehen, wenn man annimmt, daß wenigstens die Hälfte der nordamerikanischen Prioritäts-Obligationen der Eisenbahnen im Gesamtbetrage von gegen 1500 Millionen Dollars ursprünglich

von europäischen Kapitalisten stammt. Nehmen wir an, daß davon 800 auf England kommen, so schulden die Vereinigten Staaten an diesem Posten allein einen jährlichen Zinsbetrag von rund 40 Millionen Dollars. Es würde dann nur noch für 120 Millionen Dollars Rechenschaft abzulegen sein. Um diese Differenz zu erklären, müßte die Bewegung der Wertpapiere selbst in Anschlag gebracht werden. In den 38 Jahren vor 1876 hat die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nur neunmal die Einfuhr, und zwar nicht sehr bedeutend überstiegen, während umgekehrt von 1837 bis 1876 die Einfuhr 29 mal höher, und zwar oft beträchtlich höher als die Ausfuhr war. Erst seit 1876 oder seit 10 Jahren ist die Ausfuhr konstant bedeutend höher, als die Einfuhr. Diese Bewegung rührt zum großen Teil von der andauernden Rückzahlung bedeutender Beträge der verzinslichen Bundesschuld her, welche von rund 2400 Millionen Dollars seit 1871 allmählich bis auf einen Kapitalstock von 1 196 150 950 Dollars zurückgezahlt worden ist, während die jährliche Zinszahlung von 150 977 697 Dollars auf 47 014 133 sank. Seit den letzten 10 Jahren ist davon eine Summe nach Europa zurückgegangen, welche von Finanzautoritäten auf über 500 Millionen Dollars geschätzt wird. Der letzte Teil der Differenz ist also wohl zum größten Teil der Rückzahlung der Bundesschuld beizumessen.

Die große Verschuldetheit des Auslandes an England ist auch, wie wir bereits oben gesehen haben, die Hauptursache des Mißstandes, daß die Einfuhr von Waren seit langer Zeit viel größer ist als die Ausfuhr. Nach dem Aberglauben der Merkantilisten und Schutzzöllner, daß ein Land, welches mehr Waren ein- als ausführe, allmählich verarme, müßte Großbritannien längst das ärmste Land der Erde sein, denn seit 1855 hat sich der auswärtige Handel Großbritanniens wie folgt entwickelt:

	Einfuhr:	Ausfuhr:
	£	£
1855	109 959 539	87 832 379
1865	198 231 488	167 284 822
1875	289 515 606	204 957 312
1880	318 710 760	204 886 897
1882	313 588 711	214 323 097
1883	328 210 074	215 036 149
1884	294 205 658	207 663 949

Wir haben im Abschnitt über den auswärtigen Handel nachgewiesen, daß dieses außerordentliche Überwiegen des Wertes der Einfuhr über die Ausfuhr größtenteils von den Zinsen und Dividenden herrührt, welche die englischen Kapitalisten aus ihren auswärtigen Staatsdarlehen und Investitionen beziehen, worunter namentlich Eisenbahnen, Gas- und Wasserwerke eine Hauptrolle spielen.

Erst in letzter Linie wird zum Zweck der Ausgleichung der Handelsbilanz zwischen verschiedenen Ländern die Sendung von Münzen und Edelmetallbarren zu Hülfe genommen. In der heutigen Lage der Währungsverhältnisse des Morgen- und Abendlandes ist im Verkehr zwischen Europa und Amerika nur Gold zur Ausgleichung von Saldi verwendbar. Das Silber ist da bereits nur als Ware anzusehen. Hingegen gilt dasselbe im Verkehr Europas mit Asien noch als Währungsmetall; wohlverstanden aber nicht anders als wie im Verkehr von Goldwährungsstaaten mit Ländern der Silberwährung überhaupt; also z. B. wie zwischen Österreich-Ungarn und Rußland einer- und Großbritannien andererseits. Auch Indien muß die von England bezogenen Waren und die für Anleihen schuldigen Zinsen in Gold zahlen. Es erhält aber auch seine nach Großbritannien geschickten Produkte in Gold gezahlt. Seine mit dem Verkaufe von Waren erzielten Überschüsse und der Betrag der in London aufgenommenen Anleihen schickt es aber nicht in Gold, sondern in Silber nach Indien, weil dies vorteilhafter ist, da die Preise der Waren, namentlich im Detailhandel, und die Löhne in Indien noch nicht dem gesunkenen Preise des Silbers im Abendlande sich angepaßt haben, weil zur Herstellung des allgemeinen Niveaus mit Asien längere Zeit erforderlich ist, als zwischen Europa und Amerika. Indien erhält für seine neue Anleihe in London von sechs Millionen Pfund Sterling 75 Millionen Rupien in Silber, welches es in London kauft und in die Heimat schickt, in welcher damit mehr inländische Produkte gekauft und Löhne gezahlt werden können, als mit sechs Millionen Pfund Sterling Gold.

Die Frage, wann der Moment gekommen ist, wo die Differenz zwischen zwei Ländern und Erdteilen durch Münze und Barren ausgeglichen werden muß, wird durch den Stand des Wechselkurses entschieden. Schuldet z. B. Nordamerika an das Deutsche Reich 250 Millionen Mark und das letztere umgekehrt nur 230 Millionen Mark an die Vereinigten Staaten, so werden an den deutschen Hauptplätzen

Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. mehr Tratten auf New-York angeboten, als umgekehrt in New-York Wechsel auf Deutschland. In Berlin sinkt also der Wechselkurs auf New-York bis zu dem Punkte, wo die deutschen Exporteure es für vorteilhafter halten, sich von ihren Schuldnern Gold zahlen zu lassen. In New-York aber steigt infolge des geringern Angebotes der Wechselkurs, bis er eine Höhe erreicht hat, daß man vorzieht, die Fracht- und Versicherungskosten für Goldsendungen aufzuwenden. Zwischen den Ländern der Gold- und der hinkenden Doppelwährung, bei welchen das Gold als das ausschlaggebende Edelmetall zu betrachten ist, zeigt der Wechselkurs nur geringe Schwankungen. Am internationalen Mittelpunkt des Weltmarktes, in der City von London, standen z. B. die „Goldpunkte" am 16. April 1886 wie folgt: Sobald das Pfund Sterling in französischer Währung auf Franken 25,32¼ steht, dann ist der Wechselkurs mit 4 pro Mille zu gunsten Londons; Franken 25,22½ ist pari und mit Franken 25,12½ steht der Kurs um 4 pro Mille gegen London.

Gegenüber den deutschen Plätzen ist der Parikurs des Pfund Sterling ℳ20,43; mit 20,52 ist der Wechselkurs auf 5 pro Mille zu gunsten Londons und mit 20,33 um 5 pro Mille gegen England.

Gegenüber New-York ist der Paristand des Pfund Sterling Dollars 4,86,7; mit 4,89 ist er um 5 pro Mille für London und mit 4,82,7 zu 8 pro Mille gegen England.

Zu diesem reinen Wechselkurs werden bei der Diskontirung von Wechseln noch andere Posten hinzugerechnet, nämlich Bankprovision im Durchschnittsbetrag von ¼ Prozent und Courtage im Betrag von 4 pro Mille. Auch der Unterschied der Währung von Goldländern untereinander mag zu 1 pro Mille zu gunsten von England veranschlagt werden. Nicht minder kommt die mehr oder weniger gesicherte Lage eines Landes mit in Betracht. Dazu kommt noch die Berechnung des Zinsfußes, die nach dem Verhältnis der Zeit erfolgt, welche Wechsel zu laufen haben und die beim Diskontiren von solchen vom Nominalbetrag abgezogen wird. So steht es zwischen Ländern, in welchen das Gold maßgebend ist. Zwischen Staaten der Goldwährung und der Silberwährung, wie zwischen Großbritannien und Indien, Österreich-Ungarn und Rußland, kommen die Schwankungen im Preise des Silbers in Anschlag, welche in neuester Zeit ein so enormes Goldagio herbeigeführt haben. Heute verlieren indische Silber-Rupien, welche im Jahre 1871 noch

pari mit Gold standen, gegen Pfund Sterling 25 Prozent, d. h. ein Pfund Sterling, welches 1871 mit 10 Rupien bezahlt wurde, bedingt heute rund 12,50 Rupien. Durch das Sinken des Silberpreises ist in Österreich-Ungarn die Valuta formell wiederhergestellt worden, d. h. die Noten stehen seit 1878 in der Regel auf pari mit den Silbergulden, weil die letztern seit 1871 gegen Gold um etwa 25 Prozent entwertet sind. In Rußland kommen zu diesen 25 Prozent aber auch noch ungefähr 12 Prozent entwertete Valuta, da das Goldagio nach dem Wechselkurs vom 10. April 1886 auf 37 Prozent steht. Für einen Dreimonat-Wechsel von 100 Rubel, welche in Gold 322 Mark wert sind, erhielt man in Berlin vom 10. April 1886 nur 202 Reichsmark.

Während Großbritannien als Gläubiger vieler anderer Länder mehr Waren ein- als ausführt, sind Staaten, welche dem Auslande verschuldet sind, genötigt, mehr aus- als einzuführen, weil sie die Zinsen der erhaltenen Darlehen mit übersandten Waren zu decken haben. In diesem Falle befinden sich die Vereinigten Staaten, Österreich-Ungarn, Rußland und andere. Ist ein solcher Staat nicht imstande, die Mittel zur Zahlung der Zinsen regelmäßig abzutragen und sinkt seine Warenausfuhr unter den erforderlichen Stand, dann ist er zuweilen genötigt, zur Zinszahlung neue Anlehen aufzunehmen. In solchem Falle kann dann ausnahmsweise die Einfuhr die Ausfuhr überschreiten, weil der Betrag der Anleihe oder ein Teil desselben in Waren übermittelt wird. So geschah es in Österreich-Ungarn zur Zeit der großen Spekulationsperiode 1871—73, wo eine Masse Eisenbahnmaterial eingeführt wurde, zu dessen Anschaffung deutsche Kapitalisten Darlehen bewilligt hatten. Im Deutschen Reiche kam diese Vermehrung der Einfuhr um dieselbe Zeit im höchsten Maßstabe vor, weil die französische Kriegsschuld von fünf Milliarden Franken abgetragen wurde.

In neuerer Zeit ist häufig von Leuten, denen der internationale Ausgleich der gegenseitigen Forderungen ein Rätsel ist, die Befürchtung ausgesprochen worden, daß den Goldländern das erforderliche Währungsmaterial durch Ausfuhr nach Amerika oder durch Verminderung der Produktion entzogen werden könne. Diese Befürchtung ist unbegründet, weil jeder Staat nur eine bestimmte, im Verhältnis zu seinen Umsätzen stehende Summe von Gold brauchen kann. Vermindert sich solches unter den Bedarf, dann fallen die Preise der Wertpapiere und ziehen

wieder Käufer aus dem Auslande herbei, deren Zahlungen den Goldvorrat wieder vermehren. Der geänderte Bedarf wird auch sofort im Umschlagen der Wechselkurse erkenntlich. Die stärkste Wirkung übt in dieser Hinsicht aber der Zinsfuß aus, bei dessen Erhöhung oder Ermäßigung Kapital und Geld so regelmäßig zu- und abfließen, daß man in dieser Beziehung den Zentralgeldbehälter, die Bank von England, mit einem Pumpwerk zu vergleichen liebt, durch dessen Diskontosatzerhöhungen Kapital in Gestalt von Gold herbeigezogen wird, wenn oder so oft Bedarf vorhanden ist.

Wichtig sind in dieser Hinsicht die internationalen Anlage- und Spekulationspapiere. Dieselben tragen viel zum raschen Ausgleich der gegenseitigen Verschuldetheit der Länder bei. Unter den erstern spielen die englischen Konsols, die amerikanischen Bundes-Obligationen oder Bonds, die österreichische und ungarische Goldrente, die französische und italienische Rente, Pfandbriefe und Prämien-Anlehen eine Hauptrolle. Unter den internationalen Spielpapieren sind die Aktien und Obligationen von großen Banken, insbesondere Mobiliarkreditanstalten, und die Prioritäten großer Eisenbahnen zu nennen, also z. B. die Aktien und Obligationen des französischen Credit mobilier, der österreichischen Kreditanstalt und der ungarischen Kreditbank, der Berliner Diskontogesellschaft, der österreichisch-ungarischen Staatsbahngesellschaft und der Südbahn.

Bei diesen internationalen Wertpapieren stößt man auf eine scheinbare Anomalie, nämlich daß die Preise sich nicht bloß nach der Rentabilität und Solidität des Papiers richten, sondern auch noch nach andern Eigenschaften.

An und für sich sollte man glauben, daß der Kurs der Papiere sich absolut nach deren Reinertrag und Sicherheit der Anlage richten muß und daß bei zu starkem Angebot, wie bei Waren, der Preis gedrückt wird; allein das trifft hier nicht regelmäßig zu. Ein Hauptmoment bei deren Wertschätzung ist auch die Marktfähigkeit, d. h. daß sie sich durch Fülle des vorhandenen Materials für umfassende Geschäfte eignen. Dies ist der Grund, warum z. B. Aktien der österreichisch-ungarischen Südbahn zu einer Zeit, wo sie gar keine Dividende trugen, im Preis über Pari standen. Von ihnen ist so viel Material vorhanden, daß stets in beliebigen Summen damit gehandelt werden kann. Andererseits stehen preußische 4prozentige Konsols, welche das

höchste Vertrauen verdienen, weil das Reineinkommen Preußens aus seinem Staatsvermögen den Zinsenbedarf der Staatsschulden bedeutend übersteigt, mit 105⅓ nicht so hoch wie die englischen 3prozentigen Konsols mit einem Kurs von 100¼. Der Grund liegt darin, daß die Konsols hinreichend Material zu den umfangreichsten Spekulationen darbieten, während die preußischen Konsols verhältnismäßig im Umfang beschränkt sind oder doch bis vor wenigen Jahren vor dem Ankauf so vieler Privatbahnen durch den Staat beschränkt waren. Gerade seitdem dieses Anlagematerial zum Zweck der Ankäufe der preußischen Privateisenbahnen um Tausende von Millionen Mark vermehrt worden, sind sie am Kapitalmarkt beliebter geworden und trotz ihrer vermehrten Ausgabe im Preise gestiegen. Dieser Umstand muß auch zu den Gründen gezählt werden, welche zu gunsten des Systems der Staatseisenbahnen aufgeführt werden. Der Staat erhält das Kapital billiger, die Kapitalisten haben im ganzen genommen eine sicherere Anlage und die Gesellschaft wird von jenen Krisen verschont, welche öfter, namentlich in England und in den Vereinigten Staaten, infolge von Eisenbahn-Spekulationen ausgebrochen sind.

Versicherungswesen.

Obgleich schon im achten Jahrhundert im alten Frankenreiche unter dem Namen von Gilden Gesellschaften zur gegenseitigen Versicherung und Unterstützung*) in Fällen der Not, der Verarmung, der Krankheit, der gemeinschaftlichen Beischaffung der Bedürfnisse des Gottesdienstes, des Begräbnisses, bei Brandunglück, Schiffbruch, Diebstahl und andern Unfällen bestanden, so schlugen diese ersten Keime doch keine Wurzel und das Versicherungswesen entfaltete seine Blüte erst in diesem Jahrhundert, nachdem im vorigen in verschiedenen Ländern der Staat mit der zwangsweisen Feuerversicherung vorangegangen war. Trotz des ungeheuren Aufschwunges, welchen in unserer Zeit die Versicherung gegen Brandschaden, gegen die Gefahr auf der See, die Lebensversicherung sowie die Transportversicherung zu Land genommen hat, ist das Versicherungswesen doch noch keineswegs durchaus befriedigend organisirt und nur einzelne Musteranstalten geben das Vorbild, wie diese Institution im allgemeinen eingerichtet sein sollte. Mißbräuche sind bei verschiedenen Zweigen der Versicherung sowohl auf seiten der Versicherten wie der Versicherer zu beklagen. Zur Zeit, als die Privat- und Feuerversicherungsgesellschaften zur Seite oder an der Stelle der staatlichen Brandkassen infolge eines allgemeinen Anlaufs des Unternehmungsgeistes im dritten und vierten Dezennium unseres Jahrhunderts in großer Zahl entstanden und sich eine übertriebene Konkurrenz machten, gelang es, zahlreiche Hausbesitzer zur Versicherung zu vermögen, weil die Bevölkerung ganzer Gegenden gleichsam verschworen war, auf Kosten der Gesellschaft neue Häuser zu erhalten. Das Verbrechen der Brandstiftung wurde eine zeitlang in weiten Kreisen ungefähr dem Schmuggel oder der Wilddieberei gleichgestellt, so billig drückte die Bevölkerung darüber ihr Auge zu, während die Gesellschaften entweder zu sehr die Konkurrenz fürchteten oder nicht die nötigen Zeugen aufzutreiben wußten, um die Verbrecher vom Arme des Gesetzes erreichen zu lassen. Nachdem ganze Gegenden mit neuen Häusern versehen waren, trat ein geordneter Zustand ein, in welchem die Gesellschaften sich nach und nach erholen konnten. Trotz der außerordentlichen Rührigkeit der letztern bestehen in der Feuerversicherung doch noch bedeutende Lücken, welche vielfach das Elend von Familien zur Folge haben. In vielen ländlichen Gegenden können die Bauern bei mangelndem staatlichen Zwang nicht von ihren Stroh- und Schindeldächern abgebracht werden, und die Gesellschaften haben recht, wenn sie diese Objekte ausschließen. Dieser Übelstand wird immer größer, je weiter man nach Osten vordringt, so daß sogar in der über eine Million Einwohner zählenden Reichshauptstadt Wien, der Metropole der modernen Architektur, noch eine Menge Schindeldächer sich befinden und solche neben Ziegel-, Schiefer- und Kupferdächern sich breit machen. Wir sind daher der Ansicht, daß eine staatliche Zwangsversicherung den Zweck ausgiebiger erfüllen würde. Noch mehr als bei der Brandversicherung verdankt man den Privatgesellschaften in der Propaganda für die Lebensversicherung. Trotz der guten Dienste, welche diese Gesellschaften bisher geleistet haben, sind doch bei den lediglich als anonyme Aktiengesellschaften konstituirten Instituten mehrfache Übelstände an den Tag getreten, welche einer Remedur bedürfen. Die Verwaltungen dieser Gesellschaften haben von vornherein mit dem Übelstande zu kämpfen, daß man in Hinsicht auf die Sterblichkeitsziffer noch nicht genügende Erfahrungen besitzt. Die ältesten Erfahrungen reichen wenig über ein Jahrhundert hinaus und beschränken sich für diesen Zeitraum auf einen sehr engen Kreis. Allgemeine Erfahrungen aus ganzen Länderkomplexen datiren erst seit wenigen Jahrzehnten, seitdem die Bevölkerungsstatistik durch den Internationalen Kongreß auf gemeinschaftliche Basis gestellt wurde. Wegen dieses Mangels an genügender Erfahrung haben manche Gesellschaften ihre Prämien zu hoch, manche zu niedrig gestellt. Die erstern haben ihre Versicherten gedrückt, die letztern haben Schaden erlitten oder gar Bankrott gemacht. Um sich gleichzeitig gegen die

*) Siehe Max Wirths „Deutsche Geschichte im Zeitalter germanischer Staatenbildung" (Frankfurt a. M. 1862) Seite 404 u. f.

auch in der Lebensversicherung häufig vorkommenden verbrecherischen Versuche des Beschwindelns der Gesellschaften zu erwehren, haben viele Verwaltungen wieder zu einer Strenge bei der Prüfung der einzelnen Fälle, zuweilen sogar zu einer ungesetzlichen Rücksichtslosigkeit gegriffen, welche nahe an Betrug streifte. Namentlich in England und Amerika sind vielfache Klagen aufgetaucht und Fälle erwiesen worden, wo Gesellschaften versucht haben, den Berechtigten ihre Versicherungssumme vorzuenthalten. Außerdem ist es auch volkswirtschaftlich kaum zu rechtfertigen, daß das Versicherungsgeschäft Gegenstand der Spekulation werde. Dies ist aber bereits als Regel anzusehen. In einem solchen Zustande schwebt die Einrichtung zwischen zwei Klippen: daß Gesellschaften Bankrott machen oder daß sie zu hohen Gewinn beziehen. Beides geschieht auf Kosten der Versicherten. Im ersten Falle können die letztern nicht nur ihren ganzen Einsatz verlieren, sondern sie büßen auch die Vorteile ein, welche ihnen das frühere Datum der Versicherung bei der Prämienzahlung gewährt; denn wenn sie genötigt werden, sich später bei einer andern Gesellschaft einschreiben zu lassen, so müßten sie höhere Prämien bezahlen. Es liegt uns eine Liste von 25 Kategorieen deutscher Aktiengesellschaften vom Jahre 1882 vor, nach welcher 154 Aktiengesellschaften aus den Zweigen des Verkehrswesens durchschnittlich 4,58 Prozent Dividende verteilt haben. 851 Industriegesellschaften verteilten 5,35 Prozent, 209 Banken 7,4 Prozent und 97 Versicherungsgesellschaften 16,21 Prozent. Wir müssen diesen hohen Reingewinn der Versicherungsgesellschaften geradezu als einen Unfug bezeichnen, umsomehr, je öfter über Fälle der Verkürzung der Rechte des Versicherten geklagt wird. Es ist eine Anomalie, daß das Versicherungsgeschäft höhere Prozente abwerfen soll als irgend eine industrielle Unternehmung. Eine Ausnahme machen nur die auf Gegenseitigkeit begründeten Gesellschaften, bei denen der Reingewinn unter die Versicherten verteilt wird. Auch bei diesen ist es vorgekommen, daß die Prämie aus Mangel an genügender Erfahrung zuerst höher als nötig bemessen wurde. Allein es ist kein Schaden dabei entstanden, weil der erzielte Überschuß an die Teilnehmer in Gestalt von Dividende wieder zurückfließt. So zahlt z. B. die Gothaer Versicherungsbank ihren Versicherten 30—40 Prozent Dividende. Bei den guten Erfahrungen, welche bei den auf Gegenseitigkeit begründeten Versicherungsgesellschaften gemacht worden sind, sollte die Gesetzgebung die Erlaubnis

zur Gründung neuer Gesellschaften an diese Bedingung knüpfen. Sollte des Fürsten Bismarck Plan einer allgemeinen Invaliden- und Altersversorgungsanstalt der Verwirklichung näher gebracht werden, dann würde allerdings auch die staatliche Lebensversicherung mit Versicherungszwang ins Auge gefaßt werden müssen, und zwar in der Art, daß für die Zahlungsunfähigen die Armenpflege eintreten müßte.

Da bei der Versicherung der möglichst zahlreiche Kreis von Beteiligten am vorteilhaftesten sowohl hinsichtlich der Billigkeit der Prämie wie der Sicherheit des versicherten Kapitals bezw. der Rente ist — so glauben wir, daß der Staat nicht bloß, wie es auch in manchen Ländern durchgeführt, die Feuerversicherung mit Versicherungszwang übernehmen, sondern auch prüfen sollte, ob nicht die Versicherung gegen Viehseuchen, Hagelschlag und Überschwemmungen vom Staate mit Zwangspflicht übernommen werden sollte.

Lohn und Sparpfennig.

Es ist eine ebenso merkwürdige wie betrübende Erscheinung, daß bei dem gegenwärtigen durchschnittlichen Bildungsstande der Menschen abendländischer Kultur blendende Irrtümer weit leichter plötzlichen Erfolg erreichen als die einfache Wahrheit. Daher pflegen Marktschreier viel rascher einen Anhang zu gewinnen als Weltweise, welche neue Bahnen für zukünftige Jahrhunderte eröffnen. So ist z. B. nie ein größerer Humbug in die Welt gesetzt worden, als das sogenannte „eherne Lohngesetz“, welches die sozialistischen Parteien als Fundamentalgrundsatz angenommen haben. David Ricardo, welcher es liebte, volkswirtschaftliche Grundsätze in mathematische Formeln zu kleiden und sie in ihrer Abstraktion ohne Rücksicht auf das wirkliche Leben hinzustellen, hatte die Behauptung aufgestellt, daß der Arbeitslohn naturgemäß sich in gewissen Grenzen bewege, welche weder aufwärts noch abwärts lange Zeit überschritten werden können, ohne daß die Regulirung von selbst erfolgt. Überschreiten die Arbeitslöhne die normale Höhe, dann befähigen, sagt er, die reichlicher gewonnenen Subsistenzmittel die arbeitenden Klassen, sich rascher zu vermehren, und dieses infolge größerer Zahl von Kindern entstehende vermehrte Angebot von Arbeitskraft müsse sodann den Lohn wieder unter die Normalhöhe herunterdrücken. Steht der Lohn unter Normalhöhe, dann dezimirt der Mangel an Subsistenzmitteln die Arbeiterbevölkerung, bis ihr Angebot so vermindert ist, daß der Lohn wieder über den normalen Tiefstand steigen muß. Auf diesen Satz bauend, haben die sozialistischen Agitatoren vorgegeben, daß die Naturgesetze einer normalen und spontanen Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen entgegenstehen und daß denselben daher nur durch den Staat geholfen werden könne. In der unmittelbaren Anwendung im Leben hat dieser in seiner Abstraktion und auf Menschenalter passende Satz aber gar keine Konsequenz, und deshalb sind auch die Schlußfolgerungen nichtig. Sowohl Ricardo wie seine blinden Nachbeter haben nämlich ganz vergessen, sich in die praktische Verwirklichung des Satzes hineinzudenken. Bis die Kinder imstande sind, den Vätern Konkurrenz zu machen, müssen schon bei gewöhnlichen Handlangern sechzehn Jahre verstreichen, bei Arbeiten, welche eine gewisse erlernte Geschicklichkeit erfordern, aber wenigstens zwanzig Jahre. Innerhalb 16—20 Jahren aber kann die Wirtschaft eines Volkes, eines Landes, eines ganzen Weltteiles solche Fortschritte oder Rückschritte gemacht haben, das Kapital und die Erwerbsgelegenheit können so gewachsen oder gesunken sein, daß die Löhne dann noch höher oder niedriger stehen als in der vorhergehenden Periode, ja, daß sie sogar verhältnismäßig höher oder niedriger stehen. In der That läßt sich für diese Entwicklung eine Reihe glänzender Beispiele anführen. Die ganze wirtschaftliche Bewegung Europas und Amerikas in dem mit dem Jahre 1872 abschließenden halben Jahrhundert ist ein eklatanter Beweis dafür. In keinem frühern Jahrhundert hat sich die Bevölkerung dieser beiden Weltteile so rasch vermehrt, in keinem sind so viele arbeitsparende Maschinen erfunden und den Verkehr erleichternde Einrichtungen, wie die Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, Telegraphie u. s. w., eingeführt worden, und dessenungeachtet sind die Arbeitslöhne — den Befürchtungen Sismondis zum Trotz — in dieser Periode um 50—100 Prozent gestiegen, während der Preis der notwendigsten Lebensmittel keine wesentliche Erhöhung, zum Teil sogar eine Ermäßigung zeigt und der der Bekleidungsstücke gesunken ist. Auf der andern Seite wickeln sich die Verhältnisse im Falle des Sinkens des Arbeitslohnes unter den Minimalsatz auch nicht ohne weiteres in der von Ricardo signalisirten Weise ab. Allerdings mögen in diesem Falle weniger Ehen unter den arbeitenden Klassen abgeschlossen werden oder es werden, da dieser Umstand häufig durch uneheliche Geburten ausgeglichen wird, mehr Kinder an mangelnder Pflege sterben; allein damit ist noch lange nicht die Konkurrenz der lebenden Arbeiter beseitigt, noch lange nicht der Mangel an Nachfrage seitens der Unternehmer behoben. Lange bevor die Kalamität durch das Minderangebot von Arbeitern der nächstfolgenden Generation auf natürlichem Wege beseitigt sein kann, werden die notleidenden Arbeiter

sich in anderer Weise, z. B. durch Übergang zu einer andern Beschäftigung oder durch Auswanderung, geholfen haben! Was aber noch wahrscheinlicher ist, die Nachfrage nach Arbeitern wird längst wieder durch eine günstige Wendung der Geschäfte gestiegen sein. Denn die Wellenbewegung des Ganges der Geschäfte ist in ihren auf- und absteigenden Perioden erfahrungsmäßig kürzer als die Zeitabschnitte, in welchen Menschen von ihrer Geburt zu erwachsenen Arbeitern erzogen werden. Diese Betrachtung, die ein jeder durch Selbstdenken sich näher erläutern kann und von deren Wahrheit er sich in allen Verhältnissen des Lebens überzeugen muß, genügt, um die vollständige Nichtigkeit des „ehernen Lohngesetzes“ im praktischen Leben zu erweisen. Wir wollen dabei aber zugestehen, daß es Perioden der Geschäftsstockung geben kann, in welchen die oben angenommene Besserung der Geschäfte nicht eintritt und wo zahlreiche Arbeiter aus Mangel an Beschäftigung in tiefe Not geraten und zuletzt der Armenpflege anheimfallen. In solchen Zeiten kann allerdings die Hülfe des Staates vorübergehend notwendig werden, bis die schlimme Übergangsperiode überwunden ist; der Staat wird dann, wenn das Übel kein bleibendes zu werden droht, öffentliche Arbeiten im großen Stil unternehmen, welche früher oder später dennoch ausgeführt werden müßten, z. B. Straßenbauten, Flußkorrektionen, Eisenbahnen, Kanalanlagen, Hafenbauten, Beforstungsarbeiten, Bewässerungswerke, Drainirarbeiten und andere Meliorationen in den Domänen. Durch solche Vorkehrung erreicht er den doppelten Zweck, müßigen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, und, da in solchen Perioden der Lohn niedrig steht, sowohl das Interesse des Fiskus zu wahren als einer Schmälerung des Nationalvermögens vorzubeugen, von welcher dieser durch lange Unthätigkeit vieler Arbeiter betroffen würde. So weit halten auch wir die Staatshülfe für berechtigt! Allein dieselbe darf nur subsidiär, gleich der Armenpflege, sein.

Der Lohn hängt nicht bloß vom Angebot der Arbeiter, sondern ebenso auch von der Nachfrage der Kapitalisten und Unternehmer ab. Die Höhe des Lohnes wird daher in erster Linie bedingt von dem Kraftverhältnis, in welchem der Kapitalvorrat und die Erwerbsfähigkeit eines Landes zur Zahl seiner Bevölkerung steht. Der Lohn ist nicht unbedingt niedrig, weil ein Land stark bevölkert ist. Er ist allerdings sehr niedrig in China, Japan und Indien, welche stark bevölkert sind, und hoch in Amerika, welches noch

schwach besiedelt ist; allein er ist auch hoch in Belgien und in England, welche ebenso oder noch stärker bevölkert sind als Ostasien. Der Grund liegt in dem großen Kapitalvorrat und der Unternehmungskraft der nordwestlichen Völker des Abendlandes. Analog steht daher auch in den Städten, insbesondere in den Großstädten, der Lohn und die Arbeitsgelegenheit höher als auf dem Lande. Der Ricardosche Satz — das sogenannte eherne Lohngesetz — kommt erst am Schlusse einer ganzen Reihe von Ursachen zur Wirkung, welche die Lohnhöhe beeinflussen.

In zweiter Linie kommt die Geschicklichkeit, Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit des Arbeiters zur Geltung. In dieser Richtung kann der Staat nur durch Erziehung wirken. Die neuere Umkehr zur Einrichtung der Prüfungen der Handwerker ist schon deshalb von zweifelhaftem Werte, weil man es nicht gewagt hat, dieselben auf die viel wichtigern Gewerbe der Großindustrie auszudehnen. Hingegen haben sich die Fachschulen von trefflicher Wirkung gezeigt. Denn die angehenden Gewerbetreibenden lernen darin die richtigen technischen Grundsätze, die Kenntnis der neuesten und besten Werkzeuge, Methoden, Formen, die besten Bezugsquellen für Gerätschaften, Maschinen, Rohstoffe und lernen vor allem exakte und geschmackvolle Arbeit. Zwischen einem sorgfältig erzogenen, geschickten, zuverlässigen und überhaupt in jeder Beziehung tüchtigen Arbeiter und einem Durchschnittsgehülfen, welcher sich im alten Schlendrian des Handwerks bewegt und dem blauen Montag nicht entsagen kann, ist ein kolossaler Unterschied, der in gewaltigen Lohnabständen gewertet wird.

Ein dritter Faktor, welcher die Lohnhöhe bedingt, ist die individuelle wirtschaftliche Stellung des Arbeiters, d. h. die Frage, ob er einen Sparpfennig zurückgelegt hat, der ihn unabhängiger von dem Angebot des Arbeitgebers macht. Ein Arbeiter, der von der Hand in den Mund lebt, muß sich mit jedem Lohn zufrieden geben. Wer aber einen starken Posten in der Sparkasse hat, kann dem Unternehmer eher Bedingungen stellen. Unwirtschaftlichkeit ist ein allgemeiner Übelstand, der leider bei der Mehrzahl herrscht und mit der Ausrede nicht entschuldigt werden kann, daß sie ein althergebrachtes Erbübel ist. Die Unsitte, zwischen dem Samstag und Montag einen großen Teil des Lohnes zu verzehren, ist wohl der Hauptgrund, wenn die Leute nicht vorwärts kommen. Dazu ist noch der Leichtsinn des Borgens zu zählen. Die meisten Arbeiter lieben es, ihr Konto beim Krämer oder

Kreisler zu haben und am Ende der Woche zu zahlen. Durch dieses Vermeiden der Barzahlung kommen sie dazu, statt zu sparen, sich ans Schuldenmachen zu gewöhnen; denn die Kreisler-Rechnung wird vom Wochenlohn bezahlt, welcher eigentlich zur Bestreitung der Bedürfnisse der folgenden Woche dienen sollte. Außerdem kommt die Sitte des Aufschreibens viel teurer zu stehen. Alle Konsumvereine führen Klage, daß jeder Versuch, Arbeiter zur Teilnahme zu bewegen, eitel ist. Der erste Wiener Konsumverein, eine ausgezeichnet geleitete und blühende Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, deren Stammanteile 5 Gulden betragen und welche jahraus jahrein eine 5prozentige Dividende von der Summe der gekauften Waren verteilt, hat den Versuch gemacht, Arbeiter dadurch heranzuziehen, daß er sie der Einzahlung des Stammanteils entheben wollte und den Betrag von der Dividende abzuziehen sich erbot. Er konnte keinen Arbeiter zum Eintritt bewegen, weil dieselben die Barzahlung scheuen. Einige Jahre hindurch gab die Verwaltung der Wiener Pferdebahnen Abonnementskarten zu 10 und später zu 8 Kreuzern für die einfache Fahrt aus, wenn man ein Heft von 10 Karten auf einmal nahm. Die Folge war, daß alle wohlhabenden Leute Abonnementskarten führten, die armen Arbeiter aber regelmäßig 12 bezw. 10 Kreuzer zahlten, weil sie nicht einen Gulden oder 80 Kreuzer auf einmal anlegen wollten. Diese Sparsamkeit im kleinen ist aber sehr wichtig, und nicht ohne Grund sucht jede brave Mutter seit Jahrtausenden ihren Kindern Sparsamkeit, Fleiß, Lernbegier, Genügsamkeit und Mäßigkeit zu predigen. Es ist eine sehr verkehrte Ausrede vieler Leute, daß ihr Verdienst zu niedrig sei, um sparen zu können. Man versuche nur einmal, den blauen Montag aufzugeben, den Sonntag statt in der qualmigen Kneipe zu Hause bei einer nützlichen Lektüre oder einem unterrichtenden Spiele zuzubringen, und man wird bald seine Freude daran haben, wenn das Guthaben bei der Postsparkasse zu wachsen beginnt. Man nimmt doch an, daß der niedrigste Stand der Arbeiter derjenige der Dienstboten ist. Nun, jeder Dienstbote kann sich innerhalb 10 Jahren, wenn er alle entbehrlichen Ausgaben vermeidet, 500 bis 1000 Mark sparen und sich damit ein selbständiges Geschäft gründen bezw. sich verheiraten. Schließen zwei solche ordentliche Leute eine Ehe, so können sie mit einem Kapital von 1000 bis 2000 Mark anfangen und in der Heimat prosperiren oder auch nach Amerika auswandern und nach einem oder einigen Jahren Dienst, während dessen sie Sprache

und Verhältnisse kennen lernen, sich Grundeigentum erwerben und ein selbständiges Anwesen gründen. Ich kenne zwei treffliche Mädchen, Wäscherinnen am Starnberger See, welche sich in dieser Weise ein Gütchen erspart haben, das einen Wert von 15 000 Mark hat. Sie sind von Freiern umworben, allein sie verschmähen die Ehe, weil sie den heutigen Männern nicht trauen und ihre Ersparnisse nicht wieder durchgebracht haben wollen.

Ein viertes Mittel zur Erhöhung oder Behauptung des Lohnes ist die gemeinsame Verabredung zu Arbeitseinstellungen, Ausständen oder Strikes. Dadurch haben sich namentlich die englischen Arbeiter eine bedeutende Lohnverbesserung erworben, da sie durch den Bund der Gewerkvereine (Trades Unions), welcher die Ausstehenden mit seiner Kasse unterstützt, imstande sind, die Strikes so lange auszuhalten, bis die Arbeitgeber ihre Forderungen teilweise oder ganz bewilligten.

Jetzt erst kommt Angebot und Nachfrage, die Frage der Seltenheit oder Häufigkeit des Arbeiterangebots, welche ungeheure Kontraste aufweist, deren Ursache aber auch teilweise in der Natur begründet ist. Die Seltenheit bedingt das hohe Honorar der Prima Donna in erster Linie und das Gegenteil, den niedrigen Lohn der Handlanger. In den Erwerbszweigen, zu deren Ausübung eine zweckmäßige Vorbereitung notwendig ist, kann der Staat insofern eine wirksame Hülfe ohne bemerkenswerte Opfer gewähren, als er für eine fortlaufende statistische Beobachtung des Angebots und der Nachfrage sorgt, — wie wir dies an anderm Ort zu anderer Zeit mittels des Vorschlags einer Organisation des Arbeitsmarktes näher erörtert haben. Wenn die Provinzial-Regierungsblätter das Angebot und die Nachfrage unentgeltlich veröffentlichen und der Reichsanzeiger oder wie das amtliche Zentralblatt heißen mag diese Nachrichten etwa wöchentlich systematisch ordnet und publizirt, so kann die Verteilung der Arbeiterkräfte mit wenigem Aufschub erfolgen und auch die Kenntnis der zeitweiligen Arbeitsgelegenheit sich so verbreiten, daß die Eltern eine richtigere Wahl für den Beruf ihrer Kinder treffen können, — einem Lebensakt, welchem viel mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden sollte als bisher. Die preußische Regierung ist in dieser Hinsicht schon vor 30 Jahren insofern mit gutem Beispiel vorausgegangen, als der Justizminister vor dem damals übersetzten Studium der Jurisprudenz warnte.

Die Verteilung der Güter und die unbemittelten arbeitenden Klassen.

Da es hier nicht unsere Aufgabe sein kann, die Grundsätze der Volkswirtschaft aufs neue zu entwickeln,*) so müssen wir uns mit dem Hinweis auf die Lehrsätze und unbestreitbaren Thatsachen begnügen.

Die Kommunisten behaupten, daß die Güter der Erde ungerecht verteilt seien und daß die Arbeiter nicht den ihnen gebührenden Anteil am Reinertrag erhalten. Deshalb verlangen sie, daß die gesellschaftliche Ordnung geändert werde, daß die Produktionsmittel, insbesondere der Boden, Gemeingut der Gesellschaft und daß die Erzeugnisse nach Billigkeit unter alle verteilt werden.

Diesen Sätzen stellen wir folgende Behauptungen gegenüber:

1. Wir sind der Überzeugung, daß der aus der historischen Entwicklung — der Emanzipation des vierten Standes von Sklaverei und Hörigkeit — hervorgegangene Zustand der freien Arbeit nicht durch willkürliche Satzungen der Majorität wieder aufgehoben werden kann und daß derselbe ein Fortschritt gegen die Vergangenheit ist. Da keine Regel ohne Ausnahme, so geben wir zu, daß viele Fälle von ungleicher Verteilung der Güter des Arbeitsertrags noch vorkommen. Wir meinen aber, daß es Aufgabe der Gesetzgebung und der freien humanistischen Fürsorge der Gesellschaft ist, durch zweckentsprechende Institutionen die Wirkung der ausgleichenden Gerechtigkeit, welche wir als eine Aufgabe des Staates betrachten, zu erhöhen.

*) Ich verweise diesbezüglich auf meine Grundzüge der Nationalökonomie I. Bd. 5. Auflage 1881 und II. Bd. 4. Auflage, Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung in Köln.

2. Die Erfüllung der Forderung der Kommunisten aber ist unmöglich und wenn sie mit Gewalt vorübergehend durchgeführt würde, so müßte sie allmählich zum Niedergang der Kultur und des Volkswohlstandes führen. Die strenge Durchführung der Gütergemeinschaft würde aus dem Staat eine allgemeine Zwangsanstalt machen.

Was die Übernahme der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft oder des Staates bedeutet — das läßt sich aus einer Betrachtung der russischen Agrarzustände erkennen. In Rußland haben nur die Großgrundbesitzer separates Grundeigentum. Die Bauern leben, wie schon an anderer Stelle erwähnt, noch unter der Gemeinschaft des Grundeigentums, indem die Äcker alle 6 bis 15 Jahre, je nach den Gewohnheitssatzungen der verschiedenen Gegenden, unter die Gemeindegenossen frisch verteilt werden. Die Folge dieser Wirtschaft ist, daß der bäuerliche Ackerbau nicht bloß keine Fortschritte macht, sondern zurückgeht. Der vorübergehende Besitzer eines Feldes hat kein Interesse daran, dasselbe zu verbessern, da es nach feststehender Frist einem andern zufällt. Es hängt daher ganz von der größern oder geringern Umsicht der Gemeindeverwaltung ab, ob überhaupt etwas geschieht und nur der erforderliche Dünger aufgetragen wird. Die Ackergemeinschaft bestand auch unter den alten Germanen und ist im Laufe der Jahrhunderte in die Markgenossenschaft übergegangen, von welcher sich bis in die neue Zeit Überbleibsel erhalten haben. Überhaupt ist diese Gemeinschaft des Bodens ein überwundener Standpunkt.

Die scharfe Konkurrenz in der modernen Gesellschaft mit freier Beweglichkeit des Individuums erfordert eine so straffe Anspannung aller physischen und geistigen Kräfte, daß eine Gesellschaft, in welcher der einzelne diesen Sporn nicht fühlt, allmählich verkommt. Wohl wird niemand verhungern, allein die ganze Gemeinschaft wird verarmen und von den geistigen und materiellen höhern Gütern des Lebens ausgeschlossen sein. Kunst und Wissenschaft werden aus Mangel an Mitteln verschwinden. Die Gemeinde wird ein allgemeines Armenhaus. Wollte eine drakonische Regierung die Leute zum exakten Arbeiten und zum Fortschritt zwingen, wenn es überhaupt im Bereich der Möglichkeit läge, daß die Köpfe einer Regierung die von Millionen Geschäftsleuten ersetzen, — dann würde aus dem Armenhaus ein Zuchthaus.

Gütergemeinschaft hat bestanden in Zeiten, wo der Mensch noch ohne geistige Bedürfnisse war, wo das Bedürfnis sich auf die Lebens-

notdurft beschränkte. Mit der Einführung der Teilung der Arbeit mußte dieser Zustand sein Ende finden. Im modernen Staat aber, wo die internationale Konkurrenz auf Grund der vervollkommneten Transportmittel ein maßgebender Faktor der Produktion geworden ist, — da muß der einzelne selbständige Geschäftsmann solche Rührigkeit entfalten, er muß Tag und Nacht seinen Kopf so anstrengen, um die Mittel und Wege zu finden, wodurch er seine Erzeugnisse möglichst billig und preiswürdig herstellt, daß seine Thätigkeit durch die Vormundschaft von oben nicht ersetzt werden kann. Darüber lassen sich Hunderte von praktischen Erfahrungen nachweisen, — von der Gütergemeinschaft Spartas und Kretas an bis zu den Phalanstères in den Vereinigten Staaten und den Staatswerkstätten nach der Februarrevolution von 1848 in Paris.

Es steht fest, daß die moderne Produktion nur mit Hülfe großen Kapitals möglich ist. Auch der Handwerker und der kleine Geschäftsmann ist ohne Kapital außerstande, seinen Erwerb zu führen. Der Arbeiter, welcher über keine Ersparnisse verfügt, muß sich in den Dienst eines andern begeben, welcher mit selbst erworbenem, ererbtem oder auf eine andere Weise angeeignetem Kapital ein selbständiges Unternehmen betreibt. Je größer der Umfang des Kapitalvorrats und der Menge der selbständigen Unternehmer, desto mehr besteht Nachfrage nach Arbeitern. Große steigende Nachfrage aber pflegt den Lohn zu erhöhen und den Gewinn des Kapitals zu drücken.

Zur Bildung und Erhaltung des Kapitals ist außer dem auf alle sich erstreckenden Schutz des Staates eine Entschädigung für den Sparer nötig, ohne welche er seine Einkünfte lieber verzehren würde. Bei der Anlegung des Kapitals muß also dieses nicht bloß erhalten bleiben, sondern auch noch Gewinn einbringen, welcher beim Ausleihen von Kapital Zins genannt wird. Ferner muß das Erbrecht gesichert sein, weil ohne dasselbe der Trieb zum Sparen ebenfalls aufhören würde. Je weniger Trieb zum Sparen, desto weniger Kapitalvermehrung, um so weniger Unternehmung und Beschäftigung, um so mehr Abnahme der Erwerbsgelegenheit, Entlassung von Arbeitern und Sinken des Lohnes. Dieser Prozeß vollzieht sich mit mathematischer Sicherheit. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Satzungen der Gesellschaft, daß die Art und Weise der Regierung eines Staates großen Einfluß auf die Verarmung oder Bereicherung desselben hat, allein daß doch

die fundamentale Ursache der Verschiedenheit des Erwerbes und Vermögens in der Ungleichheit der Anlagen der Menschen von Natur liegt. Die Natur selbst ist es, welche die Armut geschaffen hat. Aufgabe der Menschen und ihrer Gesellschaft ist es, den Fehler der Natur zu verbessern. Es gibt von Geburt gesunde und kränkliche, starke und schwache, schöne und häßliche, edle und gemeine, geistig hoch begabte und dumme Menschen. Die kränklichen, schwachen, häßlichen, gemeinen, dummen, ausschweifenden Individuen stellen das größte Kontingent zu der Armut. Nur ein Teil derselben entgeht diesem Schicksal, weil er durch seine Eltern Vermögen oder eine gute Erziehung genossen hat. Der in Armut Geborene kann, wenn er von Natur gute Eigenschaften besitzt, die mangelnde Erziehung durch Selbsterziehung ersetzen und sich zu Ansehen und Reichtum emporschwingen. Die Geschichte der modernen Industrie zeigt uns hunderte von Beispielen, in welchen gewöhnliche Gesellen, die von Haus aus keinen Pfennig besaßen, zu Millionären und Arbeiter-Fürsten sich emporgeschwungen haben. Hat hier die allmähliche Erwerbung hoher technischer Geschicklichkeit entschieden, so gibt es doch auch Fälle, wo bloße Handlanger männlichen oder weiblichen Geschlechts einen großen Grad von Wohlhabenheit nur durch Arbeit, Sparsamkeit und verständige Nüchternheit erwarben.

Außer dem erforderlichen Gewinn oder Zins zur Erhaltung des Kapitals muß der Kapitalist auch noch eine Prämie für die Gefahr erhalten, welcher Erwerbsstamm und Gewinn ausgesetzt sind. Bei den Arbeiterunruhen in Belgien (1886) wurde der Nachweis geliefert, daß ein großer Teil der Kohlengruben seit einem halben Jahre mit Verlust arbeitete. Für solche Fälle muß der Notpfennig herhalten. Die Arbeiter aber begehen qualifizirten Selbstmord, wenn sie in solchen Zeiten die Fabriken der Unternehmer zerstören, wo dieselben keine Lohnerhöhung bewilligen können.

Allerdings gibt es Fälle, in denen durch das Zusammentreffen günstiger Umstände Einzelne enorme Reichtümer zusammenraffen, welche sich keines persönlichen Verdienstes rühmen können, — sei es, daß sie das Kapital ererbten oder geschenkt erhielten oder erheirateten oder als großes Los oder im Börsenspiel gewannen. Dem Glück eines Individuums im Hazardspiel steht der Verlust tausender, welche eingesetzt haben, gegenüber. Solche Fälle der Erwerbung außerordentlicher Glücksgüter pflegen den Neid der Armen zu erregen, deren

Verführer und Agitatoren gern dieselben verallgemeinern. Diesen Glückspilzen gegenüber steht eine Schar von Arbeitermartyrern, welche im Dienste der Industrie zu verunglücken pflegen. Hier hat der Staat die Pflicht, als Hüter der ausgleichenden Gerechtigkeit zu walten.

Ferner ist der Staat um der Gerechtigkeit willen verpflichtet, gewissenhaft für die Schule zu sorgen und die Arbeiter dabei möglichst zu entlasten — Fachschulen zur Einführung neuer Hausindustrieen sowohl als zur Vermehrung der Geschicklichkeit und der fachgemäßen Ausbildung von Handwerkern in Kunstfertigkeit, Geschmack und Kenntnis der neuesten Werkzeuge, Maschinen, Methoden zu errichten, Mustersammlungen anzulegen und zur Verfügung zu stellen — sowie dieselben zum Sparen aufzumuntern, wozu in der neuern Zeit durch Landes- und Postsparkassen, welche letztere ausgezeichnet eingerichtet sind, schon wohlthätige Einrichtungen getroffen worden sind. In den Städten Europas sind für die Krankenpflege der armen Leute längst Spitäler und Asyle geschaffen, welche noch mit manchen Vorurteilen zu kämpfen haben.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß viele Arbeiter nicht nach der Decke sich strecken, — daß, wie schon an anderer Stelle beklagt, unter den Handwerkern noch die Unsitte des blauen Montags herrscht, dem manche noch einen grünen Dienstag beifügen. Unter vielen Handwerksgesellen gilt es als Regel, daß ein großer Teil des Wochenlohnes vertrunken wird, daß der Sonntag nicht dazu da ist, um den Geist zu sammeln und zu veredeln, die Kirche, Kunstsammlungen, Bildergalerien, naturgeschichtliche Museen zu besuchen, die balsamische Luft des Waldes einzuatmen — sondern, um bei wüstem Geschrei und Kartenspiel in der Kneipe zu sitzen.

Alle diejenigen, welche dieses die Gesundheit untergrabende und zum Elend führende Leben aufgeben und den Betrag des zur Völlerei verschwendeten Lohnes sparen, könnten innerhalb 10—20 Jahren, also in einem Alter von 38 Jahren, so viel Kapital gespart haben, um ein selbständiges Geschäft zu beginnen und, wenn sie heiraten, es mit der Mitgift eines ebenso soliden Mädchens auszustatten. Dies sind die dem Leben abgelauschten Erfahrungen, welchen ein jeder aus eigener Anschauung weitere Beispiele beifügen kann. Das ist die Wahrheit, das Wesen der Dinge. Nur auf diesem natürlichen, vernünftigen und nüchternen Wege vermag der von Natur und Familie zu kurz gekommene

Arbeiter emporzukommen. Diejenigen aber, welche ihm Fleiß, Nüchternheit, Sparsamkeit, Sittsamkeit niemals als Mittel zum Fortkommen empfehlen, in deren Lexikon die Wörter Geschicklichkeit, exakte Arbeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit gar nicht stehen, welche vielmehr von der „Dotation des Enterbten" träumen, die Stichworte „das Eigentum ist Diebstahl" oder das „Kapital ist zurückgehaltener Lohn" verbreiten, oder gar von den Arbeitern sich füttern lassen, um sich ganz der sozialistischen Agitation und Konspiration zu widmen, sind in Wirklichkeit die größten Feinde der Arbeiter. Denn man sollte doch nicht übersehen, daß jener Ausspruch Lassalles, in Preußen befänden sich 89 Prozent der Bevölkerung im Elend, eine freche Lüge war, welche nur zu lange in den Kreisen der Ungebildeten sich breit gemacht hat. In allen Ländern bilden die Besitzenden die Mehrzahl der Bevölkerung, und da sie zugleich die Rüstigern und geistig Mächtigern sind, so kann es dem unbemittelten Arbeiterstande oder, wenn man lieber will, dem vierten Stande, niemals gelingen, sich auf die Dauer in den Besitz der Staatsgewalt zu setzen, um die Wahngebilde seiner Führer zu verwirklichen. Die Bemühungen der sozialistischen Führer hindern die Arbeiter daher nur, sich der wirksamen Mittel zu ihrem Glück zu bedienen.

Verlorene Posten der Volkswirtschaft.

Über dieses Kapitel läßt sich viel schreiben, und wir haben schon Gelegenheit gehabt, über einige ernste Schattenseiten, wie den „blauen Montag“, die Trägheit der Land- und Gebirgsbewohner sowie der südlichen Völker überhaupt in der Verbesserung der Heiz- und Kocheinrichtungen und die damit verknüpfte Verwüstung des Brennmaterials in Kaminen und alten Kachelöfen zu klagen. Wir wollen hier nur noch einige Beispiele anführen, die wohl freiwillig durch andere in verschiedenen Gegenden ergänzt werden können.

Während in den Städten Rußlands längst die Zentralheizung des Hauses eingeführt ist und man sich in den deutschen und österreichischen und zum Teil auch in den ungarischen Städten*) der ausgezeichneten, mit Steinkohlen zu heizenden schwedischen Sparöfen oder auch der Füllöfen bedient, ist in den Gebirgsländern der viermal so viel Brennmaterial verzehrende Kachelofen nicht zu verdrängen, und die sonst in den Annehmlichkeiten des Lebens bewanderten Franzosen, Spanier und Italiener erleiden während des Winters lieber den bittersten Frost, als daß sie sich, mit wenigen Ausnahmen, zur Anschaffung eines der neuern Heizapparate entschließen können, obwohl in diesen vom Meere umspülten Ländern die Transportkosten der Kohle sehr niedrig sind. Man kommt beim Anblick dieser Kalamität, welche auch die allmähliche Abholzung unserer Alpenländer mit ihren bekannten übeln Folgen verursacht, zu dem Gedanken, daß das größte Übel der Menschen doch die Indolenz ist.

*) In den Gasthöfen der ungarischen Landstädte leidet man freilich noch unter dem Dunst der eisernen Kanonenöfen.

Von der Indolenz der armen arbeitenden Klassen in der Anschaffung und Zahlung ihrer Bedürfnisse, ihrer Abwehr der Barzahlung heischenden Konsumvereine und der Neigung zum Borgen und zum Kauf der unsolidesten, weil billigsten Waren haben wir ebenfalls schon gesprochen. Diese Thatsache, aus welcher folgt, daß die ärmern Klassen caeteris paribus schließlich teurer leben, haben wir bereits nachgewiesen!

Auch in den alten Sitten und Gewohnheiten liegt noch ein gut Teil Schuld an der Armut. Die Aufrechthaltung der Hochzeits-, Tauf- und Leichenschmäuse beraubt oft ein junges Paar oder eine Familie des notwendigsten Betriebskapitals für ihr Geschäft. Es gibt noch Gegenden in Deutschland, wo die Hochzeit eines jungen Bauern acht Tage hindurch gefeiert wird, wobei Hunderte von Schmausenden zugegen sind. Da werden ein Ochse, viele Kälber, Schweine und Schafe und Gänse und Hühner zu hunderten geschlachtet, Bier und Wein fässerweise vertilgt und von Musikanten dazu aufgespielt. Der reiche Bauer kann es vertragen, der verschuldete Bauer aber, den der Stolz kitzelt, legt durch solche Verschwendung den Grund zu seinem Verfall.

Da lobe ich mir eine in einigen Kantonen der Schweiz herrschende Sitte, wo die Bekannten eines armen Paares, zur Hochzeit ins Wirtshaus geladen, selbstverständlich ihre Zeche selbst zahlen und dem jungen Paar noch ein Geldgeschenk mitbringen.

Ein anderer verlorener Posten sind die vielen Feiertage. In den meisten Ländern sind sie nach dem Beispiel Frankreichs abgeschafft und außer dem Sonntag nur die hohen kirchlichen Festtage, wie Weihnachten, Ostern, Pfingsten und etwa noch ein Nationalfeiertag, beibehalten. In Österreich aber bestehen noch so viele kirchliche Feiertage vom Mittelalter her, daß man aus diesem Posten allein erklären kann, wenn das Land gegen weniger fruchtbare deutsche Staaten an Wohlhabenheit zurücksteht. Rechnen wir auch nur 12 Feiertage, welche Österreich mehr als Frankreich begeht, so hat die Bevölkerung Österreichs — wenn wir sechs Millionen Haushaltungsvorstände nur mit einem Verlust an Verdienst von durchschnittlich 1 fl annehmen, zu dem noch 1 fl Mehrausgabe für Festtagsvergnügungen gerechnet werden muß, was gewiß als ein billiger Anschlag anerkannt werden darf — eine Verminderung des Nationalvermögens um jährlich 144 Millionen Gulden. Viele außergewöhnliche Feiertage sind überhaupt der Volkswohlfahrt schädlich, weil sie das gewohnte Geleise verrücken.

Die regelmäßige Sonntagsfeier hat im Vergleich dazu gewissermaßen einen volkswirtschaftlichen Charakter — hatten ja doch auch die alten Germanen einen alle zehn Tage wiederkehrenden Ruhetag festgesetzt —, weil ein periodisches Ausspannen den Geist und Körper wieder elastischer macht, vorausgesetzt, daß die Feier nicht durch Schwelgereien und Ausschweifungen entweiht wird.

Unter die verlorenen Posten könnten wir auch viele Düngerhaufen rechnen, welche fahrlässige Bauern schlecht angelegt haben, so daß die Jauche in den Bach fließt, die Luft verpestet und daß Millionen an Wert im ganzen verloren gehen. Merkwürdigerweise lieben die deutschen Bauern auch, ihre Brunnen dicht neben den Misthaufen zu verlegen. Die Ursache mag in dem Wunsche liegen, das Wasser für das Vieh so nahe als möglich am Stalle zu haben. Da, wo man sich eines laufenden Brunnens erfreut, der aus einer fern und höher gelegenen Quelle gespeist wird, mag diese Unsitte keine übeln Folgen haben. Da aber auch die Aborte dicht an die Miststätte verlegt zu werden pflegen und die Wasserleitungsröhren auch zuweilen schadhaft werden können, so daß Sickerwasser sich mit dem fließenden vermischt, so kann doch der Grund zu ansteckenden Krankheiten gelegt werden. Ganz sicher wird da aber eine Quelle des Ungemachs liegen, wo man sich der Pumpbrunnen bedienen muß.

Ein anderer Posten ist die alte Sitte des Versteckens des baren Geldes in alte Töpfe, Strümpfe und Matratzen. Die Eigentümer verlieren nicht bloß die Zinsen, sondern oft wird ihnen auch das Kapital entwendet, welches auf der Sparkasse sicher und gewinnbringend angelegt gewesen wäre. Dieses Schatzhüten ist bei den Bauern noch vielfach verbreitet, in Indien aber allgemeine Volkssitte, weshalb dasselbe ein so unverstopfbarer Ablagerungsplatz für das Silber des Abendlandes ist.

Ein anderer Nachteil besteht in der Abneigung der Bauern und Handwerker, sich neuer vervollkommneter Werkzeuge, Maschinen und Methoden zu bedienen. In dieser Hinsicht steht namentlich unser Landvolk hinter den Amerikanern sehr zurück.

Die Wissenschaft im Dienste der Gütererzeugung.

Obgleich es seit der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches unter unsern Laien mehr als je Mode geworden ist, von deutscher Wissenschaft zu sprechen, was einem wirklichen deutschen Gelehrten niemals einfallen würde, weil er weiß, daß es höchstens eine deutsche Methode, aber keine exklusive deutsche Wissenschaft gibt, weil diese, wenigstens unter den Völkern abendländischer Kultur, international ist, so ist doch bei keinem der letztern die Wissenschaft bis vor kurzem so wenig ins Leben eingedrungen als bei den Deutschen. Daran sind sowohl die Gelehrten als die Geschäftsleute schuld. Die Gelehrten pflegen in Deutschland mehr als in einem andern Staate die Wissenschaft um ihrer selbst willen, ganz ohne Rücksicht darauf, was für das praktische Leben aus den Ergebnissen ihrer Forschung hervorgeht, ob Gutes oder Schlimmes daraus entstehen mag. Die echten Gelehrten schließen sich mit wenigen Ausnahmen streng vom geschäftlichen Leben ab und überlassen es Spekulanten, die Ergebnisse ihrer Forschungen zu benutzen, nur die Chemie hat frühzeitig eine Ausnahme gemacht und unter dem Vorgang des genialen Liebig riesige Erfolge errungen, während Deutschland bis dahin von den westlichen Nationen weit überflügelt ward. Infolge der Zersplitterung und Verwirrung im deutschen Patentwesen stand bis zum Erlaß des Reichsgesetzes deutschen Erfindern Kapital nicht zu Gebote, so daß viele Kräfte ersten Ranges nach Frankreich, England und Amerika auswanderten, um dort die Industrie durch neue Ideen zu bereichern, deren Produkte dann dem Heimatlande der Urheber gefährliche Konkurrenz machten. Noch mehr als die Gelehrten sind die deutschen Geschäftsleute daran schuld, wenn große neue Ideen erst auf dem Umwege über das Ausland in ihrem Mutterlande Platz greifen,

weil sie unter allen ihren internationalen Kollegen am wenigsten Bücher lesen. Während in Großbritannien der Besitz einer Bibliothek zu den Erfordernissen eines anständigen Haushalts gehört, kauft der deutsche Kaufmann mit wenigen rühmenswerten Ausnahmen nie ein Buch, und dies geschieht in einem Lande, wo leider die meisten Bücher erzeugt werden. Mir sind vielfache Millionäre persönlich bekannt, die Paläste und Landhäuser mit Gobelintapeten, aber keine Bibliothek besitzen. Die einzigen Bücher, welche ich bei einem deutschen Millionär fand, waren bei einem Generalkonsul, der mir in seiner neuen Villa die hohen Regale mit den schönen roten Saffian-Einbänden zeigte und nicht wenig stolz auf den Einfall war, die obern Reihen, zu denen man stehend nicht reichen konnte, und die untersten, zu denen man sich bücken mußte, aus leeren Schachteln bestehen zu lassen, in denen er seine verschiedenen Havanasorten aufhob. Da standen denn unten und oben in langen Reihen die bänderreichen Werke von Buffon, Baile und andern Gelehrten in goldenen Aufschriften und in den mittlern, mit der Hand erreichbaren Fächern diejenigen Werke, nach denen der moderne Mensch zu fragen pflegt. Dieser relative Fortschritt war aber auch bloß dem Umstande zu danken, daß der Kaufmann seine Millionen im Handel mit England verdient hatte und beim Besuch eines englischen Geschäftsfreundes sich hätte schämen müssen, wenn er nach guter deutscher Handelsmannssitte keine Bibliothek gehabt hätte.*) Wir hoffen, daß mit der Wiederkehr der Wohlhabenheit unter dem durch die unaufhörliche Kriegsnot seit dem 30jährigen Kriege verarmten deutschen Volke wieder bessere Sitten Platz greifen werden. In einer Hinsicht ist der Anfang schon gemacht, indem wenigstens die Kunst begonnen hat, sich mit dem Handwerk zu befreunden und ihm Vorbilder des

*) Um gerecht zu sein, muß ich hier doch noch einen andern Fall erwähnen. Auf der Zeil in Frankfurt a. M. sah ich den Schwiegersohn eines deutschen souveränen Fürsten anfangs der 60er Jahre mit seiner Frau eine bekannte Leihbibliothek verlassen, jedes mit einem Buch in der Hand, die zu den gelesensten gehört haben müssen, denn schon beim bloßen Anblick wandelte mich die Lust nach einem Waschbecken an. Ich blieb überrascht stehen, um mir den seltsamen Kontrast einzuprägen, wie das schöne, vornehme, elegant gekleidete Paar in seine vor dem Hause haltende glänzende Equipage stieg, auf der ein Jäger mit wallendem Federbusch saß, und sich nicht einmal die Mühe genommen hatte, die Bücher in reines Papier wickeln zu lassen. Solche Sitten sind unter dem französischen und englischen Adel eine Unmöglichkeit.

Geschmacks zu liefern, mittels deren Hülfe das deutsche Kunstgewerbe sich allmählich wieder zu der Stufe hinaufschwingt, auf dem einst die Väter schon im 15. und 16. Jahrhundert gestanden.

Sollte einst die Zeit anbrechen, wo die deutschen Geschäftsleute sich mehr um die geistige Produktion der Völker kümmern, dann wird eine wohlthätige Rückwirkung nicht ausbleiben, wir werden weniger abstrakten Wortkram mit ganz nutzlosen Betrachtungen und mehr konkrete, substantielle Bücher bekommen, welche der großen Masse des Volkes nützen — nach dem Vorbilde Großbritanniens, welches nur halb so viel Bücher erzeugt, aber einen doppelt so großen Kreis von Käufern hat für seine Litteratur, welche die deutsche in Hinsicht auf Schulbücher und nützliche Werke für die Jugend bedeutend übertrifft.

Wirtschaftspolitik.

Seit der großen Ausdehnung der Eisenbahnen ist die Handelspolitik der Staaten um einen neuen mächtigen Faktor vermehrt worden; denn das Tarifwesen der Eisenbahnen übt heute einen ebenso maßgebenden Einfluß aus wie die Zollpolitik, so daß die letztere nicht bestimmt werden kann, ohne daß man zugleich auch auf die Gestaltung der Eisenbahntarife Rücksicht nimmt. Der Staat übt teils durch seine eigenen Eisenbahnen, sofern er solche besitzt, teils durch die ihm in den Konzessionsurkunden vorbehaltenen Rechte einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Bahntarife aus. Zu diesen beiden Gebieten, auf welchen sich die Thätigkeit der Regierung und Gesetzgebung handelspolitisch geltend macht, kommt auch noch eine Beziehung des Staates zur Industrie, welche, wenn auch nicht in allen Ländern, häufig wichtigen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft hat. In dieser Beziehung sind hervorzuheben die Ausübung von Monopolen durch den Staat, wie z. B. das Tabaks- und Salzmonopol, das Regal der Staatsländereien in Amerika, der Besitzstand der Staaten an Forsten und andern Domänen und Ländereien, an Bergwerken und Hütten und andern Anstalten. Dazu gehört auch die Arbeit in den Strafanstalten und die Überwachung der Lebensmittel-Gewerbe in hygieinischer und gewerbspolizeilicher Beziehung.

Auf allen diesen Gebieten sind in der neuesten Zeit Erfahrungen gemacht worden, welche manchen in seinen gewonnenen Überzeugungen schwankend machen können, wenn er sich verleiten läßt, von den einzelnen Erscheinungen auf das Ganze zu schließen. Es zeigt sich, daß die in der Studirstube durchdachten Prinzipien im Leben doch oft auf Hindernisse stoßen, welche ihre natürliche Wirkung vereiteln. Um

ein ganz gewöhnliches Beispiel zu wählen, möchten wir auf das Verhalten der Bäcker in Wien hinweisen. Seit 50 Jahren waren die Weizenpreise nicht so niedrig wie in den letzten Jahren, und dennoch sind die feinen Semmeln, in deren Herstellung Wien den ersten Rang unter allen Städten einnimmt, nicht größer geworden.

Was zunächst die Zollpolitik betrifft, so pflegen sich darin zwei große Parteien schroff gegenüber zu stehen, welche einander vollständig ausschließen, aber freilich in der Gesetzgebung zu Kompromissen sich bequemen müssen — die Schutzzöllner und die Freihändler. Diese zu Schlagwörtern gewordenen Benennungen sind nicht wörtlich zu nehmen. Denn die Anhänger des Schutzzolles sind längst gewohnt, sich prinzipiell für Freihändler zu erklären und den Schutz nur für eine bestimmte Klasse von Waren oder für bestimmte Zeit zu begehren. Die Fabrikanten sind erklärte Freihändler bezüglich der Rohstoffe und die Landwirte hinsichtlich der Industrie-Erzeugnisse. Die Freihändler aber haben längst auf das Eldorado der Entfernung sämtlicher Schlagbäume verzichtet und begnügen sich mit sogenannten Finanzzöllen, d. h. mit einer solchen Gestaltung des Zolltarifs, bei welcher ein möglichst hoher Betrag in die Staatskasse fließt. Freilich schwebt denselben in dieser Hinsicht das Beispiel Englands vor, welches seinen Tarif bis auf 8 Artikel bezw. Klassen ausgemustert hat: 1. Tabak; 2. Thee, Kaffee, Cichorien und Kakao; 3. Spirituosen und ätherische Öle, Seifen ꝛc.; 4. Wein; 5. Dörrobst; 6. Bier; 7. Silber- und Goldgeschirr; 8. Spielkarten. Diese Artikel haben in dem mit dem 31. März 1885 beendigten Fiskaljahre nicht weniger als 20 668 665 Pfd. St. eingetragen. Wie verlockend das Beispiel Großbritanniens auch sein mag, so können die Staatsmänner anderer Länder nicht ohne weiteres die unbedingte und unmittelbare Nachahmung dieses Vorgehens den Gesetzgebern vorschlagen, denn auch England hat seit 1826 an der Erreichung dieses Zieles gearbeitet und durch ein Zusammentreffen vieler glücklicher Umstände seine großen Industriezweige frühzeitig auf einen so selbständigen Fuß gestellt, daß sie auf dem Weltmarkte dominiren und wenig von der Konkurrenz anderer Länder zu fürchten haben. Die unvermittelte Nachahmung des englischen Tarifs würde in vielen andern Staaten die Folge haben, daß viele Fabriken zugrunde gingen, und da mit einer solchen Katastrophe zugleich eine beträchtliche Summe von Nationalkapital verloren ginge, so sind die Staatsmänner, auch

wenn sie prinzipielle Freihändler sind, dennoch genötigt, den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen. Leider haben sie bei einem solchen Verhalten sehr mit der unersättlichen Habgier der Interessenten zu kämpfen. Letztere gibt es nämlich in beiden Lagern. Auf der einen Seite stehen die Produzenten, welche den Schutz des Staates gegen die schrankenlose ausländische Konkurrenz anrufen, auf der andern Seite stehen die Großhändler, welche stets dort kaufen, wo die Waren am billigsten sind, ohne Rücksicht darauf, ob zeitweise Raubwirtschaft getrieben wird, d. h. ohne Rücksicht auf die Gefahr, daß nach dem Untergang der einheimischen Produzenten von den auswärtigen wieder ein höherer Preis diktirt wird. Das krasseste Beispiel der Ausbeutung des Staates durch die Interessenten liefern die Vereinigten Staaten von Amerika. Dort wurde, um der Bundesregierung die Mittel zur Unterdrückung des Aufstandes der Südstaaten zu gewähren, im Jahre 1863 der Tarif radikal umgeändert, die Eingangszölle auf die Höhe von Prohibitivabgaben geschraubt, welche nur dadurch finanziell wirksam wurden, daß die Werkstätten während des Krieges still standen und die Bevölkerung wohl oder übel genötigt war, ihre Bedürfnisse aus dem Auslande zu beziehen. Als aber nach Beendigung des Bürgerkrieges die wehrhaften Männer wieder in die Werkstätten zurückgekehrt waren und trotzdem die Prohibitivzölle unter dem Einfluß der Fabrikanten noch ferner weitere 20 Jahre aufrecht erhalten wurden, da entstand eine Menge neuer Industriezweige und Anstalten, die sich den hohen Schutz zunutze machten. Es machte sich eine für die gewerbliche Entwicklung der Vereinigten Staaten sehr nachteilige Wandlung geltend. Das amerikanische Volk war auf gutem Wege, ein wichtiger Faktor in internationaler industrieller Produktion zu werden. Der durch ein zweckmäßiges Patentgesetz angespornte Erfindungsgeist hatte sich durch eine Menge zweckmäßiger Verbesserungen der Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, namentlich für die kleinen Betriebe, geltend gemacht. In der Landwirtschaft wurde eine Menge von zweckmäßigen Geräten, Werkzeugen und Maschinen, die nur mit Hand oder animalischer Triebkraft zu benutzen waren, erfunden: die Konstruktion des Pfluges, der Axt, des Spatens, sogar die Heugabel wurde wesentlich verbessert, die Gras- und Getreidemähmaschine mit Ablege- und Bindevorrichtung wurde erfunden und in hunderttausend Exemplaren über Amerika, Europa, ja, über die ganze Erde verbreitet. Werkzeugmaschinen für den

Handbetrieb wurden für die Blechschmiede, Schuhmacher, Schneider, Sattler, Uhrmacher erfunden. Die Näh- und Strickmaschine macht die Runde um die Erde; europäische Konkurrenz kann dagegen nicht aufkommen, weil die amerikanischen Fabriken ihre Erzeugnisse mittels exakt arbeitender Werkzeugmaschinen anfertigen, deren einzelne Teile so genau identisch sind, daß jedes Stück für jede Maschine unter tausenden paßt und daher überall sofort bei einer Havarie gegen ein neues umgetauscht werden kann, ohne daß man kostspielige und zeitraubende Reparaturen nötig hat.

Diese ganze vielverheißende Entwicklung, in welcher die hervorragenden Industriellen auf bestem Wege waren, unsere Lehrmeister zu werden, ist durch das Hochschutzzollsystem unterbunden und zerstört worden. Durch den übermäßigen Zollschutz, den nur wenige europäische Gewerbserzeugnisse überspringen konnten, wurde für den innern Bedarf eine Treibhaus-Industrie groß gezogen. Es kam eine Menge ungeschickterer Unternehmer und Arbeiter in die Industrie, die Repräsentanten der alten Häuser wurden bequemer und verloren ihre alte Rührigkeit. Es entstanden hunderte neuer Hochöfen und Hütten, Spinnereien, Webereien und andere Fabriken. Man brachte es dahin, den ungeheuren Bedarf der amerikanischen Eisenbahnen, welcher dem Europas fast gleichkommt, aus eigener Produktion zu decken; allein die amerikanischen Stahlschienen sind nach dem Urteil amerikanischer Ingenieure die schlechtesten der Welt, und öfters ist es englischen und deutschen Schienenwalzwerken gelungen, trotz des hohen Zolles Stahlschienen zu importiren. Die Preise der Hülfsstoffe und anderer Produktionsmittel der Industrie sowie die Arbeitslöhne stiegen; die Gewerbserzeugnisse wurden schlechter und teurer und konnten im Auslande mit den europäischen nicht mehr konkurriren. So haben es die Vereinigten Staaten innerhalb 23 Jahren dahin gebracht, daß ihr Export von eigenen Industrie-Erzeugnissen unter einer Gesamtausfuhr, die 1885 751 Millionen Dollars betragen hat, auf 79 Millionen Dollars gesunken ist, unter welchen aber 17 Millionen Dollars Zucker und manche Rohstoffe begriffen sind, welche mit daraus fabrizirten Artikeln zusammengeworfen sind. Durch den Ausschluß der europäischen Manufaktur-Erzeugnisse ist auch die amerikanische Handelsmarine, welche einst bei der den Amerikanern zu dankenden Einführung der Klipperschiffe und der Dampferlinien einen hohen Aufschwung genommen, jenem

Niedergang verfallen, von dem wir bereits an früherer Stelle gesprochen haben. Wenn trotz dieses handgreiflichen Niedergangs die Vereinigten Staaten zu den am besten prosperirenden Ländern gehören, so ist dies lediglich einem Zusammentreffen günstiger anderer Faktoren zu verdanken:

1. dem jungfräulichen und wohlfeilen Boden, der 2. eine ungeheure Menge von Rohstoffen verschiedener Art hervorbringt, unter denen manche, wie Baumwolle, Tabak, Petroleum, dem Lande fast eine Art Monopol gewähren; 3. den vortrefflichen Transportanstalten zu Wasser und zu Lande; 4. der geographischen und internationalen Immunität, welche die Auslagen für ein großes stehendes Heer erspart; 5. der starken Einwanderung, welche jährlich Hunderttausende von fleißigen Händen mit vielen Millionen Kapital ins Land bringt; 6. den reichen Gold-, Silber-, Eisen-, Kupfer- und Kohlen-Gruben; 7. der Anlage europäischen Kapitals.

Ein mit solchen Vorzügen ausgerüstetes Land ist überhaupt durch die elendeste Mißwirtschaft nicht umzubringen. Sonst könnte es dem Kongreß, dieser Versammlung aller Sorten von Interessenten, wohl gelingen, dieses blühende Reich allmählich zugrunde zu richten.

Der Niedergang der Industrie und der Handelsflotte sind bereits eine Thatsache, bald wird unter dem Einfluß der Silberbergwerksbesitzer bei der Fortdauer der Silberprägungen die Goldausfuhr größere Dimensionen annehmen und das Goldagio erscheinen, — nachdem vor der Wiederherstellung der Valuta (1879) die Umlaufsmittel 12 Jahre lang das Ausbeutungsobjekt der New-Yorker Gold-Clique gewesen waren. Wann wird dem amerikanischen Volk endlich der Geduldsfaden reißen? Seit einigen Jahren sind zwar zwei Ermäßigungen des Zolltarifs vom Kongreß angenommen worden, allein dies geschah aus dem Grunde, um einen zu schroffen Übergang zu vermeiden, wann einmal die Bundesschuld zurückgezahlt sein wird.

Hätten die Vereinigten Staaten nicht das Glück, europäische Kapitalinvestitionen in ausgedehntem Maße auf sich zu lenken, die teils in Eisenbahnprioritäten, teils auch in großen Ländereien angelegt werden — namentlich englische Lords haben große Landstriche gekauft, so daß sogar ein Gesetzentwurf vorbereitet wird, welcher solchen Latifundien-Käufen Fremder ein Ziel setzen soll —, so würde seine enorme Produktenausfuhr gar nicht mehr beglichen werden können.

Auch Rußland krankt an seinem Hochschutzzollsystem, zumal es um dieselbe Zeit, wo die Vereinigten Staaten zwei kleine Ermäßigungen eintreten ließen, zwei Erhöhungen des Zolltarifs vornahm. Die Bestimmung, daß die Zölle in Gold zu zahlen, war gleich einer Erhöhung des Goldagios um 37 Prozent.

Diesem abschreckenden Beispiel der Nachteile eines übertriebenen Schutzzolles für die Industrie steht auf der andern Seite das Exempel der Schweiz und Großbritanniens gegenüber, welche ihre Mautordnung nur auf das Finanzsystem gebaut haben. Indessen folgen beide in dieser Beziehung verschiedenen Methoden. England hat, radikal vorgehend, nur wenige sehr hoch besteuerte Artikel beibehalten, während die Schweiz, auf historischem Boden sich bewegend, sehr viele Gegenstände niedrig belegt. Beide haben ihr ganzes Augenmerk darauf gerichtet, durch technische Verbesserung und Vereinfachung der Methoden Produktionskosten zu sparen, die Transportspesen zu vermindern und sich dadurch sowohl wie durch aufmerksames Studium der Bedürfnisse und des Geschmackes der Bewohner der verschiedenen Länder der Erde den Kundenkreis zu erweitern. In dieser Hinsicht sind die Kaufleute und Fabrikanten Österreich-Ungarns viel zu bequem. Sie erwarten in der Regel, daß die Kunden, namentlich aus dem Orient, zu ihnen kommen und werden dadurch von Schweizern, Engländern, Franzosen und Belgiern von den Orientmärkten allmählich verdrängt. Im Deutschen Reich ist neuerdings ein trefflicher Gedanke ins Leben geführt worden — schwimmende Musterlager. Die Deutsche Exportbank und der Berliner Zentralverein für Förderung deutscher Handelsinteressen im Auslande haben in Hamburg ein Schiff gechartert, welches, mit einer Muster-Ausstellung deutscher Fabrikate ausgerüstet, auf die Reise geschickt wurde. Dasselbe war im März 1886 in Lissabon angelangt und hatte dort großes Aufsehen erregt. Wenn allmählich auf diese Weise alle Häfen des Weltmeeres besucht werden, kann die Wirkung auf die Erweiterung der Kundschaft der Industriellen und Kaufleute des Deutschen Reiches nicht ausbleiben. Wahrscheinlich werden auch die andern seefahrenden Nationen nicht säumen, dieses Beispiel nachzuahmen.

Wie sehr der Hochschutzzoll sowohl dem internationalen Verkehr wie dem Handel des eignen Landes verderblich sein mag, so können doch Fälle eintreten, wo ein Land sich genötigt sieht, Ausnahme-

maßregeln zu ergreifen, um sich vor großen Gefahren zu schützen. So können sogar völlige Einfuhrverbote wegen Viehseuchen und Epidemieen in Nachbarländern notwendig werden oder Ausfuhr- und Durchfuhrverbote wegen Kriegsgefahr. Auch kann sich der Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit aufdrängen, gegen Staaten, in welchen zeitweise eine rücksichtslose Prohibitivrichtung zur Herrschaft gelangt, Repressalien zu ergreifen und vorübergehend sogenannte Kampfzölle anzuwenden oder gegen zeitweisen Raubbau sich zu schützen, wenn mit Recht besorgt werden kann, daß durch eine vorübergehende Konjunktur oder durch auswärtige Spekulation wichtige Produktionszweige derart ins Gedränge kommen, daß sie liquidiren müssen und daß dadurch Hunderttausende von Arbeitern ihre Beschäftigung verlieren und ein großer Teil des Nationalkapitals zerstört wird.*) Die Engländer haben z. B. die Maxime, gewisse Stapelartikel im Inlande teurer und im Auslande fast zu den Selbstkosten zu verkaufen. Durch den Absatz im Inlande sind ihre Kosten und ein kleiner Gewinn gedeckt; sie können sich daher im Auslande lange Zeit mit sehr geringem Nutzen begnügen, und haben sie zuletzt ihre Konkurrenten erdrückt, dann können sie die Preise wieder erhöhen und das Entgangene einbringen. So wurden z. B. Steinkohlen jahrzehntelang in Großbritannien zu 30 Shilling per Tonne verkauft, an die Häfen der Ostsee aber zu 18 Shilling geliefert.

Infolge der hindernislosen Ausdehnung des Weizenbaues in den nordwestlichen baumlosen Prairieen Nordamerikas hatte von 1878 an der Getreidebau einen enormen Überschuß auf den Weltmarkt gebracht, welcher, als gleichzeitig gute Ernten in Europa zusammentrafen, den Preis so drückten, daß viele Landwirte nicht mehr auf ihre Kosten kamen. Soll man in solchen Fällen dem Auslande die Möglichkeit lassen, den inländischen Produzenten, der überdies höhere Inlandsteuern und die Blutsteuer der allgemeinen Wehrpflicht zu tragen hat, zu ruiniren, nur damit die Bäcker mehr Ersparnisse zurücklegen? — denn dem großen Publikum kommen solche Preisrückgänge selten fühlbar zu gute, wie wir an dem Beispiel der Wiener Semmeln gesehen haben! Wir können in solchen Fällen die Anordnung eines mäßigen Eingangszolles wohl für gerechtfertigt halten und uns hierin dem Tadelsvotum unserer sonstigen Gesinnungsgenossen nicht anschließen. Es mag mit einer solchen Maßregel dem ausländischen Produzenten eine Warnung erteilt werden, die ihn vor Raubbau zurückschreckt, und die Produktion mag in mäßigen Schranken gehalten werden. Bei solchem Vorgehen muß aber ein weises Maß eingehalten werden, weil es ohne das zu einem zweischneidigen Schwert ausartet, zumal die Produzenten und Geschäftsleute unersättlich in ihren Forderungen sind und das allgemeine Wohl für ihren Sondervorteil auszubeuten trachten.

*) Wie hoch ein solcher Verlust unter Umständen ins Gewicht fällt, mag aus der Thatsache ermessen, daß das Kapital der zum Verein der deutschen Eisen- und Stahl-Industriellen gehörigen 331 Firmen allein auf 1150 Millionen Mark geschätzt wird.

Gerade hinsichtlich der Landwirtschaft muß die Klippe vermieden werden, daß die getroffenen Maßregeln eine Steigerung des Preises der Grundstücke herbeiführen, denn der hohe Preis derselben im westlichen Europa ist gerade einer der Gründe der höhern Produktion im Vergleich zu Amerika und Indien.

Wirtschaftszölle können also angewendet werden, um Störungen des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion entgegenzuwirken und einen gleichmäßigen, nicht sprungweisen Gang der Wirtschaft zu begünstigen. Nur müssen die Staatsmänner und Gesetzgeber bei solchen Handhabungen der Wirtschaftspolitik nach festen Grundsätzen und allgemeinen Gesichtspunkten, nicht nach den persönlichen Klagen und Bitten der Interessenten handeln. Denn begehrlich ist die Klasse der Produzenten, und was dem einen recht, ist dem andern billig.

Auch die Handhabung der Eisenbahntarife ist heute ein mächtiges Mittel zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik geworden. Durch dieselbe kann oft ein ebenso starker Effekt erzielt werden wie durch Zölle.

Für die Eisenbahntarife gilt dasselbe, daß sie nicht zu hoch und daß sie stetig sein sollten. Bei denselben sind noch mehr als bei den Zöllen die häufigen Schwankungen zu tadeln, welche bei dem gegenwärtigen System beinahe zur Regel geworden sind. Das französische Sprichwort: „Il n'y a que le provisoire qui dure“ findet auf die Handhabung der Eisenbahntarife seine volle Anwendung; denn die Änderungen sind beinahe für permanent erklärt. Der Handel leidet aber darunter sehr, weil die Kaufleute nicht imstande sind, ihre auf Zeit gemachten Geschäfte genau im voraus zu berechnen. Ein heikler Gegenstand ist die Frage der Differentialtarife. Manche Handelszweige können ohne solche Begünstigungen nicht aufrecht erhalten werden, dagegen sind die örtlichen Provinzialinteressen häufig in Gefahr, dadurch

beeinträchtigt zu werden. So bestand z. B. in Österreich-Ungarn die Anomalie, daß die Fracht von Hamburg nach Pest billiger war als von Prag nach Pest. Solche Ungerechtigkeiten sollten vermieden werden. Dagegen wird man allerdings, um den internationalen Verkehr zu stärken, ein gewisses Maß von Differentialbegünstigungen nicht entbehren können.

Unter Umständen werden — nach Analogie der „Kampfzölle“ — auch Kampftarife in Anwendung zu bringen sein, um einen hartnäckigen Nachbar zur Einsicht zu bringen.

Eine schwierige Aufgabe hat die Gesetzgebung und der Staat in Ansehung der Gewerbe zu erfüllen, welche sich mit der Produktion und dem Verkauf von Lebensmitteln befassen. In Sachen des Geschmackes gibt es so wenig Sachverständige — die große Menge der Bevölkerung versteht so wenig, die Beschaffenheit mancher Lebensmittel zu beurteilen —, die Indolenz der Konsumenten ist schon wegen ihrer Zahl so groß, daß sie nur selten zu gemeinsamer Abwehr gegen Angriffe auf ihre Börse oder ihre Gesundheit sich aufzuraffen vermögen; zugleich ist die Habsucht vieler Produzenten so gierig, und der Unfug gesundheitschädlicher Lebensmittelfälschungen so häufig, — daß in dieser Hinsicht unbedingt der Staat mit seiner Autorität der Bevölkerung zu Hülfe kommen muß! Denn nicht überall steht der Geschmack auf jener Höhe, welche z. B. das bairische Volk in Bierangelegenheiten einnimmt, indem es Surrogate sofort herausfindet und deren Gebrauch zurückweist.

In Berlin dagegen glauben viele Brauereien dem Geschmack des Publikums alles zumuten zu können. Wenigstens enthielten sämtliche untergärige Biere, die ich dort gekostet, gesundheitschädliche, übelschmeckende Hopfensurrogate. In Baiern würden solche Biere gar nicht getrunken werden. Außer den abscheulichen Hopfensurrogaten werden gegenwärtig von der Bierbrauerei auch viele Malzsurrogate, wie Weizen, Kartoffeln, Mais, Reis, verwendet, welche nur den Geschmack verschlechtern, aber der Gesundheit nicht schädlich sind.

Bei dem Wein ist noch ein größerer Unfug eingerissen. Originalgewächse, welche einen bestimmten Jahrgang und eine bestimmte Lage repräsentiren, sind nur noch beim Produzenten zu haben. Bei den Weinhändlern gilt es als Regel, daß Weine aus verschiedenen Lagen, Gegenden, Ländern, Jahrgängen untereinander gemischt oder „verschnitten“ werden. Nur bei seinen Kabinettsweinen kann man darauf rechnen, Wein aus der angegebenen Lage und dem bestimmten Jahrgang zu erhalten. Gegen jenen Brauch läßt sich nicht ankämpfen, weil das große Bedürfnis von leichten Tischweinen solche Mischungen notwendig macht. Bedenklich erscheint schon eher die Manipulation der Weinhändler mit Zucker und Weingeist und der Schankwirte mit Wasser. Hier wird aber der Gesetzgeber doch noch die Wahl dem zu bildenden Geschmack der Konsumenten überlassen müssen. Gegen die Verwendung von gesundheitschädlichen Substanzen sowohl bei der Bierbrauerei wie bei dem Weinhandel sollte die Gesetzgebung durch strenge Strafen und die Obrigkeit mit Umsicht einschreiten. In Beziehung auf das Branntweingewerbe kann dem Staate wegen der schädlichen Folgen des Fuselgenusses für die arbeitenden Klassen wohl das Recht zuerkannt werden, gesundheitspolizeiliche Vorschriften walten zu lassen, z. B. zu verbieten, daß überhaupt unentfuselter Branntwein oder Alkohol in den Handel kommt.

Außer diesen berauschenden Getränken gibt es noch eine Menge von Lebensmitteln allgemeinsten Gebrauchs, welche nur zu häufig gefälscht werden und gesundheitsgefährdende Wirkung auf die Bevölkerung, insbesondere auf die Kinder ausübt. Die Verfälschung der Milch in den Städten ist, trotz strenger polizeilicher Aufsicht, eine ständige Klage, und viele Kinder fallen ihr zum Opfer. Sollte sich die Gesellschaft nicht gegen solche Angriffe der Habsucht einzelner Klassen schützen können? Nicht minder wird über die Verfälschung der Butter, des Honigs, des Thees, des Kaffees geklagt. In London war die Fälschung so allgemein, daß eine Anekdote von einem quäkerischen Spezereihändler im Umlauf ist, der seinem Lehrjungen morgens aus dem Magazin in den Laden hinabruft: „Hast du die Cichorien in den Kaffee gethan, den Gips unter das Mehl und den Kartoffelbrei unter das Schmalz?“ „Ja, Herr!“ „Dann komme zum Gebet.“ Wir knüpfen daran an, um auf einen andern Mißbrauch aufmerksam zu machen, dessen Beseitigung viel mehr geeignet wäre, sowohl die Produzenten als die Konsumenten der Landwirtschaft zu befriedigen. Wir meinen die Mißbräuche des Zwischenhandels, mit welchen sich der Gesetzgeber nur zu beschäftigen pflegt, wenn der Schrei des Brotneides sich bei ihm geltend macht. Es ist eine alte Klage im Volk, daß die Bäcker und Fleischhauer ungeheuer schnell den Preisen im großen nachfolgen, wenn sie

steigen, und sehr langsam, wenn sie sinken. Diese Wahrnehmung hatte im Mittelalter die Obrigkeit veranlaßt, die Preise des Brotes und des Fleisches periodisch festzusetzen. Diese polizeilichen Brot- und Fleischtaxen sind infolge der neuern Reform der Gewerbegesetzgebung, welche die Zünfte aufgehoben und Freiheit der Gewerbe eingeführt, ebenfalls abgeschafft worden. Man hatte sich dabei der Hoffnung hingegeben, daß die betreffenden Gewerbetreibenden durch die gegenseitige Konkurrenz gezwungen sein würden, rascher als bis dahin den Preisen der Rohstoffe sich anzupassen. Diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Denn die Bäcker und Fleischhauer können sich bei ihrer geringen Zahl leicht verabreden, während eine Koalition der Konsumenten ausgeschlossen ist. In Wien, wo das beste Brot der Welt gebacken wird, wo aber auch die größten Mißbräuche sich eingeschlichen zu haben scheinen, sind neuerdings sehr merkwürdige Thatsachen ans Licht gekommen. Die öffentliche Meinung hatte im Winter 1884/85 darüber Klage geführt, daß der mehr als 30prozentige Preisabschlag des Weizens lange Zeit an dem Gewicht der Zweikreuzer-Semmeln nicht wahrzunehmen war. Bei dieser Gelegenheit wurden in der ganzen Stadt Gewichtsproben angestellt und es wurde nicht bloß diese Wahrnehmung bestätigt, sondern die noch viel merkwürdigere Thatsache ans Licht gebracht, daß das Gewicht des feinsten Gebäckes, der „Kaisersemmel", innerhalb der Verzehrungssteuerlinien auch zwischen den verschiedenen Bäckern differirte, und zwar zwischen 40 und 75 Gramm, während das Gewicht der geringern Sorte, der „Mundsemmel", zwischen 60 und 90 Gramm schwankte. Nun ist in einer über den Gegenstand erschienenen Fachschrift*) auf Grund amtlicher Probebackungen und Gutachten von Sachverständigen nachgewiesen, daß die Bäcker auf 100 Kilo Weizenmehl bei einem Gewicht der Kaisersemmel von 75 Gramm ein Verdienst von 5 Gulden 50 Kreuzer, bei einem Gewicht von 45 Gramm aber einen Gewinn von 29 Gulden 50 Kreuzer haben. Bei Mundsemmeln habe der Bäcker mit 90 Gramm Gewicht einen Verdienst von 2 Gulden 50 Kreuzer, während der 60 Gramm-Bäcker das siebenfache verdient. Thatsächlich werde der Gewinn des 45 Gramm-Bäckers durch den Umstand reduzirt, daß er dem Zwischenhändler

*) „Licht über die Brotfrage" von Dr. J. Maiern, Buchdruckerei Steyermühl, Wien 1885.

einen weit größern Rabatt gebe, als der in der Kostenrechnung angenommene von 10 Prozent. Manche Bäcker, die ihre Ware in Kaffeehäuser abgeben, sollen ihren Rabatt bis auf 30 Prozent erhöhen. Solcher Mißbräuche sich zu erwehren, fällt den Konsumenten äußerst schwer, weil sie sich wegen ihrer großen Zahl, wie schon bemerkt, nicht verabreden können und weil Maßregeln der Abwehr zu viele Vorbereitungen erfordern und überhaupt so unbequem sind, daß man lieber das kleine, aber täglich wiederkehrende Übel trägt. Gleichwohl sind solche haarsträubende Ausbeutungen auf die Dauer nicht zu ertragen, zumal ein Teil der Bäcker sich mit einem ehrlichen Gewinn begnügt. Allein gerade in der Auffindung der Mittel zur Abhülfe zeigt sich die Unbehülflichkeit des Publikums. Denn von mancher Seite ertönt schon wieder der Ruf nach Wiedereinführung der polizeilichen Taxen. Ein solches Armutszeugnis werden wir übrigens der neuern Volkswirtschaft nicht ausstellen.

Das erste Mittel, welches in unserer Zeit gegen die Ausbeutung durch Zwischenhändler dieser Richtung angewendet worden ist, sind die Konsumvereine. Viele derselben haben sich auch auf die Bäckerei geworfen, allein auf das Backen des Hausbrotes sich beschränkt. Angesichts jener Mißbräuche gehen aber bereits manche Konsumvereine mit dem Plane um, auch auf das feinere Gebäck sich zu verlegen.

Außerdem könnte dem Übelstande noch entgegengewirkt werden durch Hausbäckerei, deren Wiederaufnahme durch eine neue zweckmäßige Erfindung, welche vom Gebrauch des gewöhnlichen Backofens absieht, erleichtert wird. In großen Städten könnte auch durch Errichtung von Fabriken eine wirksamere Konkurrenz bereitet werden. Alle diese Mittel sind aber doch mehr oder weniger von dem Zusammentreffen günstiger Umstände, insbesondere von der Verfügbarkeit über die geeigneten Persönlichkeiten abhängig. Der obige Verfasser hat daher eine allgemeine Maßregel vorgeschlagen, welche Beachtung verdient, weil sie der Gewerbefreiheit in keiner Weise nahetreten würde. Derselbe schlägt nämlich vor, die Reellität der Gebarung der Bäcker unter die öffentliche Kontrolle zu stellen, und zwar in folgender Weise:

„Die Obrigkeit erläßt eine Verordnung, wonach jeder Bäcker in seinem Laden die Minimalgewichte aller Gebäckarten, die er backt, auch der sogenannten Luxusgebäcke, auf einer dem verkehrenden Publikum zugänglichen Tafel in vorgeschriebenem Schema bekanntzugeben hat.

Gleichzeitig wird verordnet, daß jede Gebäckart bei gleichem Preis nur in einem Gewicht ausgebacken werden darf. Die Durchführung ist polizeilich konsequent zu kontrolliren. Das Marktkommissariat läßt die Notirungen sämtlicher Bäcker einmal in der Woche erheben und in einer Tabelle zusammenstellen. In dieser Tabelle wird obenan zur Richtschnur für beide Parteien das Normalgewicht aller Gebäcksorten notirt, welches nach einem festzustellenden exakten Modus aus den jeweiligen Materialpreisen berechnet wird. Diese Tabelle kommt dann einmal in jeder Woche zur Veröffentlichung durch die Tagesblätter. Die Konsumenten haben nun eine sehr leichte Aufgabe, nämlich hin und wieder die Gebäcke zu wiegen, um sich zu überzeugen, ob das Gewicht derselben etwa unter der Notirung ihrer Bäcker liegt, und in jedem solchen Falle zu reklamiren und eventuell Anzeige zu machen; dann haben sie konsequent einmal wöchentlich sich die Backtabelle auf die Backgewichte der benachbarten Bäcker anzusehen und ebenso konsequent ihr Gebäck, soweit es sich ohne unverhältnismäßige Beschwerde ausführen läßt, von demjenigen Bäcker zu nehmen, welcher bei gleicher Qualität das größere Gewicht liefert. Wenn die Konsumenten in dieser Art ihr Interesse allgemein wahrnehmen, so müssen alle Bäcker in die Gewichtskonkurrenz eintreten. Wer es nicht wollte, der würde bald ohne Kundschaft dastehen. Die Konsumenten haben demnach die Lösung der Brotfrage in ihrem Sinne ganz in der Hand, wenn ihnen der obenbezeichnete Weg eröffnet wird. Die Normalgewichte sollen nur den Zweck haben, beiden Parteien gegenwärtig zu halten, was einerseits billigerweise geliefert werden muß und was andererseits mit Recht verlangt werden kann. Es ist offenbar sehr geringfügig, was von den Konsumenten verlangt wird, und das unmittelbare Interesse jedes einzelnen gebietet schon, so zu handeln; aber eine möglichst große Allgemeinheit solcher Handlungsart ist notwendig, um die bestehenden Zustände, welche allen Konsumenten zur Beschämung dienen sollten, zu beseitigen."

Durch diese Publizität würden die Konsumenten in die Lage versetzt, sich die solidesten Bäcker auszuwählen, und die unsoliden würden bald durch den eignen Schaden gebessert werden.

Was das Fleisch betrifft, so ist ebenfalls die Klage permanent, daß die Fleischhauer sich nur zu ihrem Vorteil nach den Viehpreisen richten und die Preise höher halten, als billig. Der Beweis für die

Richtigkeit dieser Klage wird dadurch geliefert, daß eine Gesellschaft, der Österreichische Approvisionirungsverein, besteht, welcher sowohl frisches wie geräuchertes Fleisch und Wild um wenigstens 20 Prozent billiger und in der gleichen Qualität wie die Fleischhauer und Wildhändler verkauft. Das Publikum macht aber von dieser Konkurrenz nicht ausreichenden Gebrauch, und zwar aus verschiedenen Gründen:

1. die Filialen auf den verschiedenen Märkten der Stadt halten sich nicht streng an die Bedingungen der Zentralhalle; die letztere ist aber für die meisten Kunden zu entlegen, als daß sie sich derselben bedienen könnten; 2. es ist den Konkurrenten glücklich gelungen, dem Ruf der Gesellschaft den Makel anzuhängen, als ob sie eine Ware von geringerer Qualität führe, was durchaus unwahr ist; 3. die Fleischhauer wissen sich bei den Köchinnen durch Trinkgelder zu insinuiren, welche bei den Gesellschaften ausgeschlossen sind. Auch in dieser Hinsicht wird nichts als durch größere Öffentlichkeit der Preise zu erzielen sein. Die Konsumenten sind gegenüber den Produzenten stets im Nachteil, weil sie sich wegen ihrer großen Zahl nicht verabreden können, während dies den Produzenten leicht gelingt. Die Pflicht des Staates ist es daher, das Publikum vor unberechtigter Ausbeutung zu schützen, wo es in der Natur des betreffenden Zweiges liegt, daß die natürliche Wirkung der freien Konkurrenz durch solche Verabredungen aufgehoben wird.

Allerdings hätte das Publikum durch die Errichtung von Genossenschaften ein Mittel in der Hand, sich vor Ausbeutung zu schützen, und in England haben es viele Konsumvereine so gemacht, allein im allgemeinen ist die Indolenz zu groß, als daß eine solche Unternehmung als allgemeines Hülfsmittel in Anwendung kommen könnte. Zur patriarchalischen Weise des Brotbackens in jedem Hause aber kann man in unserer Zeit der Teilung der Arbeit nicht zurückkehren.

Der Grundsatz des „Laissez faire, laissez passer!" war ganz zweckmäßig in der Zeit, wo er zuerst aufgestellt wurde, d. h. gegenüber jenem unerhörten Bevormundungssystem in Frankreich, wo die Regierung und die Polizei sich sogar in innere Vorgänge der Werkstätten einmischte und vor lauter Einmischungen nicht mehr die Zeit fand, die für sie wichtigern Funktionen zu erfüllen. Allein in manchen Stücken kann der Staat durch seine Fürsorge und Initiative doch viel Gutes stiften und das Volk um Generationen früher von alten Erbübeln befreien. Ein Beispiel mag genügen!

In nichts sind die Menschen konservativer, mehr im alten Schlendrian befangen, am wenigsten zum vernünftigen Fortschritt aufzurütteln, als in den Hausgewohnheiten. Obenan stehen hierin die Küchen- und Heizvorrichtungen. Trotz der ausgezeichneten Sparherde und Sparöfen, welche gegenwärtig zu Spottpreisen auf allen Ausstellungen zu sehen sind, begnügt sich die Bevölkerung ganzer Provinzen und Länder noch mit Einrichtungen, welche vor Jahrtausenden erfunden wurden und weder für die heutigen Verhältnisse noch für die Bedürfnisse der Menschen mehr passen. So bestehen heute noch durchweg in den Alpenländern und in vielen andern ländlichen Gegenden des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns die alten Kachelöfen, welche zu ihrer Erwärmung täglich fast ein halbes Klafter Holz brauchen und, um ein Zimmer zu wärmen, wenigstens 12 Stunden vorher angezündet werden müssen. Eine unglaubliche Masse von Holz wird jährlich in diesen Ungeheuern ohne entsprechenden Erfolg verwüstet. In andern Gegenden, welche in Nähe von Steinkohlengruben liegen, hat man zwar einen Schritt vorwärts gethan, um sich dieses billigern Brennmaterials zu bedienen, allein man begnügt sich mit den alten eisernen Kanonenöfen, welche leicht glühend werden, eine Menge Kohlen verwüsten, einen abscheulichen Dunst von sich geben und der Gesundheit sehr schädlich sind, während heute die mit billigern trefflichen Einrichtungen versehenen Meidingerschen Füllöfen und die Reguliröfen, die einen ganzen oder mehrere Tage mit einer Füllung und mit Koaks sogar kontinuirlich brennen, um Spottpreise zu haben sind und dazu durch ihre feuerfeste Chamotteeinlage das Zimmer von jedem Geruch bewahren. In Südfrankreich, Italien, Spanien ist die Bevölkerung noch nicht einmal über die alten Holzkamine hinaus und wird im Winter bei sehr starken Auslagen für Brennmaterial vom Schüttelfrost gequält. Man verbrennt auf der einen Seite, während man auf der andern Seite erfriert. Und die genannten Länder könnten sich durch ihre Lage am Meere so leicht und billig die englische Kohle verschaffen, wenn sie nur die geeigneten Küchen- und Heizvorrichtungen einführen würden. Auf dem Lande gar begnügt sich der Bauer in den südeuropäischen Ländern mit seinen alten holzverwüstenden Herden sowohl zum Kochen als zum Wärmen und übt sich dermaßen in der Ertragung des Frostes, daß er in dieser Beziehung den mit guten Heizvorrichtungen versehenen Nordländern überlegen ist, während diese

wieder die Hitze besser vertragen, gegen welche die Südländer durch geeigneten Bau ihrer Häuser angemessen geschützt und daher verweichlicht sind. Dieser traditionelle Zustand der Trägheit, durch den jährlich Millionen in Brennmaterial zwecklos vergeudet werden, wird noch Jahrhunderte fortdauern, bis das Steigen der Preise des Brennstoffes allmählich die Menschen der Verbesserung zuführt, wenn nicht vorher ein Eingriff der Baupolizei eine Änderung der Sachlage herbeiführt. Da die obrigkeitliche Aufsicht ohnehin schon aus feuerpolizeilicher Rücksicht auf die Bauten sich erstreckt, da bei Neubauten in den Städten die vorgeschriebene Straßenbreite sowie die Vorschriften bezüglich der Anlage der Kamine und der Kanalisation beachtet werden müssen, so könnte der Staat durch den Erlaß eines neuen Gesetzes seine Aufsicht recht gut so weit erstrecken, daß die Leute gezwungen werden, bei Neubauten in der Stadt wie auf dem Lande Sparherde und Sparöfen einzuführen. Die Anhänger des „Laissez faire, laissez passer“ mögen einen solchen Gedanken als einen Eingriff in die persönliche Freiheit verdammen, allein zu gewissen Wohlthaten, wie z. B. der Impfzwang und der Schulzwang, werden die Menschen zu ihrem eigenen Besten genötigt. Wir hielten es sogar für ganz nützlich, wenn auch die staatliche Zwangsfeuerversicherung eingeführt würde und wenn die Arbeiter zur Kranken-, Alters- und Lebensversicherung angehalten würden. Eine solche Bau-Ordnung in den Alpenländern Italien und Spanien in Verbindung mit einem streng gehandhabten Forstgesetz wäre auch imstande, der gänzlichen Entholzung ein Ziel zu setzen und diese Länder vor dem Verderben zu bewahren, welches durch den Wechsel zwischen Überschwemmung und Austrocknung herbeigeführt wird.

Glück und Geschick.

Der anmutende Gruß des Bergmanns „Glück auf!“ faßt den Begriff des Glückes in dem Sinne auf, wie wir ihn hier zu erörtern haben, nicht in dem des bedürfnisarmen Schäfers und Naturmenschen oder des über die Leidenschaften der Welt erhabenen Philosophen, sondern in dem wirtschaftlichen Sinne, welcher häufig gerade ein unwirtschaftlicher ist. Da die Vorliebe, mit welcher der Gedanke an zu erwartendes Glück von den meisten Menschen gehegt wird, häufig auch zu unwirtschaftlicher Unthätigkeit verleitet, zu der Indolenz, vom Zufall zu erwarten, was nur durch geschickte, angestrengte Arbeit erreicht werden kann, so ist es für die Erkenntnis der Mittel zur Erreichung der Wohlhabenheit von Wichtigkeit, das Wesen der Elemente zu erkennen, welche man unter dem Kollektivnamen von Glück meist unbewußt zusammenfaßt. Denn was beim Anblick der glänzenden Erfolge eines Menschen Glück genannt zu werden pflegt, ist häufig nur Resultat seiner Geschicklichkeit und exakter, fleißiger, umsichtiger Arbeit. Die erste Bedeutung des Glücks ist die des Spielglücks. Da beim Gewinn des Hazardspieles aber das Glück nur durch Unglück der Verlierenden erreicht wird, so schließen wir diese Bedeutung des Kollektivbegriffs, soweit er Lotto, Lotterie und alle möglichen Hazardspiele umfaßt, von unserer Untersuchung aus. Bei starrer Konsequenz müßten auch Prämien- oder Lotterie-Anlehen ausgeschieden werden, allein da bei ihren Glückschancen das Kapital und oft auch mäßige Zinsen erhalten bleiben, so mögen sie wegen ihres Reizes zum Sparen unter die wirtschaftlich zulässigen Glücksspiele gerechnet werden. Eigentlich ist Glück nichts als ein günstiger Zufall, über den zu gebieten außerhalb der Macht der Menschen liegt. Häufig ist, was man

Glück nennt, auch die Folge einer verständigen Wahl oder eines allgemeinen Zustandes, welcher über der Wahl des Individuums erhaben steht. Um vom Allgemeinen zum Besondern vorzurücken, ist es ein Glück auch für die Individuen, wenn sie in einem Lande geboren sind, welches eines milden Klimas, eines fruchtbaren Bodens, guter Seehäfen und schiffbarer Flüsse, reicher Mineralschätze, geschonter Wälder, einer durch Meeresarme oder Gebirge geschützten Lage, dauernden Friedens, vollkommener Transport- oder Verkehrsmittel, einer liberalen Gesetzgebung, eines rationellen Steuersystems, guter Rechtspflege, einer weisen, auf die Förderung der Bildung, der Erwerbsfähigkeit und der Gesundheit des Volkes bedachten Regierung sich erfreut. Es ist ein Glück, in Europa oder in Nordamerika statt in Asien oder Afrika geboren zu sein, so wie es ein Glück ist, von guten, gesunden, wohlhabenden und angesehenen Eltern abzustammen, welche ihren Kindern eine gute Erziehung und Berufsausbildung gewähren, bei der Wahl des Berufs behülflich sein und sie auch noch mit Vermögen auf ihre Lebensbahn ausstatten können, — statt von armen, unwissenden, kränklichen, sittenlosen oder verbrecherischen Eltern. Es ist endlich ein Glück, von der Natur mit einem gesunden, kräftigen Leibe, mit Verstand, Talent und mäßigen Instinkten ausgestattet zu sein!

Alle Erfolge, welche darüber hinaus errungen werden, sind nicht dem Glück, sondern der geschickten Thätigkeit des Individuums zu verdanken. Es ist daher thöricht, wenn namentlich die untern Klassen so viel vom Glück erwarten, wenn Träge oder Sorglose für ihren Mangel an Erfolg beim Anblick von prosperirenden Nebenmenschen sich mit dem Spruch zu trösten suchen: „Glück muß man haben!“

Was man zum Erfolg im Leben haben muß, sind: Geschicklichkeit und ein Sparpfennig oder ein Kapital, mit welchem günstige Gelegenheiten ausgenutzt werden können. Denn der günstige Zufall bietet sich früher oder später jedem, der sich eingehend mit einem Erwerbszweig beschäftigt, dar. Kennt man dann sein Geschäft vollkommen und hat bereites Kapital, so kann man das Glück beim Schopf ergreifen, d. h. die sich darbietende Gelegenheit zu einem guten Gewinn ausnutzen. Diese Bereitschaft, die günstigen Gelegenheiten zum Erwerb zu benutzen, sind insbesondere die Eigenschaft des Kaufmanns und des Spekulanten. In dieser Hinsicht kann ein ganzer Volksstamm als Muster wirtschaftlichen Emporkommens hingestellt werden — die Juden. Diese

fast zwei Jahrtausende aus religiösem Wahn verfolgte Nation, welche durch treues Festhalten ihrer Religion ihre Stammeseigentümlichkeiten bis heute bewahrt hat, war, obgleich ihr Glaube die Mutter des Christentums ist, von dem Betrieb von Landwirtschaft und Gewerben sowie von Staatsämtern und fast allen liberalen Berufsarten bis auf die neuere Zeit ausgeschlossen, so daß ihren Angehörigen als Lebensberuf und Erwerb nur der Handel und wenige freie liberale Berufsarten, wie die Heilkunde, die Presse, die Optik, das Edelstein-Schleifen u. s. w., übrig blieb. So hat sich im Laufe der Jahrhunderte eine solche Gewandtheit im Handel, insbesondere im Pretiosen-, Geld- und Bankgeschäft, traditionell unter dieser Rasse entwickelt, daß sie heute, wo die volle bürgerliche Gleichheit hergestellt ist, ihren andersgläubigen Mitbürgern in solchen Geschäften in der Regel überlegen sind. Denn der junge Jude lernt schon beim Aufwachsen in der Familie das Wesen des Handels, des Geld-, Wechsel- und Bankgeschäftes kennen. Verbindet man nun diese halb angeborene, halb anerzogene Gewandtheit mit Kapital, so ist es leicht begreiflich, daß jede gute Gelegenheit ausgenutzt und Vermögen erworben werden kann, und zwar in um so rascherer Progression, je mehr die Erfahrung und die bereiten Mittel des Individuums wachsen. Denn es ist ja ein bekannter Satz, daß die ersten Hundert und Tausend schwerer zu erwerben sind, als nachfolgende Hunderttausende und Millionen. Mit Ausnahme einer kleinen Zahl durch Börsenspiel reich gewordener jüdischer Abenteurer, welche mit Geld und Verschwendung prahlen, ist den Juden ein intensiver Sinn für Mäßigkeit und Sparsamkeit gegeben, womit sie einen Sparpfennig erwerben, um in den Jahren der größten Erwerbsthätigkeit jede Gelegenheit zum Gewinn ausnutzen zu können. Vom Staate ursprünglich gezwungen, mit beweglichem Kapital zu arbeiten, wurde dieser Zwang zur nationalen Gewohnheit des Geldsammelns, und mit Hülfe dieses stets bereiten Geldes können die vorteilhaftesten Käufe gemacht werden, wenn billige Preiskonjunkturen herrschen, während zum Verkauf wieder hohe Preise abgewartet werden können. Es kommt dabei freilich vor, daß der Jude von der Geldverlegenheit seiner Mitmenschen den Hauptvorteil zieht, daß er Mobilien und Immobilien von Leuten in der Not oft zu haarsträubend billigen Preisen kauft, daß er häufig auf Faustpfänder Geld verleiht und in den Besitz wertvoller Pfänder zu einem Spottpreise gelangt, wenn sie nicht ausgelöst werden können; allein wer ist der Urheber dieses

Zustandes? Niemand als der christliche Staat, welcher den Juden aus der Landwirtschaft und den Gewerben verbannt hatte. Heute ist er z. B. in Österreich-Ungarn ein tüchtiger Landwirt und umsichtiger Fabrikant und Exporteur geworden.

Allerdings ist aber mit der gewährten Gleichberechtigung für die Juden die ernste Pflicht erwachsen, sich dieses Zugeständnisses des modernen Staates würdig zu zeigen und ihrerseits mit jenen Traditionen und Gewohnheiten zu brechen, die nur geeignet sind, sie auch fernerhin der Bevölkerung gegenüber als Fremde zu stempeln, während ihr Bestreben sein sollte, sich so viel als möglich jener zu assimiliren. In dieser Hinsicht ist es Aufgabe der jüdischen Seelsorger, Lehrer und Gemeindevorstände, unter ihren Glaubensgenossen aufklärend zu wirken und insbesondere die niedere Klasse zu überzeugen, daß ein ehrliches Handwerk oder landwirtschaftliche Arbeit weit höher steht als nur zu oft der auf Kosten des christlichen Nebenmenschen getriebene Schacher.

Die Anhänger der antisemitischen Agitation würden viel klüger handeln, wenn sie ihre Thätigkeit dahin lenken wollten, ebenso sparsam zu leben, so vorsorglich zu sparen und in Geldbereitschaft zu sein, um ebenfalls die günstigen Gelegenheiten ausnutzen und jedenfalls den eigenen Besitz erhalten zu können. Denn dem mit bereitem Geld Ausgerüsteten spielt oft der Zufall unversehens Reichtümer in die Hände. Wer z. B. die Zwangsversteigerungen verfolgt, trifft oft günstige Gelegenheit zu vorteilhaften Käufen. Ein kürzlich in Ungarn vorgekommener Fall ist so außerordentlich, daß er öffentlich bekannt zu werden verdient. Ein junger Edelmann hatte den Wert seines von dem Vater überkommenen Erbgutes in einer Spielhölle zu Pest verloren und die Herrschaft kam unter den Hammer. Angesichts der gegenwärtigen ungünstigen Lage der Landwirtschaft waren als Käufer nur die Gläubiger erschienen. Die Herrschaft wurde in einzelnen Teilen ausgeboten und die Gläubiger boten je bis zur Deckung ihres Guthabens, um sich sodann zu entfernen. Zuletzt war noch ein Weingarten von etwa 31 Joch (etwa 17 ha) übrig, aber kein Kauflustiger mehr, als ein Gläubiger mit einer Forderung von 187 fl. Da niemand überbot, so wurde ihm zu diesem Preis das einen hundertfach höhern Wert darstellende Grundstück zugeschlagen. Der jüdische Gläubiger, nebenbei bemerkt, ein sehr braver und angesehener Mann, war über seinen Glückswurf nicht einmal sehr erfreut, weil er nichts vom Wein-

bau versteht, allein schenken wollte er ihn dem Verganteten auch nicht, weil das gegen den Strich geht und weil es dem Schuldner nichts geholfen hätte.

Vorfälle dieser Art, in welchen dem glücklichen Erwerber der unglückliche Verlustträger gegenübersteht, gehören aber eigentlich unter die Kategorie des Glücksspieles und fallen daher außer den Bereich unserer Untersuchung.

Im allgemeinen gilt der Satz, daß die Extreme sich berühren, d. h. daß der Umfang von Glück und Unglück oder Verlust und Gewinn in einem Erwerbszweig sich nach den darin herrschenden Gefahren richtet. Je aleatorischer ein Geschäft, um so größere und häufigere Verluste, um so höhere Gewinste kommen darin vor. In dieser Hinsicht springt am meisten in die Augen das Börsengeschäft, weil dabei das Differenzgeschäft eine Art von Hazardspiel darstellt. Die Käufe und Verkäufe auf Zeit haben in dem beschränkten Kreise der Börsenbesucher ihre Berechtigung, weil sie die Spekulation beleben und zum Sammeln und Ausgleichen der Vorräte auf weite Entfernungen und lange Zeitfristen reizen. Im Getreidehandel liegt dieser Nutzen auf der Hand. Hier bewirken die Zeitkäufe einen Ausgleich der Vorräte nach Zeit und Raum, so daß mittels des Preises ein Aufbewahren von Korn und Sparen im Konsum angesichts einer unzureichenden Ernte bewirkt und Hungersnot in den von Mißernten heimgesuchten Gegenden verhütet wird. Nach guten Ernten beginnt die Spekulation mit der Schätzung des Ertrages und der alten Vorräte im Verhältnis zum Bedarf. Überragen jene den letztern, dann wird das Getreide für Lieferung im Frühjahr zu niedrigem Preise ausgeboten und die Produzenten sehen sich genötigt, mit dem Preis sofort herabzugehen, so daß mehr Getreide als durchschnittlich für industrielle Zwecke verwendet werden kann. Es wird mehr Korn in Spiritus, in Stärkemehl verwandelt, zum Mästen von Rindvieh, Schweinen, Hühnern und anderm Geflügel u. s. w. verwendet werden. Ist die Ernte aber allgemein zu karg ausgefallen, dann erwartet die Spekulation große Knappheit der Vorräte und hohe Preise vor der nächsten Ernte. Frühjahrslieferungen werden teuer ausgeboten und der Preis steigt schon im Herbst so hoch, daß sowohl der industrielle Verbrauch als der Konsum eingeschränkt wird. Da diese Einschränkung den Vorrat streckt, so daß er bis zur nächsten Ernte reichen kann, so verrichtet die

Spekulation durch ihre Zeit- und Differenzgeschäfte ein wirtschaftlich nützliches Werk. Ist die Ernte in dem einen Weltteil gut, in dem andern schlecht ausgefallen, dann wirkt die Spekulation in gleicher Weise dahin, daß sie durch den Preis das Getreide aus den wohlversehenen Ländern in die Mangel leidenden Gegenden lockt und die Herstellung eines allgemeinen Gleichgewichts erleichtert.

In ähnlicher Weise wirkt die Spekulation an der Effektenbörse zu gunsten der möglichst gleichmäßigen Verteilung des Kapitals. Mittels des internationalen Zusammenhanges des Geld- und Effektenmarktes werden arme Länder von reichen mit Kapital versehen, und ein Unterschied dieser Wohlthat besteht unter armen und reichen Ländern nur soweit, als die größere oder geringere Gefahr in höherem oder niedrigerem Zinse sich geltend macht, weil derselbe die Prämie für das Risiko des Kapitalisten mit enthalten muß. Im allgemeinen ist daher die Funktion der Börse und speziell des Effektenmarktes eine vollkommen wirtschaftlich berechtigte.

Was nun das Schicksal der einzelnen Mitglieder betrifft, aus welchen die Börse zusammengesetzt ist, so ist dasselbe durchaus verschieden. Die Teilnehmer der Börse rekrutiren sich aus allen Vermögensständen — vom Galoppin und Makler bis zum Banquier und Millionär. Unter ihnen sind Geschicklichkeit, Kenntnisse und Scharfblick fast in demselben Verhältnisse verteilt wie das Geld. In ähnlichem Maßstab verteilt sich auch der Gewinn. Die große Menge der kleinen Börsenbesucher leidet ebensowohl an Mangel an Überblick der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wie an Kapital. Sie sind es nicht, welche das Urteil der Börse bilden, das sich zum Rang einer Autorität gegenüber politischen und finanziellen Ereignissen ausgebildet hat. Sie verdienen auch im wesentlichen nicht viel mehr als einen leidlichen Tagelohn. Die andern Benutzer der Börse sind die Banken und Banquiers sowie die Kunden in der Provinz, von welchen die erstern im Durchschnitt fast immer gewinnen, die letztern die geschorenen Schafe sind. Ein Blick auf stürmische Zeiten und Börsenbewegungen zeigt die Richtigkeit dieser Beobachtung. Die Zusammensetzung der Börse aus einer großen Anzahl von weniger gebildeten Leuten, welche durch unvorhergesehene Ereignisse leicht erschreckt werden, bringt es mit sich, daß, wie wir schon an anderer Stelle erwähnt, von Zeit zu Zeit Paniken entstehen, während deren die Kurse der Wertpapiere auf eine Tiefe

gestürzt werden, welche nicht von Dauer sein kann. Solche Momente benutzen die Reichen, Großen, die Millionäre, um ihre Schäfchen zu den niedrigsten Kursen ins Trockene zu bringen. Ein Vorwurf kann ihnen daraus nicht gemacht werden; denn die große Menge der Börsenbesucher und Börsenbenutzer, namentlich die Kapitalisten in der Provinz, pflegen in solchen Momenten ihre Papiere um jeden Preis auszubieten. Dies ist ein im Charakter des Menschen, in seinem Streben nach Glück begründeter Vorgang. Eigentlich sollten Privatkapitalisten ihr Vermögen nur fest in soliden Staatspapieren, Prioritäten oder Pfandbriefen anlegen und sich um die Schwankungen der Börse nicht kümmern; d. h. sich durch kein Fallen der Kurse zu einer voreiligen Veräußerung ihrer Papiere verleiten lassen. Zuweilen kann es allerdings angemessen sein, die Gattungen zu vertauschen; dies soll aber nur mit dem Rate eines befreundeten soliden Sachverständigen geschehen. Je nach dem Steigen und Fallen der Kurse Geschäfte zu machen oder gar Differenzgeschäfte auf Zeit abzuschließen, ziemt keinem Mann in der Provinz, weil er den Markt zu wenig kennt und ihm zu fern steht, um die Konjunkturen rechtzeitig zu benutzen. Liest der Kapitalist in der Provinz, daß infolge irgendwelcher ungünstigen Nachrichten ein starkes Fallen der Kurse eingetreten sei, so telegraphirt er an seinen Banquier, zum letzten Kurs zu verkaufen. Da aber viele den gleichen Auftrag geben, werden die Papiere am folgenden Börsentage weiter geworfen. Der Banquier hat keinen Auftrag, zu dem tiefer gefallenen Preis zu verkaufen, und fragt um Verhaltungsbefehle. Jetzt ergreift den Kapitalisten der Schrecken und er gibt den Auftrag, um jeden Preis zu verkaufen. Kommen alle diese Offerten am folgenden Tag auf die Börse, dann ist die Panik fertig; denn auch die kleinen Börsenbesucher und Zwischenhändler, welche keinen größern Überblick, wenig Bildung und Urteil zu haben pflegen, verlieren den Kopf und werfen ihr Material fort. Das ist der Augenblick, wo die Großen, welche genug Vorrat an disponiblem Kapital, ruhiges Urteil und Blick zur Prüfung der wahren Lage besitzen, eingreifen, massenhafte Käufe ausführen und die große Herde der Schafe scheren. Dies ist der Grund, warum die große Menge der kleinen Börsenleute und Zwischenhändler im ganzen großen eigentlich nichts weiter als einen Tagelohn verdienen. Einige unter ihnen steigen auch empor, allein das sind seltene Ausnahmen wie die Lotteriegewinste, denen hunderte von Verlierenden

gegenüberstehen. Nur die großen ausgebildeten, mit genügendem Kapital ausgerüsteten Finanzleute sind die fast stets Gewinnenden. Geschäftskundige Millionäre wie die Banquiers sind unter solchen Umständen stets im Vorteil, — mag die allgemeine Tendenz der Börse nach dem Steigen oder Fallen der Preise gerichtet sein.

Bei den reichen Geschäftsleuten gesellt sich nämlich zu dem Kapital auch noch der ebenso große Vorteil des Kredits, durch welchen das Vermögen und die Kraft, vorteilhafte Geschäfte zu machen, verdoppelt werden, während der Kredit dem kleinen Mann oft eher schädlich ist, weil er dadurch zu entbehrlichen Ausgaben und Konsumtionen verleitet werden kann. Das Haus Rothschild, welches fünf Hauptstellen in Europa besitzt, kann mit Hülfe derselben ohne Geld und allein durch Wechselarbitrage so viel verdienen, um den Lebensbedarf aller seiner Familienmitglieder zu decken!

Diese Vereinigung von Erfahrung, Geschäftsgewandtheit und Kapitalbereitschaft, gepaart mit traditioneller Kundschaft und Vertrauen und gesteigert durch Kredit, gibt den Millionären einen ungeheuren Vorteil vor ihren Mitbürgern in Hinsicht auf die Erwerbskraft. Dies ist indessen auch vom Standpunkt der allgemeinen Wohlfahrt nicht als ein Übel zu betrachten. Es wäre nur ein solches, wenn jener leicht erworbene Reichtum verprasst oder im Auslande verschwendet werden würde. In der Regel sind die Millionäre in den zivilisirten Ländern aber mäßige Leute, welche nur einen Teil ihres Einkommens verzehren und einen großen Teil desselben kapitalisiren. Dadurch werden aber das allgemeine Kapital vermehrt, der Zinsfuß ermäßigt, den Schaffenden die Erwerbsmittel leichter geboten, die Unternehmungslust genährt, die Nachfrage nach Arbeitern und die Beschäftigungsgelegenheit verbessert und der Lohn erhöht. Trotz des Nutzens der Kapitalansammlung ist aber nicht zu leugnen, daß immer noch ein großer Vorteil der Reichen besteht, welcher aus Gründen der ausgleichenden Gerechtigkeit durch den Staat kompensirt werden sollte. Daraus ergibt sich also die Notwendigkeit einer progressiven Einkommensteuer. Diese Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit ist aber nur in wenigen Ländern befriedigend gelöst. Während Frankreich sich bis heute überhaupt nicht zur direkten Einkommensteuer aufraffen konnte, entzieht sich in den meisten Staaten gerade jenes bewegliche Kapital, welches in Wertpapieren besteht, mehr oder weniger der Besteuerung, auch da, wo jene Einrichtung getroffen ist.

Von dem Hause Rothschild in Frankfurt a. M. z. B. wurde, als dieses noch freie Stadt war, nur ein Maximal-Pauschalbetrag erhoben, der den größten Teil des wirklichen Vermögens nicht mehr traf. In Österreich bekannte der Abgeordnete Hauser im Reichsrat in einem patriotischen Anflug selbst, daß er für mehrere Hunderttausend Gulden kein Steuer zahle, weil das Gesetz seine Vermögensanlage nicht faßt. Der Patriotismus der Bremer Bürgerschaft, welche aus freien Stücken fatirt, ist nicht weit verbreitet. Der Staat wäre berechtigt, in diesem Punkt streng vorzugehen und die Richtigkeit der Fassion bei der Erbteilung kontrolliren zu lassen, wie im Kanton Zürich, wo z. B. die Erben des Baumwollenkönigs Oberst Kunz 14 Millionen Franken als zu wenig fatirt nachzahlen mußten.

Auch gegen die Ungleichheit, welche aus der Vererbung des Vermögens entspringt, kann der Staat mildernd einwirken, indem er den Kindern der Armen unentgeltlichen Unterricht in der Volksschule und in Fachanstalten erteilen läßt. Gegen die Gefahren, denen Gesundheit und Leben der Arbeiter im Dienste der Gesellschaft ausgesetzt sind, ist die Hülfe des Staates durch die Errichtung der Versicherung gegen Unfälle und Arbeitsunfähigkeit berechtigt. Ich konnte daher den hartnäckigen Widerstand nicht begreifen, den ein Teil der liberalen Partei, zu welcher letztern ich mich stets zählte, gegen die Gesetzentwürfe des Reichskanzlers Fürsten Bismarck leistete. Denn diese Fürsorge ist prinzipiell vollkommen gerechtfertigt. Arbeiter, welche beim Bau von Tunnels, in Kohlengruben, bei Wasserbauten u. s. w. verunglücken, haben ein Recht auf die Hülfe der Gesellschaft, welche der Eisenbahnen, der Kohlen und der Schutzbauten gegen Überschwemmungen bedarf. Feuerwehrmänner, welche bei der Rettung von Habe und Leben verunglücken, und Soldaten, die in der Verteidigung des Vaterlandes invalid werden, haben ein Anrecht darauf, daß ihre Verstümmelung oder ihr Tod wenigstens äußerlich vergolten werde, indem sie oder ihre Angehörigen, welche auf ihren Erwerb angewiesen waren, von der Not verschont bleiben.

Es gibt immer noch Ungleichheiten in dem Vermögenserwerb, welche so in die Augen springen, daß sie den Neid der Arbeiter erregen. Wir sprechen nicht von solchen, welche von fleißiger, geschickter Arbeit und genialer Naturanlage herrühren, zum Beispiel von einem Richard Hartmann in Chemnitz, der als Schlossergeselle mit einem Thaler in

der Tasche in Chemnitz eingewandert war und 30 Jahre noch als rüstiger Mann seine Fabrik um eine Million Thaler versichert hatte. Wir sprechen nicht von den Krupp, Borsig, Cramer-Klett, die, von der Pike auf dienend, sich unter die Reihe der Millionäre emporgeschwungen! Solche Männer werden nur die Nacheiferung der Arbeiter, nicht ihren Neid erwecken. Wir sprechen auch nicht von jenen plötzlichen Vermögenserwerbungen, mit denen ein dankbares Volk oder ein großmütiger Regent seine Helden für große Dienste belohnt. Wir wollen auf weniger verdienstvolle Fälle hinweisen, welche der Agiotage oder dem Wucher entspringen.

In neuerer Zeit ist infolge des ausgedehntern Mißbrauchs, welcher vor der Handelskrisis von 1873 bei der Inslebenführung neuer Aktien-Unternehmungen gemacht worden ist, das Gründertum arg in Mißkredit geraten. Gleichwohl darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden; denn von der Kraft des Unternehmungsgeistes hängt das volkswirtschaftliche Aufblühen des Staates ab. Zur Ausbeutung neuer Erfindungen, durch welche Arbeit gespart und die Produktion verwohlfeilt oder neue Bequemlichkeiten und Güter zum allgemeinen Nießbrauch gebracht werden, sind Unternehmer, welche die Anfertigung der neuen Verbesserungen übernehmen, notwendig. Am besten ist allerdings, wenn solche neue Erwerbszweige von einzelnen Unternehmern mit ihrem eigenen Kapital begründet werden, weil diese dann allein verantwortlich sind und daher alle ihre Kraft und Vorsicht aufbieten werden, um ihre Unternehmung zu glücklichem Erfolg zu führen. Allein die geistige und technische Befähigung ist nicht immer mit den erforderlichen Kapitalmitteln vereinigt; der Kapitalist besitzt nur in seltenen Fällen auch die technische oder kommerzielle Befähigung, um die produktive Anlage seines Vermögens selbst zu leiten. Daraus folgt der Nutzen der Aktiengesellschaften, welche das erforderliche Kapital zu einer produktiven Unternehmung aus kleinen Beiträgen vieler aufsammeln und die tüchtigsten Leiter der Unternehmung zu ihren Verwaltungsräten wählen oder als Direktoren anstellen.

Noch zweckmäßiger ist die Kommanditgesellschaft, in welcher notorisch geschickte Unternehmer, welche die Firmenträger sind und die reelle Verantwortlichkeit tragen, sich mit stillen Teilnehmern umgeben, die nichts als ihren Kapitalbeitrag oder ihren Kommanditanteil bezw. ihre Aktie einzahlen.

Der Umstand, daß solche Unternehmungen häufig erfolgreich sind oder daß eben bei der Gesellschaft wegen der Öffentlichkeit der Rechnungsablage große Gewinne bekannt werden, welche bei Privatgeschäften geheim bleiben, — macht es, daß in Zeiten, wo der Unternehmungsgeist ungewöhnlich angeregt ist, wo den glückbedürftigen Leuten der Himmel voll Baßgeigen zu hängen scheint, alle Welt Aktien neuer Unternehmungen zu erwerben wünscht. Kommt dazu dann noch irgend ein günstiges wirtschaftliches oder politisches Ereignis — ein Friedensschluß, die Auffindung ergiebiger Goldlager, eine bahnbrechende Erfindung, dann bemächtigt sich, von den Unternehmern und Gründern genährt, des großen Publikums eine Art Spielwut, daß es Ersparnisse aus den soliden Anlagen zurückzieht und in Aktien neuer Unternehmungen steckt, welche nichts für sich haben als die Versicherung sanguinisch ausgearbeiteter Prospekte.*) Bei solcher Disposition des Publikums bemächtigt sich der Spekulanten eine wahre Gründungsmanie. Neue Gesellschaften werden bald nicht um der Sache selbst willen gebildet, sondern um die neuen Aktien durch alle möglichen Mittel zu treiben und sie dann, wenn der Preis über pari gestiegen ist, zu verkaufen. Daß dabei die Presse eine wichtige Rolle zu spielen hat, ist natürlich. Sie wird bewußt oder unbewußt dazu benutzt, um Stimmung zu machen, und wenn eine Sache gar so schlecht ist, daß auch keine Zeitung mehr sich ihrer annehmen mag, — dann begnügen sich die Gründer damit, wenigstens Stillschweigen zu erkaufen. Auch auf diese Weise sind große Vermögen erworben worden, und es macht einen melancholischen Eindruck, zu sehen, wie von zwei Brüdern der eine, ein unsterblicher Dichter, in bitterer Not sein Dasein endet, während der andere, der ein sehr mittelmäßiges Blatt gegründet, welches aber von der Aristokratie gelesen wird, in der Gründer-Epoche Millionen zusammengescharrt hat.

Freilich kommt bei dieser Angelegenheit auch Ehre und Ruhm mit in Betracht, die bei den liberalen Berufsarten den größern Teil der Vergütung darstellen, welche die Gesellschaft für ihre Leistungen bietet. Würden Künstler und Gelehrte, Staatsmänner oder Feldherren die Geisteskraft und Sorgfalt, mit der sie ihres Amtes walten, auf

*) Ich verweise in dieser Hinsicht, um Raum zu sparen, auf meine Geschichte der Handelskrisen (bei Sauerländer in Frankfurt a. M., 3. Auflage), in welcher solche Vorgänge eingehend geschildert sind.

die Vollbringung wirtschaftlicher Leistungen verwenden, dann würden sie nach zurückgelegter Lehrzeit vielleicht auch auf diesem Gebiete noch erfolgreicher sein. Dabei mag doch erwähnt werden, daß die Großindustrie und das Großgründertum in soliden Händen ihren Trägern auch außergewöhnliche Genugthuung gewährt. Indem die soliden Gründer, welche mit der Agiotage nichts zu thun haben, den Nutzen der arbeitenden Klassen fördern, während sie durch neue Unternehmungen die Nachfrage nach Arbeitern, die Erwerbsgelegenheit und den Lohn steigern, ist die Freude an der gelungenen Unternehmung ein namentlicher Teil ihres Gewinnes, denn einen großen Teil ihres Überschusses pflegen sie zu weitern Investitionen zurückzulegen und durch letztere abermals die Erwerbsgelegenheit zu stärken.

Der Mißbrauch, welcher mit der Agiotage getrieben wird, muß als eine vorübergehende Krankheit, als eine Ausnahme von der Regel betrachtet werden, die an der letztern nichts mehr ändern kann. Auch der Staat kann die Verirrung, welcher die Bevölkerung zeitweise sich hinzugeben geneigt ist, nicht abwenden, sondern nur in manchen Punkten lindern. In Staaten, wo die Lotterie und das Lotto als fiskalische Institutionen gepflegt werden, da kann den Gründern nur ein Vorwurf gemacht werden, wenn sie bei ihren Unternehmungen wissentlich falsche Vorspiegelungen machen. Übrigens hat der Staat doch einige Mittel in der Hand, um die Agiotage und ihre nachteiligen Folgen: Herbeiführung von Handelskrisen, Geschäftsstockungen, Schließung von Werkstätten, Entlassung von Arbeitern, zu mäßigen. Erstens können die Gegenstände, mit welchen Aktiengesellschaften, die allein die Agiotage möglich machen, sich befassen, einigermaßen eingeschränkt werden. Indem der Staat z. B. Eisenbahnen und Kanäle übernimmt, kann er ein Objekt der Spekulation, das Milliarden Wert repräsentirt, der Agiotage, der Gefahr der Handelskrisen, soweit diese aus Spekulation entstehen, entziehen. Indem die Regierung ferner das Konzessionswesen aufhebt, außer bei Zettelbanken, Eisenbahnen und andern Unternehmungen, bei welchen eine Aufsicht und ein gewisses Monopol des Staates nicht zu entbehren ist, entzieht sie gewissenlosen Gründern die Berufung auf die Sanktion des Staates, welche in den Augen bequemer Kapitalisten und Sparer unter dem Konzessionswesen die eigene Prüfung der Solidität einer neuen Unternehmung zu ersetzen pflegt. Drittens kann der Staat auch durch die Gesetzgebung mildernd eingreifen, indem

er z. B. Gründer zwingt, ihre Unternehmungen nicht im Stich zu lassen wenn sich ihre Erwartungen nicht erfüllen, und für die Wahrheit ihrer Aussagen einzustehen.

Wenn wir von den Ausnahmen absehen, werden wir stets wieder auf die Grundlage der Vermögungsungleichheit zurückgeführt, — die Ungleichheit der persönlichen Anlagen von Natur, — die Ungleichheit der Erziehung, der Wahl der Berufsart und der ererbten Mittel. Hier hat die Pflicht des Staates auf dem Gebiete der ausgleichenden Gerechtigkeit einen weiten Spielraum, indem er für gute öffentliche Schulen, ausreichende Verkehrsmittel, gerechte Besteuerung und Beseitigung aller persönlichen Vorrechte und Begünstigungen, für den Schutz der Arbeiter gegen Unglücksfälle im Dienste der Gesellschaft, für strenge Gerechtigkeit und Freiheit der Arbeit u. s. w. sorgt.

Die ausgleichende Gerechtigkeit.

„Lerne, arbeite, spare" sind nicht umsonst seit Jahrtausenden die Mahnungen der Väter und der Volksweisen an die Jugend gewesen; denn sie waren stets die ersten und vorzüglichsten Mittel, um in der Welt vorwärts zu kommen. Jeder Anfang ist schwer; darum ist es aber ein Segen, daß gerade der Jugend, wo das Leben unter der Herrschaft jener Lehren begonnen werden soll, die frischesten Kräfte gegeben sind, um mittels erlernter Geschicklichkeit, Fleiß und Mäßigkeit eine solche Erwerbsstellung zu erringen, daß ein Sparpfennig zurückgelegt werden kann, der zunächst dazu dienen soll, bei Erwerbslosigkeit und Krankheit sich durchzuhelfen, höhere Lohnansprüche durchzusetzen, was ohne einen materiellen Rückhalt nicht möglich ist, und ein kleines Kapital anzusammeln, mittels dessen günstige Konjunkturen besser ausgenützt werden können. Dies ist der allgemeine Weg zum Vorwärtskommen. Behagliche Unabhängigkeit, Fortschritt in der Bildung und ihren Genüssen das ist das Ziel, welches der Mensch für seine Laufbahn vor Augen haben soll. Großer Reichtum ist zum Glück des Lebens nicht nötig, er kann der Natur der Sache nach auch nur wenigen beschieden sein und dem Genuß desselben ist auch ein beschränktes Ziel gesetzt. Millionäre sind gewissermaßen die Verwalter öffentlichen Kapitals, indem sie den Überschuß ihres Einkommens sparen und zur Befruchtung neuer Erwerbsquellen herleihen. Jeder gesunde, normale Mensch kann mit den obengenannten Mitteln in der Welt sein Fortkommen finden! Gleichwohl besteht von Natur sowohl als durch die Notwendigkeit gewisser gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Satzungen eine Ungleichheit unter den Menschen, deren Milderung die Aufgabe des Kulturfortschritts ist. Die natürliche Ungleichheit der Menschen

besteht in der Verschiedenheit ihrer körperlichen und geistigen Anlagen. Die Armut an natürlicher Körperkraft, Gesundheit und geistigen Anlagen ist auch die Hauptquelle der wirklichen Armut. Das Eigentumsrecht und das Erbrecht sind Einrichtungen der Gesellschaft, deren diese nicht entbehren kann, wenn sie eine geordnete, fruchtbringende fortschreitende Wirtschaft einrichten will. Ohne das persönliche Eigentumsrecht und ohne das Erbrecht wenigstens der Descendenten würde nicht derselbe Fleiß für die Hervorbringung der zum Leben notwendigen und der das Leben verschönernden Güter angewendet werden, als wir heute gewohnt sind. Die Gesellschaft würde auf einem niedrigern Grade der Zivilisation stehen bleiben. Das Erbrecht hilft die von Natur bestehende Ungleichheit der Menschen durch die Übertragung in frühern Generationen erworbener Vermögen namhaft zu vermehren. Dazu gehören die großen Vorteile, welche die Erziehung den Kindern gutgestellter und sittlich hochstehender Eltern bietet. Auch dieser Faktor ist eine Quelle des Wohlbefindens und des Reichtums, welche viele Kinder der arbeitenden Klassen entbehren. Zu diesen Ursachen der Ungleichheit durch Natur und Erziehung kommen auch noch einige weniger berechtigte: gesetzliche Vorrechte, der Zufall, Vorurteile, schlechte Gesetze und fehlerhafte Einrichtungen der Gesellschaft, auch wirtschaftliche Vorteile, welche Vermögen und guten Ruf zu begleiten pflegen. Eine der ersten Wohlthaten, welche der beginnende Besitz eines kleinen Kapitals mit sich bringt, ist, daß die betreffende Person, wenn sie nicht mehr von der Hand in den Mund zu leben braucht, imstande ist, nur preiswürdige Ware zu kaufen und günstige Kaufgelegenheiten zu benutzen, welche sehr häufig den Weg zum Wohlstande pflastern.

Ein anderer Vorteil, der sich nur mit dem Besitz einstellt, ist — der Kredit. Durch Zuhülfenahme des Kredits kann sich der Landwirt und Fabrikant die Betriebsmittel verschaffen, um sein Geschäft in Blüte zu bringen. Ohne ausreichende Betriebsmittel kann das fruchtbarste Gut nicht gewinnbringend, die beste gewerbliche Anstalt nicht rentabel gemacht werden. Der Kaufmann kann gar, wenn er geschickt, fleißig, sparsam und umsichtig ist, mit Hülfe des Kredits sein Umlaufskapital verdoppeln und unter Hinzutritt günstiger Konjunkturen Reichtümer sammeln. Für den Erfolg im Erwerbsleben kommt daher alles darauf an, daß der junge Mensch neben der Erwerbung der erforderlichen Geschicklichkeit zu sparen anfängt, daß er lernt, auf den Genuß

des Augenblicks zu verzichten, um die Grundlagen seines künftigen dauernden Glückes zu legen.

Auf den Handwerker und den gelernten Fabrikarbeiter paßt das Wort Napoleons I., daß jeder Soldat den Marschallstab in der Tasche trage. Welche Menge von Millionären weisen England und Deutschland auf, welche von der Pike auf gedient, als arme Arbeiter angefangen haben!

Der größte Teil dessen, was man Glück heißt, ist Geschick; doch ist nicht zu leugnen, daß auch der Zufall seinen Anteil an der Bestimmung des Menschen hat. Dem Anschein nach gibt es prädestinirte Glückspilze und ausgemachte Pechvögel! Wenn man aber zusieht, so hat der Mensch doch eine große oder die größte Schuld daran. Der Mangel an Voraussicht, Vorsicht und an Berechnung ist nach den Lastern der Trunkenheit und Ausschweifung und ihren daraus hervorgehenden Gebrechen eine der Hauptursachen der Armut.

Das Beispiel der Indianer in Paraguay, welche zum Mittagsmahl die Ochsen schlachteten, mit denen sie pflügten, weil sie Hunger verspürten und vergessen hatten, Speise von Hause mitzunehmen, und jene bekannte Geschichte, welche J. B. Say mitteilt, wonach Unheil über eine brave Familie hereinbrach, weil sie lange versäumt hatte, eine Thürklinke am Hofthor reparieren zu lassen, werden als Winke genügen. Alle Verwaltungen von Konsumvereinen klagen darüber, daß sie, wie schon erwähnt, die Arbeiter durch die größten Zugeständnisse nicht zur Teilnahme bewegen können, weil diese die Barzahlung scheuen und lieber beim Krämer auf Wochenkredit teurer und schlechter kaufen. Die Armen kaufen überhaupt stets am unvorteilhaftesten, weil sie nur auf die Billigkeit schauen, die billigen Waren aber nicht dauerhaft sind und auch nicht so geschont zu werden pflegen wie die bessern, im ersten Ankauf kostspieligern, aber preiswürdigern.

Eine andere Quelle des Erwerbs ist die Spekulation. Die Spekulation im weitern Sinne genommen ist das Unternehmungsgeschäft, welches in seiner wirtschaftlichen Wirkung auf das Saumeln und Verteilen von Vorrat ausgeht, oder mit dem Inslebenführen neuer Unternehmungen sich befaßt, oder auf den Erwerb durch internationalen Ausgleich der Preise der Edelmetalle und des Kurses der Wechsel und Wertpapiere auf dem internationalen Kapitalmarkt gerichtet ist. Dieses letztere, das sogenannte Arbitragegeschäft, erfordert einen

hohen Grad von Scharfsinn, rascher Entschlußfähigkeit und Erfahrung sowie auch namhaftes Kapital. Die hohen Gewinste, welche in diesem Geschäfte gemacht werden, sind hauptsächlich als Arbeitslohn, d. h. als eine Entschädigung für eine seltene geistige Thätigkeit, und auf Risiko-Prämie zu rechnen. Die meisten andern Arten der Spekulation, z. B. der Getreidehandel und das Differenzgeschäft in Produkten wie in Wertpapieren, haben zum Teil den Charakter des Hazardspieles und der Lotterie, bei welchem der eine gewinnt, der andere verliert, der eine reich wird, der andere zugrunde geht, wenige sich auf Kosten der vielen bereichern und wo ein großer Teil des Gewinnes auf Versicherungsprämie zu rechnen ist. Bezüglich des Börsenspieles können wir nur den früher gegebenen Rat wiederholen, daß die große Menge der Sparer, am wenigsten die außerhalb der Börsenplätze wohnenden, sich nicht daran beteiligen sollten. Ferner ist es heilige Pflicht der Staaten, die noch bestehenden Lottos und Lotterieen aufzuheben, weil der Staat kein übles Beispiel geben, vielmehr zum soliden Erwerb aufmuntern soll. Der Staat wird ohnedies häufig genug von Spekulanten zum Nachteil der Bevölkerung ausgebeutet. Das haben die Pariser Arbitrageure bewiesen, als sie jahrelang während des Sinkens des Silberpreises die Pariser Münzstätte zur Prägung von Thalern mißbrauchten und dabei Millionen verdienten, das hat die Agiotage bewiesen, welche sich in Perioden der Überspekulation so viele Konzessionen zu erschleichen wußte und durch verwegene, übermäßige Gründungen das leichtsinnige Publikum zu Schaden brachte.

Leider gibt es noch eine Art, Reichtum zu erwerben, welche sich dicht am Rande des Strafgesetzes bewegt und wozu der verschleierte Wucher, die verschleierte Bestechung, mit Einem Worte die Korruption gehört. Dies ist ein Auswuchs der Gesellschaft, welcher leider von jeher vorhanden war und nur in der modernen Entwicklung der Wirtschaft und in der großen Vervielfältigung der Erwerbsarten zuweilen leichter Schätze anzuhäufen vermag. Dieser Krebsschaden der Gesellschaft ist schwer auszurotten, solange es noch Leute gibt, denen nach dem Beispiele Caligulas das bei übelriechendem Thun erworbene Geld nicht stinkt.

Wir wollen angesichts dieser Auswüchse hervorheben, daß das Glück in der Welt nicht bloß aus Geld besteht, sondern daß zu einem glücklichen Dasein auch die Ehre nicht zu entbehren ist. Die Ehre ist

ja auch der Löwenanteil, den der Staat seinen Verteidigern, welche Leib und Leben für ihn einsetzen, zu bieten vermag. Ehre ist der Löwenanteil des Entgelts, welchen mit wenig Ausnahmen der Gelehrte und Dichter empfängt, während der Marktschreier und Plagiator vielleicht Schätze einheimsen.

Solche Auswüchse kommen in despotischen Staaten, wie in Rußland, so gut wie in demokratischen Republiken, z. B. in den Vereinigten Staaten, vor. Einen gewissen Trost schöpfen wir aus der Erfahrung in manchen hochentwickelten Ländern, in welchen die Korruption von der steigenden Kultur mehr oder weniger verdrängt worden ist. Wir können in dieser Beziehung England anführen, wo die Korruption noch im vorigen Jahrhundert unter dem Ministerium Walpole seine Orgien feierte und wo heute unter den Beamten der Regierung wie im Parlament, im Geschäftsleben wie in der Presse große Redlichkeit herrscht. Wir können Frankreich anführen, wo trotz der Korruption des dritten Kaiserreichs die Gerichte den Schwindlern unerbittlich zu Leibe gehen. Auch können wir Deutschland und die Schweiz anführen, wo die Beamten ganz intakt dastehen.

Wie dem auch sei, Eins geht aus den obigen Betrachtungen hervor, die Wahrheit des Sprichwortes: „Wer hat, dem wird gegeben" — der Vorteil in der Erwerbsfähigkeit, welchen die mittlern und reichen Klassen durch gute Erziehung, ererbtes Vermögen und Kredit besitzen! Ist auch dem ärmsten Arbeiter die Möglichkeit nicht verschlossen, sich zu Reichtum und hohem Ansehen emporzuschwingen, wird auch die Armut allmählich sich vermindern, so wird doch ein großer Teil der Bevölkerung schon aus mangelhafter Begabung von Natur genötigt sein, als unselbständiger Arbeiter im Dienste der Unternehmer zu stehen. Diese Menschenklasse, für welche die Besitzenden in frühern Zeiten, wo die Hörigkeit noch bestand, eine größere Verantwortung trugen, sind durch die Einführung der Vollfreiheit in eine prekäre Lage geraten und die Beute von eigensüchtigen Volksverführern geworden, die, von Ersparnissen der Arbeiter lebend, denselben Vorspiegelungen von Einrichtungen für eine Verbesserung ihrer Lage machen, welche einfach unmöglich sind. Um die arbeitenden Klassen vor solchen Verführungen zu wahren und eine gerechte und gedeihliche Wirtschaft aufrecht zu halten, müssen die Gesellschaft und der Staat dem Arbeiterstande mehr Fürsorge zuwenden. Denn man braucht weder einer

sozialistischen, noch kommunistischen, kollektionistischen oder anarchistischen Parteirichtung — oder wie die Sekten alle heißen mögen — anzugehören, um zu begreifen, daß die Gesellschaft den Arbeitern in dem Übergang aus den mittelalterlichen zu den modernen freien Zuständen noch nicht völlig gerecht geworden ist. Mit der Freiheit der Arbeit, mit der Möglichkeit der ungehinderten Vermehrung der Produktion allein ist es nicht abgethan. Auch in die Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit bei der Verteilung der Güter muß tiefer eingedrungen werden. Dabei muß jeder Gedanke der Beschränkung des persönlichen Eigentums ausgeschlossen werden, weil dadurch die Wirtschaft in ihrer Entwicklung aufgehalten würde, wovon die russische Bauerngemeinde hinreichende Erfahrung bietet. Allein die Gesellschaft hat bisher noch nicht alle Pflichten gegenüber den Arbeitern erfüllt, obgleich der Zug der Zeit dieser Richtung günstig ist.

Es gibt noch manche Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft, welchen das öffentliche Gewissen, die Regierungen und Volksvertretungen oft mit zu großer Langmut oder Trägheit zusehen. Wir wollen nur an den durch die Pall Mall Gazette aufgedeckten Jungfrauenhandel erinnern!

Ein anderer Krebsschaden ist die Art der Unterbringung entlassener Sträflinge. Die öffentliche Aufmerksamkeit wurde daran erst kürzlich durch einen sehr traurigen Fall erinnert. Ein entlassener Sträfling, der nur einmal abgestraft war, machte einen Selbstmordversuch, weil es ihm unmöglich war, wieder eine bleibende Stellung zu finden. Er hatte sich in der Haft sehr gut aufgeführt und einen ansehnlichen Nothpfennig erspart. Er hatte auch Arbeit gefunden und sein Herr war mit seinen Leistungen sehr zufrieden, sobald er aber erfuhr, daß er ein entlassener Sträfling, wurde ihm sofort wieder gekündigt. Die öftere Wiederholung dieses Loses und der feste Entschluß, zur Stillung des Hungers nicht wieder das Verbrechen zu Hülfe zu nehmen, reifte den Entschluß zum Selbstmord.

Solchen Fällen haben England und Frankreich durch Strafkolonieen abzuhelfen gesucht. Der blühende Staat Tasmania in Australien, früher die Insel Van Diemensland, ist aus einer solchen Strafkolonie hervorgegangen. Die englischen Kolonieen weisen solche Veranstaltungen jetzt energisch zurück. Freilich ist auch ein Unterschied zwischen der Abbüßung der Strafe in einer Kolonie und der Unterbringung entlassener Sträflinge. Vielleicht möchte es sich empfehlen, auf Staatsdomänen Kolonieen entlassener Sträflinge zu errichten, welche unter besonderer Aufsicht stehen!

Eine große That im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen, welcher in neuester Zeit fast sämtliche Staaten des europäischen Kontinents nachgefolgt sind, — wenn diese Reform auch noch nicht ganz konsequent durchgeführt werden konnte.

Hoffentlich wird es gelingen, dem Unfallversicherungsgesetz eine Alters- und Invalidenversorgungs-Einrichtung nachfolgen zu lassen! Die Mittel dazu lassen sich vielleicht in einer Verschärfung der Erbschaftssteuer finden, indem dieselbe in starker Progression mit der Entfernung der Verwandtschaftsgrade steigt und etwa die Seitenlinien nach dem sechsten Grade ganz ausschließt.

Ein anderer wichtiger Teil der Fürsorge des Staates ist die Pflege der Erziehung, durch welche ein großer Teil der durch die Natur und Familie dem Individuum anhaftenden Gebrechen gemildert werden kann. In dieser Hinsicht sind in neuester Zeit so viele erfreuliche Fortschritte, namentlich durch die Gründung von Fachschulen für das Handwerk und Kunstgewerbe, durch Museen und Mustersammlungen gemacht worden, daß wir uns bei diesem Gegenstande nicht aufzuhalten brauchen.

Dem Staat bleibt dann außer der Besitzergreifung der Verkehrsanstalten nur noch die Steuergesetzgebung übrig, welche im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit reformirt werden sollte. Die indirekten Steuern sollten in der Art veranlagt werden, daß die besitzlosen arbeitenden Klassen am wenigsten, die wohlhabenden und reichen am meisten betroffen werden.

Die direkten Steuern sollten nach einem organischen Plan allmählich in der Art reformirt werden, daß zuletzt nur eine progressive direkte Einkommensteuer übrig bleibt. Das Vorgehen mancher Staaten, welches bei der Einführung der direkten Einkommensteuer die alten, nämlich die Gebäude-, Grund- und Gewerbesteuern, bestehen ließ, ist eine Ungerechtigkeit, zumal immer noch manche Kategorieen von Vermögen — z. B. solche, die in Wertpapieren, insbesondere ausländischen Effekten, bestehen — der Steuerkontrolle sich entziehen. Namentlich empfiehlt sich bei der Einführung einer progressiven direkten Einkommensteuer die Aufhebung

der Grundsteuer, weil die Landwirte dadurch in der Konkurrenz mit der überseeischen Getreideproduzenten erleichtert werden.

Die ausgleichende Gerechtigkeit der Staaten und der Gesellschaft ist auch noch in manchen öffentlichen Dingen wirksam, wie in der Besserung der Armenpflege, in der Anordnung öffentlicher Sammlungen, Museen, Volksspiele u. s. w., wodurch unentgeltlicher, oft lehrreicher Genuß zur Entwicklung und Belehrung der ärmern Volksklassen beiträgt.

Neue Erwerbszweige und Aussichten in die Zukunft.

Die Verminderung des Eisenbahnbaues infolge der allmählichen Ausbildung des Netzes mag zwar einen Anteil an den Ursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockung haben, aber sie gibt doch keinen Ausschlag für die zukünftige Entwicklung der Geschäfte, wenn einmal der tote Punkt überwunden ist. Die Fortschritte der Elektrotechnik während der letzten 10 Jahre sind allein imstande, zahlreiche Industriezweige und Anlagen ins Leben zu rufen; die bisher so sehr vernachlässigte Binnenschiffahrt bietet so viel Arbeitsgelegenheit, wenn das mitteleuropäische Wasserstraßennetz in Verbindung gebracht werden soll, daß diese Zweige allein den Ausfall bei den Eisenbahnen ersetzen werden. Soll unsere Landwirtschaft die amerikanische und indische Konkurrenz bestehen, so muß das Netz der mitteleuropäischen Wasserstraßen vervollständigt, — es müssen Kanäle von der Donau bei Ulm in den Bodensee und in den Neckar bei Eßlingen, von der Donau in die Moldau, Elbe und Oder, von der Oder in die Weichsel gebaut; der Donau-Main-Rhein-Kanal muß vertieft und technisch vervollkommnet werden und endlich sollte auch die schon mehrfach vorgeschlagene Verbindung der Donau mit dem Mittelmeer durch die Save und Kulpa hergestellt werden.

Diese Projekte mit den nötigen Flußkorrektionen geben Arbeit auf ein halbes Jahrhundert hinaus. Neben den Flußkorrektionen und Kanalbauten kann das nötige Augenmerk auf die Benutzung dieser Wasserläufe zur Entwässerung von Sümpfen, zur Bewässerung und Befruchtung öder Landstriche und zu Motoren für industrielle Zwecke gerichtet werden.

Die Elektrotechnik eröffnet ein unübersehbares Gebiet von Arbeit

und Fortschritt. Das elektrische Licht scheint bestimmt, in voraussehbarer Zukunft das Gas im Freien und im Hause zu verdrängen. Für die Dampfschiffahrt ist es gleich einer Erlösung zu betrachten. Das Gas wird deshalb nicht verbannt, sondern ist bestimmt, in Ofen und Herd statt des Brennmaterials zu dienen. Durch neue sinnreiche Apparate wird das Gas denselben Zweck reinlicher und billiger erfüllen und an Brennmaterial wird eine weise Ersparnis eintreten, welche den künftigen Geschlechtern zu gute kommt.

Im Telegraphen und Telephon hat die Elektrotechnik noch einen weiten Spielraum, und wenn einmal die Frage der billigen und kräftigen Akkumulatoren gelöst sein wird, dann werden sich noch zahlreiche neue Verwendungen von selbst ergeben. Namentlich wird auch die Kraftübertragung vielfach Anwendung finden.

Sollen nur alle mittlern Städte mit guten Trinkwasserleitungen, Tramways, Stadtbahnen, mit hydraulischen, pneumatischen, elektrischen oder kraftübertragenden Apparaten und Dampfmotoren, mit elektrischer Beleuchtung und Gasheizungsapparaten versehen werden, so ist eine unübersehbare Arbeit vor uns.

Lokal- und Straßenbahnen mit mechanischem Betrieb, zu dessen Bedarf fortwährend neue Erfindungen gemacht werden und mit welchen die Güter der innern Distrikte den Hauptsträngen der Eisenbahnen und den Binnenwasserstraßen zugeführt werden, haben noch ein unendliches Feld vor sich.

Die neuen amerikanischen verbesserten Windmühlen haben für die Landwirtschaft eine große Zukunft, weil sie überall, wo genug Untergrund vorhanden oder ein Bach in der Nähe ist, Bewässerungsanlagen auf große Entfernungen hin versehen können. Jetzt sind zwar die Anlagekosten zu hoch, da die neue Konstruktion durch Patente geschützt ist; sobald aber die Anfertigung der amerikanischen Windmühlen der freien Konkurrenz überlassen sein wird, kann eine solche Preisermäßigung eintreten, daß dieser billige Motor nicht bloß zur Bewässerung von Wiesenanlagen, sondern auch zum Pumpen, Dreschen und zum Schroten, Heckselschneiden, Mahlen und zu andern mechanischen Verrichtungen zu verwenden sein wird. Dieses mechanische Hülfsmittel kann dann in Hunderttausenden von Exemplaren auf den Gütern Verwendung finden, und nicht bloß die Landwirtschaft wird eine Kostenersparnis erzielen, sondern auch Tausenden von Maschinenwerkstätten

wird größere Beschäftigung zugeführt werden. Eine wohlthätige Wirkung kann diese wirksame Maschine auch bei der Trockenlegung von Sümpfen zur Besserung des Klimas ausüben.

Infolge der mechanischen Verbesserungen, welche bei Gelegenheit des Baues der langen Tunnels am Mont Cenis, Gotthard und Arlberge gemacht worden sind, — der Anwendung von Diamantbohrern und pneumatischer und hydraulischer Motoren sowie verbesserter Dampfmaschinen und hydrostatischer Apparate ist auch dem Bergbau in der neuesten Zeit großer Vorschub geleistet worden. In Amerika und Australien ist es merkwürdigerweise, wo man sich der neuern und wirksamen Produktionsmittel zuerst und am meisten mit Erfolg bediente. In Amerika bohrt man sowohl auf Petroleum wie auf Edelmetalle in Tiefen, welche in Europa nur selten oder gar nicht erreicht sind. Daß der Erfolg der großartigen Petroleumproduktion in Pennsylvanien nur den Tiefbohrungen bis auf 1200 Fuß und noch mehr zu danken, ist bekannt. Weniger bekannt aber sind die Tiefen, welche man beim Silber- und Gold-Bergbau, dessen Anfang auch erst in die 1850er Jahre fällt, erreicht hat, z. B. in dem ganz neu aufgeschlossenen Kolorado auf 1075 Fuß, in Kalifornien auf 1530 Fuß, in Utah auf 1600 Fuß und in Nevada sogar auf 3027 Fuß. Würde man diesem Beispiel in Europa folgen, so könnten allein in Österreich-Ungarn Petroleumquellen sowohl wie Gold- und Silbergruben erschlossen werden, welche denen Amerikas und des Urals nicht nachstehen würden. Hierin liegt noch ein ungeheurer Spielraum zu gewinnbringenden Unternehmungen!

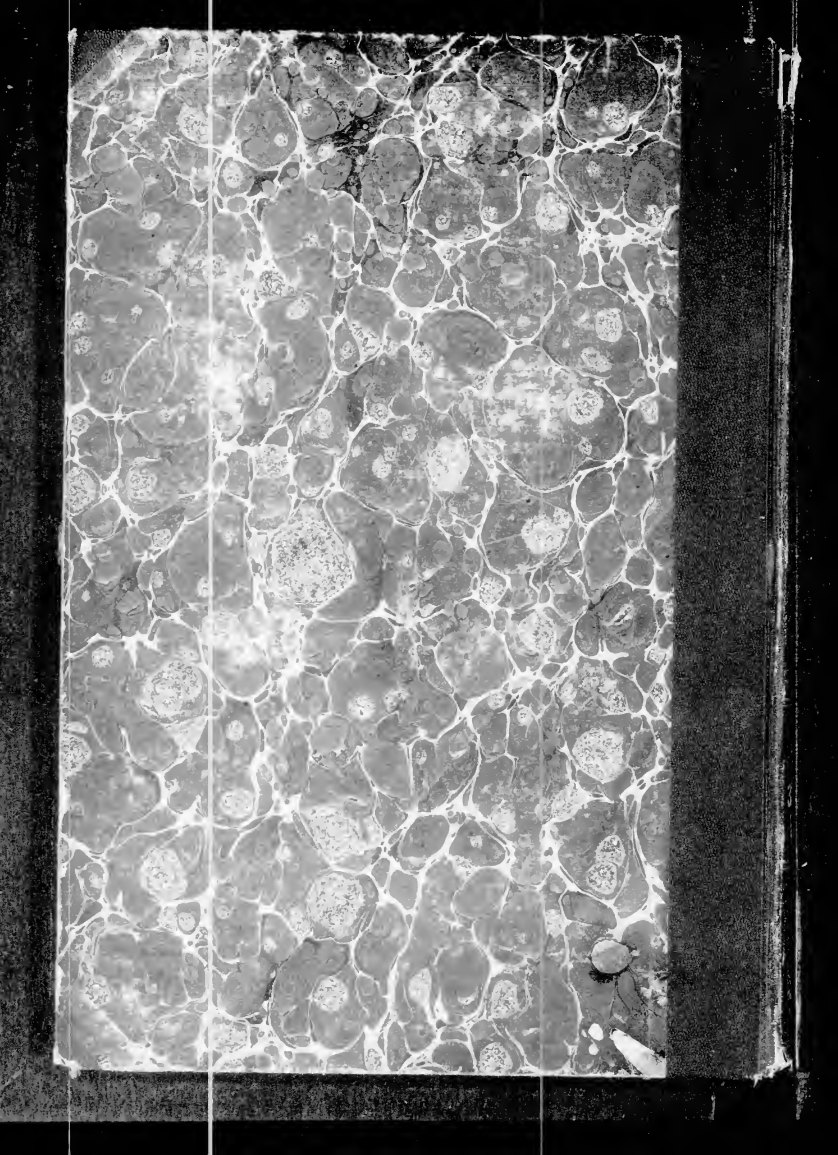
Wird in solcher Weise die Landwirtschaft unseres Weltteiles und namentlich Mittel-Europas intensiver gestaltet, werden die Produktionsmittel der Industrie verstärkt, die Gewerbszweige vervielfältigt und deren Produkte verschönert, so steigert sich der Erwerb, die Bevölkerung wächst und kann in steigendem Maße Lebensmittel und Rohprodukte aus den andern Weltteilen verbrauchen und verarbeiten und mit den eigenen Erzeugnissen zahlen. Hand in Hand mit der Vervielfältigung und Vermehrung der letztern wird auch die Ausdehnung des Absatzgebietes gehen, es werden namentlich neue, nach Millionen zählende Kunden in Afrika und China herangezogen werden. Wenn dann die gegenwärtige Schlagbaumpolitik ihrem verdienten Bankrott verfallen sein wird, dann kann eine friedliche und glückliche Zeit des wirtschaft-

lichen Gleichgewichts beginnen, in dem jedes Land und jeder Distrikt nur diejenigen Güter erzeugt, welche sie nach der Natur ihrer Produktionsmittel am schönsten und billigsten zustande bringen. Wenn dann die Entwicklung der Industrie ihrem natürlichen Gang ohne Treibhausmittel überlassen wird, dann werden Störungen des Gleichgewichts seltener vorkommen, und wenn auch Krisen und periodische Geschäftsstockungen wegen politischer Verwicklungen und neuer Erfindungen nicht ganz vermieden werden können, so werden sie doch ohne den gewaltsamen Eingriff des Staates leichter vorausgesehen und in ihren Wirkungen abgeschwächt werden können.

330.11 W 74
Wirth
Quellen des reichtums.

33637

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0052011542



END OF
TITLE